

Z-Vertrieb, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M.

"Mit vielen Dingen muß Schluß gemacht werden, und dafür müssen zuerst die Streitigkeiten, die ethnischen Kriege und die Konflikte zwischen unseren Völkern beendet werden. Sie sind dazu aufgerufen, für ihre Entwicklung und das Recht zu überleben, zu kämpfen und in der Welt von morgen einen würdigen Platz einzunehmen.

Und eines Tages werden uns dann weder ethnische Herkunft noch nationaler Chauvinismus trennen, keine Grenzen und Flüsse, keine Meere, Ozeane und keine Entfernungen. Wir werden vor allem Menschen sein, die unabänderlich in einer globalisierten Welt leben müssen, aber in einer wirklich gerechten, solidarischen und friedlichen.

Um diesen Tag muß gekämpft werden."

Fidel Castro - Rede bei der 12. Gipfelkonferenz der Bewegung der Nichtpaktgebundenen Staaten in Durban, Südafrika, am 2. September 1998

Z.

Nr. 36, Dezember 1998

Globalisierung und Peripherie

Castro - **Zerstörung der Unabhängigkeit**
Höhme - **Internationale Finanzkrise**
Neelsen - **Periphere Gesellschaftsformation**
Pauli - **Süd-Globalisierung**
Boris - **Lateinamerika**/Goldberg - **Afrika**
Werning - **Indonesien**/Peters - **China**

Nach den Wahlen

Werner - **PDS und Fünf-Prozent-Hürde**
Siekmeier/Reusch/Leisewitz/Detje -
Konferenzberichte

Theoriegeschichte: Losurdo - **Freiheit und Exklusion**/Collmer - **Kapitalismus und Schizophrenie (II)**/Gedö - **Warum Marx oder Nietzsche?**/Steiner - **Alexandra Kollontai**

Sowie: Berichte und Rezensionen

Michael Heinrich/
Dirk Messner (Hrsg.)

Globalisierung und Perspektiven linker Politik

Festschrift für Elmar Altvater
zum 60. Geburtstag

1998 - 351 Seiten - DM 48,00
ISBN 3-89691-443-X



Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf
Grenzen der Globalisierung
Ökonomie, Ökologie und Politik
in der Weltgesellschaft

1997 - 3. Auflage - 637 S. - DM 58,00
ISBN 3-929586-75-4

Christoph Görg/
Roland Roth (Hrsg.)

Kein Staat zu machen

Zur Kritik der
Sozialwissenschaften

1998 - 504 S. - DM 58,00
ISBN 3-89691-444-8

Hansgeorg Conert

Vom Handelskapital zur Globalisierung

Entwicklung und Kritik der
kapitalistischen Ökonomie

1998 - 579 Seiten - DM 68,00
ISBN 3-89691-428-6

Bernd Röttger

Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation

Die politische Konstitution
des Marktes

1997 - 252 Seiten - DM 39,80
ISBN 3-89691-420-0



Jürgen Ritsert

Soziale Klassen (Einstiege Band 8)

1998 - 171 S. - DM 29,80
ISBN 3-89691-692-0

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster · Tel. 0251/6086080
Fax 0251/6086020 · e-mail: dampfboot@login1.com
<http://www.login1.com/dampfboot>



ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift
9. Jahrgang
Heft 36 (Dezember 1998)

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.)
und dem IMSF e.V.

Redaktionsbeirat:

Dr. Joachim Bischoff
Prof. Dr. Ulrich Briefs
Prof. Dr. Dieter Boris
Prof. Dr. Frank Deppe
Prof. Dr. Werner Goldschmidt
Prof. Dr. Horst Heininger
Prof. Dr. Jörg Huffschmid
Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling
Dr. Harald Werner

Redaktion:

Klaus D. Fischer, Dr. André Leisewitz
Kai Michelsen, Dr. Jürgen Reusch
Dr. Reinhard Schweicher

5 Editorial

Globalisierung und Peripherie

- Fidel Castro*
8 **Die unipolare Welt und ihre Weltordnung zerstören die Souveränität und Unabhängigkeit der Staaten**
Rede bei der 12. Gipfelkonferenz der Bewegung der Nichtpaktgebundenen Staaten in Durban, Südafrika, am 2. September 1998
- Hans-Joachim Höhne*
12 **Eine Krise der neoliberalen Globalisierung**
Zur Charakterisierung der internationalen kapitalistischen Finanzkrise
- John P. Neelsen*
27 **Periphere Gesellschaftsformation und internationale Klassensolidarität**
- Charles Pauli*
45 **Süd- Globalisierung**
Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft
- Dieter Boris*
58 **Lateinamerika im neoliberalen Globalisierungsprozeß - Ökonomische und soziale Aspekte**
- Jörg Goldberg*
69 **Afrika zwischen Weltmarktdruck und Überlebensstrategien**
"Und wenn Afrika vor allem überleben wollte...?"
- Rainer Werning*
85 **Vorerst nur siegte Pyrrhus in Jakarta**
Herrschaftskrise und Krisenherrschaft in Indonesien
- Helmut Peters*
96 **China muß "den (kapitalistischen) Tiger reiten"**

Nach den Wahlen

- Harald Werner*
112 **PDS: Der Graben hinter der Fünf-Prozent-Hürde**

- Friedrich Siekmeier*
120 **"Koalition von unten" - Konferenz von IG Medien, BUND und Initiativen**
- Jürgen Reusch/André Leisewitz*
123 **Vom Regierungs- zum Politikwechsel - Aufgaben der Gewerkschaftslinken**
- Richard Detje*
127 **Gewerkschaftspolitische Alternativen in Europa**

- Domenico Losurdo*
130 **Liberale Tradition, Freiheit und Exklusionen**
- Thomas Collmer*
145 **Die Wunschmaschine als Herausforderung der Dialektik**
Eine neue Lektüre von Deleuze/Guattari, Anti-Ödipus - Kapitalismus und Schizophrenie (II)
- András Gedö*
162 **Warum Marx oder Nietzsche?**
- Helmut Steiner*
174 **Alexandra Kollontai - Frauenemanzipation und Arbeiterdemokratie**

Berichte

- Dorothee Wolf*
187 **Modelle von Wert(en)**
Workshop der Forschungsgruppe Politische Ökonomie (Marburg) zur Relevanz der Arbeitswerttheorie für Ökonomik und Politikwissenschaft
- 194 **Buchbesprechungen, Annotationen**
Strategien der Weltmarktintegration (Ingo Schmidt)
Ursachen der Asienkrise (Ingo Schmidt)
Konsum und menschliche Entwicklung (Gabi Hesselbein)
Standort Deutschland (Joachim Tesch)
Ökologische Steuerreform (Jörg Cezanne)
"Private Tyrannei" der Unternehmen (Klaus Störch)
Eine ideologietheoretische Max Weber-Lektüre (Sebastian Herkommer)

Eine neue Lesart der Geschichte (Franz Giglewicz)
 Feministische Politikwissenschaft (Bernd Hüttner)
 Selbstverständigung über Grundlagen Kritischer Psychologie (Michael Zander)
 Marxistische Faschismus-Forschung (Werner Röhr)
 Antworten auf das "Schwarzbuch des Kommunismus" (Jonas Dörge)

- 4 Impressum
 144 Vorschau
 240 Autorinnen und Autoren

Impressum

"Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V.

Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Ulrich Briefs, Prof. Dr. Dieter Boris, Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Horst Heininger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr. Harald Werner.

Redaktion:

Klaus D. Fischer, Dr. André Leisewitz, Kai Michelsen, Dr. Jürgen Reusch, Dr. Reinhard Schweicher.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z erscheint vierteljährlich. Der Abonnementspreis (vier Hefte) beträgt DM 60,-, bei Bezug aus dem Ausland DM 70,-. Das Einzelheft kostet DM 18,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt am Main, Tel. 069/739 29 34.

Satz: Su Sanne, kdf

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

ISSN: 0940-0648

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 15.10.1998

Dieser Ausgabe von Z ist - bei jenem Teil der Auflage, die an unsere AbonnentInnen ausgeliefert wird - eine Beilage des Buchversands Che & Chandler beigelegt. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Editorial

Auf der Linken ist nach der ersten Befriedigung über das Wahlergebnis und das "Rollen der Köpfe" in Bonn relativ rasch Ernüchterung eingezo-gen. Die Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen und die ersten Schritte der Regierung wurden generell, gemessen am Versprechen einer "neuen Politik", als unzureichend beurteilt. Das gilt besonders für das Zentralproblem Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Ein schlüssiges Konzept war hier nicht erkennbar. Ein der sozialliberalen Reformphase nach 1969 vergleichbares, mobilisierendes Generalthema ("mehr Demokratie wagen") hat die neue Koalition bisher nicht.

Insgesamt ist die sozialpolitische Konstellation durch eine bemerkenswerte "Ambivalenz" gekennzeichnet. Auf der politischen Ebene haben die Konservativen - in der Diktion der FAZ: das "bürgerliche Lager" - eine massive und sie vermutlich auf längere Sicht schwächende Niederlage einstecken müssen. Das Ende der Ära Kohl war dabei in erster Linie eine Folge der Erosion der sozialen Basis der CDU-Herrschaft: Die Konservativen hatten den Bogen deutlich überspannt. Unter dem Druck der sozialen Polarisierung haben sich beachtliche Teile von Arbeitern und Angestellten, die in den letzten anderthalb Jahrzehnten den Entstaatlichungs- und Aufstiegsversprechen der CDU gefolgt waren, wieder ein Stück auf die Wertewelt der Sozialdemokratie zurückorientiert. Das Verlangen nach mehr Gerechtigkeit und sozialer Absicherung war dabei von wesentlicher Bedeutung. Hier liegt die Hauptbotschaft des Wahlergebnisses. Sie hat sogar, rein rechnerisch, zu einer absoluten linken Mehrheit im Bundestag geführt, bei der auch mit der PDS als sozialistischer Alternative links der SPD kalkuliert werden muß, und in deren Windschatten erstmals zu einer Koalition von SPD und PDS in Mecklenburg-Vorpommern. Das alles bedeutet auch ein Stück mehr politische Normalität, mit neuen Chancen und Schwierigkeiten. Mehrere Berichte in diesem Heft beleuchten die Situation und die Diskussion der Linken nach den Wahlen.

Aber es wäre eine Illusion, bei allem Druck in Richtung mehr soziale Gerechtigkeit zu ignorieren, daß sich die neoliberale "Standort"-Ideologie - Sicherung der Konkurrenzfähigkeit und Rentabilität der Betriebe, der Unternehmen und des "Standorts Deutschland" in der "globalisierten" Welt - tief ins politische Massenbewußtsein eingegraben hat. Das ist eine Erbschaft, die nicht nur den 16 Jahren Kohl-Herrschaft zu verdanken ist, sondern bis in die zweite Hälfte der siebziger Jahre zurückreicht, Folge der Massenarbeitslosigkeit ist, und die auch durch den Zusammenbruch des "Staatssozialismus" befördert wurde. Um so wichtiger, daß jetzt eine Gegenreaktion eingesetzt hat.

Gewählt wurde eine SPD bzw. Regierungskoalition, deren Modernisierungs- und Reformkonzeption gleichfalls in hohem Maße - wenn auch gemäßigt - vom Neoliberalismus beeinflusst ist, wie dies - in abgestufter Form - für die gesamte nun in fast ganz Westeuropa dominierende Sozial-

demokratie gilt. Die vielerorts auf der Linken geäußerte Hoffnung auf innere Auseinandersetzungen und Differenzierungen in der SPD und der Regierung zwischen neoliberalen und eher neokeynesianischen Tendenzen dürfte jedoch zumindest solange nicht erfüllt werden, wie sich in der *sozialen Basis der Gesellschaft* keine wesentlichen Kräfte-Veränderungen zeigen. Die relative Gelassenheit, mit der die Unternehmerverbände und die Medienkonzerne - die ihre Macht im Wahlkampf z.B. bei der Benzinpreis-Diskussion nachhaltig unter Beweis gestellt hatten - auf den Regierungswechsel reagiert haben, ergibt sich eben daraus, daß die Wirtschaft von sozialen Bewegungen in allen Schlüsselfragen, die die "Standortsicherung" betreffen, zumindest derzeit wenig zu befürchten haben. Aber nur, wenn sich hier etwas tut, dürfte wirklich das Ende des Neoliberalismus näher rücken. Das Wahlergebnis hat mit den in ihm zum Ausdruck gekommenen Erwartungen bei vielen Lohn- und Sozialabhängigen günstigere Bedingungen geschaffen, **darum zu kämpfen**. Das Feld, auf dem diese Auseinandersetzung in der näheren Zukunft auszutragen sein wird, ist das der Verteilungspolitik, der Arbeitszeitverkürzung und - mit Blick auf die interne Gewerkschaftsdiskussion - das der Auseinandersetzung um das anvisierte Bündnis für Arbeit, also das Feld, wo es um "harte" Interessen der Unternehmer geht. Dieses Terrain auszuleuchten wird auch Gegenstand der nächsten Hefte von Z sein.

Den Schwerpunkt dieses Heftes bilden Beiträge zum Thema "Globalisierung und Peripherie". Im Mittelpunkt stehen dabei Fragen nach den Chancen nachholender Entwicklung für die Länder und Regionen der Peripherie, und damit auch Fragen nach Konfliktlinien und Veränderungskräften. *Fidel Castro* skizziert in seiner Rede auf der Gipfelkonferenz der nicht-paktgebundenen Staaten in Durban die Vision einer vom hegemonialen Machtanspruch des Imperialismus befreiten Welt. *Hans-Joachim Höhne* untersucht die internationale kapitalistische Finanzkrise, auch mit Blick auf Asien und Rußland, und wertet sie als Ausdruck einer Krise der neoliberalen Globalisierung. Ob daraus ein Paradigmenwechsel erwachsen kann, wird allerdings auch von der Herausbildung regulierender Gegenkräfte abhängen. *John P. Neelsen* stellt die Frage nach dem Verhältnis von peripherer Gesellschaftsformation und internationaler Klassensolidarität. Mit Bezug auf das "Kommunistische Manifest" führt er aus, daß der Kapitalismus zwar, wie von Marx und Engels prognostiziert, den Weltmarkt hervorgebracht hat. Die andere Seite dieser Prognose, damit werde sich auch eine in ihrer Interessenlage weitgehend homogenisierte, kampfbereite internationale Arbeiterklasse herausbilden, hat sich aber nicht bewahrheitet. Neelsen macht sich im Marxschen Sinne daran, die unter den Bedingungen der Globalisierung in den peripheren Ländern erkennbaren Konfliktlinien und -strukturen zu analysieren. *Dieter Boris* untersucht die verheerenden Wirkungen der neoliberalen Globalisierungspolitik auf La-

teinamerika und skizziert denkbare Alternativen. *Jörg Goldberg* beschreibt die Beharrungskräfte, die in Afrika, vor allem in seinem subsaharischen Teil, einer kapitalistischen Modernisierung entgegenstehen und konstatiert einen Teufelskreis von Modernisierungskrisen, Rückzug in Überlebensstrategien und gesellschaftlicher Desintegration. *Rainer Werning* erläutert die konkreten Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung am Beispiel der Herrschaftskrise und der Krisenherrschaft in Indonesien. Schließlich untersucht *Helmut Peters* Stand und Perspektiven der Integration Chinas in den kapitalistischen Weltmarkt. Er skizziert die Reformkonzeption der Staatsführung und prüft die Chancen Chinas für eine geordnete Eingliederung in die Weltwirtschaft bei Beibehaltung sozialistischer Grundstrukturen.

Drei der "weiteren Beiträge" des vorliegenden Heftes befassen sich mit philosophischen Fragestellungen. *Domenico Losurdo* (Urbino) gibt eine unnachsichtige Kritik der sogenannten "liberalen Tradition" und zeigt, daß deren Pochen auf unbedingter Verteidigung der Freiheitssphäre der Individuen immer mit dem Ausschluß großer gesellschaftlicher (sozialer oder ethnischer) Gruppen eben von dieser Freiheit verbunden war - wie mit der Bereitschaft, im "Ernstfall" die individuellen Freiheitsrechte diktatorischer Herrschaft zu opfern. Er plädiert gegen die Geringschätzung der bürgerlich-demokratischen Rechte in der marxistischen Tradition und für den bewußten Umgang mit dem immer wieder auftretenden Konflikt zwischen verschiedenen Freiheiten (Sicherung materieller Lebensbedingungen; politische Rechte). *Thomas Collmer* setzt seine in Z 35 begonnene Dechiffrierung und Interpretation des "Anti-Ödipus" von Deleuze und Guattari fort. Der Kontroverse Marx-Nietzsche ist der Beitrag von *András Gedő* (Budapest) gewidmet. Er gibt einen Überblick über die Versuche einer Versöhnung der beiden Antipoden und votiert vehement für Marx als Alternative zum nietzeanischen Denken. *Helmut Steiner* untersucht das politische und gesellschaftstheoretische Denken einer zu Unrecht wenig beachteten sozialistischen Theoretikerin, der russischen Revolutionärin und Weggefährtin wie Kritikerin Lenins, Alexandra Kollontai. Der Bericht von *Dorothee Wolf* nimmt erneut das Wert-Preis-Transformationsproblem auf, das in Z bereits mehrfach thematisiert wurde.

Zum Schluß eine - aus der Sicht der Redaktion - gute und eine schlechte Nachricht. Z - immer auf praktische und finanzielle Unterstützung angewiesenes Projekt auf Zeit, dessen Realisierungsmöglichkeiten stets neu geprüft werden müssen - geht 1999 in den 10. Jahrgang. Nächster Themenschwerpunkt: "Zukunft der Arbeit/Arbeit der Zukunft". Zugleich müssen wir nach fünf Jahren "Preisstabilität" den Abo-Preis um 6,- DM anliften; das Jahresabo kostet damit ab H. 37 (März 1999) DM 60,- (Auslandsabo DM 70,-). Dafür besteht die Möglichkeit, ältere Hefte zu einem deutlich reduzierten Preis zu bestellen. Anzeige in diesem Heft!

Fidel Castro

Die unipolare Welt und ihre Weltordnung zerstören die Souveränität und Unabhängigkeit der Staaten¹

Herr Präsident von Südafrika, Nelson Mandela; Herren Staats- und Regierungsoberhäupter; Sehr geehrte Delegationen und Gäste!

Den weltumfassenden Streit zweier Supermächte zu ertragen, war schlimm; unter der totalen und hegemonialen Macht einer der beiden zu leben, ist noch schlimmer. Reden wir offen: Man kann sich doch nicht mit einer Weltordnung abfinden, die im höchsten Grad die Prinzipien und Ziele eines Systems verkörpert, das uns alle jahrhundertlang unterjochte, versklavte und ausplünderte.

Es gibt keinen Schwanengesang und es wird ihn nicht geben, es gibt auch kein Ende der Geschichte, und auch der Kampf der Bewegung der Nichtpaktgebundenen Staaten hört nicht auf; der Kampf dieser Gruppe von Völkern, die am meisten kämpften, am meisten die Interessen, die gerechte Sache und den nationalen Befreiungskampf der Länder der Dritten Welt während des Kalten Krieges unterstützten und verteidigten.

Niemand muß um Erlaubnis gebeten werden und wir müssen uns bei niemanden dafür entschuldigen, daß wir existieren und weiterkämpfen. Sogar die Vereinigten Staaten ersuchten inständig, an dieser Konferenz als Gast teilnehmen zu dürfen, und es gelang ihnen. Umso besser. So wird das große Imperium erfahren, wie ihre demütigen Untertanen denken.

Die Organisation der Vereinten Nationen muß reformiert und demokratisiert werden. Die Diktatur des Sicherheitsrates muß enden. Der Generalversammlung müssen die Rechte zugestanden werden, auf die sie ein Anrecht hat, da sie die Vertreter aller Staaten der Welt vereint. Der Rat muß im Verhältnis zur aktuellen Zahl der Länder erweitert werden; die Zahl der ständigen Mitglieder muß verdoppelt, wenn nötig, sogar verdreifacht werden.

Warum ist die Rede davon, Lateinamerika und die Karibik auf nur einen, Afrika auf einen und Asien ebenfalls auf einen Sitz zu beschränken? Wer hat das erfunden? Wer hat das akzeptiert? Warum nicht zwei und sogar drei Sitze als Vertretung der aufstrebenden Länder aus den jeweiligen Regionen, die die übergroße Mehrheit der Mitglieder der Vereinten Nationen stellen?

Wenn Westeuropa zwei Sitze hat, warum haben dann vier Milliarden Personen der Dritten Welt keinen einzigen? Das Vetorecht ist abzuschaffen.

¹ Rede auf der ersten Arbeitssitzung der 12. Gipfelkonferenz der Bewegung der Nichtpaktgebundenen Staaten in Durban, Südafrika, am 2. September 1998. Wir danken der Redaktion von "Granma Internacional" für die Übersetzung.

Wenn das aber jetzt nicht durchsetzbar ist, dann ist es unannehmbar, daß es ständige Mitglieder erster und zweiter Klasse gibt. Und auch kein Rotationsprinzip, das nur dazu dient, die neuen ständigen Mitglieder zu betrügen, zu verwirren, zu spalten und ihre Kompetenzen zu beschneiden. Alle müssen gleiche Rechte haben.

Der Internationale Währungsfonds muß ebenfalls verändert und demokratisiert werden. Er darf kein universeller politischer Destabilisierungsfaktor mehr sein und auch nicht der Finanzgendarm der Interessen der USA. Niemand darf ein Vetorecht gegen seine Entscheidungen haben. Dieses Prinzip ist auch auf die Weltbank zu übertragen.

Die Welthandelsorganisation, in der wir in der Mehrheit sind, darf sich nicht durch Betrug und Spaltung in ein Instrument der grausamen neoliberalen Globalisierung verwandeln, die der Welt aufgezungen werden soll. Wir können nicht zulassen, daß es zu einem Multilateralen Abkommen über Investitionen kommt, dessen Durchsetzung man sich nicht entziehen kann. Einem übernationalen Vertrag, der in der OECD erarbeitet wird, diesem exklusiven Club der Reichen, dem nicht eines unserer Länder angehört, die aber gezwungen werden, beizutreten oder ausgeschlossen zu bleiben, mit allen Konsequenzen, die das mit sich bringt.

Die für Kapital und Waren proklamierte Bewegungsfreiheit muß auch für das gelten, das über allem stehen sollte: die Menschen. Keine einzige blutige Mauer mehr wie die, die an der Grenze der Vereinigten Staaten zu Mexiko besteht und die jedes Jahr Hunderte von Leben kostet. Schluß mit der Verfolgung von Emigranten; nieder mit der Ausländerfeindlichkeit und nicht mit der Solidarität.

Genug des scheinheiligen Aufschreis derjenigen, die am meisten protestieren, wenn andere Atomwaffen herstellen wollen: die stärkste Macht in der Gruppe der Privilegierten, die Atomwaffen besitzen, und die sie immer stärker, präziser und tödlicher machen. Das regt die befürchtete Verbreitung an und führt niemals zu einer wirklich totalen nuklearen Abrüstung. Die Aufrüstung hält keine Sekunde an. Sie nimmt zwar nicht an Umfang zu, dafür aber an Qualität. Sie dient nur zur Gewährleistung der Privilegien der neuen Ordnung und ist außerdem Quelle lukrativer und unehrlicher Geschäfte. Die Waffen werden immer teurer. Die aufstrebenden Völker ruinieren und töten sich gegenseitig damit. Der Handel mit Waffen ist schlimmer als der Handel mit Drogen.

Die unipolare Welt und ihre Weltordnung zerstören die Souveränität und Unabhängigkeit der Staaten.

Durch die neoliberale Globalisierung wird die Natur noch schneller zerstört, werden Luft und Wasser vergiftet, die Erde entwaldet, die Böden verwüstet und erodiert, die Bodenschätze erschöpft und verschwendet und das Klima verändert. Wie und wovon werden die zehn Milliarden Menschen leben, die wir bald sein werden? Die Entwicklungshilfe nimmt

ständig ab. Sie erreichte niemals 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes; sie ist im Durchschnitt auf 0,25 Prozent zurückgegangen, im reichsten Land auf 0,2 Prozent. In ihren Träumen sind wir eine riesige Freihandelszone, die billige Arbeitskräfte liefert und in der nicht einmal Steuern gezahlt werden.

Für Kinder, Greise, Kranke besteht keine Hoffnung. Daß die Bevölkerung Afrikas an AIDS, Malaria, Tuberkulose, Lepra und zig alten und neuen Krankheiten zugrunde geht, interessiert weder die multinationalen Konzerne noch die blinden Marktgesetze; es geht ihnen nur um die Förderung von Erdöl, Gold, Diamanten, Platin, Kupfer, Chrom, Uran und anderen wertvollen Bodenschätzen.

Die unipolare Welt und ihre Weltordnung zerstören die Souveränität und die Unabhängigkeit der Staaten. Die Interventionen nehmen zu. Der Terrorismus, der unschuldige Personen tötet oder verletzt und der in jedem Falle zu verurteilen ist, dient als Vorwand, damit die Macht, die in Dutzenden Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, darunter auch Kuba, die schlimmsten Formen des Terrorismus anwandte, beginnen kann, Raketen in alle Richtungen zu schießen, ungeachtet der unschuldigen Menschen, die dadurch sterben könnten. Und das ohne ein anderes Gesetz, einen anderen Richter oder einen anderen Beweis als ihren unumschränkten Willen. Die Welt verwandelt sich so in einen Wilden Westen im Stile der alten Hollywoodfilme. Derartige Repressalien sind weder rechtlich noch moralisch zu rechtfertigen. So ist Terrorismus nicht zu bekämpfen. Mit diesen brutalen Handlungen wird stimuliert, was nur das Weltbewußtsein und der gemeinsame Kampf der Völker beseitigen kann.

Schluß mit allen Wirtschaftsblockaden, gegen welches Land sie auch immer errichtet wurden. Millionen von Menschen, darunter Frauen, Greise und Kinder, von Nahrungsmitteln, Medikamenten und lebensnotwendigen Gütern auszuschließen, ist ein terroristischer Akt von extremer Grausamkeit und wirklicher Völkermord. Dieses Vorgehen muß als Kriegsverbrechen anerkannt und von internationalen Gerichten verurteilt werden.

Schluß mit den Ungerechtigkeiten, mit der Ausplünderung des leidgeprüften palästinensischen Volkes. Gebt ihm eine Möglichkeit zum Frieden. Erfüllt die unterzeichneten Vereinbarungen. Gebt den arabischen Ländern die geraubten Gebiete zurück.

Schluß mit den doppelten Maßstäben und der doppelten Moral in internationalen Fragen.

Schluß mit Hunger und Armut auf der Welt. Schluß mit dem Mangel an Lehrern und Schulen, an Ärzten und Krankenhäusern.

Schluß mit der endlosen Ausplünderung durch die Auslandsverschuldung, die umso mehr ansteigt, je mehr gezahlt wird, und die so unsere Entwicklung verhindert.

Schluß mit dem ungleichen Warenaustausch, der dem der Konquistadoren gegenüber den Ureinwohnern gleicht, die für Gold Spiegel, Glasperlen und europäischen Plunder erhielten. Mögen diejenigen die Schulden zahlen, die uns so viele Jahrhunderte hindurch ausbeuteten.

Schluß mit der Politik, unseren Völkern die unhaltbare Lebensweise der Konsumgesellschaften aufzudrängen.

Schluß mit der Zerstörung unserer nationalen Identitäten und unserer Kulturen.

Mit vielen Dingen muß Schluß gemacht werden, und dafür müssen zuerst die Streitigkeiten, die ethnischen Kriege und die Konflikte zwischen unseren Völkern beendet werden. Sie sind dazu aufgerufen, für ihre Entwicklung und das Recht, zu überleben zu kämpfen und in der Welt von morgen einen würdigen Platz einzunehmen.

Und eines Tages werden uns dann weder ethnische Herkunft noch nationaler Chauvinismus trennen, keine Grenzen und Flüsse, keine Meere, Ozeane und keine Entfernungen. Wir werden vor allem Menschen sein, die unabänderlich in einer globalisierten Welt leben müssen, aber in einer wirklich gerechten, solidarischen und friedlichen.

Um diesen Tag muß gekämpft werden.

Vielen Dank.

Eine Krise der neoliberalen Globalisierung

Zur Charakterisierung der internationalen kapitalistischen Finanzkrise

1. Auslösung und bisheriger Verlauf der Finanzkrise

Die sogenannte Asienkrise setzte vor rund eineinhalb Jahren mit einem sich rasch verstärkenden Druck auf den thailändischen Baht, der dadurch Anfang Juli 1997 erzwungenen Freigabe und dem darauf folgenden freien Fall des bis dahin an den US-Dollar gebundenen Wechselkurses dieser Währung ein und griff sehr bald auf eine Reihe anderer asiatischer Schwellenländer über. Sie stürzte die betroffenen Länder in die Rezession, löste Turbulenzen an den Devisen- und Aktienmärkten aus und signalisierte im Herbst vergangenen Jahres mit verstärktem Druck auf einige lateinamerikanische Währungen und den russischen Rubel bereits, daß es sich hierbei um mehr als lediglich eine regional begrenzte Finanzkrise handelte.¹

Ungeachtet dessen hat die Mehrzahl der maßgeblichen Konzernmanager, Politiker und Wirtschaftswissenschaftler die Bedeutung dieser internationalen Finanzkrise für die Weltwirtschaft lange Zeit größtenteils unterschätzt und so getan, als ob sich daraus für die überwiegend im konjunkturellen Aufwind befindlichen Industrieländer kein Grund zur Beunruhigung ergebe. Zunächst schien ihnen zumindest die Entwicklung der nordamerikanischen und europäischen Börsenkurse Recht zu geben, die sich nach deutlichen, aber kurzen Rückgängen im Herbst 1997 schnell wieder erholten und danach bis in den Sommer dieses Jahres hinein sogar kräftig nach oben gingen. So stieg der New Yorker Aktienindex Dow Jones vom Jahresbeginn bis Mitte Juli 1998 um gut 18 Prozent, wurde aber von den boomenden deutschen Aktienkursen noch weit übertroffen, deren Sammelnindex Dax in diesen knapp sieben Monaten - offensichtlich als Folge des angeblich so schwachen Profitstandorts Deutschland - um rund 40 Prozent nach oben schnellte.

Inzwischen hat sich die Situation jedoch schon wieder drastisch verschärft. Die genannten Kursrekorde der Börsenmetropolen sind heute allenfalls noch Erinnerungsposten. In der ersten Oktoberdekade lagen die Aktienkurse in den USA bereits wieder um 16 Prozent, in Deutschland um 37 Prozent und in England um 22 Prozent unter dem im Juli erreichten Stand.

¹ Zur Asienkrise vgl. auch: H. Höhme, Konjunkturbericht 1997/98: Asienkrise und Wirtschaftsentwicklung in Deutschland, in: Z 34 (Juni 1998), S. 9ff.

Diese neuerliche Tendenzwende auf den Aktienmärkten ist vor allem eine Reaktion darauf, daß die internationale Finanzkrise sich indessen weiter ausgebreitet und neben den bisher betroffenen, nach wie vor in tiefen Wirtschaftskrisen steckenden asiatischen "Tigerstaaten" jetzt auch Rußland und Brasilien in ähnlich drastischer Weise erfaßt hat und ganz Lateinamerika mit nach unten zu ziehen droht. Gleichzeitig hat die Entwicklung der südostasiatischen Länder auch die Krise in Japan zusätzlich verschärft und die ökonomische Situation der anderen asiatischen Staaten, insbesondere Chinas, labiler gemacht. Damit sind auch die Gefahren für die Wirtschaftsentwicklung in den USA und den europäischen Industrieländern greifbarer geworden. Die Asienkrise - indessen auch von immer mehr Experten als globale Finanzkrise wahrgenommen und anerkannt - droht tatsächlich zur umfassenden Weltwirtschaftskrise zu eskalieren.

Der Ablauf dieser Krise vollzog sich bisher in zwei Schüben:

Unmittelbar nach der ersten Abwertung des thailändischen Baht im Sommer 1997 wurden die Währungen einiger der sogenannten "Tigerstaaten", also derjenigen asiatischen Länder, in denen während der letzten Jahre ein besonders rasanter wirtschaftlicher Aufholprozeß erfolgt war, von Spekulations- und damit verbundenen Abwertungswellen erfaßt. Dabei mußten zuerst unmittelbar nach der thailändischen Währung innerhalb eines Zeitraums von wenigen Wochen vor allem die indonesische Rupiah, der malaysische Ringgit und der philippinische Peso massive Abwertungen hinnehmen. Kurz danach wurden im Herbst 1997 der neue Taiwan-Dollar, der Hongkong-Dollar und insbesondere der südkoreanische Won unter Druck gesetzt. Dabei konnte in Hongkong die Bindung des Wechselkurses an den US-Dollar zwar aufrechterhalten werden, aber nur um den Preis zeitweise drastisch erhöhter Zinssätze und mit der Erklärung der chinesischen Regierung im Rücken, daß Chinas Währung nicht abgewertet werde. Südkorea mußte im Dezember seine Währung zur Abwertung freigeben.² Schon in dieser Phase gerieten auch die Finanzmärkte und Währungen Rußlands und einiger lateinamerikanischer Staaten in Auswirkung der Asienkrise erstmals unter Druck.

Nach einer Pause, während der sich einerseits die umfassenden Wirtschaftskrisen in den südostasiatischen Länder weiter verschärften, andererseits aber in den meisten Industrieländern die Aktienbörsen boomten, erfolgte im Sommer 1998 der bisher zweite Schub. Er ist durch das volle Durchgreifen der Finanzkrise auf Rußland, wo der Rubel in freien Fall geriet und die ohnehin schwache gesamtwirtschaftliche Entwicklung einen crashartigen Rückschlag erlitt, sowie durch eine erneute Zuspitzung der Währungs- und Wirtschaftsprobleme Brasiliens gekennzeichnet. Hinzu kam, daß sich zugleich auch in der eng mit den krisenbetroffenen südost-

² Zur Entwicklung Südkoreas vgl. auch: Choon-Kweon Koo, Der "Tiger" in der Globalisierungsfalle, in: Z 35 (September 1998), S. 135-147.

asiatischen Ländern verbundenen japanischen Wirtschaft die hausgemachte Finanzkrise und Rezession akut verschärfen.

Die Auslösung dieser internationalen Finanzkrise ging von den Schwierigkeiten aus, in die einige der asiatischen Volkswirtschaften bei ihren Anstrengungen um einen raschen ökonomischen Aufholprozeß zu den kapitalistischen Industrieländern auf verschiedenen Feldern geraten waren. So hatte die vor allem auf einen kräftigen Exportboom gestützte schnelle wirtschaftliche Expansion zu einem enormen Kapitalzuzug in diese Länder geführt. Dabei war es in Erwartung hoher Renditen zu besonders starken, größtenteils spekulativen Zuflüssen von kurzfristigem Geldkapital aus den deregulierten internationalen Finanzmärkten gekommen. Zum Teil waren aufgrund zu euphorisch angesetzter Zukunftserwartungen mit dem schnell zuströmenden Kapital auch unrentable, spekulative Vorhaben finanziert worden und reine Spekulationsblasen entstanden, die bei den geringsten Schwierigkeiten platzen mußten. Hinzu kamen die Wirkungen struktureller Disproportionen.

Eine besonders gravierende Rolle als Krisenauslöser spielten jedoch die negativen Wirkungen, die von der vor allem seit 1995 zu verzeichnenden realen Aufwertung einer Reihe von Währungen asiatischer Schwellenländer ausgingen. Diese Staaten hatten in den neunziger Jahren ihre Wechselkurse an den des US-Dollars gebunden, um dadurch sichere monetäre Rahmenbedingungen für den Zufluß möglichst großer Mengen ausländischen Kapitals zu schaffen, mit deren Hilfe der wirtschaftliche Aufholprozeß finanziert werden sollte. Die Währungsaufwertungen erschwerten die Exporte der betroffenen Staaten, förderten aber andererseits ihre Importe. Das verschlechterte ihre Außenwirtschaftspositionen und verwandelte zum Teil die bisherigen Überschüsse der Handels- und Leistungsbilanzen in Defizite. Dadurch wurde es für diese Staaten immer schwieriger, ihre Politik der inneren und äußeren monetären Stabilität ohne Spannungen auf den Devisen- und Kapitalmärkten fortzusetzen. Sie verloren für die Anleger aus den internationalen Finanzmärkten, die zunehmend an der Erhaltung der für sie günstigen Rahmenbedingungen und an der Fortdauer des Wirtschaftsbooms zweifelten, an Attraktivität als Renditenparadiese. Einige Zusammenbrüche im Finanzsektor verstärkten diese Unsicherheiten zusätzlich. Der bis dahin dominierende Kapitalzufluß schlug in einen schnell eskalierenden Rückzug ausländischen Geldkapitals aus den betroffenen Länder um.

Insgesamt folgten der Ausbruch und auch die weitere Ausbreitung der Finanzkrise in den bisher davon erfaßten Ländern bei manchen Unterschieden in der konkreten Situation doch einem sehr ähnlichen Szenarium³.

³ Vgl. hierzu J. Huffschild, Die Spielregeln der Finanzmärkte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 8/1998, S. 967ff.

Der Ausbruch als *erste Stufe* der Finanzkrise vollzog sich durch einen beginnenden Abzug ausländischen Kapitals, der zumindest einen solchen Umfang erreichte, daß dadurch bereits ein Druck auf den Währungskurs und die Wertpapiermärkte des jeweiligen Landes entstand. Dieser Kapitalabzug wurde, wie skizziert, durch wachsende, zum Teil unterschiedlich konkret begründete Befürchtungen der Kapitalanleger vor Renditeschwächerungen oder Verlusten hervorgerufen.

Kapitalabzug und beginnender Druck auf Wechselkurse und Börsen initiierten jedoch zugleich eine zunehmende Tendenz unter den Finanzmarktoperatoren, auf ein schnelles Anwachsen solcher negativen Erwartungen unter den anderer Marktteilnehmern, damit auch auf eine weiter anhaltende Abwärtsbewegung der Währungs- bzw. Börsenkurse zu spekulieren und entsprechend zu agieren. Dadurch erhielt - als *zweite Stufe* der Finanzkrise - der aus der realwirtschaftlich erklärbaren Verunsicherung entstandene, "normale" Geldkapitalabzug aus dem betroffenen Land eine so starke spekulative Selbstbeschleunigung und einen derartigen Umfang, daß die Zentralbank nicht mehr ausreichend gegensteuern konnte, der Wechselkurs schließlich zur Abwertung freigegeben werden mußte und es zum freien Fall der Währung kam.

Als *dritte Stufe* ist die internationale Ansteckung und Ausbreitung der Finanzkrise auf andere Länder zu charakterisieren. Sie vollzieht sich durch spekulative Kapitalabzüge aus anderen Ländern, bei denen ebenfalls damit gerechnet wird, daß ihre Währungen auch unter einem zunehmenden Druck geraten bzw. daß eine wachsende Anzahl anderer Akteure die gleiche Erwartung haben und dementsprechend handeln könnten. Dieses spekulative Handeln bringt eine selbsttätige Verstärkung des Abwertungsdrucks auf den jeweiligen Staat mit sich. Eine internationale Übertragung von Krisen im Finanzsektor erfolgt aber auch über die Handels- und Finanzbeziehungen von Ländern, deren Volkswirtschaften besonders stark miteinander verflochten sind. Die internationale Ausbreitung vollzieht sich teilweise im zeitlichen Nebeneinander mit der zweiten Stufe der Finanzkrise.

2. Zu Ursachen und Charakter der Finanzkrise

Die in ihrem bisherigen Ablauf skizzierten aktuellen Krisenprozesse auf den internationalen Finanzmärkten sind somit erstens nicht nur kurzfristiger Natur, denn sie verschlechtern die wirtschaftliche Entwicklung der jeweils betroffenen Länder und erschüttern die Weltwirtschaft seit nunmehr gut eineinhalb Jahren immer wieder aufs Neue. Sie sind zweitens nicht auf eine Region der Weltwirtschaft beschränkt geblieben, denn sie haben nach den südostasiatischen "Tigerstaaten" inzwischen auch in Lateinamerika, Rußland, Japan und anderen Teilen des pazifischen Raums und nicht zuletzt im internationalen Banken- und Finanzierungssystem selbst ihre Wirkungen gezeigt.

Schon diese beiden Merkmale erlauben es deshalb, von einer tiefgreifenden und globalen Krise des internationalen kapitalistischen Finanzsystems zu sprechen. Eine solche Charakterisierung ist jedoch um so mehr gerechtfertigt, als in dieser Finanzkrise auch drei Grundkonflikte des heutigen Kapitalismus ihren Niederschlag finden und sich dort in ihren Wirkungen zur Zeit bündeln. Dabei handelt es sich um

- eine spezifische Zuspitzung des Problems des relativen Kapitalüberschusses und der daraus erwachsenden Konflikte,
- eine akute Zunahme der aus der Durchsetzung neoliberaler Dogmen und turbokapitalistischer Praktiken auf den globalisierten Finanzmärkten resultierenden Krisenanfälligkeit,
- die krisenhaften Konflikte, die sich aus der möglichst raschen Durchkapitalisierung bisheriger Peripherien der Weltwirtschaft und ihrer Unterwerfung unter ein gemäß den Interessen und Regeln der mächtigsten Industrieländer und Konzerne funktionierendes System internationaler Wirtschaftsbeziehungen ergeben.

2.1 Widerspruch zwischen wachsenden Geldkapitalüberschüssen in den Industrieländern und begrenzten Anlagemöglichkeiten

Die rasante Expansion der Finanzmärkte und ihre enorm gewachsenen Einflußmöglichkeiten auf die weltwirtschaftlichen Beziehungen wie auch auf die Entwicklung innerhalb der Volkswirtschaften, die zweifellos den wichtigsten Ausgangspunkt der aktuellen Finanzkrise bilden, können aber nicht allein aus funktionellen und strukturellen Veränderungen innerhalb dieser Märkte erklärt werden. In ihnen findet zunächst einmal das widerspruchsvolle Verhältnis zwischen der Entwicklung der produktiven Akkumulation und der Bewegung des Geldkapitals, das die entwickelte kapitalistische Ökonomie von jeher gekennzeichnet hat, einen aktuellen und besonders konfliktträchtigen Ausdruck. Der Ausgangspunkt und die eigentlichen Wurzeln für die gegenwärtige Zuspitzung dieses Grundkonflikts liegen in der Realwirtschaft, in den Verwertungsstrukturen und -bedingungen der mehrwertproduzierenden Bereiche.

Der in den fünfziger und sechziger Jahren in den wichtigsten Industrieländern dominierende, durch die Wiederaufbaubedürfnisse der Nachkriegszeit angetriebene Reproduktionstyp war insbesondere dadurch gekennzeichnet, daß die Produktivitätssteigerungen sich überwiegend auf die Kombination der lebendigen Arbeit mit einem immer größeren Volumen von Arbeitsmitteln, Materialien und Rohstoffen stützten. Er wurde von einer Wirtschaftspolitik flankiert, zu deren Prioritäten die Sicherung eines hohen wirtschaftlichen Wachstums und einer möglichst weitgehenden Vollbeschäftigung im Inland ebenso gehörten wie regulierte internationale Geld- und Kapitalmärkte und stabile Wechselkursrelationen zwischen den Hauptwährungen. Die profit- und akkumulationsstimulierenden Wirkungen dieses Reproduktionstyps hatten sich in den siebziger Jahren jedoch

zusehends erschöpft.⁴ Das führte zusammen mit den sprunghaften Ölpreiserhöhungen jener Zeit zu verschlechterten Verwertungsbedingungen des produktiven Kapitals, deutlich abgeschwächtem Akkumulations- und Produktionswachstum sowie damit verbundener erhöhter Krisenanfälligkeit, die in den beiden schweren internationalen Überproduktionskrisen der Jahre 1974/75 und 1980/82 kulminierte.

Diese Entwicklung und die gleichzeitig in immer größerem Umfang anwendbaren wissenschaftlich-technischen Innovationen, vor allem in der Informationstechnik, Datenverarbeitung und Automatisierung erzwangen und ermöglichten die Herausbildung eines neuen Typs der intensiv erweiterten Reproduktion, bei dem ein größeres Wertprodukt und eine wachsende Mehrwertmasse mit einem möglichst verringerten Aufwand für alle Elemente des produktiven Kapitals erreicht werden sollte. Sie war begleitet von einem Paradigmawechsel in der Wirtschaftspolitik, die künftig durch angebotsorientierte, auf direkte Begünstigung der Profitinteressen gerichtete Prioritäten bei gleichzeitigem Verzicht auf das Beschäftigungsziel sowie durch eine zunehmend praktizierte Deregulierungspolitik geprägt wurde. Dieser politische Kurswechsel schuf zugleich den Rahmen für die Unternehmen, mit einer seit langem nicht mehr gekannten Brutalität ihre Kosten durch die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und einen verstärkten Lohndruck zu senken. Dies alles führte zu einer strukturellen Schwächung der Binnenkaufkraft und -nachfrage, die in den meisten Industrieländern immer weniger ausreichte, um die wachsende gesamtwirtschaftliche Produktion zu absorbieren.⁵ Über die zyklischen Schwankungen hinweg kam es zur allgemeinen Abschwächung der Investitionstätigkeit, des Wirtschaftswachstums und zum Rückgang der Beschäftigung, der mit einer erheblichen Zunahme der Arbeitslosigkeit verbunden war.

Das in der realwirtschaftlichen Sphäre - also in den produzierenden Zweigen wie auch in den Handels- und Dienstleistungssektoren der Industrieländer - nach Akkumulationsmöglichkeiten suchende liquide Geldkapital fand dort zu wenige rentable Anlagefelder. Es entstand bzw. vergrößerte sich somit ein struktureller Geldkapitalüberschuß, der weltweit nach anderen Verwertungsmöglichkeiten suchte. Er fand diese Möglichkeiten, die zum großen Teil als neue Finanztitel erst geschaffen wurden, auf den internationalen Märkten des zinstragenden Kapitals, die damit zu einer immer wichtigeren Quelle der Profitaneignung ohne Produktivkräfteentwicklung wurden. Dieses Bedürfnis der Anleger der in den entwickelten Ländern entstandenen Geldkapitalüberschüsse - bei denen es sich nicht in erster Linie um Privatrentiers, sondern zum großen Teil um die in der Realwirtschaft agierenden Unternehmen und deren Eigentümer handelt - hat sich somit seinen Markt selbst mitgeschaffen und wesentlich zur Expansion

⁴ Vgl. Autorenkollektiv des IPW, Staatsmonopolistische Intensivierung und Widersprüche der Reproduktion, IPW-Forschungshefte, 4/1986, S. 12ff.

⁵ Vgl. J. Huffschild, a.a.O., S. 963.

der internationalen Finanzmärkte und zur Entstehung immer neuer Finanzinstrumente beigetragen.

J. Bischoff⁶ stellt in diesem Zusammenhang zu Recht heraus, daß das Wachstum des Geldkapitals gegenüber der Akkumulation im reproduktiven Sektor an sich keine neuere Entwicklungstendenz ist und verweist dabei auf die von Marx vorgenommene Charakterisierung der Geldkapitalakkumulation als "Bleigewicht der kapitalistischen Produktion"⁷. Typisch für die Gegenwart sind jedoch das spezifische Gewicht, die besonders günstigen Wirkungsbedingungen und nicht zuletzt die enorme Geschwindigkeit, mit der dieses "Bleigewicht" sich innerhalb der Welt bewegt.

2.2 Wirkungen der Deregulierung der Finanzmärkte

Die Ursachen für die enorme Ausweitung und relative Selbständigkeit der internationalen Finanzmärkte gehen somit auf die durch den angebotsorientierten Kurswechsel in der Wirtschafts- und Unternehmenspolitik begünstigten Veränderungen in der mehrwertproduzierenden Sphäre der entwickelten Industriestaaten zurück. Zugleich muß jedoch die Entregulierung auf diesen Märkten, die auf der Basis des gleichen politischen Paradigmawechsels während der letzten beiden Jahrzehnte durchgesetzt wurde, als ein durchaus eigenständiger Hauptfaktor der internationalen Finanzkrise bewertet werden.

Mit ähnlich einschneidenden Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen, wie sie der Übergang zum praktizierten Neoliberalismus innerhalb der Industrieländer mit sich brachte, wurden auch die internationalen Finanzmärkte für das verstärkt außerhalb der Realwirtschaft der kapitalistischen Metropolen nach lukrativen Anlagefeldern suchende überschüssige Geldkapital attraktiver gemacht. Dazu wurde das brüchig gewordene System fester Wechselkurse, daß die wichtigsten Weltwährungen fest an den US-Dollar band, 1973 endgültig aufgegeben. Dieses Währungssystem sollte, zusammen mit den umfassenden Beschränkungen des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs, die als zweite Säule des internationalen Finanzregulariums der ersten Nachkriegsjahrzehnte dienten, der vorwiegend wachstums- und beschäftigungsorientierten Wirtschaftspolitik in den westlichen Metropolen einen stabilen, stärker auf weltwirtschaftliche Kooperation setzenden internationalen Rahmen geben und Spekulationsblasen verhindern.

Die Deregulierung des internationalen Geldkapitalverkehrs vollzog sich langsamer als die Aufgabe der festen Währungskurse und erfolgte schrittweise bis weit in die achtziger Jahre hinein. Im Ergebnis dieser neoliberalen Wende ist ein internationales Laissez-faire-Finanzsystem entstanden.

⁶ J. Bischoff, Auf dem Wege zur Rentier-Ökonomie, in: Z 21 (März 1995), S. 132.

⁷ MEW, Bd. 24, Berlin 1968, S. 494.

Es brachte infolge überwiegend schwankender Wechselkurse verstärkte Währungsrisiken, aber auch vielfältige Möglichkeiten zur Spekulation mit diesen Risiken bzw. den zu ihrer Absicherung neu geschaffenen Finanzinstrumenten. Es ließ die Währungskurse wieder stärker zum Konkurrenzmittel der Staaten zur Gewinnung ausländischer Kapitalanleger mit allen damit verbundenen Risiken werden. Und es schuf nicht zuletzt nahezu unbegrenzte Möglichkeiten, riesige Summen liquiden Geldkapitals, das nach schnellen Profiten durch Ausnutzung von Kurs- und Zinsunterschieden sucht, innerhalb ganz kurzer Zeitspannen von einem Land ins andere zu jagen. Damit ist es den Politikern und Wirtschaftsmanagern des Westens gelungen, in den internationalen Finanzbeziehungen faktisch annähernd gleiche Bedingungen wiederherzustellen, wie sie 1929 vor der großen Weltwirtschaftskrise schon einmal bestanden hatten: Freie Märkte, freier Handel und freier Geldfluß - was aber auch zugleich freie Hand für Spekulanten und freien, erleichterten Zugang für die Übertragung von Krisen von einem Land in das andere bedeutet.

Mit der Deregulierung haben sich auch die Strukturen und Kräfteverhältnisse unter den auf den Finanzmärkten operierenden Akteuren verändert. Neben den dort traditionell tätigen Banken ist vor allem der Einfluß der als "institutionelle Anleger" bezeichneten Pensionsfonds, Versicherungsgesellschaften und Investmentgesellschaften erheblich gewachsen, die inzwischen enorme Geldvermögen verwalten, deren Umfang auf zusammen mehr als 20 Billionen Dollar beziffert wird. Es liegt auf der Hand, daß angesichts solcher Größenordnungen Transfers in andere Währungen oder Veränderungen in den Bestandsstrukturen, die von diesen Anlegern vorgenommen werden, zu dramatischen Folgen für die finanzielle Situation einzelner Unternehmen oder ganzer Staaten führen können.

In engem Zusammenhang mit der Deregulierung und Globalisierung der Geldkapitalmärkte haben sich vielfältige neue Finanzinstrumente für die Abwicklung und Absicherung entwickelt und rasch ausgebreitet, mit denen versucht wird, auf das Anwachsen des relativen Geldkapitalüberschusses zu reagieren.⁸ So haben sich Finanzierungsformen stark verbreitet, mit denen normale Kreditforderungen verbrieft und damit in international handelbare Wertpapiere verwandelt werden. Sie führen dazu, daß die Gläubiger bzw. Anleger ihre Forderungen durch Verkauf flüssig machen, einen Teil des Kreditrisikos auf den Käufer übertragen und zudem auf Kursgewinne spekulieren können. Diese Kreditverbriefung fördert jedoch die Ausbreitung kurzfristiger Kreditengagements, die einen jederzeitigen Ausstieg erlauben. 1997 hatten rund 60 Prozent der Bankkredite an asiatische und lateinamerikanische Länder eine kurzfristige Laufzeit.⁹

⁸ Vgl. hierzu H. Höhme/E. Kollloch/Ch. Kulke-Fiedler, Krisenprozesse in den internationalen Finanz-, Kredit- und Währungsbeziehungen des Kapitalismus, IPW-Forschungshäfte, 2/1988, S. 28ff.

⁹ Financial Times, London, 5.1.1998.

Besonders schnell haben sich seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre die derivativen Finanzinstrumente ausgebreitet, die ursprünglich als Absicherungsmittel gegen Kursrisiken bei Wertpapieren und Devisen gedacht waren, aber inzwischen selbst zu einem hohen Risikofaktor im internationalen Finanzgeschehen geworden sind. Diese Derivate, zu denen vor allem Terminkontrakte, Swaps und Optionen zu den unterschiedlichsten konkreten Zwecken gehören, sind von den ursprünglichen Wertpapierformen abgeleitete Eigenprodukte der liberalisierten Finanzmärkte. Die Wertentwicklung eines solchen Derivats richtet sich zwar in erster Linie nach derjenigen des Finanzinstruments, aus dem es abgeleitet ist und zu dessen Kurssicherung es eigentlich bestimmt ist. Man kann jedoch mit dem Derivat für einen sehr viel geringeren Geldkapitaleinsatz handeln und natürlich auch spekulieren, als mit dem ihm zugrunde liegenden Finanzinstrument. Das bedeutet aber andererseits auch, daß damit bei gleichem Kapitaleinsatz ein sehr viel größeres Risiko eingegangen wird als mit dem jeweils zugrundeliegenden Wertpapier. Im Grunde handelt es sich bei den Derivaten "um äußerst komplizierte, mathematisch erklügelte Wetten darauf, daß eine Währung, eine Aktie, ein Korb von Wertpapieren oder ein Zins steigt oder fällt. Der Fonds hinterlegt nur einen sehr kleinen Teil der insgesamt verwetteten Summe. Aber manchmal geht die Sache schief, und am Einlösungstag wird eine riesige Wettsumme fällig."¹⁰ Die daraus resultierenden Verunsicherungen für die Märkte des zinstragenden Kapitals werden noch durch die Tatsache verstärkt, daß diese Finanzanlagen aus dem Börsengeschehen herausfallen, in den Bilanzen der Banken und Wertpapierhändler überwiegend nicht erscheinen müssen und damit weitgehend außerhalb jeder staatlichen Kontrolle stehen.

In besonderem Maße trifft die vorstehende Einschätzung auf die sogenannten "Hedge Funds" zu. Diese Fonds spekulieren auf möglichst hohe Gewinne aus extrem risikoreichen Anlagen. Ihre Experten bedienen sich dabei moderner Anlageformen, berechnen auch kleinste Rendite-Unterschiede auf den weltweiten Finanzmärkten mit komplizierten Formeln und nutzen sie zu entsprechenden Geschäften aus. Hohe Gewinne können sie aber nur dadurch erzielen, daß sie diese minimalen Differenzen mit einem maximalen Kapitaleinsatz ausnutzen. Dabei setzen die Partner des Fonds selbst einen vergleichsweise geringen Eigenkapital-Anteil ein. Sie benötigen jedoch zur Realisierung ihrer Geschäfte außerordentlich hohe Kredite, die sie offensichtlich auch von Geschäftsbanken bekommen, wie der faktische Bankrott des US-Hedge-Fonds LTCM Ende September zeigte, dessen totaler Zusammenbruch nur durch eine Nacht-und-Nebel-Aktion von vierzehn internationalen Großbanken unter Regie der US-Zentralbank und den Einsatz von über 3,5 Milliarden Dollar zunächst verhindert werden konnte. Bei diesem Engagement spielte sicherlich die Furcht der beteiligten amerikanischen Banken eine Rolle, bei einer Aufgabe des Fonds

¹⁰ H. Schmidt, Vorsicht, Finanzhaie, in: Die Zeit v. 8.10.1998, S. 3.

würde die Finanzkrise auch voll auf die Märkte der USA und anderer Industrieländer übergreifen. Zugleich war aber bei vielen der engagierten Banken, die sich leichtsinnigerweise an den Geschäften von LTCM beteiligt hatten, nicht zuletzt bei der Dresdner und der Deutschen Bank, auch das unmittelbare Interesse im Spiel, die eigenen Verluste bei dieser Malaise nicht noch höher werden zu lassen. Die faktische Pleite des LTCM, der vor allem durch mißlungene Zinsspekulationen in Asien und Rußland während der vergangenen Monate enorme Verluste erlitten hatte, zeigte erneut die von der ungehemmten Expansion derartiger Risiko-Anlagen für die Welt-Finanzmärkte ausgehenden Gefahren und war das erste deutliche Signal dafür, daß die Finanzkrise auch die Geldmetropolen des Westens nicht verschont.

2.3 Die Finanzkrise Rußlands als Ausdruck neoliberaler Einbindung von Peripherien in die Weltwirtschaft

Die weltweite Finanzkrise ist nicht zuletzt auch das Ergebnis der Vorgehensweise, mit der bisherige Peripherien in jüngster Zeit noch enger in das System der internationalen Wirtschaftsbeziehungen einbezogen und damit zugleich den von den internationalen Finanzmärkten ausgehenden Wirkungen voll ausgesetzt wurden. Dabei stellen diese Märkte jedoch keineswegs - wie ihre Nutznießer es darzustellen versuchen - eine naturgegebene Instanz dar, die das Verhalten der Wirtschaftssubjekte und der Politik nach objektiven Kriterien beurteilt und demzufolge belohnt oder bestraft. Vielmehr werden die Spielregeln für die Finanzmärkte, "nach denen sich die Weltwirtschaft richten muß, im wesentlichen durch die stärksten Spieler nach ihren Interessen festgelegt und durchgesetzt", und dies sind "die führenden kapitalistischen Länder und ihre Industrie- und Finanzkonzerne".¹¹

Die stärkere Einbeziehung dieser Länder in die Weltwirtschaft, die sich auf dem Wege ihrer möglichst raschen Durchkapitalisierung nach dem Muster der westlichen Industriestaaten vollzieht, ist deshalb im Grunde nichts anderes als eine Unterwerfung unter die handfesten Interessen und neoliberal bestimmten Regeln der mächtigsten Industrieländer und Konzerne, die dieses System beherrschen. Das gilt - ungeachtet aller konkreten Unterschiede - im Kern für die im Industrialisierungs- und wirtschaftlichen Aufholprozeß begriffenen Schwellenländer Asiens und Lateinamerikas ebenso wie für den Transformationsprozeß zum Kapitalismus in den früher realsozialistischen Ländern, vor allem in der ehemaligen Sowjetunion.

Nachdem es schon im Sommer und Herbst 1997 im unmittelbaren Gefolge des Ausbruchs der Asienkrise auch zum verstärkten Druck auf den Rubel gekommen war, stabilisierte sich dessen Kurs wieder, zumal die hohen Zinsen nach der massiven Kapitalflucht aus Asien zunächst zu einem zeit-

¹¹ J. Huffschild, a.a.O., S. 962.

weilig stärkeren Zufluß kurzfristiger ausländischer Anlagen nach Rußland beitrugen.

Sinkende Rohölpreise, akute Schwierigkeiten durch die hohe Auslandsverschuldung mit entsprechenden Hilfeschüssen beim IWF und das große Haushaltsdefizit verstärkten das Mißtrauen in die Stabilität des Rubel und führten zu Spekulationen über seine bevorstehende Abwertung. Dieser Trend verschärfte sich schließlich in der zweiten Augushälfte so weit, daß der Kurs der Landeswährung freigegeben und die Rückzahlung der Auslandsschulden ausgesetzt werden mußten. Der freie Fall des Rubelkurses und ein dramatischer Kurssturz an der Moskauer Börse waren die unmittelbaren Folgen.

Diese akute russische Finanzkrise ist sowohl eine Teilerscheinung der seit Mitte des vergangenen Jahres die Welt beunruhigenden internationalen Finanzkrise als auch der tiefgreifenden strukturellen Transformationskrise, die die Entwicklung der einstmaligen zweiten Weltmacht seit dem Auseinanderfallen der Sowjetunion und dem Zusammenbruch des Sozialismus prägt. Dabei haben neben vielen anderen Problemen vor allem vier gravierende Fehlentwicklungen dieser Krise eine besondere Schärfe und Nachhaltigkeit gegeben.

Erstens setzte die viel zu schnell und zu radikal erfolgte Öffnung der russischen Wirtschaft gegenüber dem Weltmarkt durch die Einführung der Rubel-Konvertibilität die Unternehmen des Landes schlagartig einer übermächtigen Konkurrenz aus dem Ausland aus. Das reduzierte die Absatzmöglichkeiten der Betriebe drastisch, ließ viele von ihnen rasch unrentabel werden und brachte die Wirtschaftsstrukturen durcheinander.

Zweitens führte der Einbruch kapitalistischer Produktionsverhältnisse in die russische Volkswirtschaft zu erheblichen Diskrepanzen zwischen der raschen Entwicklung des Finanzkapitalsektors und dem Rückwärtstrend in den realwirtschaftlichen Bereichen.¹² Parallel zur Öffnung der Warenmärkte gegenüber der Auslandskonkurrenz war auch der russische Finanz- und Bankensektor den internationalen Finanzmärkten zum freien Zugang geöffnet worden. Dies war mit seiner schnellen Ausdehnung und einem kräftigen Zufluß ausländischen Geldkapitals verbunden, die insbesondere von den außerordentlich lukrativen, wegen eines großen Kreditbedarfs des chronisch defizitären Staates und der angestrebten Inflationsdämpfung hochgehaltenen Realzinssätzen angezogen wurde. Die Gütermärkte entwickelten sich demgegenüber wegen der geringen Kaufkraft der russischen Bevölkerung und des starken Konkurrenzdrucks der Importeure rückläufig, wobei die gleiche rabiate Hochzinspolitik, die dem internationalen und inländischen Finanzkapital hohe Gewinne brachte, noch zusätzlich restriktiv auf die produzierenden Zweige drückte, dort zu teilweise akuter Geldnot führte und zu einer sehr schwachen Investitionstätigkeit beitrug. Auch

¹² S. Schulmeister, Zuviel vom Westen, in: Die Zeit v. 8.10.98.

die von ausländischen Kapitalanlegern und inländischen "neuen Reichen" vor allem im Finanzsektor erzielten hohen Profite wurden ganz überwiegend nicht in der russischen Realwirtschaft investiert, sondern ins Ausland transferiert.

Drittens war die Durchsetzung des Kapitalismus mit einem krassen Verlust an Staatsautorität und auch realen Einwirkungsmöglichkeiten des Staates auf die Wirtschaft verbunden. Die von der dominierenden neoliberalen Staatsfeindlichkeit geprägten westlichen Berater und russischen "Reformer" des kapitalistischen Umbruchs ließen völlig außer Acht, daß eine bloße Öffnung der Märkte ohne vom Staat gesetzte Spielregeln und Rahmenbedingungen, vom Rechtswesen bis zum Steuersystem, noch keineswegs zu einer halbwegs funktionsfähigen Marktwirtschaft führt, sondern vielmehr die Gefahr anarchisch geprägter Zustände mit sich bringt. Solche Verhältnisse sind in Rußland indessen auch weitgehend eingetreten, obwohl der Staat durchaus noch ein beträchtliches Gewicht besitzt, was allein daraus hervorgeht, daß 1997 trotz zunehmender Privatisierung noch rund 60 Prozent aller Beschäftigten in staatlichen oder teilstaatlichen Betrieben und Institutionen arbeiteten.¹³

Viertens war nahezu gleichzeitig mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Wirtschaftsordnung auch die Sowjetunion in einer Weise auseinandergebrochen, die nicht nur zur politischen Selbständigkeit der bisherigen Unionsrepubliken führte, sondern auch die sehr engen ökonomischen Verflechtungen zwischen den nunmehr selbständigen Staaten, die ja bis dahin als Teile einer Volkswirtschaft funktioniert hatten, weitgehend zerriß. Das hat die wirtschaftliche Entwicklung aller GUS-Länder bis heute ganz erheblich beeinträchtigt. Auch von dem Wirtschaftsgefüge Rußlands wurden dabei praktisch über Nacht wichtige Teile abgeschnitten und die ökonomischen Strukturen des Landes dadurch zusätzlich beschädigt.

Der heutige desolatte Zustand der russischen Wirtschaft ist das Resultat dieses neoliberal geprägten, einseitig auf die Interessen des ausländischen und inzwischen auch des inländischen Finanzkapitals orientierten Transformationsprozesses. Er ist zugleich das Ergebnis des die neunziger Jahre in Rußland politisch bestimmenden, vom Westen als Garant der Demokratie gehätschelten Jelzin-Regimes. Am Beginn dieses Regimes stand das von Jelzin maßgeblich initiierte Auseinanderbrechen der Sowjetunion. Inzwischen hat die Herrschaft dieses Regimes die russische Wirtschaft unter dem Einfluß ausländischen Finanzkapitals, ausländischer Ratgeber und inländischer "Reformer" zu einem Zustand geführt, der vor allem durch

- ein nach acht Jahre anhaltendem Produktionsrückgang gegenüber 1990 halbiertes Bruttosozialprodukt,

¹³ DIW Berlin/IfW Kiel/IWH Halle, Die wirtschaftliche Lage Rußlands, in: DIW-Wochenbericht, 18/98 v. 30.4.1998, S. 308.

- die weitgehende Verwandlung in ein Rohstoff- und Energieanhängsel der westlichen Industrieländer, das inzwischen zur Hälfte seiner gesamten Nahrungsmittelversorgung von Importen abhängig ist und dem deshalb als Folge der massiven Rubelabwertung eine Hungersnot droht,
- einen finanziell maroden Staat, der einer großen Anzahl seiner Beschäftigten und Bediensteten über Monate hinweg die ihnen zustehenden Löhne und Gehälter schuldig bleiben mußte und seine Autorität fast völlig eingebüßt hat,
- einen realwirtschaftlichen Sektor, der zum nicht geringen Anteil nur noch als "Schattenwirtschaft" existiert, dessen legale Teile aber nicht einmal mehr über eine funktionierende Geldwirtschaft verfügen, sondern die Beziehungen zwischen den Unternehmen weitgehend nur noch auf dem Wege der Tauschwirtschaft abwickeln können,
- die Beherrschung und Kriminalisierung ganzer, in der Regel besonders lukrativer Teile der Wirtschaft durch mafiose Organisationen und nicht zuletzt durch
- eine Zunahme der Armut und eine krasse Vertiefung der Unterschiede zwischen Armen und Reichen gekennzeichnet ist.

Ein weiteres Abrutschen der russischen Wirtschaft mit verheerenden sozialen Folgen ist mit den neoliberalen Rezepten des IWF und der anderen Ratgeber von gestern nicht zu verhindern. Ein in jedem Fall schwieriger Ausweg aus dem gegenwärtigen Desaster erscheint nur über energische Eingriffe des Staates möglich. Sie müssen zunächst über Notmaßnahmen den Zusammenbruch der Nahrungsmittelversorgung und eine soziale Katastrophe verhindern helfen. Sie müssen aber darüber hinaus die Bedingungen dafür schaffen, daß - wie es der russische Ökonom Bogomolow fordert - Rußland seine Volkswirtschaft hauptsächlich für den Binnenmarkt entwickeln kann, wie es für ein Land seiner Größe unerläßlich ist.¹⁴ Für beide Schritte ist es beim derzeitigen Zustand der russischen Wirtschaft jedoch notwendig, sowohl die Funktionsfähigkeit des Staates wiederherzustellen als auch finanzielle Hilfe von außen zu geben, die allerdings auf Bedingungen nach den gescheiterten bisherigen Mustern verzichten muß.

3. Ausblick

Die Frage, ob die internationale Finanzkrise dazu führt, daß der wirtschaftliche Abwärtssog, der neben Japan bisher vorwiegend Schwellen- und Übergangsländer erfaßt hat, nun auch auf die anderen Industrieländer übergreift und sich damit zu einer großen Weltwirtschaftskrise ausweitet, kann heute niemand beantworten. Die Prognosen dazu sind widersprüch-

lich, wenngleich es immer mehr skeptische oder besorgte Vorausschätzungen gibt.

Hier kann nur auf drei Gefahrenherde hingewiesen werden, von denen eine weitere Verschärfung der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise in der nächsten Zeit ausgehen kann:

Erstens birgt die weitere Entwicklung in Ostasien nach wie vor erhebliche Gefahren für die Weltwirtschaft in sich. Das gilt besonders dann, wenn die Banken- und Wirtschaftskrise in Japan sich weiter vertieft. Massive Versuche der Banken des größten Gläubigerlandes der Welt, ihre Liquidität und Existenz durch die Mobilisierung ihres im Ausland angelegten Kapitals zu retten, können die Weltfinanzmärkte erneut in ernsthafte Turbulenzen stürzen und diesmal die Konjunktur in den Industrieländern stärker in Mitleidenschaft ziehen. In ähnlicher Richtung könnte auch eine forcierte, durch einen niedrigen Yen-Kurs begünstigte Exportoffensive der japanischen Industrie wirken. Auch die Möglichkeit, daß Hongkong und damit auch China ihre Währungskurse nicht halten können, damit selbst voll in die Finanzkrise hineingezogen werden und ihrerseits wieder die Lage anderer Länder negativ beeinflussen, ist durchaus real.

Zweitens kann die sich gegenwärtig abzeichnende Ausweitung der Finanz- und Wirtschaftskrise Brasiliens auf ganz Lateinamerika die Konjunktur der dort stark engagierten USA-Wirtschaft erheblich beeinträchtigen und den konjunkturellen Aufwärtstrend der übrigen Industrieländer bremsen.

Drittens sind die internationalen Finanzmärkte selbst angesichts der bisherigen Krisenwellen und Zusammenbrüche sehr viel anfälliger geworden. Vor allem die erhebliche Risikoträchtigkeit der Vielzahl von derivativen Finanzinstrumenten und ihre Gefährlichkeit für die Märkte ist in letzter Zeit mehrfach zutage getreten und stellt eine eigenständige Quelle für eine Eskalation der Finanzkrise dar.

Die aktuellen Krisenrealitäten haben zunehmende Forderungen nach einer stärkeren Absicherung der internationalen Finanzmärkte sowie Kritiken am IWF auf den Plan gerufen. Betrachtet man allerdings die meisten der bisher von Politikern, Managern und anderen etablierten Experten dazu geführten Diskussionen, dann zeichnen sie sich durch eine Mixtur von Ratlosigkeit, relativ oberflächlichen Reparaturvorschlägen oder gar Forderungen nach einer noch konsequenteren Anwendung der in der Praxis gescheiterten neoliberalen Glaubenssätze aus. Angesichts der Realitäten wird man jedoch auf Dauer wohl auch an etwas tiefer lotenden Reformvorschlägen nicht mehr vorbeikommen.

Ernsthafte Schlußfolgerungen aus dieser weltweiten Finanzkrise können letztlich nicht daran vorbeigehen, daß es sich dabei um eine umfassende Krise des gegenwärtigen Typs der kapitalistischen Globalisierung handelt

¹⁴ O. Bogomolow, Schlüssel zum Erfolg, in: Der Spiegel, Nr. 42, v. 12.10.98.

und müssen von deren Ursachen ausgehen.¹⁵ Konkrete Alternativvorschläge müssen deshalb Maßnahmen vorsehen, die zumindest Schritte in Richtung auf eine Einschränkung dieser Grundkonflikte und ihrer Wirkungen enthalten. Dabei müssen die jetzt in der EU vorhandenen und von der EU ausgehenden günstigeren politischen Bedingungen für die Durchsetzung eines wirtschaftspolitischen Prioritätenwechsels genutzt werden, um auch den von den internationalen Finanzmärkten und Währungsbeziehungen ausgehenden Krisengefahren effektiver entgegenwirken zu können. Maßnahmen, die auf eine Re-Regulierung dieser Märkte hinzielen, erscheinen jetzt, unter den vermutlich noch weiter wirksamen Einflüssen und Nachwirkungen der Finanzkrise eher vorstellbar als noch vor Jahresfrist. Das gilt auch für die Tätigkeit des IWF, dessen einseitige Orientierung auf die Wahrnehmung der Gläubigerinteressen und die Durchsetzung entsprechender neoliberaler Standardforderungen in dieser Krise so deutlich wie noch nie an ihre Grenzen gestoßen und damit angreifbarer geworden ist.

Noch ist es verfrüht, ein Fazit der Wirkungen und Folgen dieser Krise der globalisierten Finanzmärkte zu ziehen. Es ist aber durchaus vorstellbar, daß ihr Platz in der Wirtschaftsgeschichte einmal dadurch gekennzeichnet sein wird, daß sie den Beginn eines erneuten Paradigmawechsels in der internationalen Wirtschafts- und Währungspolitik markiert.

¹⁵ Dazu wird auf die ausführlicheren Überlegungen von J. Huffschmid zu demokratischen Alternativvorstellungen verwiesen, denen ich weitgehend zustimme.

John P. Neelsen

Periphere Gesellschaftsformation und internationale Klassensolidarität

I. Proletarier aller Länder, vereinigt Euch? - Fünf Thesen

1. **Marx' und Engels' Prognose hinsichtlich der Entwicklung der Bourgeoisie/des Kapitalismus hat sich, betrachtet man die Konzentration des Kapitals, die Herstellung des Weltmarktes, die Universalisierung der kapitalistischen Produktionsweise, bewahrheitet. Die Hypothese von der korrespondierenden Entwicklung des Proletariats im Sinne einer zunehmend in ihren materiellen Lebensverhältnissen homogenisierten Klasse an sich, die sich in Kämpfe mit der Bourgeoisie verwickelt und, mit einer internationalistischen Orientierung ausgestattet, zu einer Klasse für sich und als Vorkämpferin einer neuen Gesellschaftsordnung konstituiert, hat sich dagegen so nicht bestätigt.**
2. **Ein hierarchisches Weltsystem mit 'Bourgeois-Nationen' hat sich herausgebildet, deren Lohnabhängige vergleichsweise privilegiert sind und von dem globalen, mehrdimensionalen Machtmonopol ihrer Staaten und ihres transnationalen Kapitals profitieren.**
3. **Die weltweit durchgesetzte kapitalistische Produktionsweise ist von Ungleichheit, Ungleichmäßigkeit und Ungleichzeitigkeit gekennzeichnet. Außerhalb der Kernländer ist ein peripherer Kapitalismus mit struktureller Heterogenität als einem Nebeneinander von bürgerlicher, vor- und halbkapitalistischer Produktionsweise entstanden. Als Konsequenz bleibt das kollektive Bewußtsein, auch das der Arbeiterklasse, hochgradig fragmentiert, von regionalen und ethnisch-kulturellen Identitäten dominiert. Politische Kämpfe nehmen potentiell eine antiwestliche Form mit ökonomischer Unabhängigkeit bzw. kultureller Eigenständigkeit als zentralen Inhalten an. Zwar antihegemonistisch, ist dieser Kampf gleichwohl nicht anti-kapitalistisch.**
4. **Der Internationalismus wird durch sehr unterschiedliche, sich wechselseitig bedingende Lebenschancen zwischen Bourgeois- und peripheren Nationen behindert. Die okzidentalen Lebensverhältnisse sind von der Verfügbarkeit billiger, in den Entwicklungsländern produzierter Güter des alltäglichen Bedarfs abhängig, wie umgekehrt der Westen für Exporte und Importe der "Dritten Welt" lebenswichtig ist. Diese formal wechselseitige Abhängigkeit ist strukturell von negativen terms of trade und Ungleichem Tausch geprägt. Strukturelle Ungleichheit und wachsende Disparitäten stehen einer antikapitalistischen Interessenkonvergenz im Wege.**
5. **Entgegen der Vorhersage von Marx und Engels, z.B. im "Manifest", sind Nationalismus und Nationalstaat nicht auf dem Wege, historisch**

überwunden zu werden. Wenngleich auf ökonomische Faktoren zurückbezogen und von den Entwicklungsbedingungen im Spätkapitalismus beeinflusst, sind im Gegensatz zum allumfassenden Weltmarkt Prozesse der Verschmelzung von Nationen ebenso wie solche der Abspaltung zu beobachten.

II. Peripherer Kapitalismus und Klassenformierung

"Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt. ... Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie ..., Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde." (MEAS I, 30)

1. Politische Suprematie und wirtschaftlicher Druck haben in der Tat alle Nationen gezwungen, sich die bürgerliche Produktionsweise anzueignen. Im Gegensatz aber zu den von Marx (und Engels) geäußerten, in den Artikeln über die britische Herrschaft in Indien besonders deutlich formulierten Erwartungen hinsichtlich der langfristigen Wirkungen des Kolonialismus, Hoffnungen, die auch die anticolonialistischen Bewegungen in der "Dritten Welt" nach dem 2. Weltkrieg hegten, hat sich kein wettbewerbsfähiger, vom produktiven industriellen Kapital dominierter Kapitalismus etablieren, noch auch in seinem Gefolge eine soziale Revolution durchsetzen können.

Unter dem Einfluß des Imperialismus hat sich stattdessen ein abhängiger Kapitalismus mit einer von sozialer Heterogenität gekennzeichneten Gesellschaftsformation in den Ländern der Peripherie herausgebildet. (Cordova 1973, Sunkel 1978) Weit davon entfernt, ein temporäres Übergangsphänomen zu sein, unterscheidet sich diese soziale Konfiguration essentiell von der der Metropolen. Von außen oktroyiert, auf den Weltmarkt hin ausgerichtet und vom Finanz- und Handelskapital beherrscht, sind kapitalistische Marktverhältnisse zwar dominant und determinierend, ohne jedoch andere Produktionsweisen ganz verdrängen zu können. Die ursprüngliche Akkumulation setzt sich auf Dauer fort, während vor- und halbkapitalistische Produktionsverhältnisse sich immer wieder neu rekonstituieren. Die alten Mittelschichten werden pauperisiert, während gleichzeitig die Masse der doppelt freien Lohnarbeiter von formeller Subsumtion unter kapitalistische Produktionsverhältnisse ausgeschlossen bleibt.

2. Da Marktmechanismen des freien Wettbewerbs in ihrer Funktionsweise eingeschränkt sind, ist auch das Wertgesetz (mit seinem Maßstab der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit) zumindest teilweise außer Kraft gesetzt. Vermittelt über den Weltmarkt hat es nur für einige Sektoren oder selbst nur einzelne Branchen uneingeschränkte Gültigkeit. Die Festlegung

von Preisen, die Tiefe der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ebenso wie die Verteilung des Mehrwerts werden zum Teil durch politische Intervention (mit)bestimmt. Der Staat als wichtigster gate-keeper zwischen dem äußeren (Welt-) und dem inneren Markt, der zudem teilweise die Regulierungsfunktion von Marktmechanismen übernommen hat, verfügt über eine außergewöhnliche Machtfülle. Der Kampf um die Macht im Staat, nicht mit dem Ziel, sie abzuschaffen, sondern sich ausschließlichen privilegierten Zugang zu diesem besonderen Appropriationsmodus zu verschaffen, spielt eine entscheidende Rolle in sozialen Konflikten.

Bürgerlich-demokratische Institutionen als Begleitmoment eines immanent konstituierten inneren Marktes sind unzureichend entwickelt. Dies betrifft die politische und zivile Beteiligung im allgemeinen, wie die systemischen Möglichkeiten der Kontrolle von (autoritären) Regierungen im besonderen. Die Auswirkungen auf Organisation und Sanktionspotential der Gewerkschaften sind überall fühlbar. Organisatorisch, finanziell, nicht selten auch personell abhängig von politischen Parteien nehmen sie weniger unmittelbare Klasseninteressen wahr, als daß sie als parteipolitische Institutionen zur Massenmobilisierung bzw. als deren programmatische Transmissionsriemen fungieren. Bei einem insgesamt relativ geringen Organisationsgrad der Lohnabhängigen sind die bestehenden Gewerkschaften fragmentiert; viele leiden zudem unter stark fluktuierenden Mitgliederzahlen. So ist ihr eigenständiges Sanktionspotential gering. Umso mehr erwartet man vom Staat. Nicht überraschend sind gerade regierungsnaher Gewerkschaften relativ mitgliederstark; zu ihnen laufen viele bei Regierungswechsel über.

3. Lohnarbeiter und Angestellte im organisierten Sektor der Ökonomie, einschließlich derer im öffentlichen Dienst, stellen nur eine Minderheit der abhängig Beschäftigten dar. Nur sie fallen unter die staatliche Arbeitsgesetzgebung, die Mindestlöhne, Arbeitszeit, Arbeitsschutz etc. regelt. Selbst in den Fällen, wo das Lohn Einkommen kaum die Reproduktionskosten des unmittelbar betroffenen Arbeiters deckt, sind die Mitglieder dieser Gruppe in ihren materiellen Lebens- und Arbeitsverhältnissen im Vergleich zum nicht-organisierten Sektor privilegiert.

4. Weltweite kapitalistische Integration spiegelt in Form und Inhalt das Entwicklungsstadium der fortgeschrittensten Gesellschaften. Wenn nicht direkt Lieferanten, geben sie zumindest die Richtschnur für technologische Standards, für die Organisation von Produktion und Austausch, für Forschung und Verteilung überall auf der Welt vor, was in nicht geringem Maße durch die Zentralität ihrer Absatzmärkte bedingt ist. Sie reflektieren jedoch die spezifischen sozio-ökonomischen Bedingungen und Produktionsfaktoren der führenden kapitalistischen Länder. Dazu zählen beispielsweise die typische hohe organische Zusammensetzung des Kapitals, hohe Arbeitskosten, billige Energieträger etc. In andere wirtschaftlich-soziale, von Kapitalmangel, Überschuß an Arbeitskräften und kleinen inneren

Märkten gekennzeichnete Kontexte transplantiert, wirken sie jedoch wie 'soziale Gene' (Shiva 1993) und ziehen katastrophale Auswirkungen nach sich. Denn nicht-wettbewerbsfähige Industrien werden ruiniert, Alternativen im Bereich von Kapitalinvestitionen und Beschäftigung nur unzureichend erkundet. Angesichts einer defizitären internen Nachfrage und potentiell scharfem Wettbewerb seitens importierter Güter hält sich die nationale Bourgeoisie bei produktiven industriellen Investitionen zurück, wenn deren Produkte nicht von staatlicher Seite unterstützt bzw. nachgefragt werden oder von vorneherein für den Export bestimmt sind. Die Übernahme moderner Produktionstechnologie induziert nicht nur eine vielfältige externe Abhängigkeit, sondern fördert auch direkt die Monopolbildung und ungleiche Einkommensverteilung bei gleichzeitiger Verstärkung von Marginalisierung und sozialer Heterogenität. Die schon existierende riesige Reservearmee wächst ungebrochen weiter, so daß die Real-löhne auf einem Subsistenzniveau verbleiben. Gewinne bei der Arbeitsproduktivität werden nicht in Form höherer Löhne weitergegeben, sondern dienen nur dazu, die Profitmargen des Kapitals zu erhöhen. Ein Teufelskreis von wachsender sozialer Ungleichheit, begleitet von einer fragmentierten erwerbstätigen Bevölkerung, wird geschaffen.

5. Der überwiegende Teil der Erwerbstätigen bleibt im informellen Sektor der Ökonomie gefangen. Angesichts der Struktur des peripheren Kapitalismus sowie des Umfangs, Wachstums und der Jugendlichkeit der Arbeitskräfte hat sich keine gesellschaftsumgreifende Arbeitsteilung entlang bürgerlicher Produktionsverhältnisse herausbilden können. Vorkapitalistische Produktionsweisen bleiben erhalten, der alte Mittelstand in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe reproduziert sich ständig neu, auch wenn diese Schichten kontinuierlich weiter verarmen. Sie halten an ihren unzureichenden Produktionsmitteln nicht als Ausdruck ihrer wirtschaftlichen Rentabilität, sondern aus Mangel an besseren alternativen Lebensbedingungen fest.¹ Das Problem stellt sich auf dem Lande in besonders krasser Form.

6. Um dem Elend auf dem Lande zu entfliehen, migrieren viele in die städtischen Gebiete. Dort wird in nächster Zukunft zum ersten Mal in der Geschichte die absolute Mehrheit der Menschheit leben. Die Urbanisierung in der "Dritten Welt" ist ein Symbol von Unterentwicklung und vor allem von ländlicher Armut. Chancen auf Beschäftigung in der Industrie, noch dazu im organisierten Sektor, bleiben angesichts der angewandten, eher kapitalintensiven Technologie sowie der schwachen effektiven Nachfrage gering. Die Städte des Trikont, einschließlich der Megacities, sind alles andere als industrielle Zentren, schon eher handelt es sich um

¹ Vgl. K. Marx, *The Indian Question - Irish Tenant Rights*, New York Daily Tribune, Nr. 3816, 11, 1853.

Zentren von Verwaltung, Handel und Gewerbe sowie des Konsums.² Weniger Heerscharen von produktiven Arbeitern in industriellen Großbetrieben, deren organisatorischer Zusammenschluß eben dadurch gefördert und deren proletarisches Bewußtsein stimuliert wird, wie die Autoren des Manifests prognostizierten, finden sich in ihnen als vielmehr eine Mehrheit, die im informellen Sektor ein unsicheres Leben fristet und in den städtischen Slums oder als Squatters haust.³

7. Die Hypertrophie des Tertiärsektors ist ein weiteres Merkmal der Gesellschaftsformationen der "Dritten Welt". Einmal abgesehen von der großen Zahl proletaroider Selbständiger, ist nachholende kapitalistische Entwicklung heute dadurch gekennzeichnet, daß die Phase der Industriegesellschaft beim Übergang von einer dominant agrarisch strukturierten Gesellschaft übersprungen wird.⁴ Stattdessen trägt der Dienstleistungssektor nicht nur den größten Teil zum Nationaleinkommen bei, in ihm ist auch die Mehrzahl der abhängigen Arbeitskräfte beschäftigt. Diese Arbeiter und Angestellten in Banken und Versicherungen, im Transportwesen und Kommunikationsbereich, Handel und Gewerbe, Tourismus und Unterhaltungsindustrie, im Erziehungs- und Gesundheitswesen etc. befassen sich mit persönlichen und reproduktiven Dienstleistungen bzw. befinden sich in der Sphäre der Zirkulation und Verteilung von Gütern. Die Mitglieder dieser 'neuen Mittelschichten', einer in sich hochgradig differenzierten und geschichteten Sozialkategorie, verbindet ein Selbstverständnis, das von Vorstellungen individueller Leistung und von Statusdenken geprägt ist. Ihr Gesellschaftsbild gründet sich eher auf Vorstellungen von Hierarchie und distributiver Ungleichheit, nicht aber von Klasse und Klassenkonflikt.

8. Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sowie die dramatisch gesunkenen Transportkosten erlauben es den Transnationalen Konzernen, Produktionsketten zu zerlegen und prinzipiell jeden Teil auszulagern. Von Restriktionen der Zeit, der Distanz und von politisch-geographisch definierten Wirtschaftsräumen abgekoppelt, durchstreifen die 'global players', der Logik der Kostenminimierung folgend, den Globus auf der Suche nach den vorteilhaftesten Standorten. Dieses 'global sourcing' bringt zwei unterschiedliche Gruppen von abhängig Beschäftigten in der "Dritten Welt" hervor. Da ist zunächst die große Zahl von Arbeitskräften der Betriebe, die in Fließbandmanier Güter der Elektronik, der Datenverarbeitung, Textilien und Kleidungsartikel, Schuhe etc. für den

² Zur Differenzierung von Städten vgl. M. Weber, *Die Nichtlegitime Herrschaft (Typologie der Städte)*, in: *Wirtschaft und Gesellschaft*, pp 727ff., Tübingen 1985.

³ R. Williams, *The New Metropolis*, pp 363-365, und B. Roberts, *Cities in developing societies*, pp 366-386, in: H. Alavi/T. Shanin (eds), *Sociology of 'Developing Societies'*, New York 1982. J. Hauser, *Bevölkerungs- und Umweltprobleme in der Dritten Welt*, vol. II, *Das Urbanisierungsproblem*, pp 479-538, Stuttgart 1991.

⁴ M. Haller, *Klassenstruktur und Arbeitslosigkeit*, pp 377ff., in: St. Hradil/St. Immerfall (eds), *Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich*, Opladen 1997.

Export produzieren. Vornehmlich junge unverheiratete Frauen sind es, die in diesen Unternehmen unter strenger Arbeitskontrolle und harten Arbeitsbedingungen, zwar relativ gut bezahlt und mit erleichtertem Zugang zu modischen Konsumartikeln als zusätzlichem Anreiz- und Kompensationsmittel, schufteten. Darüberhinaus ist eine hohe Arbeitskräftefluktuation und eine schwache Gewerkschaftsbewegung - vorausgesetzt eine solche ist überhaupt zugelassen - typisches Merkmal dieser ersten Kategorie von Lohnabhängigen.⁵

Zur zweiten Gruppe zählen die hoch qualifizierten Ingenieure, Techniker und andere Fachspezialisten. Zu ihnen gehören beispielsweise die Software-Ingenieure Bangalores, dem Silicon Valley Indiens, die auf die Erarbeitung von Computerprogrammen spezialisiert sind und die Datenverarbeitung für eine ganze Reihe internationaler Flugverkehrsgesellschaften auf einem Kosten-, Schnelligkeits- und Qualitätsniveau betreiben, das seinesgleichen sucht. Teil der weltweiten Wirtschaftsnetze transnationaler Unternehmen⁶, leben und arbeiten sie in einer nach jedweden Maßstäben modernen Umgebung. Mögen ihre Wochenarbeitszeiten auch länger, ihre Einkommen nur einen Bruchteil der Gehälter ihrer Kollegen im Norden betragen, ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse sind nach lokalen Kriterien nur als fürstlich zu bezeichnen.⁷ Kosmopolitisch von Berufsqualifikation und Einsatzfähigkeit her, sozial und geographisch mobil, dominiert bei dieser Gruppe die Identifizierung mit ihrem Unternehmen alle anderen kollektiven Identitäten.

9. Ein weiterer Effekt der Globalisierung läßt sich mit dem Stichwort 'Regionalisierung' umschreiben. Sie führt zur Fragmentierung existierender nationaler und sozialer Konfigurationen, einschließlich der Arbeiterschaft, insofern als ökonomischer Raum unabhängig von nationalen oder politischen Grenzen definiert wird. Auf diese Weise sind industrielle Pole, wie Bangalore, Sao Paulo oder die chinesischen Provinzen rund um das südchinesische Meer entstanden. Gut in das weltweite Netzwerk wirtschaftlicher Bande integriert, haben sie hohe ausländische Kapitalinvestitionen angezogen, hohe Wachstumsraten und steigende Einkommen zu verzeichnen. Darüber hinaus bieten sie eine Vielzahl von Beschäftigungsmöglichkeiten und einen höheren Lebensstandard als die umliegenden Provinzen oder das rurale Hinterland. Vom Standpunkt der Globalökonomie ähneln diese Pole einem 'Archipel' (Veltz)⁸, die im Kontext der jeweiligen nationalen Wirtschaftsgesellschaft ein Wiederaufleben des klas-

⁵ Becker 1993, 1996; German 1997.

⁶ VW ist dafür ein gutes Beispiel: Seine Fabriken in Europa übernehmen, sobald die Büros in Lateinamerika (Brasilien und Mexiko) schließen, um am Ende ihres Arbeitstages den Stab an die Kollegen in Südostasien weiterzugeben.

⁷ In Indien gehören sie zu den fünf Prozent der Bezieher der höchsten Einkommen, auch wenn dies nur einem Zehntel bzw. einem Zwölftel dessen entspricht, was ein Inhaber derselben Position im Westen bekommt (German 1997).

⁸ So P. Veltz, *L'économie mondiale, une économie d'archipel*, pp 59ff., in: Boyer 1997.

sischen sozialökonomischen 'Dualismus' aus kolonialhistorischer Zeit anzukünden scheinen. Tatsächlich aber sind die weltmarktintegrierten und marginalisierten Bereiche eng miteinander verflochten. Inflationsdruck wird ins Hinterland weitergegeben, regionale Disparitäten weiten sich aus, eine Binnenwanderung großen Ausmaßes greift Platz. Als Ergebnis formieren sich neue Gegensätze, setzen sich neue Konfliktlinien zwischen verschiedenen Regionen sowie zwischen Zentralregierung und einzelnen Provinzen fest. Zentrifugale Tendenzen lassen sich vielerorts beobachten. Sie schwächen den Zentralstaat zugunsten von mehr Autonomie bzw. Unabhängigkeit für die (potentiell) prosperierenden Provinzen und bedrohen den nationalen Zusammenhang durch das Aufkeimen regionaler Identitäten und partikularer Interessengruppen. Diese Konfliktkonstellationen verlaufen quer zur Klassenbildung, überlagern Klassenantagonismen und scheinen weitaus geschichtsträchtiger als diese.

10. Eine periphere Gesellschaftsformation wurde als heterogen und stark fragmentiert charakterisiert. Zu ihren Untergliederungen zählen der Stadt-Land-Gegensatz, die Differenzierung in Arbeiter und Angestellte, die Unterschiede zwischen formellem und informellem Sektor, zwischen marginalisierten und weltmarktintegrierten Wirtschaftsbereichen und Gruppen. Hinzu kommt die kulturelle Trennungslinie, die die verwestlichten Schichten, insbesondere die sozio-politische und ökonomische Elite und Teile der neuen Mittelschicht von der übrigen Bevölkerung, bei der primäre Identifikationsmuster ethnischer, regionaler bzw. kultureller Art vorherrschen, scheidet. Mehrheit-Minderheit(en)-Konfigurationen kristallisieren sich unabhängig vom Grad interner Homogenität heraus und gewinnen eine Hauptbedeutung in der politischen Auseinandersetzung. Besonders virulent wird dieser Gegensatz, wenn sich Gruppenbildungsprozesse bürgerlich-gesellschaftlicher Provenienz mit existierenden ethnischen Gemeinschaften überlappen. Weit davon entfernt, traditionell oder transitorisch Ausdruck eines cultural lag zu sein, werden diese primären Identitäten erst eigentlich durch die Spezifik des peripheren Kapitalismus generell gestiftet und im Kontext gegebener Verteilungsbedingungen speziell als pressure groups konstituiert. Neben, wenn nicht anstelle von Klassen, werden sie hervorgerufen und verstärkt und im Kampf um politische Herrschaftspositionen und staatliche Machtressourcen instrumentalisiert. Das allgemeine Wahlrecht im Kontext eines Systems bürgerlicher politischer Institutionen wird in diesen Konflikten häufig durch und zugunsten der zahlenmäßigen Mehrheit, den Söhnen der Erde, auf Kosten der Minderheit(en) eingesetzt (wobei nicht selten deren reale oder vermeintliche kolonialhistorische Begünstigung zur Legitimation angeführt wird). Andererseits tendieren Minderheiten in wachsendem Maße dazu, nationale Unabhängigkeit für sich zu fordern, um der Unterdrückung durch die Mehrheit zu entkommen und/oder weil sie glauben, allein bessere Entwicklungschancen in einer globalisierten Wirtschaft zu haben.

Die Bürgerkriege in Ruanda, in Sri Lanka, Somalia oder Afghanistan, der Kampf der Sikhs in Indien, die blutige Verfolgung der chinesischen Minderheit in Indonesien oder der Muslime in Indien belegen, daß der periphere Kapitalismus strukturell Konflikte erzeugt, die die Kohäsion der Klassen zersetzen und überlagern. Tendenziell führen sie zur Aufspaltung, gegebenenfalls sogar zum Kollaps existierender Staaten (failed states).

III. Bourgeois-Nationen und Bourgeois-Sozialismus

Die Weltsystemtheorie (Wallerstein 1974, 1977) hat zu Recht herausgestellt, daß das internationale System von einer charakteristischen Dichotomie geprägt ist. Einer wirtschaftlichen Integration durch einen weltweit operierenden Markt steht eine politische Fragmentierung in eine Vielzahl von Staaten gegenüber. Die Autoren des Manifests betrachteten die Nation als fundamentale sozio-ökonomische Entität und elementare politische Einheit des internationalen Systems, die ihre Entstehung nicht zuletzt dem Kapitalismus selbst verdanke und in ihrer historischen Dynamik an diese zurückgebunden bleibe (MEAS I, 30). Gleichzeitig wurde mit der Entwicklung der Bourgeoisie ein zunehmender Bedeutungsverlust der Nation als Konsequenz der sich ausbreitenden Handelsfreiheit und des wachsenden internationalen Austauschs erwartet, der sich in einer immer größeren Gleichförmigkeit der Produktion und Angleichung der Lebensverhältnisse artikulieren würde. Wenn nicht die Nation selbst obsolet werde, so würden doch die nationalen Absonderungen und Gegensätze immer mehr abgeschliffen.

1. Der historische Prozeß in den letzten 150 Jahren ist jedoch anders, wenn nicht gerade entgegengesetzt verlaufen. So gehen trotz weiter voranschreitender globaler wirtschaftlicher Verflechtung die Prozesse der Entstehung immer neuer Nationalstaaten weiter. Einige kapitalistische Kernländer sind dabei, Teile ihrer nationalen Souveränität an supranationale Entitäten abzugeben, um den in ihnen beheimateten transnationalen Konzernen einen größeren inneren Markt mit dem Ziel besserer Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten gegenüber den TNKs der anderen Pole der Triade zu eröffnen. Sie verstärken damit zugleich die eigene politische Basis für den imperialen Ausgriff und den Aufbau einer besonderen Peripherie als ökonomisch-politisch exklusiver Einflußsphäre. Gegenüber solchen, insbesondere in Europa weit gediehenen Schritten zur Fusion, sind in der ehemaligen "Zweiten" und "Dritten Welt" die umgekehrten Prozesse der Spaltung (fission) existierender Staaten ohne Rücksicht auf ökonomisches Potential und langfristige Überlebensfähigkeit viel häufiger zu beobachten.

2. Im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts errang England den Status einer weltbeherrschenden Hegemonialmacht, eine Entwicklung, die die Autoren des Manifests so nicht vorhergesehen hatten, und die zumindest Engels noch zu Ende des Jahrhunderts für ein nur vorübergehendes

Phänomen hielt.⁹ Seiner Ansicht nach läßt sich eine auf der modernen Industrie basierende politisch-ökonomische Vorherrschaft nicht auf Dauer aufrechterhalten. An kein natürliches Monopol gebunden, kann sie nämlich im Prinzip überall reproduziert werden. Gewiß hat England seine frühere Vormachtstellung verloren, doch ist dieser Statusverlust eher relativ als absolut. Die Zahl der Staaten, die es eingeholt und überholt haben, ist bis heute überschaubar klein geblieben. Trotz intensiven Wettbewerbs und kontinuierlicher Veränderungen in der Statusposition der einzelnen Nationen hat sich die Hierarchie der Staaten insgesamt nur geringfügig gewandelt. Mehr noch, ein jedes nationale Ungleichheitsgefüge weit in den Schatten stellendes Gefälle bezüglich Macht und Reichtum charakterisiert das internationale Staatensystem.¹⁰ Nationale wirtschaftliche Potenz und internationales Gewicht eines Staates stehen in einem symbiotischen Verhältnis zueinander und bedingen sich gegenseitig. So sind es die kapitalistischen, in der Gruppe der Sieben (den G7) zusammengefaßten Kernländer, die die internationale Politik maßgeblich bestimmen. Ihr fünffaches Monopol in Geld- und Währungsfragen, im Bereich von Handel und Technologie, schließlich bei Medien und Massenvernichtungswaffen sichert ihnen, wie Amin argumentiert, auch in Zukunft ihre Vorherrschaft.¹¹ Die verschiedenen im System der Vereinten Nationen zusammengefaßten Organisationen legen dafür, angefangen von ihrer konkreten Zielsetzung über Struktur und Funktionsweise bis hin zur Rekrutierung in Entscheidungspositionen, beredtes Zeugnis ab. Die Uruguay-Runde bei den GATT-Verhandlungen, einschließlich ihrer Nachfolgeorganisation WTO, sind nur das jüngste, langfristige bedeutsamste Beispiel.

3. Auf- und Abstiegsprozesse sind zwar im Weltsystem immer wieder vorgekommen und bleiben grundsätzlich immer möglich. Doch haben sich die Chancen nachgeholter Entwicklung im Laufe der Zeit in umgekehrter Proportion zur Internationalisierung und Konzentration wie Monopolbildung beim Kapital eher vermindert (Senghaas 1982). Die neue Globalisie-

⁹ So Engels 1892 im Vorwort zur englischen Ausgabe seines Buches *The Condition of the Working Class in England*, pp 35f., Moscow 1974.

¹⁰ So hat sich die Kluft zwischen den ärmsten und reichsten 20% der Weltbevölkerung von 1:30 auf 1:63 in der Zeit seit 1960 erweitert, wobei das reichste Fünftel über mindestens 80% des weltweiten Reichtums verfügt. 1996 hatten 443 Dollarmilliardäre dasselbe Einkommen wie rund die Hälfte der Weltbevölkerung! Mehr als eine Milliarde Menschen leben in absoluter Armut, d.h. ohne ausreichende Nahrung, Unterkunft, Zugang zu Trinkwasser, Gesundheits- oder Erziehungssystem.

¹¹ Die G7 vereinigen auf sich 85% des globalen BIP, des Welthandels, der Ersparnisse und Investitionen; auf sie entfallen 70% des Energiekonsums, 85% des weltweiten Holzverbrauchs, 85% der Militärausgaben und des Waffenhandels. Mehr als 90% der Forschungs- und Entwicklungsausgaben werden von ihnen getätigt; sie beschäftigen neun von zehn Wissenschaftlern und Forschern und besitzen einen ebenso hohen Anteil der weltweit gehaltenen Patente.

60-40% der weltweiten Finanztransaktionen werden in Dollar, rund 20% in DM und die restlichen 20% in SFR, FF, Yen, englischen Pfund etc. abgewickelt. Für den zukünftigen EURO wird ein Anteil von 40% prognostiziert.

rung mit ihrer Akzentuierung von Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung des Außenhandels belegt und beschleunigt diesen Prozeß des wachsenden Ausschlusses. Die dem Finanz- und Produktivkapital eingeräumte globale Freizügigkeit in Ergänzung zur klassischen Handelsfreiheit haben den Planeten in eine tendenziell weltumspannende Produktionsstätte, in einen Finanzplatz und eine Börse im Interesse von transnationalen Konzernen, Finanzhäusern und institutionellen Anlegern umgewandelt. Aus der Sicht des Trikont hat sich diese seit dem Ausbruch der Schuldenkrise von 1982 eingeleitete und seitdem institutionell abgesicherte Entwicklung beschleunigt. Die nationalen antikolonialen und antiimperialistischen Bewegungen hatten schon bald nach der Erringung der politischen Unabhängigkeit mit dem Aufbau einer eigenen, am Binnenmarkt orientierten und auf einer eigenen Industrie basierenden Wirtschaft begonnen. Unabhängig von spezifischer Strategie waren dabei Überlegungen zur Reorientierung und Diversifizierung der vornehmlich auf den Weltmarkt ausgerichteten Produktionsstruktur maßgeblich. Dabei wurde von einem breit gefaßten Konzept nationaler Souveränität, das sich auf Ressourcenverfügung, auf die Wahl der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen wie der spezifischen wirtschaftspolitischen Maßnahmen erstreckt, als unabdingbarer Voraussetzung ausgegangen. Sie fand als politische Forderung Ausdruck in zahllosen Resolutionen der UNO und ging als Teil der Menschenrechtspakte von 1966 als kollektive Norm in das Völkerrecht ein.

In ihrer Substanz aber wurde dieses Konzept nationaler Souveränität durch die folgende Entwicklung ausgehöhlt. Die Strategie erfolgreicher nachgeholter Entwicklung nach dem Modell der Tigerstaaten Südostasiens, das auf einem starken Interventionsstaat und einem Wirtschaftsprotektionismus aufbaute, wurde für die Zukunft strukturell eliminiert.¹² Die aktuelle Krise dieser Staaten belegt nicht nur ihren Status als eigentliche Peripherie im Verhältnis zu den kapitalistischen Metropolen. Die vorgesehenen Lösungsstrategien, nämlich Marktöffnung für ausländisches Kapital, Währungsabwertung, Ende der staatlichen Wirtschaftsintervention haben wenig zur Stärkung der einheimischen Wirtschaft beigetragen. Sie haben es im Gegenteil dem metropolitanen Kapital erlaubt, in diese Märkte einzudringen, mögliche Konkurrenten auszuschalten und nationale Produktivanlagen bzw. Distributionsnetze zu Schleuderpreisen zu übernehmen.¹³ All dies beweist, daß nachgeholte Entwicklung im Spätkapitalismus nur in abhängiger Form oder mit peripherem Status - nicht unähnlich der Rolle und Funktion der Mittelschichten innerhalb der Gesellschaft - möglich ist und daß das Schicksal der verschiedenen sozialen Klassen und Schichten mit dem ihrer jeweiligen Nation eng verflochten ist.

¹² Diese in Deutschland im 19. Jahrhundert zuerst erfolgreich verfolgte Politik wurde nach dem 2. Weltkrieg von den Tigerstaaten angewandt. Der Klassiker einer solchen Strategie nachholender kapitalistischer Entwicklung war F. List 1959 (1841).

¹³ Vg. Resurgence 89, Squeezed Dry, Jan. 1998; ebenso isw, Nr.27, Tiger, Drachen..., Jan. 1998.

4. Eine internationale Arbeitsteilung und ein kosmopolitischer Charakter von Produktion und Konsumtion haben sich - ganz wie die Autoren des Manifests prognostizierten - eingestellt. In diesen Rahmen fügt sich auch die Erwartung von der Einheit des internationalen Proletariats ein. Diese Einheit erwächst nämlich unabhängig von politischen Gränzziehungen systemisch immanent aus den Funktionsmechanismen des Kapitalismus selbst als Folge der zunehmenden Angleichung der Lebensverhältnisse. National und international werde sich, so die These, langfristig eine allgemeine Dequalifizierung sowie eine Reduzierung des Durchschnittspreises der Lohnarbeit auf ein Minimum des Arbeitslohns, eben ausreichend, den Arbeiter als Arbeiter am Leben zu erhalten, sein nacktes Leben wieder zu erzeugen, durchsetzen (MEAS I, 32, 39). Diese Prognose hat sich jedoch nicht erfüllt; die Lebensverhältnisse haben sich schon in der Vergangenheit keineswegs angeglichen, im Gegenteil.

Alle Bevölkerungsteile der Metropolen ziehen im Vergleich zum Süden Nutzen aus der Stellung ihrer Länder im Weltsystem. Die Kosmopolitisierung von Produktion und Konsumtion hat die alltäglichen Lebensverhältnisse aller gesellschaftlichen Gruppen durchdrungen. Energieträger und Rohstoffe, Futtermittel, Hölzer und Blumen, Nahrungs- und Genußmittel jedweder Art, einschließlich Getränke, Früchte und Gemüse, werden jederzeit unabhängig von Ursprungsland und Saison angeboten und haben dank ihrer wohlfeilen Preise den materiellen Standard aller quantitativ und qualitativ erhöht. Im Gegensatz dazu hat die überwiegende Mehrheit in der "Dritten Welt" eher die negativen Auswirkungen der Weltmarktintegration und ihrer politischen Ohnmacht in Gestalt sinkender terms of trade, von Handelsbarrieren und einer internationalen Arbeitsteilung, die ihnen eine Warenproduktion geringerer Wertschöpfung zuteilt, erfahren müssen. Mehr noch, auf Importe aus und Exporte in die metropolitanen Märkte angewiesen, befinden sie sich nicht allein in einer Situation existenzieller materieller Abhängigkeit. Bei wachsendem Devisenbedarf finden sie sich darüberhinaus in einem Teufelskreis unerbittlicher Produkt- und Preiskonkurrenz untereinander, der über einen Abwertungswettbewerb ihrer Währungen noch verschärft wird. Was sie ad hoc einzeln gewinnen mögen, verlieren sie kollektiv. Die Metropolen profitieren auf jeden Fall.

Im Ergebnis weiten sich die Disparitäten der Lebenschancen zwischen den Nationen noch aus. Sie werden persönlich erfahrbar und nehmen einen interpersonellen Charakter durch Auslandsreisen und den Massentourismus in den Süden als heutzutage wichtigstem internationalen Wirtschaftszweig an. Von der Seite der "Dritten Welt" steht dem als Massenphänomen die wachsende Zahl von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Arbeitsmigranten gegenüber.

5. Marx argumentiert im Kapital, daß auf dem Weltmarkt das Wertgesetz auf zweifache Weise modifiziert wird.¹⁴ Zum einen geht - anders als auf dem inneren Markt - auch die unterdurchschnittliche nationale gesellschaftliche Arbeit in die Bestimmung des internationalen Werts einer Ware ein. Zum zweiten, und bedeutsamer, wird die produktivere nationale Arbeit auf dem Weltmarkt (gerade umgekehrt zum inneren Markt) als intensivere und damit mehr Wert bildende Arbeit gehandelt. Mag der Ungleiche Tausch auf dem Weltmarkt auch verschieden analysiert werden, mögen auch einzelne Erklärungsansätze widersprüchlich sein und weiterer Forschung bedürfen, seine Existenz und Wirkungsweise ist grundsätzlich nicht in Frage gestellt worden (Amin 1974, Emmanuel 1969). Jenseits (oberflächlicher) terms of trade-Indikatoren kann Mandels Interpretation des Gehalts von Ungleichen Tausch als Werttransfer von den unterentwickelten hin zu den entwickelten Ländern als gemeinsame Basis ganz im Sinne des Marxschen Arguments angesehen werden.¹⁵

Als praktisches Ergebnis unter dem Gesichtspunkt der Nord-Süd-Beziehungen bzw. der Chancen für nachgeholte Entwicklung ergibt sich, daß die oben benannten Phänomene mehr sind als aktuelle Beobachtungen auf der Erscheinungsebene, daß die metropolitanen Gesellschaften vielmehr insgesamt dank überlegener Produktivität und des technisch-ökonomischen Monopols ihrer Länder strukturell vom internationalen Austausch profitieren und auf Dauer Nutznießer der Globalisierung sind. Das Nachsehen haben die Länder des Südens, die trotz größter Anstrengungen sich mit einer immer weiter auftuenden Kluft anstatt mit einem sich verkürzenden aufzuholenden Abstand zu den kapitalistischen Zentren konfrontiert sehen.

6. Engels ging davon aus, daß die insbesondere aus den bevölkerungsreichen Ländern Asiens stammende Immigration von Arbeitskräften die Löhne langfristig auf den Minimalwert der Arbeitskraft reduzieren werde, die Zentren dadurch den Charakter der Bourgeois-Nationen wieder verlieren würden.¹⁶ Als intervenierende, eine breite Wanderungsbewegung verhindernde Variable wirkt jedoch der Fortschritt in der politischen Beteiligung und Repräsentativität der politischen Institutionen, der in den 'zivilisierten Ländern' im Zusammenhang mit der industriell-kapitalistischen Entwicklung erzielt worden ist. Mag die bürgerliche Demokratie auch formal bleiben, weder ihren essentiellen Klassencharakter verleugnen können noch gegen autoritäre Herrschaft immun sein, Immigration bleibt in der Spannung zwischen Wirtschaftsinteressen einerseits und politischer Stabilität andererseits staatlich kontrolliert. Die Gastarbeiterpolitik der

¹⁴ Vgl. das Kapitel 'Nationale Verschiedenheit der Arbeitslöhne', in: K. Marx, Das Kapital I, Kapitel 20, MEW 23, pp 583ff.

¹⁵ E. Mandel, Der Spätkapitalismus, Kap. 11, Neokolonialismus und Ungleicher Tausch, Frankfurt/M. 1972.

¹⁶ Vgl. Engels' Brief an N.F. Danielson vom 22. September 1892, bzw. seinen Brief an F.A. Sorge vom 10. November 1894.

BRD in den 60er und 70er Jahren und das Schengener Abkommen in den 90er Jahren illustrieren diesen Sachverhalt.

Zusammenfassend scheint sich die Erwartung einer Vereinigung der Proletarier aller Länder im gemeinsamen, wenngleich zunächst jeweils national ausgefochtenen Kampf gegen das Kapital nicht nur nicht erfüllt zu haben, sie scheint aus strukturellen Gründen auch nicht erfüllbar. Die Verflechtung zwischen Staats- und Kapitalmacht führt auf der Ebene des Weltmarktes zur Entstehung von Bourgeois-Nationen, deren soziale Klassen systemisch von der ungleichen Entwicklung und vom Ungleichen Tausch im Weltmaßstab profitieren. Das Oligopol einiger weniger kapitalistischer Kernländer hat sich trotz einer gewissen Variabilität in Zusammensetzung und Anzahl während der ganzen Geschichte des Kapitalismus stabil gehalten. Die ungleichen und hierarchischen Beziehungen haben jeden Aspekt der gesellschaftlichen Produktion und des individuellen Lebens durchdrungen. Die beiden avisierten Möglichkeiten, dieses Monopol zu brechen, um eine internationale Angleichung der Lebensverhältnisse als einheitsstiftende Grundvoraussetzung ins Auge fassen zu können, nämlich Arbeitsmigration/Globalisierung bzw. nachholende Entwicklung, scheinen aus strukturellen, politischen und institutionellen Gründen heraus verschlossen. Im Ergebnis läßt sich formulieren: Die Arbeiterklasse in den Metropolen hat mehr zu verlieren als ihre Ketten, ihre Lebensumstände, Umwelten und Interessen differieren von denen in der Peripherie.

Daß die Arbeiterklasse 'zumindest der zivilisierten Nationen' ihre historische Rolle als Totengräber der Bourgeoisie wahrnehmen wird, scheint aus den gleichen Gründen in Frage gestellt. Unabhängig vom zukünftigen Wachstum der Bewegung, einer steigenden Radikalisierung ihrer Forderungen und Militanz der Auseinandersetzungen angesichts der gemeinsamen Offensive von Staat und Kapital läßt sich aus globaler Perspektive eher ein Kampf und eine Programmatik der Kategorie 'Bourgeoissozialismus' als die Wegbereitung des Reichs der Freiheit vorhersehen.¹⁷

III. Perspektiven

1. Zusätzlich zu dem in jeder einzelnen Nation vor sich gehenden Klassenkampf wird ununterbrochen ein anderer, eher verschleierter Krieg seitens der imperialistischen Staaten zusammen mit und im Namen des transnationalen Kapitals gegen die weniger entwickelten Länder geführt. Dieser versteckte Kampf kann in einen offenen militärischen Konflikt umschlagen,

¹⁷ Vgl. dazu Le Monde, Manière de voir 35, 1997; Bourdieu et al. 1997. Die Forderungen der Massenstreiks vom Nov./Dez. 1995 in Frankreich oder die der französischen Lastwagenfahrer 1997, bei denen dänische und deutsche Gewerkschaften einen 'freien Korridor' forderten, da sie nicht betroffen seien, oder der Aufschwung der Front National gerade bei verschiedenen Arbeiterschichten, scheinen auf eine eher nationalistisch-rechte Reaktion als Antwort auf Globalisierung/Europäisierung schließen zu lassen.

wie der neue 'erweiterte Sicherheitsbegriff' im Verein mit der entsprechenden neuen Verteidigungsdoktrin unzweideutig belegt, derzufolge der ungehinderte Zugang zu den globalen wirtschaftlichen Ressourcen als Teil des vitalen nationalen Interesses der wichtigsten kapitalistischen Länder definiert wird.

2. Versuche in der "Dritten Welt", Wirtschaftsräume durch regionale Kooperation mit dem Ziel zu erweitern, eine zumindest teilweise Dissoziation von Weltmarktimperativen und eine Subordinierung der Wirtschaftspolitik unter nationale bzw. regionale politische Prioritäten eventuell gar im Verbund mit einer Agrarrevolution zu erreichen, wie Amin vorschlägt, scheinen unrealistisch. Mögen solche Forderungen auch noch so unabdingbar im Sinne einer authentischen Entwicklung sein, sie werden in einer Welt mit global agierenden Medien, die zudem auf transnationale kapitalistische Verwertungsbestrebungen und die Durchsetzung imperialistischer Machtinteressen zugeschnitten ist, an ihrer Verwirklichung objektiv wie subjektiv verhindert. Erfolgreiche regionale Wirtschaftszusammenschlüsse im Süden wie ASEAN oder MERCOSUR fungieren in der Praxis nicht im Gegensatz zu einer Strategie der liberalisierten Weltmärkte. Sie spielen ganz im Gegenteil die Rolle von intermediären Strukturen zwischen der Globalökonomie und den nationalen Wirtschaftsgesellschaften.¹⁸

3. Die Völker des Trikont haben die Destruktivität spätkapitalistischer Entwicklung erlitten, weniger die befreiende und progressive Erfahrung des industriellen Konkurrenzkapitalismus gemacht. Ökonomische, als integraler Bestandteil des neoliberalen Unternehmens verstandene Krisen mögen zu antiwestlichen/antiimperialistischen Bewegungen führen. So werden die aktuellen Zusammenbrüche der Tigerökonomien mit den Manipulationen metropolitanen spekulativen Kapitals in ursächlichen Zusammenhang gebracht. Mehr noch, die vom Internationalen Währungsfonds diktierten Kreditkonditionen werden als Angriffe auf die nationale Souveränität politisch, wegen des Abbaus sozialer Rechte, der dadurch verursachten Massenarbeitslosigkeit und sinkenden Löhne sozial verurteilt. Der von Politikern und Gewerkschaften verkündete Widerstand, die Demonstrationen von Arbeitern, Studenten und Angestellten auf den Straßen haben zwar zum Fall korrupter und autoritärer Regierungen geführt, aber (noch?) nicht zur grundsätzlichen Infragestellung des kapitalistischen Systems.

4. Die 1979 erfolgte Revolution im Iran stellt eine alternative Reaktion auf das kapitalistische Projekt peripherer Modernisierung dar. Hier sind umfangreiche Gruppen enturzelter Migranten vom Lande zusammen mit

¹⁸ Die ASEAN-Staaten illustrieren gut die Hypothese der 'peripheren als abhängiger Entwicklung', unabhängig von ihren unbestreitbaren Erfolgen und dem umfangreichen interregionalen Handel (der allerdings auch entscheidend zum gemeinsamen Fall und zur aktuellen Krise in den Beziehungen beigetragen hat). Zur interregionalen Verflechtung vgl. bes. Carfantan 1996, pp 50f.

der wirtschaftlich bedrohten alten Mittelschicht ein Bündnis eingegangen (Gholamasad 1985). Ihre kulturelle Revolution richtete sich gegen den Westen und eine Regierung, die ihre Legitimität wegen der Auswirkungen bzw. des Scheiterns ihrer Entwicklungspolitik verloren hatte, als korrupte und repressive Herrschaft erlebt und als Brückenkopf des Westens angesehen wurde.

Diese antiimperialistische Haltung bezieht sich nicht allein auf das kapitalistische, sondern ebenso auf das sozialistische Entwicklungsmodell im Namen der Zurückweisung fremder zugunsten überkommener eigener Traditionen. Unabhängig von seinen nicht selten reaktionären und repressiven Begleiterscheinungen beschränkt sich diese Revolte auf die kulturelle Sphäre. Ein alternatives Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ist zu keinem Zeitpunkt verfolgt, ja von Einzelaspekten abgesehen (Bankenbereich, Kredit) auch nicht konzeptualisiert worden.

5. Die unausweichlich um sich greifende Pauperisierung wachsender Bevölkerungsteile kann nur den Druck auf die menschlichen und natürlichen Ressourcen, so im Bereich der Wasserversorgung, des Energieverbrauchs, der Luftverschmutzung, der Wohn- und Sanitärverhältnisse etc. verschärfen. Ist es ausgeschlossen, daß sich eine sozialrevolutionäre Bewegung an der sich verschärfenden Brisanz der Umweltproblematik und ihrer markt-systemischen Verursachung im Verbund mit ihrer eben dadurch bedingten systemisch immanenten Unlösbarkeit entzündet?

6. Historisch-empirische Studien und theoretische Forschung zu den Ursachen von Revolutionen haben immer wieder aufgezeigt, daß weniger die am meisten Ausgebeuteten als diejenigen sozialen Gruppen, deren Erwartungen auf langfristige Verbesserung ihrer sozialen Lage abrupt und drastisch enttäuscht wurden, am ehesten dazu neigen aufzubegehren (aspiration-expectation gap). Hierunter finden sich besonders häufig die (ausgebildeten) Mittelschichten. Auf diesem Hintergrund taucht die Frage auf, ob nicht die Globalisierung der Medien zusammen mit der Universalisierung des Konsumismus als Katalysator für die Entstehung einer Bewegung mit einer Programmatik jenseits der kapitalistischen Ordnung dienen könnte. Im Kontext der genannten Forschungsergebnisse liegt es nahe, als Zielgruppe an jene riesige Zahl der ausgebildeten jungen Leute zu denken, die nicht erwarten können, jemals ihre Hoffnungen zu realisieren. Die Ausgrenzung wachsender Teile von Arbeitssuchenden aus dem Arbeitsmarkt, dazu ohne oder mit nur unzureichender institutionalisierter sozialer Sicherung, könnte ein fruchtbarer Resonanzboden für letztendlich systemüberschreitende sozial-politische Forderungen sein. Während die Zunahme sozialer Disparitäten und daraus resultierender sozialer Spannungen mit einer korrespondierenden staatlichen Repressivität prognostiziert werden kann, ist die politische Orientierung solcher Bewegungen eine eher offene Frage.

7. "Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen ..., ein Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen." (MEAS I, 26)

In historischer Perspektive zeigt sich, daß eine neue Produktionsweise nur selten direkt aus einer Revolution der unterdrückten Klasse(n) im Gefolge siegreich ausgefochtener Klassenkämpfe hervorgegangen ist. Weder gingen auf diese Weise die Sklaverei, folgen wir Max Weber, noch der Feudalismus, wie die Debatte um Maurice Dobbs 'Entwicklung des Kapitalismus' zeigt (Sweezy 1984, Pirenne 1986), noch auch die Asiatische Produktionsweise unter. Das gleiche könnte auch für den Kapitalismus, zumindest was die vorhersehbare Zukunft anbetrifft, zutreffen. Nicht, weil der Kapitalismus gelernt hätte, Krisen zu verhindern oder weil es weniger Ausbeutung gäbe. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Das "Manifest" hat, Ausweis seiner analytisch-theoretischen Einsicht in Struktur, Systemeigenschaften und Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise, dessen historische Entwicklung theoretisch vorweggenommen. Was jedoch die Lohnabhängigen und insbesondere die proletarische Klasse anbetrifft, der die historische Rolle zur Überwindung des Kapitalismus theoretisch zufällt, so scheint es aus strukturellen, ideologischen und sozialpsychologischen Bedingungen eher unwahrscheinlich, daß sie diese Funktion wahrnehmen wird.

Die Destruktivkräfte des entwickelten Kapitalismus haben sich umfassend und vielfach gesteigert, wohingegen sich das durch ihn freigesetzte progressive Potential historisch weitgehend erschöpft hat; seine Funktion in der Geschichte ist damit am Ende. Doch mögen andere Antagonismen als der gedachte Klassenkonflikt und mit ihnen andere soziale Gruppen, die allesamt natürlich aus dieser Produktionsweise erwachsen (sind), die zentrale Konfliktkonfiguration darstellen, die die systemisch inhärenten Widersprüche auf die Spitze treibt. In diesem Zusammenhang werden heute Bewegungen wie die der Zapatistas in Mexiko, der Arbeitslosen im Westen oder Gruppierungen in den früheren sozialistischen Ländern (in Armut gestürzte Arbeiter, Mittelschichten, Teile der Armee) genannt (Toussaint 1998), wo früher zunächst an die Frauenbewegung oder die wissenschaftlich-technische Intelligenz oder die Marginalisierten, einschließlich jener in der "Dritten Welt", gedacht wurde. Mag die Frage nach zentralem Subjekt und historischem Verlauf auch offen sein, Widerstand an vielen Fronten geleistet werden, der Grundwiderspruch bleibt theoretisch wie praktisch die Schlüsselfrage.

Auf diesem Hintergrund stellt sich die Aufgabe für Kommunisten/die Linke nicht anders als 1848, "einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorzuheben und zur Geltung zu bringen, andererseits ... in den verschiedenen Entwicklungsstufen, wel-

che der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung zu vertreten" (MEAS I, 38). Als erstes kann das heute, mag die historisch-soziale Situation auch augenscheinlich wenig vielversprechend sein, nur bedeuten, um noch einmal eine von Marx gewählte und von der Frankfurter Schule inhaltlich aufgegriffene Formulierung zu zitieren: "...was wir Zeitgenossen zu tun haben, ist die kompromißlose kritische Analyse und Beurteilung alles dessen, was existiert; kompromißlos in dem Sinne, daß unserer Kritik weder ihre eigenen Resultate noch den Konflikt mit den herrschenden Mächten fürchtet."

Literatur

- Adorno, T.W. (ed), Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?, Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages, Stuttgart 1969
- Altvater, E., Die Zukunft des Marktes, Münster 1991
- Altvater, E., Der Preis des Wohlstands oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung, Münster 1992
- Altvater, E./Mahnkopf, B., Grenzen der Globalisierung, Münster 1996
- Amin, S., Accumulation on a World Scale, New York 1974
- Amin, S., Die ungleiche Entwicklung (Le développement inégal), Hamburg 1975
- Amin, S. et al., Dynamics of Global Crisis, New York 1982
- Amin, S. et al., le grand tumulte?, Paris 1991
- Amin, S., Empire of Chaos, New York 1992
- Amin, S., L'Afrique et le développement, pp 36-43, in: Jeune Afrique Economie, No. 234, Febr. 1996
- Bagdikian, B.H., The Media Monopoly, Boston 1997 (5. ed)
- Barber, B.R., Jihad vs McWorld, New York 1996
- Beck, U., Perspektiven der Weltgesellschaft, Frankfurt 1998
- Becker, J., Kommunikation, in: Stiftung Entwicklung und Frieden, Globale Trends, Frankfurt/M. 1993, pp 349-366; 1996, pp 445-467
- Bello, W./Rosenfeld, S., Dragons in Distress, San Francisco 1992
- Bourdieu, P. et al., Perspektiven des Protests, Hamburg 1997
- Boyer, R. et al., Mondialisation au-delà des mythes, La Découverte, Paris 1997
- Carfantan, J.Y., L'épreuve de la mondialisation, Paris 1996
- Chesnais, F. (ed), La mondialisation financière, Paris 1996
- Cordova, A., Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum, Frankfurt/M. 1973
- Dobb, M., Entwicklung des Kapitalismus, Köln 1970
- Emmanuel, A., L'échange inégal, Paris 1969
- Engels, F., The Condition of the Working Class in England, Moscow 1973 (London 1892)
- German, Ch., Politische Irrwege in die globale Informationsgesellschaft, Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32/96 (1996), pp 16-25
- Gholamasad, D., Iran. Die Entstehung der 'Islamischen Revolution', Hamburg 1985
- Hamelink, C., Trends in World Communication, Penang 1994
- Horkheimer, M., Zur Kritik der instrumentellen Vernunft, Frankfurt/M. 1985
- Horkheimer, M., Traditionelle und Kritische Theorie, Frankfurt/M. 1992
- Hradil, St/Immerfall, St. (eds), Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich, Opladen 1997

- Huffschmid, A. (ed), Subcommandante Marcos - ein maskierter Mythos, Berlin 1995
- ILO, World Labour Report 1997/98, Genf 1998
- isw - sozial-ökologische Wirtschaftsforschung, München, Reports: Nr. 25, Von Krise zu Krise, Standortkrieg und Beschäftigung (April 1996); Nr. 26, Cash-Crash, Casino-Kapitalismus (Jan. 1996); Nr. 27, Tiger, Drachen, Finanzhaie und die Hyänen des IWF (Jan. 1998); Neue Arbeitswelten, Lean Management, Lean Society (März 1996); Nr. 32, Macht und Herrschaft in der Marktwirtschaft (Juli 1997); Nr. 34, Globalisierung und Multis (Jan. 1998)
- Kreckel, R. (ed), Soziale Ungleichheiten, in: Soziale Welt, Sonderband 2, Göttingen 1983
- Latouche, S., Die Verwestlichung der Welt (L'occidentalisation du monde), Frankfurt/M. 1994
- List, F., Das nationale System der politischen Ökonomie, Tübingen 1959 (1841)
- Magdoff, H., Imperialism: From the Colonial to the Present, New York 1978
- Mandel, E., Der Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1972
- Marcuse, H., Kultur und Gesellschaft I, Frankfurt/M. 1965
- Marx, K./Engels, F., Manifest der kommunistischen Partei, Berlin 1964 (London 1890) [MEW 21, pp 206ff.]
- Marx, K./Engels, F., Die deutsche Ideologie, MEW 3, 13-77
- Marx, K./Engels, F., On Colonialism (Articles and Letters written in 1850-1894), Moscow n.d.
- Marx, K., Das Kapital I, III; MEW 23, 25
- Marx, K., Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, 13-32
- Marx, K., Lohnarbeit und Kapital, in: MEAS I, 70-93
- Monde diplomatique, Offensives du Mouvement Social, Manière de voir 35, Sept. 1997
- Narr, W.-D./Schubert, A., Weltökonomie, Die Misere der Politik, Frankfurt/M. 1994
- Neelsen, J., Globalisierung und Entwicklung, pp 92-109, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 32, 1997
- Pirenne, H., Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas im Mittelalter, Tübingen 1986
- Raghavan, C., Recolonisation, London 1990
- Reich, R., The Work of Nations, New York 1992
- Resurgence, Third World Network, Penang/Malaysia, No. 60, 1995, The Big Squeeze; No. 64, Dec. 1995, 'A New Colonialism?'; No. 87/88, Financial Crisis Deepens (Nov./Dec. 1997); No. 89 Squeezed Dry (Jan. 1998)
- Rifkin, J., The End of Work, New York 1995
- Sachs, W. (ed), The Development Dictionary. A Guide to Knowledge as Power, London 1992
- Senghaas, D. (ed), Imperialismus und strukturelle Gewalt, Frankfurt/M. 1978
- Senghaas, D. (ed), Kapitalistische Weltökonomie, Frankfurt/M. 1979.
- Senghaas, D., Von Europa lernen, Frankfurt/M. 1982
- Shiva, V., Monocultures of the Mind, London 1993
- Sweezy, P. et al., Der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus (The Transition from Feudalism to Capitalism), Frankfurt/M. 1984
- Toussaint, E., La Bourse ou la Vie, Bruxelles 1998
- Wallerstein, I., The Rise and Future Demise of the World Capitalist System, in: Comparative Studies in Society and History, vol. 16, 4 (1974), pp 387-415
- Wallerstein, I./Hopkins, T., Patterns of Development of the Modern World System, Review vol. I, 2 (1977), pp 111-145
- Wallerstein, I., The capitalist world-economy, Paris 1979
- Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 33, '150 Jahre Kommunistisches Manifest', März 1998, Frankfurt/M.

Charles Pauli

Süd-Globalisierung

Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft

Es tat sich was im Süden. Jeder kann es hierzulande im Kaufhaus sehen: Wein und Obst aus Chile, Kinderspielzeug aus China, Bekleidung aus Thailand. Und ab und zu begegnet uns auf den deutschen Straßen ein Hyundai oder Daewo aus dem Wirtschaftswunderland Südkorea. Die Globalisierung umfaßt offensichtlich auch die "Dritte Welt".

Von Schuldenkrise war bis vor kurzem kaum mehr die Rede, dafür wurden Länder wie Mexiko, die Türkei, Indien und viele südostasiatische Länder unter dem Schlagwort "Emerging markets" als neue und erfolgversprechende Plätze für Investitionen und Finanzkapitalanlagen betrachtet.

Doch im Sommer 1997 schlitterten ausgerechnet die Musterschüler der Globalisierung in die Krise. Der Zusammenbruch der Tigerstaaten, der mehr als ein nur vorübergehender Schwächeanfall ist, legt es nahe, wieder einmal zu betrachten, was sich da eigentlich in der letzten Dekade entwickelt hat. Die Frage lautet: in welcher Form, in welchem Umfang und mit welchen Ergebnissen wurden die "unterentwickelten" Länder in die Globalisierungsprozesse einbezogen?

I. "Dritte Welt" (Grunddaten)

Verelendung im Süden ...

Zu Beginn der 90er Jahre wohnten 76% der Weltbevölkerung in jenen Ländern, die wir als "Dritte Welt" bezeichnen. Auf diese 76% entfielen aber nur 17% der Weltproduktion. Allein Japan und die Bundesrepublik produzierten zusammen mehr als die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in den Industrieländern war 67 mal höher als in Schwarzafrika, der ärmsten Großregion der Erde. ("ifo Schnelldienst" 8/9 1991). Die meisten Länder des Südens hätten zu diesem Zeitpunkt gerade das "verlorene Jahrzehnt" der Schuldenkrise hinter sich. Der Niedergang der "Dritten Welt" in den 80er Jahren zeigte sich statistisch an der Entwicklung ihres Anteils am Welt-Bruttosozialprodukt. Er sank von 22,7% im Jahr 1980 auf die bereits zitierten 17% 1990. "Die Wirtschaftswoche" beschrieb die Situation folgendermaßen: "Der Lebensstandard von Millionen Lateinamerikanern ist in der Tat heute nicht besser als 1970. In Afrika fiel das Niveau der Lebensbedingungen sogar auf das Niveau der 60er Jahre zurück." (WiWo, 21.9.1990)

Die Weltbank zählte mehr als ein Milliarde Menschen, das waren rund 20% der gesamten Weltbevölkerung, zu den Armen. Als arm gilt, wer we-

niger als umgerechnet 370 Dollar pro Jahr zur Verfügung hat. Zum Vergleich: das Pro-Kopf-Einkommen in der Bundesrepublik liegt bei rund 20.000 Dollar pro Jahr. Die Zahl der besonders armen Länder nach UN-Kategorie stieg zwischen 1980 und 1990 von 31 auf 41. Daten über die erste Hälfte der neunziger Jahre scheinen zu zeigen, daß sich dieser negative Trend fortsetzte: Die UNO veröffentlichte in ihrem "Bericht über die menschliche Entwicklung" im Juli 1996 die Rechnung, daß das Vermögen von 358 Milliarden das Gesamteinkommen von 45% der Weltbevölkerung übersteigt. Die Einkommensungleichheit verdoppelte sich danach zwischen 1986 und 1996. In siebzig Entwicklungsländern lag das Einkommensniveau unter dem der sechziger und siebziger Jahre. ("Süddeutsche Zeitung", 16.7.1996)

... oder Aufschwung im Süden?

Doch ganz so, als gäbe es zwei unterschiedliche Realitäten gleichzeitig, existieren zur Situation der "Dritten Welt" auch völlig andere Daten und Einschätzungen. In den letzten Jahren machten Wirtschaftsfachleute eine neue Rechnung und Betrachtungsweise auf. Die Daten vom Beginn des Jahrzehnts seien überholt, so heißt es. Anders als in den achtziger Jahren habe sich die "Dritte Welt" positiv entwickelt. So schreibt die Weltbank in ihren "World Development Indicators 1997": "Die Weltbevölkerung ist gesünder, besser ausgebildet und besser ernährt als vor 25 Jahren. Die Lebenserwartung hat sich um neun Jahre von 55 auf 64 erhöht. Und die Kindersterblichkeit sank..." Die "Neue Zürcher Zeitung" (NZZ) berichtet, ebenfalls auf eine Weltbankstudie gestützt, über eine "Wachstumsbeschleunigung bei den Entwicklungsländern". In den Perspektiven bis zum Jahr 2005 erwarten die Bankexperten, daß das hohe Wachstum Ostasiens auch auf andere Regionen überspringt." Die Prognosen sehen für die "Dritte Welt" ein Wachstum von mehr als 5% pro Jahr voraus. Für die Industrieländer werden lediglich 2,8% prognostiziert. (NZZ, 8.5.1996). Als Beleg für einen Aufschwung im Süden wurden stets die Länder Ost- und Südasiens herangezogen: Korea und Taiwan, aber auch die neuen Tigerstaaten wie Indonesien, Malaysia und sogar Vietnam galten als Beweise für rasche Wachstums- und Aufholprozesse.

Aber nicht nur einige wenige Indikatoren für die Lebensqualität und mehr oder weniger seriöse Boomerwartungen relativieren das Bild von der verarmenden "Dritten Welt". Für internationale Einkommens- und Armut/Reichtums-Vergleiche wählen Wirtschaftswissenschaftler häufig einen neuen Vergleichsmaßstab, mit dem sie zu anderen Ergebnissen als den oben beschriebenen kommen. Bisher werden Einkommensniveaus in den meisten Statistiken auf der Grundlage des jeweiligen Dollar-Wechselkurses ermittelt. Nun können Wechselkurse aber sehr stark verzerrt sein. Sie werden über Kapitalmärkte und Devisenhandel beeinflusst und schwanken oft beträchtlich. Eine andere Möglichkeit bestünde darin, die Einkom-

mensunterschiede anhand der tatsächlichen Kaufkraft je Geldeinheit zu ermitteln. Vergleiche, die eine solche Berechnung nach Kaufkraftparitäten zugrunde legen, kommen tatsächlich zu völlig anderen Ergebnissen. So ist nach der herkömmlichen Methode das Bruttosozialprodukt Deutschlands etwa viermal so groß wie das von China. Nach der Kaufkraftparität berechnet, liegt die chinesische Wirtschaft dagegen gut ein Drittel vor der Bundesrepublik. Dementsprechend entfallen nach Kaufkraftparitäten nur noch rund 55% der Weltproduktion auf den Norden, aber bereits 40% auf den Süden - ein signifikanter Unterschied zu dem 17% Süd-Anteil (nach neuesten Rechnungen 21%) nach der Dollarparität.

Wir halten die Kaufkraftparitäten für das aussagekräftigere Maß. Nur: sie ergeben lediglich, daß der Abstand zwischen Nord und Süd nicht so groß ist, wie oft dargestellt. Aber beträchtlich ist er allemal. Zudem spiegeln allgemeine Vergleiche des Volkseinkommens oder des Bruttoinlandsprodukts nicht die internen Verteilungsverhältnisse wider und sagen damit wenig über Wohlstand oder Armut der Bevölkerungsmehrheit aus.

Welches Fazit ergibt sich nun aus diesen höchst unterschiedlichen Daten und Aussagen?

Tatsächlich hat sich die Entwicklung in den letzten Jahren wohl uneinheitlich vollzogen. Einerseits gibt es Staaten, die sich zweifellos in dem Sinn entwickelt haben, daß das Inlandsprodukt wuchs und sich der Abstand zu den Industrieländern verringerte. Nicht nur die oft zitierten Tiger und Drachen gehören dazu, sondern auch Länder wie Botswana oder Chile. Andererseits sind einige Länder aufgrund von Kriegen, inneren Wirren, gesellschaftlichen und politischen Auflösungserscheinungen verarmt. So etwa Zaire/Kongo, Somalia, Kambodscha, der Sudan, Afghanistan. Dazwischen liegen Länder, die ökonomisch eher stagnierten. Dazu gehören Brasilien und andere südamerikanische Staaten oder auch die Türkei. Nicht selten sind das Ökonomien, die in den 80er Jahren von der Schuldenkrise stark betroffen waren. Sie durchlebten einen Aderlaß aufgrund der vom IWF und den westlichen Geschäftsbanken erzwungenen Sparpolitik. Viele von ihnen haben heute niedrigere Inflationsraten und höhere Exporte als vor einer Dekade, aber ein durchgängiger und spürbarer Entwicklungsschub ist nicht auszumachen. Damit ergibt sich ein Gemenge aus unterschiedlichen historischen, politischen, sozialen und kulturellen Faktoren und dementsprechend unterschiedliche Entwicklungen. Eine einheitliche "Dritte Welt" gibt es nicht.

Wem es schlecht geht, der ist selbst schuld?

Worin erklären sich nun die unterschiedlichen wirtschaftlichen Ergebnisse der "Dritten Welt"? Die am weitesten verbreitete These dazu stammt aus dem Arsenal der Neoklassik. Sie lautet: Die Länder, die sich rasch und weitgehend in den Weltmarkt integriert haben, entwickeln sich. Länder dagegen, die sich weiterhin von den internationalen Märkten abschotten

und sich der Globalisierung widersetzen, verarmen. Negative wirtschaftliche Ergebnisse sind stets ein Ergebnis politischer Versuche, sich der Logik der internationalen Märkte zu entziehen. Diese Annahme ist in der wirtschaftspolitischen Diskussion weitgehend akzeptiert. Wir wollen uns allerdings diesem allgemeinen Urteil nicht anschließen, sondern es kritisch in Frage stellen. Dazu ist es notwendig, einen ausführlicheren Blick auf die Weltmarktintegration der Entwicklungsländer zu werfen.

II. Die Weltmarktintegration des Südens

Schuldenkrise als Globalisierungssprung

Im Gefolge ihrer Verschuldung wurden ab Mitte der 80er Jahre die meisten Länder der "Dritten Welt" ökonomisch umstrukturiert. Umstrukturierung bedeutet zweierlei (vgl. auch den Beitrag von Dieter Boris in diesem Heft):

Erstens die Erzwingung eines strikten staatlichen Sparkurses zur Reduzierung des Kreditbedarfs und der Importe. Dazu wurden die Staatsdefizite und damit die Staatsausgaben drastisch gekürzt. Durch ihren Rückgang ergaben sich in vielen Ländern allerdings Verarmungsprozesse. Diese Verarmung entstand nicht nur durch die Reduzierung sozialer Ausgaben. Durch sinkende Investitionen und Subventionen gingen private Unternehmen bankrott, nahmen staatliche Betriebe Entlassungen vor und wurden Infrastrukturprojekte gestoppt oder gar nicht erst in Angriff genommen.

Das *zweite* Element der Umstrukturierung war die Weltmarktöffnung und Weltmarktorientierung. In allen verschuldeten Ländern wurden Zölle und Handelshemmnisse abgebaut. Die vorher oft stark administrierten und zumeist überhöhten Wechselkurse wurden korrigiert, das heißt, die Währungen abgewertet und über verschiedene Konstruktionen an Leitwährungen gekoppelt oder weitgehend freigegeben. Zudem mußten die Regierungen der Schuldnerstaaten ausländischen Investoren verbesserte Bedingungen gewähren. Dadurch sollte Kapital in diese Länder fließen, die Wirtschaft über Auslandsinvestitionen angekurbelt und der Export verbessert werden, da der IWF davon ausgeht, daß Auslandsinvestitionen in den meisten Fällen exportierbare Güter hervorbringen.

So wurden nach Angaben von Peter Wahl in den "Blättern des Informationszentrums 3. Welt" (iz3W, März 1998) zwischen 1991 und 1996 weltweit 599 Gesetze, Verordnungen und andere Regelungen zu Auslandsinvestitionen geändert. 95% dieser Änderungen waren Liberalisierungen der Investitionsbedingungen. Im gleichen Zeitraum verdreifachte sich auch die Anzahl bilateraler Investitionsabkommen auf 1.900.

Integration oder Abkopplung?

Die Deregulierung der Märkte, die Übermacht exportorientierter Wirtschaftspolitik und die internationale Kapitalakkumulation der Konzerne sorgten tatsächlich für eine Einbeziehung der "Dritten Welt" in die Globalisierung der Produktion und des Handels. Zum Umfang dieser Integration liefert der IWF anschauliche Zahlen: "Entwicklungsländer sind eine treibende Kraft der Globalisierung. Der Anteil des Handels (Import plus Export) am Bruttoinlandsprodukt der Entwicklungsländer ist von 33% Mitte der 80er Jahre auf 43% zum jetzigen Zeitpunkt (1996) gestiegen und könnte die 50%-Marke im nächsten Jahrzehnt überspringen. ... Der Anteil der Entwicklungsländer am weltweiten Zufluß von Direktinvestitionen stieg sprunghaft von 23% Mitte der 80er Jahre auf mehr als 40% zwischen 1992 und 1994 ... Die zunehmende Rolle der Entwicklungsländer führt auch dazu, daß sie größere Ausstrahlungseffekte auf die Industrieländer haben. Beispielsweise ging Ende der 80er Jahre ein Fünftel der Industrieländerexporte in Entwicklungsländer. Heute beträgt dieser Anteil ein Viertel, und es ist wahrscheinlich, daß er bis zum Ende des nächsten Jahrzehnts auf ein Drittel ansteigen wird." ("Finanzierung und Entwicklung", März 1996)

Der Export der Entwicklungsländer veränderte sich auch in seiner Zusammensetzung: Der Anteil der verarbeiteten Industrieprodukte stieg. Zwischen 1970 und 1990 erhöhte er sich von 20% am Gesamtexport auf 60%. Allerdings liegt er mit 17% am gesamten Weltexport von Fertigwaren deutlich unter der entsprechenden Quote für den Gesamtexport. Das bedeutet, daß die "Dritte Welt" im Vergleich zu anderen Ländern stark rohstoff- und argarlastig ist. Gemessen daran, daß verarbeitete Güter aus unterentwickelten Ländern vor 20 Jahren noch eine Rarität waren, deuten die 17% am Industriegüterwelthandel jedoch eine nennenswerte Umstrukturierung der Produktion und der Handelsströme an: Der Anteil der Industriewaren-Importe der OECD-Industrieländer, gemessen am Wert der gesamten OECD-Industrieproduktion, stieg von 3% 1970 auf 12% 1992 (F&E, März 1996).

Anzumerken bleibt, daß diese Integration in die Weltwirtschaft regional völlig unterschiedlich verlief. Mit Afrika fiel bisher ein ganzer Kontinent aus diesem Bild: Der Anteil des Handels am afrikanischen Bruttoinlandsprodukt sank bis vor kurzem (vgl. den Beitrag von Jörg Goldberg in diesem Heft). Noch signifikanter werden die Unterschiede zwischen einzelnen Ländern und Regionen bei den Kapitalflüssen: Zehn Länder absorbieren fast 80% der gesamten Zuflüsse in die "Dritte Welt". Im bisherigen Verlauf der neunziger Jahre waren das vor allem China, das allein auf fast 30% aller Kapitaltransfers in unterentwickelte Länder kam, Mexiko, Argentinien, Korea, Malaysia, Thailand und Indien.

Zusammenfassend: Es vollzogen sich in allen Ländern und Regionen, seit einigen Jahren auch in Afrika, Prozesse der Marktöffnung und der Deregulierung. In den meisten Regionen führte diese Öffnung zu einer Zunahme der internationalen Verflechtung. Die Gewichte waren dabei jedoch unterschiedlich verteilt. Einige wenige Länder mit hohen Wachstumsraten waren an diesem Verflechtungsprozeß weit überproportional beteiligt. Die allermeisten Länder des Südens haben also den Vorgaben der Theorie gehorcht und ihre Märkte geöffnet.

III. Kritik der Weltmarktorientierung

Vor diesem Hintergrund müssen wir die Diskussion über die soziale Lage in der "Dritten Welt" noch einmal von vorne aufrollen. Um so mehr, als die These, im Süden habe es in den letzten Jahren durch die Umsetzung einer marktwirtschaftlichen Politik einen deutlichen Aufschwung gegeben, seit dem Ausbruch der katastrophalen Krisen in Ost- und Südostasien ohnehin nicht mehr haltbar ist.

Marginalisierung statt Beschäftigung

Die etablierte Ökonomie stützt sich bei ihrer positiven Beurteilung von Marktöffnung und Deregulierung vor allem auf die monetäre Stabilisierung, die in vielen Ländern durch IWF-Programme erreicht wurde. Monetäre Stabilisierung bedeutet, daß durch ein Zurückschneiden der staatlichen Haushaltsdefizite die Inflation verringert wird. Nur: monetäre Stabilität bedeutet noch lange nicht Weltmarkterfolg, und Weltmarkterfolg muß auch noch nicht automatisch eine langfristige Entwicklung bedeuten.

Wie beschrieben, haben die Maßnahmen der Marktöffnung unterschiedliche Ergebnisse nach sich gezogen. Daraus schließen wir, daß die Marktöffnung allein oftmals nichts oder sogar das Gegenteil des erwünschten Erfolges gebracht hat. Unser Beurteilungskriterium ist die soziale Entwicklung und hier vor allem der Beschäftigungsentwicklung: Es gibt einzelne Länder, in denen die zunehmende Weltmarktorientierung für eine Reihe von Jahren das Nationalprodukt steigen ließ. Damit ist aber weder eine Aussage über dessen Verteilung getroffen, noch über Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und die Lebensqualität für die Bevölkerungsmehrheit. Unter dem Strich müssen wir feststellen, daß, von Ausnahmen abgesehen, die sozialen Fortschritte in der "Dritten Welt" bescheiden bis negativ waren. Es gibt in einigen Ländern Verbesserungen der Infrastruktur - aber parallel dazu steigt die Zahl der Menschen, die marginalisiert, das heißt aus dem ökonomischen Prozeß weitgehend ausgeschlossen sind. Marginalisierung wiederum bedeutet ein Leben in städtischen Slums oder in verarmten ländlichen Regionen am Existenzminimum.

Auch die Länder, die seit einigen Jahren Wachstum verzeichnen, sind hier keine generelle Ausnahme. So ist für Südamerika, wo fast überall späte-

stens seit 1985/86 IWF-Programme umgesetzt werden, die soziale Situation kaum besser als nach der Krise zu Anfang der 80er Jahre. Das verlorene Jahrzehnt wurde auch in den 90er Jahren nicht wettgemacht. Eine vom Regionalbüro der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) veröffentlichte Studie "Panorama Laboral 95" untersucht die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Lateinamerika und in der Karibik seit 1990. Trotz markanter Unterschiede von Land zu Land haben sich die Verhältnisse für die Arbeitnehmer 1995 insgesamt verschlechtert. Die Erhebungen der ILO zeigen, daß die offene Arbeitslosigkeit zunimmt und daß sich der informelle Sektor - die längst ans Licht getretene Schattenwirtschaft - ausweitet (NZZ, 12.01.1996).

Besser als 1994 geht es den Lohnabhängigen in Chile, Brasilien und Panama. Hier sind neue Arbeitsplätze geschaffen worden, hat die Zahl der Arbeitslosen abgenommen und sind die Löhne in der Industrie - nicht zuletzt dank gebremster Teuerung - gestiegen. In Ecuador, Peru und Kolumbien sind die Indikatoren gemischt, während in den restlichen Ländern der Region die Qualität des Arbeitsmarktes Einbußen erlitt.

Fast 60% der städtischen Bevölkerung arbeiten dem ILO-Bericht zufolge als nur gelegentlich beschäftigte Tagelöhner in schlecht bezahlten Jobs. Dieser informelle Sektor, der eher an Frühkapitalismus erinnert, hat sich im Zeichen der Modernisierung ausgedehnt. Die Produktivität in diesem Segment sinkt, was nichts anders als eine vornehme Umschreibung der Tatsache ist, daß sich die Bezahlung für die Niedriglöhner noch weiter verringert. Dagegen umfaßt der moderne Sektor in der Modernisierung immer weniger Beschäftigte.

Ähnliches gilt auch für andere Regionen der Erde. Die ILO belegt in ihrem neuesten Weltarbeitsmarktbericht, daß allein in der ersten Hälfte des Jahres 1998 10 Millionen Menschen ihre Arbeit verloren haben und die Zahl der Arbeitslosen bei derzeit 210 Millionen liegt. Dazu kommen noch einmal 750 bis 900 Millionen "stark unterbeschäftigter" Menschen (SZ, 24.9.1998). Damit dürfte mehr als ein Drittel der arbeitsfähigen Weltbevölkerung arbeitslos oder unterbeschäftigt sein. Nach Aussagen des ILO-Generaldirektors Hansenne wird sich die Situation weiter verschlechtern.

Ökologische und soziale Kosten von Globalisierung

Wachstumsraten sind das eine. Die sozialen und ökologischen Zerstörungen, die sie hervorrufen, das andere. In der Wirtschaftstheorie wird dazu der Begriff der "externen Kosten" diskutiert. Damit sind alle die Kosten gemeint, die aus dem Raubbau der Ökonomie resultieren, aber nirgendwo erfaßt werden. Die externen sozialen und ökologischen Kosten der exportorientierten Wirtschaftspolitik halten wir für hoch. In den meisten Ländern wurde die Vernutzung der Natur in eine neue Dimension vorangetrieben. Der Kahlschlag der Urwälder in Südostasien war ein wesentliches Element der Exportoffensive. Afrikanische Länder, die sich als Müllkippen

für europäischen Abfall anbieten, "exportieren" damit Umweltqualität für die reichen Länder des Nordens auf Kosten der eigenen Natur und Gesundheit.

Ein anderer Posten der externen Kosten sind die Lasten, die durch die Landflucht und durch die Verstädterung in fast allen Regionen des Südens erwachsen. Gerade die Frage der Landwirtschaft ist in Ländern, in denen ein großer Teil der Bevölkerung vom Agrarsektor abhängt, wichtig. Wenn immer mehr Flächen für Exportfrüchte belegt werden, wenn immer mehr Menschen von ihren Böden nicht mehr leben können, dann müssen den Erträgen des Exports von Kaffee oder Kakao auch die Kosten der Brandrodung, der Verslumung, der Zerstörung der Böden, der steigenden Kriminalität und der Infrastrukturprobleme in den ausufernden Städten gegenübergestellt werden.

Ein weiteres soziales Problem ist die zunehmende Ungleichheit in den meisten Ländern der "Dritten Welt". Nach allen Daten, die wir kennen, sammeln sich die Gewinne der Exportorientierung bei einer kleinen Oberschicht an, die oft mit ausländischen Konzernen verbunden ist. Die Mehrheit der Bevölkerung dagegen trägt die Lasten der Anpassung, die unter anderem in sinkenden staatlichen Leistungen und einer Zunahme der Arbeitslosigkeit bestehen.

IV. "Dritte Welt" und Globalisierung - Elemente einer theoretischen Einschätzung

Obwohl sich also aus den Daten keine Bestätigung der weltmarktorientierten Strategien herauslesen läßt, bleibt die theoretische Auseinandersetzung in den Wirtschaftswissenschaften darüber erstaunlich flach. Die herrschende Ökonomie versucht, mit einer Flut von Untersuchungen zu beweisen, daß das Scheitern von Weltmarktintegration nie an Fehlern im Konzept liegt, sondern immer nur an unzureichender Umsetzung.

Unserer eigener, völlig entgegengesetzter Erklärungsansatz der Entwicklung im Süden basiert auf den folgenden Thesen.

Unterzentren mit nicht verallgemeinerbarer Entwicklung

Die Weltmarktintegration hat offensichtlich die Tendenz, sich Unterzentren und Hinterhöfe zu schaffen. Ein typischer Hinterhof ist die Einbindung Mexikos in die Nafta. Mexiko ist hier geographisch günstig gelegener Standort für Billigarbeit und Zulieferung an die US-Konzerne. Eine ähnliche Funktion haben (außerhalb der "Dritten Welt") Portugal in der EU und Tschechien vor allem für deutsche Firmen. Auch die Tigerländer erlangten ihre Bedeutung als Investitions- und Zulieferregion für vorwiegend japanische Unternehmen. Im Falle Korea kam hinzu, daß zusätzlich zu seiner Rolle als Unterzentrum kein Agrarproblem existierte, weil Großgrundbesitz fehlte. Wegen der Teilung in Nord- und Südkorea unter den

Vorzeichen des Kalten Krieges flossen massive Finanzhilfen der USA in das Land, womit moderne Infrastrukturen finanziert werden konnten. Durch diese Sonderbedingungen bekam Südkorea die Möglichkeit eines langen Aufschwungs und einer recht weitgehenden Industrialisierung.

Daran zeigt sich, daß die Grenzen der Entwicklungsmöglichkeiten weiter gesteckt sind, als das in Imperialismus- oder Dependenztheorien vorkam. Es zeigt sich aber auch, daß die koreanische Entwicklung von Faktoren ermöglicht wurde, die nicht übertragbar sind und nicht reproduziert werden können. Die Entstehung von einzelnen Unterzentren ist unserer Ansicht nach aber kein separater, von den Entwicklungsmöglichkeiten anderer Länder unabhängiger Prozeß. Sie hat unmittelbare Wirkungen auf alle Länder der "Dritten Welt" und ist von der Stagnation oder dem Verfall anderer Regionen nicht zu trennen. Unterzentren etablieren sich dort, wo die räumliche Nähe zu den Zentren gegeben, die Infrastrukturen besser als anderswo sind, die Politik schnell startet und in Umbruchsituationen des Weltmarktes die Grundlagen für Investitionen legt. Länder, die später starten oder Nachteile in der Geographie und in den Infrastrukturen aufweisen, verlieren in diesem Rennen zwangsläufig. Die differenzierte Entwicklung der "Dritten Welt" rührt also auch daher, daß der eine gewinnt, was der andere verliert.

Ausschluß von Innovation und Zukunftsproduktion

Bleiben wir beim Beispiel Korea: Die koreanische Entwicklung warf seit Beginn der neunziger Jahre die Frage auf, ob Korea es schaffen würde, mit einer relativ differenzierten Industrieproduktion in die Weltmärkte zu stoßen und die bisherige Entwicklung durch ein Vordringen in die wissenschafts- und innovationsintensive Produktion fortzusetzen. Das war nicht der Fall. Auch hier ist die Automobilbranche ein gutes Beispiel. Die aufgebauten Kapazitäten waren offensichtlich zu groß. Die koreanische Verkaufsoffensive auf dem europäischen Markt blieb weitgehend erfolglos. Auch aus anderen Bereichen, etwa dem Maschinenbau, lauten die Meldungen ähnlich. In dem Moment, wo koreanische Produzenten verstärkt den intraindustriellen Wettbewerb mit Produzenten technologisch hochentwickelter Konsumgüter aus Industrieländern suchten und sich nicht mehr auf Arbeitsteilung beschränkten, war der Weltmarkt nach oben begrenzt. Know How, Absatzwege und Produktivität sind in den wesentlichen Bereichen der modernen Produktentwicklung und Endfertigung nach wie vor bei den Industrieländern konzentriert.

Negative Handelseffekte der Arbeitsteilung: Sinkende Terms of Trade

Eine damit verbundene zweite Restriktion der Weltmarktorientierung liegt in den ungleichen Chancen dieser Arbeitsteilung. Unterschiedliche Produkte haben auf den Märkten völlig unterschiedliche Bedeutung. Das Auto

war vor 60 Jahren ein aufstrebendes Produkt. Von der Pferdekutsche konnte man das nicht behaupten, weswegen eine Spezialisierung auf Kut-schen nicht ratsam gewesen wäre. Und so gibt es auch heute aufstrebende, stagnierende und verschwindende Produkte. Die Arbeitsteilung zwischen "Erster" und "Dritter Welt" ist in Bezug auf diesen Sachverhalt eindeutig: Nach wie vor sind Länder der "Dritten Welt" schwerpunktmäßig Lieferanten von Rohstoffen und Agrarprodukten. Dieses Verhältnis ist nicht statisch: Im Rahmen einer sich entwickelnden Arbeitsteilung und der Herausbildung von Unterzentren übernahmen sie auch mehr Industriegüterexporte als früher. Allerdings waren das, gemessen an Produktlebenszyklen, meistens Produkte, die sich auf dem absteigenden Ast befinden und in denen die Industrieländer ihre komparativen Vorteile verloren hatten, weil diese Vorteile inzwischen in modernere Technik und wissenschaftsintensivere Produkte gewandert waren.

Die Struktur der Weltmärkte setzt die unterentwickelten Länder also auf die Verliererschiene. Eindrucksvoll läßt sich das an den Preisverhältnissen auf den internationalen Märkten darstellen. Die Terms of Trade geben das Verhältnis zwischen Import- und Exportpreisen an. Sie zeigen also, wieviel ein Land exportieren muß, um eine bestimmte Menge an Importgütern im Austausch zu erlangen. Sinkende Terms of Trade bedeuten, daß immer mehr Exporte nötig sind, um die gleiche Menge an Gütern wie vorher zu importieren. Sinkende Terms of Trade kommen dann zustande, wenn bei den Exporten Preisverfall herrscht, während die Preise der vom Ausland bezogenen Waren gleichbleiben oder steigen. Nach den Statistiken der Weltbank sind die Terms of Trade in den letzten zehn bis 15 Jahren deutlich gesunken. Von 1985 bis 1993 verschlechterte sich beispielsweise das Austauschverhältnis für die Entwicklungsländer von einem Indexwert 110 auf 95. Das entspricht einer Verschlechterung der Außenhandelsrelation um 13,6%. Die stärksten Verluste ergaben sich dabei für die ärmsten Länder.

Kapitalmärkte schaffen Unsicherheit: erhöhte Volatilität von Wachstumsprozessen.

Eine neue Problematik von weltmarktorientierten Wachstumsprozessen deutete sich sowohl in der Mexiko- als auch in der Asienkrise an. Das Stichwort lautet "Kasinokapitalismus und 'Dritte Welt'".

In den letzten Jahren sind mehrere Länder als "Emerging Markets" entdeckt worden. Wobei sich der Begriff der aufstrebenden Märkte vor allem auf die Kapital- und Aktienmärkte bezieht. Letztlich geht es um kurzfristige und eher spekulative Anlagen in diesen Ländern. Im Rahmen von IWF Programmen und deren Forderung nach Privatisierung und Stärkung der Kapitalmärkte wurden in einigen Schwellenländern die Börsen erweitert und ausgebaut. Nahrung für diese Börsen waren neben einigen wenigen traditionellen Werten vor allem Aktien aus Privatisierungen. Der

Verkauf der Staatsindustrie vollzog sich häufig durch die Ausgabe von Aktien. Diese Aktien wiederum müssen an Börsen gehandelt werden können. Wenn nun ausländisches Kapital auf der Suche nach Renditen in diese Börsen strömt, entwickelt sich eine Eigendynamik. Durch die aus dem Ausland angeheizte Nachfrage steigen die Aktien. Durch diese Steigerungen wiederum werden neue Anleger angezogen. Durch die hohen Aktienkurse versuchen in der Folge immer mehr einheimische Unternehmen, Aktien auszugeben und sich dadurch neues Kapital zu beschaffen.

Dieses Spiel funktioniert zunächst völlig unabhängig davon, ob die Firmen, deren Aktien da gehandelt werden, auch wirklich nur einen einzigen Dollar Gewinn machen. Da das Aktienangebot in diesen Ländern sehr eng ist, genügen ein paar Millionen aus dem Ausland, um die Kurse zu treiben. Anleger wissen von Anfang an, daß die Grundlage der steigenden Kurse nicht unbedingt gute Ergebnisse der Unternehmen sind, sondern die eigenen spekulativen Zuflüsse. Die Spekulation auf steigende Kurse erfüllt sich also ihre Erwartungen selbst. Die Kunst bei diesem Spiel besteht lediglich darin, den richtigen Zeitpunkt zum Ausstieg abzusuchen. Denn wenn die Kurse irgendwann den Punkt erreicht haben, daß es woanders billigere Aktien mit höherem Erwartungspotential gibt, bleiben neue Kapitalzuflüsse aus. Die Kurse stagnieren, und die Anleger werden versuchen, Kasse zu machen. Sie verkaufen ihre Aktien, und damit geht die ganze Börsenhausse in eine Börsenkrise über.

Neben den Börsen gibt es weitere Variationen des kurzfristigen Kapitaltransfers in diese Länder. Durch boomende Aktienmärkte können Investitionsschübe ausgelöst werden, da Firmen nun die Möglichkeit haben, sich billig zu finanzieren. Dem dadurch angeheizten Investitionswachstum folgt der Zug der Lemminge, den wir im Falle Asiens beschrieben haben. Wenn die Scheinblüte erst einmal eine gewisse Hartnäckigkeit entwickelt hat, dann summen Tausende von Spekulanten-Bienen um sie herum, und auch die internationalen Banken versuchen, mit Krediten den erwarteten Nektar abzusaugen. Nur hat sich dann die Kapitalbewegung zu weit von den realwirtschaftlichen Tatsachen entfernt. Die Wirtschaft ist weit weniger aufregend erblüht als die Spekulation, und damit platzt die Blase früher oder später.

Das Ergebnis: Die internationalen Kapitalmärkte finanzieren Fehlinvestitionen, die in diesem Umfang ohne die Liberalisierung der weltweiten Kapitalverkehrs nicht finanziert worden wären. Der Kasinokapitalismus verursacht also eine hektische Folge von Boom und Krise. Im Gegensatz zu einem stetigeren Wachstum sind die Kosten dieses Chaos-Wachstums erheblich höher.

Zunehmende Volatilität von Direktinvestitionen

Diese Volatilität schleicht sich aber nicht nur bei Portfolioinvestitionen ein. Der Wettlauf, in den die Weltmarktöffnung die Länder der "Dritten Welt"

zwingt, stellt rund um den Globus verbesserte Investitionsmöglichkeiten für die Großkonzerne zur Verfügung. Die Politik der Exportorientierung zwingt nationale Regierungen dazu, Investitionsanreize zu geben. Üblich sind verbilligte Zinsen für Auslandsinvestoren, die Kredite in der Währung des Investitionslandes aufnehmen, die Übernahme von Erschließungskosten für Industriegebiete, Steuererleichterungen oder gar völlige Steuerbefreiung. Daraus resultiert, daß die Investitionskosten für die Auslandsunternehmen niedrig sind. Diese niedrigen Kosten erleichtern es aber auch, Investitionen schnell stillzulegen und woanders hin zu verlegen, wenn dort die Bedingungen besser sind. Die Möglichkeiten, einen ökonomischen Wanderzirkus zu veranstalten, wachsen mit dem Umfang der Investitions-erleichterungen.

Zusätzlich sind neben den Investitionen die Lieferbeziehungen und Lieferverträge ein Element, daß immer flexibler gehandhabt wird. Lieferbeziehungen im Billiglohnbereich können von Jahr zu Jahr verlagert werden. Für die Entwicklungsländer bedeutet das, daß die volkswirtschaftlichen Effekte von Auslandsinvestitionen und von Lieferbeziehungen zu ausländischen Konzernen immer unsicherer werden und die Effekte nicht mehr kalkulierbar sind. Investitionen, die heute von einheimischen Unternehmen aufgrund der "internationalen Arbeitsteilung" getätigt werden, können sich sehr schnell als Fehlinvestitionen herausstellen, wenn die Arbeitsteilung ein paar Monate später geographisch ein wenig verrutscht.

Entkoppelung von Außenhandel und Wachstum

Bei einer Betrachtung der Wirtschaftsentwicklung fällt auf, daß die Exporte stärker wachsen als das Bruttosozialprodukt. Noch mehr: der Unterschied zwischen Export- und Bruttosozialproduktswachstum nimmt zu. Während in den siebziger Jahren und in der ersten Hälfte der achtziger Jahre beide Größen mit Raten von 3,2% beziehungsweise 3,7% wuchsen und damit noch dicht beisammenlagen, war in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre der Abstand mit 6,1% zu 3,3% bereits beträchtlich. Mitte der neunziger Jahre weitete sich der Abstand: der Welthandel stieg um 8,7%, das Weltsozialprodukt um nur 2,9%.

Die simple Folgerung daraus lautet: Außenhandel dient immer weniger als Motor der Wirtschaftsentwicklung. Eine Wirtschaftspolitik, die auf Exporte als Basis für einen Entwicklungsaufschwung setzt, ist zunehmend utopisch. Genauso utopisch wie eine Politik, die in den Industrieländern glaubt, Arbeitslosigkeit durch Wachstum bekämpfen zu können. So wie es hierzulande Wachstum ohne Beschäftigung gibt, gibt es in der "Dritten Welt" inzwischen Export ohne Wachstum.

Marktversagen bei Produktivitätssprüngen

Die Länder der "Dritten Welt" wurden in eine effektiviertere Weltwirtschaft einbezogen. Effektiv bedeutet aber auch, daß die Weltmarktintegration von zunehmender Kapitalkonzentration beherrscht wird. Multinationale Konzerne mit riesigen Produktionsanlagen, ausgefeilter weltweiter Logistik und technologischem Vorsprung prägen die Struktur dieser Integration. Dazu gehören internationale Fusionen und Aufkäufe, strategische Allianzen zwischen Konzernen und ein Ring von Zulieferunternehmen. Diese Konzentration beinhaltet als ein wesentliches Element die rasche Produktivitätssteigerung und Durchkapitalisierung der weltmarktorientierten Bereiche.

Das gilt auch für die "Dritte Welt". Exportorientierte Einheiten arbeiten in aller Regel mit einer besseren technischen Ausstattung und höheren Produktivität als die eher binnenmarktbezogenen Unternehmen. Durch die Weltmarktöffnung und die Ausweitung des internationalen Handels strömen in die meisten Länder billige Importe aus den Industrienationen. Diese Konkurrenz sorgt für das Ausscheiden von alten, geschützten Industrien, die wenig produktiv waren. Unter dem Strich ergibt sich durch die Öffnung in den meisten Ländern ein Ansteigen der Produktivität. Dieser Anstieg ist in der Entwicklungstheorie gewünscht und würde als wesentlicher Fortschritt gemeldet werden, wenn er nicht in ein ähnliches Problem führen würde wie seit gut 25 Jahren in den Industrieländern: Produktivitätsfortschritte erzeugen Wachstum ohne Beschäftigung. In der Regel wirken sie vielmehr kontraproduktiv und schaffen Arbeitslosigkeit.

Auch in den Ländern der "Dritten Welt" liegt dieses für die letzten Jahrzehnte typische Marktversagen vor. In den meisten Bereichen, besonders deutlich gerade in der Landwirtschaft, sind die modernen Produktionseinheiten nicht in der Lage, die Beschäftigten der alten, sich auflösenden Sektoren aufzunehmen. Die Produktivitätssteigerungen im Rahmen der Weltmarktintegration bewirken also nicht mehr Wohlstand, sondern die Ausgrenzung großer Bevölkerungsteile vom wirtschaftlichen Geschehen und somit deren Verarmung.

Zusammengefaßt gehen wir also davon aus, daß eine Integration in die Weltwirtschaft und das Wirken der Märkte nicht in der Lage sein werden, in der "Dritten Welt" Entwicklungsprozesse zu ermöglichen. Gefragt sind Alternativen einer binnenmarkt- und grundbedarfsorientierten Entwicklung.

Dieter Boris

Lateinamerika im neoliberalen Globalisierungsprozeß - Ökonomische und soziale Aspekte

Die übergreifende und für Milliarden Menschen in der Dritten Welt entscheidende Frage, wie der gegenwärtige Prozeß neoliberaler Globalisierung auf die unterentwickelten Länder der Dritten Welt einwirken wird bzw. wie diese sich gegenüber den damit verbundenen Herausforderungen verhalten werden (oder können), ist natürlich nicht mit einer dichotomisch-einsilbigen Antwort (z.B.: "positiv versus negativ") zu klären. Von der These, daß die neoliberale Globalisierung eine zusätzliche Bedrohung, ein enormes externes Risiko und ein weiteres Mittel der Zurücksetzung der "Dritten Welt" bedeute, bis hin zu der entgegengesetzten, aber tendenziell majoritären Meinung, daß sie das wichtigste Mittel eines Aufholprozesses und einer weltweiten Homogenisierung bilde, sind vermittelnde und unterschiedliche Aspekte miteinander kombinierende Positionen in dem darüber entstandenen Meinungsstreit vertreten worden. Eine ansatzweise zutreffende Antwort kommt um die Einbeziehung vieler intermediärer Variablen und die Problematisierung einer Vielzahl von Zusammenhängen nicht herum. Aus der Fülle möglicher Themen, denkbarer regionaler Schwerpunkte und der Auswahl von Typen von Entwicklungsländern sollen hier einige "Schwellenländer" Lateinamerikas (insbesondere Brasilien, Mexiko und Argentinien) herausgegriffen und soll gefragt werden, welche ökonomischen und sozialen Implikationen mit den neoliberalen "Strukturreformen" kurz- und mittelfristig bisher einhergegangen sind.

Seit einigen Jahren wird an vielen Orten in Lateinamerika - in der Politik, der Wirtschaft, in den Medien, in den Universitäten und Schulen - ein Mythos verbreitet, der wegen seiner bestechenden Simplizität mittlerweile von vielen für wahr gehalten und geglaubt wird. Dessen Kernelemente lauten etwa so: Früher entwickelte sich die lateinamerikanische Wirtschaft prächtig nach den Maximen des Freihandels und der internationalen Arbeitsteilung gemäß den sogenannten "komparativen Vorteilen"; dann wirkte die Weltwirtschaftskrise zu Beginn der 30er Jahre auch in Lateinamerika wie eine Zäsur und förderte ein neues Wachstums- und Entwicklungsmodell zutage, das auf Ersatz der bisherigen Importe (von Industriegütern) durch Aufnahme eigener entsprechender Produktion ("Importsubstitution"), auf Staatseingriffen und Zollschutz beruhte. Dies ging eine Zeitlang - mehr schlecht als recht - gut, scheiterte aber spätestens in den 70er oder Anfang der 80er Jahre (sinnfällig in der überal auftretenden Schuldenkrise) vollständig. Der quasi "sozialistische" Dirigismus, die weitgehende Abschottung vom Weltmarkt sowie die übermäßige Binnen-

marktzentriertheit dieser Entwicklungsstrategie seien für alle Übel und Defizite der Ökonomien Lateinamerikas verantwortlich zu machen. Daher mußte nun - so der missionarisch-vorwärtsgewandte Teil des Mythos - eine ganz neue wirtschaftspolitische Strategie her, die die Fehlentwicklungen seit 1930 vollkommen zu revidieren trachtete: radikale Öffnung nach außen, Entstaatlichung/Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung, Rücknahme arbeitsrechtlicher Sicherungen, Priorität der Inflationsbekämpfung, nicht zuletzt infolge der strikten Beachtung des Haushaltsausgleichs. Kurzum, alles gemäß dem Kanon der "neoliberalen Wende", die auch als "Konsens von Washington" bezeichnet wurde und dessen Einhaltung Wachstum, Beschäftigungsexpansion und Wohlstandssteigerung beschere sollte.

Dies sei auch schon seit Anfang der 90er Jahre sichtbar, nachdem die 80er Jahre wegen der großen ökonomischen und sozialen Rückschläge als "verlorene Dekade" bezeichnet worden waren. Zwar werden noch einige "Schönheitsfehler", wie die erheblich gestiegene Armut und Einkommensungleichheit in bisher ungekanntem Ausmaß zugegeben, dies wird aber als zu zahlender Preis für die "Gesundung" der ökonomischen Verhältnisse deklariert. Im übrigen, so wird häufig behauptet, wäre bei Nichtanwendung der "neoliberalen Medizin" eine noch negativere Entwicklung für die Mehrheit der lateinamerikanischen Bevölkerung zu erwarten gewesen. In einer "zweiten Generation" der neoliberalen Strukturanpassungen werde außerdem einer "sozialen Komponente" wieder größere Aufmerksamkeit geschenkt. Nach der Vornahme entsprechender sozialpolitischer Korrekturen werden die lateinamerikanischen Ökonomien - von dieser soliden Basis aus - einer glänzenden Zukunft entgegengehen.

Das einzig Richtige an dieser schönen Geschichte ist, daß durch rigide Austeritätspolitik in den meisten Ländern Lateinamerikas der Haushaltsausgleich und eine spürbare Senkung der Inflationsrate erreicht werden konnten; in einigen Ländern ist zudem - zumindestens zeitweise - ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht realisiert worden, nicht zuletzt aufgrund der starken Exportsteigerungen infolge von Abwertungsprozessen, die am Ausgang der Stabilisierungsmaßnahmen standen. Die damit ausgelösten rezessiven Konsequenzen und die starke Verteuerung der Importe bewirkten zunächst einen spürbaren Rückgang der Einfuhrvolumina. In einigen Ländern konnte durch Verkäufe staatlicher Unternehmen (zumeist an ausländische Investoren) die Außenschuld verringert bzw. umstrukturiert werden. Die nun auch wieder gestiegenen Kapitalzuflüsse, in vielen Ländern allerdings auch stark in Form von Portfolio-Investitionen, konnten aber nicht die erwünschte große Dynamik der Ökonomien auslösen. Nicht zuletzt infolge der geringen Spar- und daher auch Investitionsquote, die Mitte der 80er Jahre im Durchschnitt der lateinamerikanischen Länder bei ca. 16 bis 17 Prozent lag, sich Anfang der 90er Jahre auf einen Wert um 20 Prozent leicht erhöhte und damit wesentlich unter der Quote der ostasiatischen Länder, aber auch der lateinamerikanischen Ökonomien der 60er

und 70er Jahre liegt, kam es nur zu einem bescheidenen Anstieg der Wachstumsraten Anfang der 90er Jahre.¹ Diese lagen im jährlichen Durchschnitt bei ca. drei Prozent (1990 - 1996), d.h. einer Größenordnung, die während der nun allseits verteufelten Importsubstitutionsphase zumeist weit übertroffen worden war. Das gilt sogar für das "Glanzjahr" 1997, wo Lateinamerika insgesamt mit fünf Prozent Wachstum und nur neun Prozent jährlicher Inflationsrate die besten Werte seit etwa 20 Jahren erreichte. Doch dauerhaft und stabil scheint diese aufsteigende Tendenz nicht zu sein; für das Jahr 1998 wird wieder ein deutlicher Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Wachstums der Region prognostiziert. Die entscheidende Frage hierbei ist allerdings, warum die angeblich "robuster" und wesentlich "solider" (so z.B. die FAZ v. 14.5.1998) gewordenen Wirtschaften Lateinamerikas von der Asien- und Rußland-Krise, spekulativen Kapitalbewegungen und sonstigen weltwirtschaftlichen Turbulenzen so heftig tangiert werden konnten. War dies zufällig? Weitgehend "grundlos" oder folgt dies nicht vielmehr auch einer inneren Logik der neoliberalen Strukturanpassungen und entspricht dies eventuell der widersprüchlichen Rolle Lateinamerikas im Globalisierungsprozeß?

Die inter-industrielle sowie inter-sektorale Verflechtung hat nicht zuletzt aufgrund der radikalen Öffnung der Wirtschaften nach außen tendenziell abgenommen; damit erhöhte sich die Abhängigkeit der Ökonomien gegenüber dem Weltmarkt und damit zugleich ihre Verletzlichkeit. Es kann wohl nicht ganz zufällig sein, daß Lateinamerika 1997 mit fast 70 Mrd. US-Dollar ein großes und für 1998 weiter steigendes Leistungsbilanzdefizit aufweist, das durch Kapitalzuflüsse verschiedener Art "gedeckt" werden muß. Die grundlegende "Modernisierung des Produktionsapparats", von der in den oben angeführten Diskursen sehr häufig die Rede ist, hat sich nicht zuletzt schon aufgrund der geringen Akkumulationsquote - in verhältnismäßig bescheidenen Grenzen gehalten und galt höchstens in einigen wenigen Branchen bzw. einigen exportfähigen Unternehmen oder Unternehmensgruppen. Von einer - auf breiter technologischer Modernisierung des Produktionsapparats beruhenden - Anhebung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und einer Stärkung der ökonomischen Grundstrukturen kann m.E. nicht die Rede sein (z.B.: Benavente u.a., 1996: 58ff.). Die hohe (offene und verdeckte) Arbeitslosigkeit, die auch beim Wiederanstieg der Wachstumsraten Anfang der 90er Jahre kaum zurückging und die sich in einem wachsenden informellen Sektor ausdrückte, ist eines der negativen Begleitmomente des jüngsten ökonomischen Wandlungsprozesses (Schrieberg, 1997: 168f.). Typisch hierfür scheint etwa Argentinien zu sein, das nach mehreren Jahren relativ hoher Wachstumsraten von 1990 bis 1994 im darauffolgenden Jahr in eine Rezessionsphase geriet, die einen plötzlichen, sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit auf fast 18

¹ Zu diesen und den folgenden Zahlenangaben vgl. z.B. UN/ECLAC, 1997: 83ff., und Dresdner Bank, 1998: 13ff., 132ff.

Prozent bewirkte; und zwar in einem Land, das traditionellerweise kaum Arbeitslosigkeit kannte und umgekehrt der Anziehungspunkt vieler Gastarbeiter aus den Nachbarländern (Bolivien, Paraguay etc.) gewesen ist. Die mit den ökonomischen Umstrukturierungen parallel laufende Zuspitzung der ohnehin schon hohen sozialen Polarisierung in Lateinamerika drückte sich vor allem auf drei Ebenen aus: im Anstieg der Arbeitslosigkeit und der damit einhergehenden weiteren Welle der Informalisierung des Arbeits- und Erwerbslebens, in den stärker regressiv werdenden Tendenzen der Einkommensverteilung und der Entwicklung der Armut.

Die erhöhte strukturelle Arbeitslosigkeit und die bedeutende Ausdehnung des informellen Sektors speist sich ihrerseits aus verschiedenen Quellen. Die weitgehenden Zollsenkungen und die Einfuhr konkurrenzüberlegener Waren, die Rationalisierungsschübe in den Betrieben und vor allem die Stagnation oder Rückläufigkeit der Produktion bzw. der Investitionen während der 80er Jahre hatten in den meisten Ländern eine absolute oder relative Verringerung der urbanen Arbeiterklasse zur Folge: Sowohl große private Betriebe entließen nach der Umstrukturierung Arbeiter wie auch insbesondere privatisierte, ehemals staatliche Unternehmen im Infrastruktur- und Grundstoffgüterbereich (Vilas, 1995: 137ff.). Das gleiche gilt für die im Zuge der Haushaltsreduktionen erfolgte "Verschlankung" des öffentlichen Beschäftigtenapparats. Es versteht sich von selbst, daß hier die arbeitsrechtlichen Deregulierungen (Abbau von Kündigungsschutz und von Entschädigungszahlungen etc.) entsprechend nachgeholfen haben. Zugleich mußten kleine und mittlere Betriebe, die in Lateinamerika bekanntlich das Gros der Beschäftigten stellen, infolge äußerer Konkurrenz ihre Tätigkeit einstellen, soweit ihnen nicht der Einzug in neue Nischen der Produktion oder das Umsteigen auf die Export-Import-Schiene gelang. All dies trug zur Verschärfung der Beschäftigungsproblematik während der 80er und 90er Jahre wesentlich bei. So stieg neben der offenen auch die verdeckte Arbeitslosigkeit, vor allem aber nahmen die informellen "selbständigen" und prekären Arbeitsverhältnisse zu. Zu Recht ist darauf hingewiesen worden, daß sich angesichts der generellen Tendenz zur rechtlichen Deregulierung des Arbeitslebens die Grenzen zwischen formellem und informellem Sektor tendenziell immer weniger ausmachen lassen und zudem gerade durch die Erweiterung der bloßen "Überlebens"-Produktion, die Ausweitung der in Subkontrakten zu großen Unternehmen stehenden Heimarbeiter sowie die Proliferation von "selbständigen Mikro-Unternehmen" teilweise neue Varianten der Informalität entstanden sind (Pérez Sáinz, 1996, 1998). Hinzu tritt, daß eine zunehmende Differenzierung und Hierarchisierung (bezüglich Einkommenshöhe, Dispositionsspielräumen, Lebenslage und Qualifikation) in städtisch-informellen Sektoren beobachtet wurde (Pries, 1997), was aber keineswegs den Umstand außer Kraft setzt, daß die Mehrheit der informell Tätigen in den untersten Einkommens-, Qualifikations- und Produktivitätsbereichen angesiedelt ist (Schubert, 1997).

Die Erhöhung der weiblichen Erwerbstätigkeit als Konsequenz weiterer Auflösungsprozesse der Familienstrukturen einerseits und auch infolge der Notwendigkeit des Zuverdienens aller arbeitsfähigen Familienmitglieder andererseits war ebenso wesentliches Kennzeichen der sozialstrukturellen Entwicklung jener Periode (Veltmeyer u.a., 1997: 26ff.). Eine damit häufig einhergehende Mehrfachbeschäftigung des Haushaltsvorstands und/oder der anderen Familienmitglieder in z.T. sehr unterschiedlichen, schnell wechselnden Positionen verweist auf die Zersplitterungs- und Pulverisierungstendenz der gegenwärtigen Sozialstrukturen Lateinamerikas, die der Bildung großer und dauerhafter Kollektive, soweit sie aus den Produktions- und Erwerbsprozessen hervorgehen können, entgegensteht.

Angesichts dieser Arbeitsmarktsituation und der begonnenen Rücknahme arbeitsrechtlicher Sicherungen kann es nicht überraschen, daß es sowohl im formellen wie im informellen Sektor in den 80er Jahren in den meisten Ländern Lateinamerikas zu einem Absinken der realen durchschnittlichen Löhne gekommen ist; bei den Minimallöhnen ist - abgesehen von einigen Ausnahmen - eine noch drastischere Reduktion zwischen 1980 und 1992 zu beobachten gewesen (Thomas, 1996: 90ff.). Entsprechend geht die UN-Regionalbehörde CEPAL davon aus, daß es in diesem "verlorenen Jahrzehnt" (1980-1990) zu einem für Lateinamerika allgemein geltenden Rückgang der Pro-Kopf-Einkommen um ca. zehn Prozent gekommen ist. Die Tiefe der Krise und der vergleichsweise schwache Aufschwung seit Beginn der 90er Jahre lassen sich beispielsweise daran ermessen, daß das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommensniveau von 1980 (vor der Krise) auch Mitte der 90er Jahre (1995) noch keineswegs wieder erreicht worden war (UN/ECLAC, 1996: 14).

Wachsende Armut und soziale Polarisierung

Überall haben sich die Anteile der Arbeitseinkommen gegenüber den Gewinneinkommen deutlich verringert. Nach praktisch allen denkbaren Berechnungsarten der personellen bzw. haushaltsmäßigen Einkommensverteilung haben sich in diesem Zeitraum (also kurz- und mittelfristig) deutliche Verschlechterungen für die Bevölkerungsmehrheit, d.h. eine Verringerung der Einkommensanteile der untersten sieben oder acht Dezile (Zehntel) in der Pyramide der Einkommensbezieher, ergeben, (Bulmer-Thomas, 1996: 295ff.; Morley, 1995: 28ff., sowie Berry, 1997: 3ff.), wobei den einzelnen Elementen der "Neuen ökonomischen Politik" in der Verursachung der größeren Einkommensungleichheit ein unterschiedliches Gewicht zugemessen werden muß. Der Anteil der in Lateinamerika an oder unter der Armutsgrenze lebenden Menschen war in den 70er Jahren von 40 auf ca. 35 Prozent im Jahre 1980 zurückgegangen. Die 80er Jahre bedeuteten in dieser Hinsicht einen starken Rückfall, insofern als dieser Anteil 1990 wieder auf 41 Prozent angestiegen war und die absolute Zahl der Armen annähernd 200 Mill. Menschen umfaßt. Die relativ geringen

"positiven Seiten" des neoliberalen Modells (aus der Sicht der Masse der Bevölkerung) auch in einer vergleichsweise ausgeprägten Wachstumsphase (1990-1994) zeigen sich auch daran, daß in diesem Zeitraum nur eine leichte Reduktion der Armutsquote auf ca. 39 Prozent der Bevölkerung gelang (Ocampo, 1998: 1ff.).

Diese für die Mehrheit der Unterschichten nachteilige sozioökonomische Entwicklung "schlug" in vielen Ländern Lateinamerikas deutlich auch auf die Mittelschichten "durch". Im Gefolge der langandauernden Krise und der neoliberalen Neuorientierung ist es hier zu einer Polarisierung innerhalb der Mittelschichten gekommen, wobei eine sichtbare Pauperisierung großer Teile der selbständigen und vor allem auch der abhängigen Teile der Mittelschichten eintrat. In vielen Fällen war der Rückgang des Lebensstandards in diesen Bevölkerungssegmenten relativ größer als bei den "strukturell Armen". Die sogenannten "neuen Armen" aus den Mittelschichten sind hinsichtlich des Bildungsgrads, der Kinderzahl etc. deutlich von den vorher schon strukturell Arbeitslosen zu unterscheiden (Minujin, 1995: 156ff.).

Im Unterschied zu fast allen anderen Kategorien der Sozialstruktur, die sich differenziert und heterogenisiert haben, kann dies vom Kernbereich der lateinamerikanischen Bourgeoisie bzw. den großen Kapitalen in der Produktions- und Zirkulationssphäre, im Banken- und Versicherungsbereich sowie im Export-Import-Sektor nicht behauptet werden. Sowohl in der wirtschaftspolitischen Orientierung wie im sonstigen politischen Auftreten scheint dieses Bevölkerungssegment, dessen ökonomische und politische Macht sie als herrschende Klasse ausweist, nach einer Umorientierungsphase seit Ende der 70er Jahre in der neoliberalen Ära seit Mitte der 80er und 90er Jahre an Einheitlichkeit, Homogenität und politischem Profil offensichtlich sehr gewonnen zu haben (Vilas, 1996: 129ff., generell; sowie für die Cono Sur-Staaten: Birlé u.a., 1997: 58ff.; sowie für Mexiko: Boris, 1996: 146ff.). Ungeachtet der nach wie vor bestehenden objektiven und großemäßigen Unterschiede zwischen den einzelnen Bourgeoisiegruppierungen ist es während der letzten anderthalb Jahrzehnte zu einer wesentlich größeren wirtschaftspolitischen und allgemeinpolitischen Übereinstimmung zwischen ihnen gekommen als es je in der Importsubstitutionsphase der Fall gewesen ist.

Neben den grob skizzierten ökonomischen Auswirkungen und den sozialstrukturellen Veränderungen, die im Zuge der neoliberalen Globalisierung in Lateinamerika eingetreten sind, muß kurz auf die sonstigen sozialen Bereiche hingewiesen werden.² Die krasse Vernachlässigung des Bildungs-

² Auf die Diskussion darüber, in welchem Ausmaß die drastischen Kürzungen in den Sozialhaushalten der lateinamerikanischen Länder die sozialen Indikatoren (Analphabetenrate, Bildungsstand, Gesundheitsversorgung etc.) in den 80er und 90er Jahren verschlechtert haben bzw. nicht wesentlich beeinflusst haben sollen, kann hier nicht eingegangen werden. Vgl. zu entgegengesetzten Positionen: Inter-American Development Bank, 1996; Sangmeister, 1995, einerseits; und Vilas, 1995, andererseits.

und Erziehungssektors, des Gesundheitswesens (vor allem während der 80er Jahre), der fulminante Anstieg der Alltagskriminalität sowie die höchst ungesicherten rechtlichen Verhältnisse etc. stellen neben der erwähnten geringen "Investitionsneigung" ebenso gravierende Hemmnisse für die Erreichung einer dauerhaften "internationalen Wettbewerbsfähigkeit" der lateinamerikanischen Ökonomien dar. Dies hat auch die UN-Regionalbehörde CEPAL spätestens 1990 erkannt, als sie ihre Kernforderung nach grundsätzlicher Veränderung in der Formel "Wachstum mit Gleichheit" zusammenfaßte. Eine solche Ökonomie, die auf wirtschaftlich und bildungsmäßig erzeugten "komparativen Vorteilen" beruht, die sich auf einen starken und sozial ausgeglichenen Binnenmarkt stützt und die staatlichen Regulierungsfunktionen in allen Bereichen der Infrastruktur und der ökologischen Problembereiche stark akzentuiert, ist allerdings in Lateinamerika - auch am Ende der 90er Jahre - noch nicht sichtbar geworden. Selbst der verbliebene Musterfall Chile basiert kaum auf einer zukunftsfähigen Produktions- und Exportstruktur und weist im übrigen auch in der demokratischen Phase noch ca. ein Viertel der Bevölkerung in Armut auf (zuletzt hierzu: Hiedl, 1998).

Neoliberalismus beschleunigt die Abwärtsspirale

Die abermaligen Krisenprozesse während des Jahres 1998 und die entsprechenden Reaktionen der lateinamerikanischen Regierungen haben die Zweifel daran deutlich bestärkt, daß sich die neoliberalen ökonomischen Maßnahmen ("hart, aber notwendig") schlicht durch eine abfedernde vorausschauende Sozial- und Gesellschaftspolitik "ergänzen" lassen, ohne damit zugleich entscheidende Abstriche am neoliberalen Modell vorzunehmen. Es muß gefragt werden, ob es sich dabei nicht - bei fortgesetzter Praktizierung der neoliberalen Wirtschaftstheologie, die durch keinerlei Fehlentwicklungen und Defizite widerlegbar ist - um ein bloßes Phantom handelt, dessen Propagierung von seiten internationaler Organisationen, vieler Regierungen und leider auch seriöser Sozialwissenschaftler Beruhigungscharakter und Trostfunktion zukommt.³ Demgegenüber werden die dem neoliberalen Projekt innewohnenden, regelmäßig auftauchenden Widersprüche und Selbstblockaden von diesen Instanzen kaum thematisiert. Diese m. E. mit der neoliberalen Politik notwendigerweise verbundenen Defizite kondensieren sich in typischen Zusammenhängen, Problemverkettenungen, die auch in wiederkehrenden Sequenzen zu beobachten sind. Am Beispiel von Mexiko, Argentinien und Brasilien können diese mehr oder minder deutlich und ähnlich nachvollzogen werden.

³ Daß die neoliberale Strategie (auch in Lateinamerika) sich problemlos mit einer Politik der "sozialen Absicherung" und einer klaren Steigerung der allgemeinen Wohlfahrt verbinden läßt, scheint die nicht weiter hinterfragte Glaubensüberzeugung vieler Ökonomen zu sein. Siehe stellvertretend für viele: Sangmeister, 1998; Nunnenkamp, 1997; Schweickert, 1996.

Am Anfang aller Stabilisierungs- und Strukturanpassungsversuche steht in der Regel das primäre Ziel der Inflationseindämmung bzw. der Preis- und Währungsstabilität. Gewöhnlich werden dazu folgende Mittel eingesetzt, wobei die Reihenfolge, die Vollständigkeit und Intensität der Einsätze unterschiedlich sein kann: Die Abwertung der Landeswährung steht meistens zu Beginn des Stabilisierungsprozesses, um das außenwirtschaftliche Gleichgewicht wieder zu erreichen und höhere Deviseneinkommen (nicht zuletzt um die Zins- und Tilgungsverpflichtungen wahrzunehmen) zu erzielen. Die Öffnung nach außen (in Form von mehr oder minder drastischen Zollsenkungen und Rücknahmen anderer Importbeschränkungen) soll - außer der besseren Integration in den Freihandel und Weltmarkt - vor allem auch inflationseindämmend wirken, da die verstärkte Importkonkurrenz die Preissteigerungsspielräume im Inneren verringern sollen. Diese Politik wird intern unterstützt durch Haushaltskürzungen (vor allem im sozialen Bereich), durch eine restriktive Geldpolitik und eine Zinserhöhungspolitik. Alle diese Maßnahmen sollen nicht nur die Preisstabilität wiederherstellen helfen, sondern vor allem auch das "Vertrauen" der internationalen Kreditinstitutionen, von institutionellen und privaten Anlegern, von Direktinvestoren etc. erhöhen. In der ersten Phase nach Einführung dieser Maßnahmen kommt es zu einem Handelsbilanzüberschuß (nicht notwendigerweise auch zu einem Leistungsbilanzüberschuß, da in der Leistungsbilanz auch die Tilgungs- und Zinsüberweisungen mitenthalten sind), weil nun die (verbilligten) Exporte gesteigert werden können, die Importe aber (trotz Zollsenkung) zunächst zurückgehen, da sie via Abwertung erheblich verteuert sind und die rezessive Situation ohnehin die Importneigung einschränkt. Die Haushaltsdefizite sind rückläufig, die Inflationsrate vermindert sich. Die gesamte Lage zeigt rezessive Elemente: Firmenzusammenbrüche, Arbeitslosigkeitserhöhung, Einkommens- und Nachfrageminderung.

In einer zweiten Phase ist in der Regel folgendes zu konstatieren: Verringerung des Handelsbilanzüberschusses, erste Anzeichen eines sich andeutenden Defizits, leichte Wiedererholung der Konjunktur vor allem durch die mit der Exportexpansion verbundenen Nebeneffekte und teilweise durch Zufuhr von neuen Auslandskapitalen in verschiedenen Formen: Direktinvestitionen, Kredite, Portfolio-Investitionen, durch Aufkaufen privatisierter ehemaliger Staatsunternehmen seitens ausländischer Kapitale usw.

Die dritte Phase zeigt in der Regel folgende Erscheinungen: Die Inflation ist meistens weiter rückläufig, die Währung weist leichte Überbewertungstendenzen auf, was weiter das Handelsbilanzdefizit vergrößert, der Kapitalzufluß wird durch weitere Anreize stimuliert, da nur durch ihn die Handelsbilanzdefizite kompensiert und die Devisenreserven erhöht werden können.

In der vierten Phase schließlich spitzt sich die Situation zu: Die per se labile Gesamtlage kann durch externe oder interne Gefährdungsmomente in eine

erneute akute Krisenkonstellation transformiert werden. Internationale Turbulenzen auf den Aktienmärkten oder im Finanz- und Währungsbe-
reich (z.B. die sogenannte Asien-Krise, die Rußland-Krise etc.) können das
"Vertrauen" in die Länder der "aufstrebenden Märkte" (Schwellenländer)
weiter vermindern. Es kommt daher zu Kapitalabzügen, die Devisenreser-
ven reduzieren sich schlagartig und die Regierungen versuchen der Ab-
wertung durch eine Reihe von Maßnahmen zu begegnen. Diese laufen in
der Regel darauf hinaus, die Anlagebedingungen für das Auslandskapital
noch attraktiver zu machen. Typische Gegenmaßnahmen in diesem Sinn
sind: eine Verschärfung der Hochzinspolitik (im Falle von Brasilien im
September 1998 z.B. eine Steigerung des Leitzinssatzes von ca. 23 auf
knapp 50 Prozent!), eine Verringerung der Steuern für Auslandskapital,
eine Liberalisierung hinsichtlich der unterschiedlichen Arten des Kapital-
zuflusses usw. Zum anderen wird eine Ausgabenkürzung in den Haushal-
ten vorgenommen, um dadurch weiter den Eindruck von Stabilität und So-
lidität für die ausländischen Kapitalanleger zu vermitteln. Auch eine in-
terne Entwicklung, z.B. die tendenzielle Vergrößerung der Haushaltsdefi-
zite, die Gefährdung einer Reihe von einheimischen Banken durch faule
Kredite oder infolge von bestimmten politischen, konfliktiven Ereignissen
können eine Aktualisierung der Krisensituation auslösen. Die Hochzinspo-
litik lastet auf der Regierung und dem Haushalt, da infolge der internen
Verschuldung nun die entsprechenden Zinszahlungen enorm gesteigert
werden, damit aber auch die Gefahr des andauernden Haushaltsdefizits
perpetuiert wird, selbst wenn weitere Kürzungen im Sozialhaushalt vorge-
nommen werden; im übrigen drückt eine derartige Hochzinspolitik natür-
lich auf die Situation der Kreditnachfrage bei den einheimischen Banken,
insgesamt wird die Investitionsneigung drastisch reduziert werden und die
Binnenmarktkonjunktur generell weiter in eine Phase der Depression ge-
raten. Auch die Devisenreserven nehmen weiter ab, wenn nicht ein be-
deutender zusätzlicher Kapitalzufluß stattfinden sollte.

Wenn alle konterkarierenden Maßnahmen der Regierung nicht greifen,
muß sie die Abwertung schließlich doch vollziehen, und damit ist das pri-
märe Ziel der Preisstabilität und auch der Stabilität der Landeswährung
verfehlt; der negative Zirkel nach unten kann, ohne daß eine entschei-
dende Verbesserung der ökonomischen Gesamtstrukturen realisiert wor-
den wäre, von vorne beginnen.

Eine wirkliche Verbesserung der gesamten ökonomischen Strukturen eines
Landes würde vor allem beinhalten: eine signifikante und dauerhafte Er-
höhung der Investitionsrate, eine Verringerung der enormen Einkom-
mensdisparitäten, eine damit verbundene Stärkung der Binnenkaufkraft,
die Steigerung der Produktivität über Investitionen in Kapitalgüter und
Humankapital, eine klare Verbesserung der materiellen und immateriellen

Infrastrukturen etc.⁴ - in all diesen Bereichen haben die neoliberalen Re-
gierungen bislang, d.h. seit über zehn Jahren, fast völlig versagt. Dies wird
selbst von engagierten, aber ehrlichen Adepten dieser neoliberalen Strate-
gie offen zugegeben. So äußerte sich der bis vor kurzem als Chef-Ökonom
der Weltbank für Lateinamerika fungierende Sebastian Edwards folgen-
dermaßen: "Nach fast einer Dekade von Reformen hat die Region (ge-
meint ist Lateinamerika, D.B.) wenig an verbesserter ökonomischer Lei-
stungsfähigkeit und sozialen Bedingungen vorzuweisen. Die Armut wurde
nicht verringert. Das Wachstum war im besten Fall bescheiden. In vielen
Ländern stagnierten die Löhne und die Arbeitsplatzschaffung war schwach.
Allein die Eindämmung der Inflation war eines der wenigen er-
wähnenswerten erreichten Resultate." (Edwards, 1997: 93). Dem ist nur
hinzuzufügen, daß dies keineswegs als zufällig und daher leicht korrigier-
bar anzusehen ist, sondern als mehr oder minder zwangsläufiges Resultat
der herrschenden Machtordnung, der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse
und seiner institutionellen Grundlagen in Lateinamerika zu begreifen ist.
Ohne tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen ist also von einer neo-
liberalen Variante der Durchsetzung der Globalisierung und der Vertiefung
der internationalen Arbeitsteilung für die Ökonomien und Gesell-
schaften Lateinamerikas insgesamt wenig Positives zu erwarten.

Literatur:

- Benavente, J.M. u.a. (1996): Changes in the industrial development of Latin America, in: CEPAL Review, No. 60 (dec.), S. 49-72
- Berry, A. (1997): The income distribution threat in Latin America, in: Latin American Research Review, Vol. 32, No. 2, S. 3-41
- Birle, P. u.a. (1997): Unternehmer und Politik im Cono Sur. Eine vergleichende Analyse, in: Lateinamerika Jahrbuch 1997, Frankfurt/M., S. 58-85
- Boris, D. (1996): Mexiko im Umbruch. Modellfall einer gescheiterten Entwicklungsstrategie, Darmstadt
- Bulmer-Thomas, V. (1996): Conclusions, in: Ders. (Hg.): The New Economic Model in Latin America and its impact on income distribution and poverty, London, S. 295-314
- Dresdner Bank (1998): Kurzbericht über Lateinamerika, Hamburg
- Edwards, S. (1997): Latin America's Underperformance, in: Foreign Affairs, Vol. 76, No. 2 (march/april), S. 93-103

⁴ Eine solche alternative Entwicklung, die eine Homogenisierung der internen ökonomischen und sozialen Strukturen sowie eine binnenzentrierte Wirtschaftspolitik einschließt, ist unter neoliberalen Bedingungen undenkbar. Die zeitweiligen, und, wie sich immer wieder zeigt, prekären Erfolge der neoliberalen Orientierung, hängen in immer stärkerem Maße von äußeren und teilweise spekulativen Bedingungen ab: von externen Absatzmärkten, Weltmarktpreisen, vom Einströmen äußerer Geldkapitale, von ausländischen Direktinvestitionen, vom ausländischen Interesse an internen Börsenentwicklungen etc. Der massenhafte Verkauf interessanter öffentlicher Unternehmen vorzugsweise an ausländische Kapitale, die Versuche, Geldkapital durch hohe Zinssätze anzulocken sowie die Aussicht für externe Interessenten, im Inneren eines Landes bzw. einer regionalen Wirtschaftsgemeinschaft Fuß fassen zu können etc. sind weitere Attraktionspunkte, die von der neoliberalen Politik offeriert werden. Die Binnenwirtschaft und -konjunktur wird in immer stärkerem Maß zur abhängigen Variablen äußerer Bedingungen und Faktoren, auf die keinerlei Einfluß ausgeübt werden kann.

- Hiedl, P. (1998): **Chile: Exportdominiertes Wachstum und politische Vewaltung des Diktatur-Erbes**, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Nr. 35 (September), S. 148-160
- Inter-American Development Bank (1996): **Economic and social progress in Latin America. 1996 Report**, Washington, D.C.
- Minujin, A. (1995): **Squeezed: the middle class in Latin America**, in: *Environment and urbanization*, Vol. 7, No. 2 (october), S. 153-165
- Morley, S.A. (1995): **Poverty and inequality in Latin America. The impact of adjustment and recovery in the 1980s**, Baltimore u.a.
- Nunnenkamp, P. (1997): **Herausforderungen der Globalisierung für Brasilien**, in: *Die Weltwirtschaft*, H. 1, S. 106-130
- Ocampo, J.A. (1998): **Income distribution, poverty and social expenditure in Latin America**, (<http://www.eclac.cl/english/Coverpage/ocaingles.htm>)
- Pérez Sáinz, J. P. (1996): **Los nuevos escenarios laborales en América Latina**, in: *Nueva Sociedad*, No. 143 (mayo-junio), S. 20-29
- Pérez Sáinz, J. P. (1998): **The new faces of informality in Central America**, in: *Journal of Latin American Studies*, Vol. 30, S. 157-179
- Pries, L. (1997): **Wege und Visionen von Erwerbsarbeit. Erwerbsverläufe und Arbeitsorientierungen abhängig und selbständig Beschäftigter in Mexiko**, Frankfurt/M. u.a.
- Sangmeister, H. (1995): **Grundbedürfnisse, Wirtschaftsreformen und soziale Sicherung in Lateinamerika**, Ebenhausen
- Sangmeister, H. (1998): **Chile als Modell für Lateinamerika? Die Wirtschaftsreformen in Argentinien, Brasilien und Chile im Vergleich**, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* v. 18. September 1998, S. 29-41
- Schrieberg, David (1997): **Dateline Latin America: The growing fury**, in: *Foreign Policy*, No. 106 (spring), S. 161-175
- Schubert, A. (1997): **Informeller Sektor oder informelle Gesellschaft? Zur Informalität in Lateinamerika**, in: Komlosy, A. u.a. (Hg.): *Ungeregt und unterbezahlt. Der informelle Sektor in der Weltwirtschaft*, Frankfurt/M., S. 169-181
- Schweickert, R. (1996): **Neo-liberale Wirtschaftsordnung und wirtschaftliche Entwicklung in Lateinamerika**, in: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, Jg. 45, H. 2, S. 249-261
- Thomas, J. (1996): **The New Economic Model and labour markets in Latin America**, in: Bulmer-Thomas, V. (Hg.): *The New Economic Model in Latin America and its impact on income distribution and poverty*, London, S. 79-102
- United Nations/Economic Commission for Latin America and the Caribbean = UN/ECLAC (1996): **Economic survey of Latin America and the Caribbean 1995**, Santiago de Chile
- United Nations/Economic Commission for Latin America and the Caribbean = UN/ECLAC (1997): **Economic survey of Latin America and the Caribbean 1996-1997**, Santiago de Chile
- Veltmeyer, H. u.a. (1997): **Neoliberalism and class conflict in Latin America. A comparative perspective on the political economy of structural adjustment**, Houndmills u.a.
- Vilas, C. (1996): **Actores, sujetos, movimientos: donde quedaron las clases?**, in: *Revista de Ciencias Sociales*, No. 4 (agosto), S. 113-142
- Vilas, C.M. (1995): **Economic restructuring, neoliberal reforms and the working class in Latin America**, in: Halebsky, S. u.a. (Hg.): *Capital, power, and inequality in Latin America*, Boulder u.a., S. 137-163
- Vilas, C.M. (Hg.) (1995): **Estado y políticas sociales después del ajuste. Debates y alternativas**, Caracas

Jörg Goldberg

Afrika zwischen Weltmarktdruck und Überlebensstrategien

"Und wenn Afrika vor allem überleben wollte..."¹

Seit dem Ausbruch der Finanzkrise in den asiatischen Tigerländern und den Nachahmerstaaten Südasiens, die sich dort inzwischen zu einer schweren wirtschaftlichen und teilweise auch politischen Krise ausgewachsen hat, ist ein Entwicklungsmodell in Mißkredit geraten, das noch bis vor wenigen Jahren als mustergültig galt: Eine rasche nachholende Industrialisierung und Modernisierung der Wirtschaft, finanziert über die internationalen Finanzmärkte und durch private Kapitalimporte hatte Ländern wie Südkorea und Taiwan/China innerhalb von wenigen Jahrzehnten den Sprung aus der Unterentwicklung in die Gruppe der Industrieländer erlaubt. Andere Staaten waren dabei, diesem Vorbild erfolgreich nachzueifern (insbesondere Indonesien, Thailand, Malaysia). Trotz Korruption, autoritärer Regierungen und labiler Finanzinstitutionen (Tatbestände, die schon lange bekannt sind) galten diese Länder ökonomisch als vergleichsweise gut gemanaged und als Beweis, daß der internationalisierte Kapitalismus sehr wohl fähig ist, eine aufholende Entwicklung zu produzieren. Die Dependenztheorie schien widerlegt.²

In Afrika stellen sich die mit dem Ausbruch der internationalen Finanzkrise verbundenen Probleme anders dar. Während große Teile der "Dritten" (Asien, Lateinamerika) und der ehemaligen "Zweiten Welt" voll von der Finanzkrise erfaßt werden, Japan im Epizentrum des Bebens liegt und auch der Rest der "Ersten Welt" sich fragt, wann die Krise der Finanzmärkte auch ihre 'Realwirtschaft' erfassen wird, ist von Afrika in diesem Zusammenhang kaum die Rede. Dies liegt vor allem daran, daß der Kontinent von den rund um den Globus vagabundierenden freien, nach rascher Verwertung suchenden Kapitalmengen in der Vergangenheit kaum berührt worden war. Private Kapitalimporte und Direktinvestitionen stellen in afrikanischen (subsaharischen) Ländern die Ausnahme dar. Börsen sind entweder unbekannt oder unbedeutend und das Bankenwesen, soweit

¹ Der Untertitel lehnt sich an ein Buch der Kamerunerin Axelle Kabou an ("Et si l'Afrique refusait le développement...", Paris 1991), welche die These vertritt, daß die Afrikaner es vorzögen, in einer Haltung des Traditionalismus und der Anklage gegen den Kolonialismus zu verharren statt die Modernisierung anzunehmen.

² Dieser Beitrag wurde "vor Ort" geschrieben, genauer: in der Zentralafrikanischen Republik. Der Autor konnte daher nicht auf die gewohnten Bibliotheken zurückgreifen. Daher mußte er auf die üblichen Zitate, Fußnoten und Quellenangaben weitgehend verzichten. Er profitierte dagegen von Diskussionen mit afrikanischen Soziologen und Anthropologen, darunter insbesondere mit Prof. Lapica, Universität von Kinshasa, DR Kongo.

nicht völlig funktionsunfähig, beschränkt sich weitgehend auf die Finanzierung von Handelsoperationen mit internationalen Partnern. Investitionen werden - soweit staatlich - ganz überwiegend von internationalen Entwicklungsagenturen finanziert; private Investitionen seitens internationaler Konzerne konzentrieren sich im Bereich des Bergbaus, der Energiewirtschaft und in einigen konsumnahen Industrien wie z.B. Brauereien, Textilwirtschaft, Gebrauchsgüter. Lokales Kapital - wenn es nicht an ausländischen Finanzplätzen angelegt wird - beschäftigt sich ganz überwiegend mit Handelsoperationen. Das heißt nicht, daß Afrika von den Folgen der internationalen Finanzkrise unberührt bliebe - vor allem der Verfall der Rohstoffpreise, die Konzentration der Bemühungen der internationalen Entwicklungsagenturen auf die großen Krisenländer und die Wechselkursschwankungen hinterlassen auch hier ihre Spuren. Aber die Finanzkrise selbst berührt Afrika kaum.

Bad governance und der kulturelle Faktor

Es wird hier die These vertreten - zu einer ausführlichen Begründung fehlt der Platz - daß es in einer globalisierten Weltwirtschaft keine 'autonomen' Wege zur Entwicklung im Sinne einer Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung mehr gibt. Entwicklung - auch im Sinne einer Überwindung von krasser Armut und Not - erfordert eine Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft im europäischen Sinne, d.h. die Anpassung an die Gesetze und Zwänge des Weltmarkts, die Erhöhung der Produktivität durch moderne Produktionsverfahren nach dem europäisch/nordamerikanischen 'Modell' - was natürlich nicht heißt, daß eine solche Modernisierung bereits den Erfolg garantiert. Auch ist klar, daß mit der Übernahme des kapitalistischen Entwicklungsmodells des 'Nordens' die inhärenten Konflikte und Krisentendenzen ebenfalls übernommen werden. Die notwendige Anpassung an die enger werdenden ökologischen Spielräume muß im Rahmen dieses Modells geleistet, d.h. im 'Norden' vorgelebt werden. Bedingung von Entwicklung auch im Sinne von besserer Befriedigung der Grundbedürfnisse ist die Entfaltung der Produktivkräfte nach dem europäischen Vorbild. Gleichzeitig heißt 'Globalisierung' auch, daß europäischen Konsummuster übernommen werden. Entwicklung ist m.E. ohne Modernisierung nicht möglich, wobei es nicht darum geht, kulturelle Traditionen und Wertmuster des Westens einfach zu übernehmen, sondern diese an die modernen Bedingungen anzupassen.³ Die Existenz eines florierenden informellen Sektors als Beleg für einen eigenen, endogenen Entwicklungsweg zu nehmen - wie einige Autoren behaupten - verwechselt m.E. Überlebensstrategien mit Entwicklung.⁴

³ Vgl. die Darstellung der Diskussion in: Wolfgang Hein, *Unterentwicklung - Krise der Peripherie*, Opladen 1998.

⁴ Vgl. Jean-Marc Ela, *Les voies de l'afro-renaissance*, in: *Le Monde Diplomatique*, Oktober 1998. Diese These wird weiter unten genauer begründet.

Offensichtlich stellen sich also im subsaharischen Afrika - anders als in Asien und Lateinamerika - diesem Modernisierungs- und Anpassungsprozeß besondere Hindernisse entgegen. Während es in großen Teilen Asiens und Lateinamerikas mehr oder weniger gut gelungen ist, sich in diesem Sinne auf bestimmten Gebieten zu entwickeln (bei Inkaufnahme krasser sozialer Gegensätze und der Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Produktionsweise), funktioniert diese Art von Entwicklung durch kapitalistische Modernisierung in Afrika kaum.

Die meisten der für diesen Tatbestand (der 'Verweigerung' bzw. des Scheiterns von Entwicklung und Modernisierung) angeführten Gründe können m.E. entweder nicht überzeugen oder sie sind tautologisch, d.h. erklären die Armut mit der *Pauvreté*. Folgende Argumente seien kurz behandelt:

Überbordender Etatismus: In der Tat hatte in vielen (nicht in allen) afrikanischen Ländern der Staat nach der Unabhängigkeit die Aufgabe übernommen, moderne Entwicklungsprozesse in Gang zu setzen. Der Staat befaßte sich damit, Exportkulturen zu entwickeln und zu modernisieren, Industrien aufzubauen und die 'modernen' wirtschaftlichen Aktivitäten so weit wie möglich zu kontrollieren - übrigens meist mit Unterstützung der internationalen Entwicklungsagenturen. Dieser Etatismus habe, so vor allem die Erklärung des bis vor kurzem dominierenden "Washington Konsensus", dazu geführt, daß die privaten Initiativen verdrängt und Märkte ihre segensreichen Funktionen nicht erfüllen konnten. Gegen diese Erklärung kann einmal eingewandt werden, daß die Ausdehnung der wirtschaftlichen Staatstätigkeit vor allem eine Reaktion auf die Abwesenheit privater Investoren gewesen ist. Auch sind die etatistischen Konzepte unter anderem deswegen gescheitert, weil der afrikanische Staat nicht in der Lage war, diese Funktionen auszufüllen - sozusagen ein Etatismus ohne funktionsfähigen Staat. Zum anderen hat sich gezeigt, daß die Öffnung gegenüber der Privatwirtschaft und das "Abspecken" des Staates, welches mit der Strukturanpassung ab Anfang der achtziger Jahre auch in Afrika eingesetzt hatte, keineswegs zu mehr privaten Investitionen geführt haben. Vielfach ist die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote drastisch zurückgegangen, weil dem Staat die Mittel ausgingen und privates Kapital andere Anlageformen vorzog. Auch internationales Kapital ist eher ab- als zugeflossen, mit Ausnahme weniger Bereiche des Bergbaus und der Energiewirtschaft. Die schönsten Freihandelszonen, die günstigsten steuerlichen Bedingungen, die verbindlichsten Eigentums Garantien haben nicht vermocht, eine nennenswerte Menge von ausländischen Unternehmen anzulocken. In den wenigen Fällen, in denen einheimisches privates Kapital die Chancen von Privatisierung und Liberalisierung verstärkt nutzt, handelt es sich oft um Angehörige der Staatsklasse: Profitabel ist hier vor allem die Verflechtung von politischer und wirtschaftlicher Macht. Hier von "Privatisierung" und Marktwirtschaft zu sprechen wäre ein Euphemismus.

Bad governance: Dies ist in Verbindung mit dem ersten Argument zu sehen. Ein Staat, der nicht in der Lage ist, die grundlegenden Funktionen wie Infrastrukturversorgung, öffentliche Basisdienste im Gesundheits- und Erziehungsbereich, Öffentliche Sicherheit, Rechtsschutz, Steuerverwaltung usw. auch nur einigermaßen korrekt zu erfüllen, ist erst recht überfordert, wenn er große Teile der Produktion in eigener Regie durchführen soll. Es ist aber darauf hinzuweisen (das hatte der "Washington Konsensus" anfangs übersehen), daß Märkte nur funktionieren, wenn bestimmte institutionelle Bedingungen (Rechtssicherheit, Informationszugang, allgemein akzeptierte Vertragsregeln, Transportinfrastrukturen usw.) gegeben sind. Deren Fehlen war und ist aber das zentrale Entwicklungsproblem. Dies wird inzwischen auch innerhalb der internationalen Entwicklungsagenturen erkannt, die daher immer mehr dazu übergehen, Projekte zur Förderung von "good governance" zu unterstützen. Dabei wird aber m.E. übersehen, daß die unbestreitbaren Dysfunktionalitäten der meisten afrikanischen Regierungen und Verwaltungen nicht bloß Folgen der Mißwirtschaft korrupter Eliten sind, sondern ihre Wurzeln in der fehlenden Verankerung der europäischen (d.h. 'modern') konzipierten Administration in den afrikanischen Gesellschaften haben.

Der "kulturelle" Faktor: Dies wird in Europa selten offen ausgesprochen (findet sich allerdings so in einem Afrika-Papier der Bundesregierung von Mitte der neunziger Jahre), aber umso häufiger gedacht: Die afrikanische Kultur sei modernisierungsfeindlich. Diese Behauptung hat auf den ersten Blick viel für sich. Denn in der Tat sind die in Afrika dominierenden Wertvorstellungen und Verhaltensweisen mit kapitalistischem Wirtschaften unvereinbar: Individuelle Bereicherung ist verpönt und wird sozial negativ sanktioniert; durch abstrakte Regeln bestimmte Verhaltensweisen ernten Unverständnis, Handlungen werden im Rahmen persönlicher Beziehungen motiviert und sanktioniert. Der vielzitierte soziale Zusammenhalt innerhalb von Gruppen (was krasse Feindschaft, Verachtung und Gewaltbereitschaft gegen Außenstehende einbezieht) ist leistungsfeindlich. Individueller Erfolg wird nur dann akzeptiert, wenn er mit anderen geteilt wird - er wird nicht als die Folge besonderer Leistungen, sondern als mehr oder weniger unverdientes Glück betrachtet, das mit anderen zu teilen der Anstand verlangt. Akkumulation um der Akkumulation willen (das Lebensprinzip des Kapitalismus) ist unter diesen Bedingungen kaum zu realisieren, da die afrikanischen Agenten dieses Prinzips der gesellschaftlichen Ächtung ausgesetzt zu werden drohen. Anstrengungen zur Steigerung des individuellen Einkommens 'lohnen' sich nicht im ökonomischen Sinne, da diese Einkommenserhöhung nur die Begehrlichkeit der Gruppe steigert. Trotzdem ist diese Erklärung tautologisch: Jede kulturelle Wertvorstellung ist schließlich im Zuge von Anpassungsprozessen an sich ändernde Lebensbedingungen entstanden und ständig Wandlungen unterworfen. Es gibt keinen Grund, warum dies in Afrika anders sein sollte. Es wäre also

gerade zu erklären, warum diese modernisierungsfeindlichen Werthaltungen sich in den afrikanischen Gesellschaften so zäh halten.

Moderne versus endogene Ökonomie?

Es soll im folgenden versucht werden, diese Anpassungsunwilligkeit (oder Entwicklungsunwilligkeit nach Axelle Kabou) afrikanischer Gesellschaften an die Bedingungen der Modernisierung zu erklären. Zu diesem Zweck ist es m.E. nicht notwendig, weitgehende historische Betrachtungen anzustellen. Denn wenn man die relativ kurze Geschichte des Einbruchs der modernen Welt in die afrikanischen Gesellschaften nachvollzieht, so ist der allein destruktive Charakter dieses Prozesses offensichtlich. Die zunächst in Form von ausbeuterischem Kolonialismus auftretende Modernisierung hat überall in der Welt destruktive Wirkungen gezeitigt. Ohne koloniale Prozesse in anderen Teilen der Welt verklären zu wollen, muß aber darauf hingewiesen werden, daß damit zumeist auch die Einführung moderner Produktionsverfahren zumindest in Teilen der kolonisierten Gebiete verbunden war.⁵ Die Ausbeutung der Kolonien und ihrer Arbeitskräfte wurde durch deren - sicher ungleichmäßige und strukturell unausgewogene - Unterwerfung unter kapitalistische Produktionsformen vollzogen. Der Kolonialismus hat also eine gewisse Umwälzung der Produktivkräfte in den kolonialisierten Ländern bewirkt.

Dagegen hat der Kolonialismus in Afrika - mit wenigen Ausnahmen des Siedlerkolonialismus im südlichen Afrika - nur destruktiv gewirkt, hat sich auf die extraktive Aneignung der Ressourcen des Kontinents beschränkt. Die krasseste Form ist sicher der Sklavenhandel gewesen. Aber auch der ab Mitte des 18. Jahrhunderts zunehmende Handel mit landwirtschaftlichen Produkten und Bodenschätzen war wesentlich Raubhandel und kaum mit der Einführung moderner, rationeller Produktionsverfahren verbunden. Die Masse der aus Afrika kommenden "cash crops" wird noch heute kleinbäuerlich und meist im Rahmen rudimentärer Produktionsverfahren erzeugt, die wenig Raum zur Steigerung der Produktivität bieten. Plantagenwirtschaft ist eher die Ausnahme. Dieser allein destruktive Charakter des Kolonialismus in Afrika ist daher sicher ein Beitrag zur Erklärung der Modernisierungsfeindlichkeit in den afrikanischen Gesellschaften.⁶

Ein weiteres Erklärungselement erschließt sich, wenn man die Geschichte der Modernisierungsversuche in Afrika seit der Unabhängigkeit verfolgt. Diese waren und sind vor allem durch ständige Krisen, Zusammenbrüche und Erschütterungen der modernen Ökonomien gekennzeichnet. Man gehe heute z.B. durch die Ruinen der Industriezonen Kameruns, die in

⁵ Für den Fall Brasiliens wird dies z.B. in dem Klassiker "Zwischen Herrenhaus und Sklavenhütte" dargestellt.

⁶ Warum die Kolonialisierung Afrikas nicht mit der Einführung moderner Produktionsverfahren verbunden war, kann hier nicht geklärt werden - meist werden ungünstige natürliche und klimatische Verhältnisse als Begründung angeführt.

nichts den Industriebranchen der ehemaligen DDR nachstehen - mit dem Unterschied, daß die ehemaligen Arbeiter der VEB entweder in modernen Unternehmen neue Arbeitsplätze gefunden haben oder von der staatlichen Wohlfahrt in ihren verschiedenen Formen aufgefangen werden. Davon kann aber in Kamerun und in anderen afrikanischen Ländern keine Rede sein. Überall ist die Zahl der Arbeitsplätze des modernen Sektors auf drastische Weise geschrumpft, während jedes Jahr eine zunehmende Zahl von jungen Leuten Arbeit sucht. Auch in ländlichen Gebieten zeigen die überall anzutreffenden Ruinen moderner Bauten, wie fragil diese mit hohem Aufwand an materiellen Mitteln getätigten Investitionen sind.

Wenn der Staatsapparat seine Staatsdiener nicht mehr bezahlen kann, wenn große Unternehmen geschlossen werden, wenn moderne Infrastrukturen nach wenigen Jahren zu Ruinen werden, dann wird die Labilität der Modernisierung der Bevölkerung Afrikas sinnlich vor Augen geführt.

Für diese krisenhaften Entwicklungen die sicherlich in vielen Fällen fehlgehende Strukturanpassungspolitik der Entwicklungsagenturen verantwortlich zu machen ist eine bequeme, aber dennoch zu kurz greifende Schuldzuweisung. Denn erst der Bankrott der modernen Sektoren der afrikanischen Ökonomien, unter Einschluß der Staatsapparate, hat diese Länder zum Gegenstand der Experimente des "Washington Konsensus" werden lassen. Die Krise des modernen Sektors in Afrika hat den Strukturanpassern die Türen geöffnet, nicht umgekehrt.

Ein weiteres Beispiel für die Krisenanfälligkeit der modernen Ökonomie in Afrika ist der Bildungssektor, welchem überall Priorität als Entwicklungsmotor eingeräumt wird. Dabei sollte man sich vor Augen halten, daß der Schulbesuch der Kinder für die Masse der afrikanischen Familien ein großes Opfer darstellt. Schulgeld, der Kauf von Unterrichtsmaterial, Schuluniformen und der Verlust der Arbeitskraft der Kinder sind eine erhebliche Belastung des schmalen monetären Budgets des Durchschnittshaushalts. Diese Opfer wurden und werden noch gebracht in der Hoffnung, daß sich diese Investitionen für die Kinder selbst und darüberhinaus für die gesamte Familie einmal auszahlen werden. Die seit Mitte der achtziger Jahre manifest gewordene Krise der modernen Ökonomien hat aber zumeist einen Strich durch diese Rechnung gemacht, weil es die mit einem regelmäßigen Einkommen verbundenen Arbeitsplätze - für die der Schulbesuch die Voraussetzung ist - nicht mehr gibt. Statt zur Aufbesserung der schmalen agrarischen Einkommen beizutragen, kehren die schulisch vergleichsweise gut ausgebildeten Jugendlichen in die Dörfer zurück, wo sie sich im besten Fall wieder der Landwirtschaft widmen, im schlimmeren Fall dazu keine Lust mehr haben. Dort aber nützen ihnen die erworbenen theoretischen Kenntnisse kaum etwas.

Im Scheitern all dieser Modernisierungsversuche und der Fragilität aller modernen Sektoren, auch und insbesondere des Staates, zeigt sich den Betroffenen oft auf drastische Weise, daß eine "Anpassung" an die Bedin-

gungen der Weltwirtschaft für die Betroffenen buchstäblich tödlich sein kann. Die Tatsache, daß trotz der Einbrüche im modernen Sektor die Bevölkerung überlebt, daß Gehaltsreduzierungen um zwei Drittel, die Nichtbezahlung von Gehältern über viele Monate hinweg, die Halbierung der Erträge von cash crops, die Verdoppelung der Preise bei stagnierenden oder rückläufigen Nominaleinkommen usw. die Masse der Betroffenen nicht in Elend und Hunger stürzt, ist ein drastischer Beleg für die Anpassungsfähigkeit der Bevölkerung. Diese Anpassungsfähigkeit ist aber gerade dem Festhalten an traditionellen oder 'endogenen' Wirtschaftsformen zu verdanken, nicht ihrer Aufgabe zugunsten fragwürdiger Modernisierungsleistungen des Weltmarkts. Die Realität der Weltmärkte und der Modernisierung beweist den Afrikanern täglich aufs neue, wie wichtig es ist, die überlieferten Formen und Wertvorstellungen beizubehalten. Sicherlich ist die Einbindung in Gruppenzwänge und die Last der erweiterten Familie leistungshemmend und wird oft genug von der kleinen Gruppe relativ gut verdienender Beamter, einheimischer Mitarbeiter von Entwicklungsagenturen und erfolgreichen Händlern verflucht. Wenn aber der Staat zahlungsunfähig geworden ist, wenn das Entwicklungsprojekt geschlossen wird und die Experten abreisen, wenn über Nacht abgewertet wird, und niemand die Importwaren mehr bezahlen kann, dann erweist sich diese Einbindung als einzig funktionsfähiges 'soziales Netz'.

Diese Erfahrung von der Überlebenswichtigkeit des Beibehaltens traditioneller Wirtschafts- und Gesellschaftsformen ist aber nur eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist die relative Stabilität dieser traditionellen Strukturen - oder, genauer, die Tatsache, daß vor allem die afrikanische Landwirtschaft mit all ihren rudimentären Wirtschaftsformen bislang immer stark und flexibel genug gewesen ist, um die Opfer der modernen Krisen aufzufangen. Wenn die Baumwoll- und Kaffeepreise fallen und die Nahrungsmittelpreise steigen, dann bietet die kleinbäuerliche Produktionsweise in den meisten Fällen die Möglichkeit, rasch wieder auf Subsistenzwirtschaft umzuschalten. In vielen afrikanischen Ländern hat es in der Vergangenheit Versuche gegeben, die landwirtschaftliche Produktion zu modernisieren, private oder staatliche Plantagenwirtschaft zu fördern. Zu diesem Zweck sind - profitierend vom unklaren und komplizierten Bodenrecht - faktisch Enteignungen vorgenommen worden, die den Betroffenen mit der Zusage schmackhaft gemacht wurden, daß den Bauern damit regelmäßig bezahlte Verdienstmöglichkeiten als Landarbeiter oder als 'Genossenschaftsbauern' eröffnet würden. In den meisten Fällen erwies sich aber bald, daß die Plantagen entweder nicht oder nur bei extrem niedrigen Löhnen rentabel waren, so daß diese modernen Bewirtschaftungsformen heute trotz Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung Probleme haben, Arbeitskräfte zu bekommen. In vielen Strukturanpassungsprogrammen wird beklagt, daß die afrikanischen Löhne (z.B. im Verhältnis zu Asien) zu hoch seien. Der Grund dafür ist aber nicht - wie in den Industrieländern - die Existenz von staatlichen Sicherungssystemen oder die Existenz von gesetz-

lichen Mindestlöhnen (um die sich in der Regel ohnehin niemand schert), sondern die Tatsache, daß es für die Betroffenen jederzeit möglich ist, wieder in traditionelle Wirtschaftsformen auszuweichen. Land ist meistens vorhanden und der Erwerb einer Hacke und einer Machete bereitet keine Schwierigkeiten. Es gibt also in den meisten Fällen eine Alternative zur modernen Wirtschaft, wenn diese mal wieder von Krisen erfaßt wird oder Löhne zahlt, welche unter den Erträgen der rudimentären Landwirtschaft liegen. Der afrikanische Arbeiter ist eben in der Regel kein "doppelt freier Lohnarbeiter", er kann meist in die Subsistenzlandwirtschaft oder in andere 'informelle' Aktivitäten ausweichen.

Dies gilt auch in hohem Maße für die städtischen Gesellschaften, die in den vergangenen Jahrzehnten Wirtschaftsformen entwickelt haben, welche viele europäische Beobachter noch heute faszinieren und nicht selten als Beleg für die Anpassungsfähigkeit und die Dynamik einer spezifisch afrikanischen Wirtschaftsweise gelten. Mit der Bezeichnung 'informeller Sektor' sind diese Wirtschaftsformen nur unzulänglich beschrieben - in der Praxis laufen die entsprechenden Definitionsversuche darauf hinaus, daß alle nicht-modernen, nicht-weltmarktorientierten wirtschaftlichen Aktivitäten außerhalb der Subsistenzlandwirtschaft als "informell" bezeichnet werden. Die Tatsache, daß diese Arten von 'Unternehmen' die modernen Gesetze nicht beachten, keine oder nur wenige Steuern zahlen und sich der staatlichen Registrierung und Kontrolle entziehen, ist dabei kein ausreichendes Kriterium - Untersuchungen haben gezeigt, daß dies auch für große Teile des modernen, weltmarktorientierten Sektors zutrifft (als Zusammenspiel zwischen profitorientierten Unternehmen und einer Administration, die immer auf der Suche nach privaten Zusatzeinkünften ist). "Informelle" Akteure sind vielmehr einfach kleine und kleinste Unternehmen, ausgestattet mit rudimentärer Technologie, betrieben von Familienarbeitskräften und oft auch ohne feste Arbeitsstätte. Untersuchungen in afrikanischen Großstädten haben bis zu 90 Prozent der städtischen Arbeitsplätze im so definierten "informellen Sektor" geortet, der damit zu einem wichtigen Überlebenssektor geworden ist.⁷

Dagegen ist die Zahl der Arbeitsplätze im 'modernen Sektor', d.h. im öffentlichen Dienst und in modernen, von der Statistik erfaßten und registrierten Unternehmen ab einer bestimmten Beschäftigtenzahl, in den letzten 15 Jahren rapide zurückgegangen.

Fragmentierte Gesellschaften und Ökonomien

Es gibt Anhänger marktradikaler Positionen, die die Entwicklung des informellen Sektors als Beleg für die Existenz von dynamischen Unterneh-

⁷ Studien der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zufolge leben zwei von drei Afrikanern von dieser "Volksökonomie", welche die Hälfte der Produktion Afrikas erzeugt. Bureau International du Travail, L'emploi dans le monde, Genf 1995.

merpersönlichkeiten im europäischen Sinne betrachten, deren Unternehmungsgeist lediglich von der überwuchernden staatlichen Bürokratie ersticht würde.

Das genaue Gegenteil ist der Fall. Die Blüte des informellen Sektors ist ein Kind der Strukturanpassung und der Liberalisierung. Es handelt sich ganz überwiegend um einen Überlebenssektor und nicht um die Brutstätte der schumpeterschen Unternehmerpersönlichkeit. Er ist nicht auf Innovation und Expansion aus, sondern konzentriert sich in den wenigen, ohnehin schon überbesetzten Sektoren der städtischen Ökonomie. Die erwirtschafteten Erträge sind minimal, er arbeitet fast ausschließlich mit Familienangehörigen, da 'Fremden' nicht getraut werden kann. Die Geschäftsbeziehungen sind oft ethnisch und/oder familiär geprägt, Außenstehenden gegenüber herrscht Mißtrauen. Betrug, Machtmißbrauch und krasse Ausbeutung sind die andere Seite der Medaille.

Da das moderne Vertragsrecht nicht anwendbar ist und im Zweifelsfall Verträge auch nicht eingeklagt werden können, entwickeln sich eigene Regeln und Institutionen. Die sind aber meist nicht einheitlich, sondern hängen von ethnischen Zusammenhängen ab und sind zudem äußerst störanfällig. Es gibt keinen einheitlichen "informellen Sektor", in dem sich eigenständige Regeln und Institutionen entwickeln, sondern viele durch unterschiedliche Bindungen bestimmte und gegeneinander abgegrenzte ökonomische und soziale Strukturen, zwischen denen ein oft auch von den Beteiligten kaum durchschaubares Gemisch der verschiedensten Verkehrsformen existiert. Mißtrauen und Neid bestimmen vielfach die Beziehungen untereinander.

Dies gilt im übrigen auch für den ländlichen Raum, in dem sich unterschiedliche Rechtssysteme überlagern: Institutionen und Regeln mit ethnischer Basis, Bruchstücke 'moderner' Rechtsverhältnisse, endogen entwickelte neue Formen, Machtbeziehungen usw.

Ein besonders wichtiges Beispiel für die Problematik fragmentierter Institutionen ist das Bodenrecht, in dem sich unterschiedliche traditionelle mit modernen Formen überlagern. So herrscht im ländlichen Bereich oft noch traditionelles Recht vor, dem zufolge das Land vom "chef de terre" verteilt wird, meist vom Oberhaupt desjenigen Clans, der dem Gründungsmythos eines Dorfes zufolge zuerst vor Ort war. Aber auch unter diesen traditionellen Verhältnissen wird Land verkauft und gekauft, können moderne Rechtstitel erworben werden. Hinzu kommen Ländereien, die sich der Staat aus irgendeinem Grund - vielleicht für ein modernes Landwirtschaftsprojekt - angeeignet hatte - wobei er sich in vielen Ländern auf die gesetzlich abgesicherte Fiktion stützt, jedes durch keinen 'modernen' Rechtstitel geschützte Land gehöre im Prinzip dem Staat. Dies ändert nichts daran, daß Privatleute vom "chef de terre" nach modernem Recht Land kaufen oder pachten können und daß die so erworbenen Rechtstitel staatlich anerkannt werden. Selbst in manchen Städten mischen sich tradi-

tionelles und modernes Recht, kann der rechtmäßige Erwerber eines Grundstückes mit dem Einspruch eines traditionellen Chefs konfrontiert werden, der die Rechtmäßigkeit des Erwerbs bestreitet und Ansprüche anmeldet. Ländereien können von traditionellen Chefs verkauft werden, obwohl sie dem traditionellen Recht zufolge nicht individuelle Eigentümer des Landes im modernen Sinne sind. Schließlich ist auch das traditionelle Recht nicht einheitlich; so gibt es z.B. Regionen, in denen das Pflanzen von Bäumen einen Eigentumsanspruch begründet - das Nutzungsrecht also beschränkt ist. Von einem Dorf zum anderen kann das Bodenrecht wechseln, u.a. in Abhängigkeit von der ethnischen Herkunft der jeweiligen Dorfbewohner. Es ist durchaus nicht selten, daß die Unklarheit der Eigentumsverhältnisse eine Nutzung des Bodens verhindert. Erwerber von städtischen Grundstücken wohnen jahrelang in provisorischen Hütten, weil sie befürchten, daß im Rahmen der Urbanisierung eine neue Grundstücksaufteilung vorgenommen wird und sie ihre Häuser wieder abreißen müssen.

Festgehalten werden kann also, daß die afrikanischen Ökonomien durch Abwesenheit allgemein akzeptierter Regeln und gesellschaftlicher Institutionen gekennzeichnet sind - Märkte setzen aber voraus, daß bestimmte Regeln und Verhaltensweisen von allen Marktteilnehmern akzeptiert werden. Nicht selten bereitet schon die Preisbildung Schwierigkeiten, weil einheitliche Maße fehlen: Vor allem auf örtlichen Märkten und bei kleinen Mengen wird zuweilen in lokal unterschiedlichen Mengeneinheiten gerechnet, so daß Preisvergleiche nicht möglich sind.

Diese Situation wird durch die oft bloß 'virtuelle' Existenz der modernen, durch staatliche Gesetze und Verordnungen geregelten Rechtsverhältnisse noch verkompliziert. So ist z.B. das Arbeitsrecht in vielen afrikanischen Ländern äußerst fortgeschritten und gibt dem Arbeitnehmer viele Rechte. Mindestlöhne sichern einen zumindest akzeptablen Lebensstandard, das Kündigungsrecht verbietet willkürliche Entlassungen und der Arbeitnehmer hat umfassende Einspruchsrechte. Der Unternehmer muß seine Angestellten gegen Unfallrisiken versichern und in eine Rentenkasse einzahlen. Die Realität ist aber in der Regel völlig anders, die Gesetze haben einen rein fiktiven Charakter und werden auch kaum beachtet. Gleichwohl existieren sie und können potentiell angewandt werden. Sie stellen somit immer einen Unsicherheitsfaktor dar. Ähnlich ist es auf vielen anderen Gebieten wie dem Steuerrecht, dem Umweltrecht, dem Verbraucherschutz, der Gesundheitsbestimmungen, dem Familienrecht usw. Wer z.B. den Zustand der modernen Verkehrsmittel in vielen afrikanischen Städten kennt, der würde niemals auf die Idee kommen, daß die Sicherheitsvorschriften dort oft viel strenger sind als in Europa. Natürlich sind Führerscheine vorgeschrieben, aber nicht jeder hat sie. Fast alle afrikanischen Länder kennen die allgemeine Schulpflicht, die bis zu zehn Jahren gehen kann - obwohl ein Land schon von Glück sagen kann, wenn mehr als die Hälfte der Grundschuljahrgänge die Schule besucht. Im übrigen sind auch

die Konditionalitäten der Geber nicht immer geeignet, mehr Klarheit zu schaffen. Es wird die Verabschiedung von Gesetzen verlangt, deren Umsetzung kaum realistisch ist. In vielen Strukturanpassungsprogrammen gehört die Erhöhung der Zinsen zum Standard - während für den normalen Bürger Kredite nur beim Wucherer zu haben sind, der leicht zwischen fünf und zehn Prozent monatlich kassiert. Dieser verfügt meist über ein System, welches ihm erlaubt, seine Außenstände einzutreiben, während die gebergestützten ländlichen Kassen niedrige Rückzahlungsraten beklagen.

Die Unklarheit und das Fehlen von allgemein akzeptierten Regeln und Institutionen (wobei die verbreitete Rechtsunsicherheit und eine oft funktionsunfähige Jurisdiktion nur Ausdrucksformen dieses Tatbestands sind) bilden einen idealen Boden für die allgemein beklagte Korruption. Dabei wäre diese nicht so stabil verankert und schwer zu bekämpfen, wenn sie nicht bis zu einem gewissen Grade gesellschaftlich akzeptiert wäre und breiten gesellschaftlichen Interessen entspräche. Der Unternehmer (einschließlich des modernen Unternehmers) profitiert davon ebenso wie der öffentliche Bedienstete auf allen Ebenen. Daß der Angehörige des öffentlichen Dienstes für Leistungen, für die er bezahlt wird, vom Bürger zusätzlich Geld verlangt, wird natürlich beklagt - jeder aber, der eine Möglichkeit hat (und das sind viele) handelt ähnlich.

Ein besonderer Aspekt der beschriebenen Heterogenität und Fragmentierung der afrikanischen Staaten betrifft die Rolle der Eliten. Gefördert durch die wachsende Rolle der internationalen Entwicklungsagenturen und die Internationalisierung des schmalen modernen Sektors bilden sich für diese besondere Existenzbedingungen heraus. Sie beziehen ihre Legitimation in zunehmendem Maße aus diesen internationalisierten, aber westlich dominierten Strukturen. Ein erfolgreicher afrikanischer Politiker, Unternehmer oder auch Leiter einer Nicht-Regierungsorganisation zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß er ein Maximum an Auslandshilfe mobilisieren kann. Dies gelingt vor allem dann, wenn er sich im internationalisierten Milieu von Weltkonferenzen und multinationalen Agenturen und Konzerne angemessen zu bewegen weiß. Die Zugehörigkeit zur Elite begründet sich also immer weniger mit der Rolle, die deren Angehörige 'zu Hause' spielen - oder, besser: Ihre 'nationale' Führungseigenschaft leitet sich aus ihrer Stellung im Geflecht der multinationalen Strukturen ab. Diese Loslösung der Eliten aus ihrem heimischen Kontext ist zwar eigentlich kein spezifisch afrikanisches Problem, wird aber gleichwohl vor dem Hintergrund fragmentierter Gesellschaften und fehlender gesellschaftlicher Kohärenz in den Staaten Afrikas zu einem Sonderfall.

Als wichtiges Merkmal von Unterentwicklung gilt mit Recht die strukturelle Heterogenität der Ökonomien, d.h. die fehlende wirtschaftliche Integration zwischen Unternehmen und Sektoren. Dies ist im subsaharischen Afrika in hohem Grade der Fall. Die wenigen Industrien sind oft kaum oder gar nicht in die ländliche Ökonomie integriert. Zulieferbeziehungen

sind schwach ausgeprägt. Die ländliche Subsistenzwirtschaft und die informellen Aktivitäten haben kaum Beziehungen zum modernen Sektor.

Dieser Tatbestand kann im übrigen auch ein Phänomen erklären, das oft als Ablehnung abstrakter Regeln durch die afrikanischen Gesellschaften beschrieben wird. Beziehungen zwischen Menschen beruhen auf persönlichen Verhältnissen, nicht auf der Beachtung abstrakter Regeln. Die Tatsache, daß große, anonyme Organisationen (einschließlich der modernen Verwaltungen) in Afrika so oft Funktionsschwierigkeiten haben, wird nicht selten damit erklärt, daß abstrakte Regeln durch persönliche Beziehungen ersetzt werden. Diese Beobachtung ist aber weniger auf kulturelle Eigenarten der Afrikaner zurückzuführen. Es scheint vielmehr so, daß eben auch hier die Fragmentierung der Gesellschaften eine Rolle spielt. Der Fremde, d.h. derjenige, der nicht zur eigenen ethnisch oder anders konstituierten Gruppe gehört, handelt nach Regeln, die nicht bekannt sind. Ihm ist also grundsätzlich Mißtrauen entgegenzubringen. Die Angehörigen der eigenen Gruppe dagegen handeln nach bekannten Regeln. Es geht also weniger um persönliche Beziehungen als um die Bekanntheit von Verhaltensmustern und Wertvorstellungen. In den entwickelten Ländern europäischen Musters dagegen kann man Angehörigen anderer Gruppen durchaus vertrauen, da sie nach den gleichen, bekannten Regeln handeln. Das Problem der afrikanischen Großorganisationen ist also weniger die Abstraktheit der Regeln als deren Vielfalt - die in europäischen Nationalstaaten weitgehend gegebene Einheitlichkeit der Regeln und Institutionen fehlt in den gesellschaftlich und ökonomisch fragmentierten afrikanischen Staaten.

Der Territorialstaat und die Globalisierung

Mit Bezug auf historische (europäische und asiatische) Erfahrungen kann festgestellt werden, daß Entwicklung in der Regel die Existenz von integrierten ökonomischen Strukturen im Rahmen eines bestimmten territorialen Rahmens voraussetzt, der gleichzeitig die Gültigkeit von relativ einheitlichen Regeln und Institutionen beinhaltet, welche nach innen und nach außen durch politische Macht gesichert werden. Es ist - kurz gesagt - der Territorialstaat, der Entwicklungsprozesse befördert. Großräumig organisierte arbeitsteilige Prozesse, die ein wesentliches Merkmal moderner Ökonomien sind, funktionieren, weil alle Beteiligten nach den gleichen, allgemein bekannten Regeln handeln.

Die oben dargestellte Fragmentierung der Institutionen und Regeln afrikanischer Gesellschaften und Staaten charakterisiert einen Zustand, der oft unter Verweis auf den Einfluß des Kolonialismus und seiner willkürlichen Grenzziehungen erklärt wird: Die fast völlige Abwesenheit von funktionierenden Territorialstaaten in Afrika, welche durch eine gewisse Einheitlichkeit der gesellschaftlichen Regeln und Institutionen gekennzeichnet sind. Dies ist zunächst einmal Folge der kolonialen Staatenbildungen, welche willkürliche Grenzziehungen vorgenommen hatten, ohne bestehende

ethnische und ökonomische Strukturen zu berücksichtigen. Dies ist eine der wichtigsten Ursachen für die zahlreichen militärischen Konflikte zwischen und vor allem innerhalb der afrikanischen Staaten. Diese Konflikte stellen die wichtigste Ursache für Hungerkrisen und andere extreme Not-situationen dar. Sie bringen neben den unmittelbaren Auswirkungen vielfach chronische Unsicherheit der Transportwege, steigende Kriminalität und eine Brutalisierung aller Konflikte mit sich. Ohne die häufigen bewaffneten Auseinandersetzungen, von denen kaum ein Land Afrikas dauerhaft verschont wird, wäre die afrikanische Landwirtschaft durchaus in der Lage, die Bevölkerung zu ernähren und selbst die Folgen witterungsbedingter Missernten in einzelnen Regionen in Grenzen zu halten.

Trotzdem greift der Verweis auf koloniale Willkür bei der Staatenbildung als Erklärung für die Abwesenheit funktionierender Territorialstaaten m.E. zu kurz:

Nach der Unabhängigkeit wurde von den afrikanischen Führern die durch reine Verwaltungsgesichtspunkte bedingte Aufteilung innerhalb der europäischen Kolonialreiche übernommen, obwohl es durchaus möglich und sinnvoll gewesen wäre, andere Grenzen zu wählen. Der west- und zentralafrikanische Flickenteppich frankophoner Länder kann nicht mit dem Hinweis auf die Berliner Konferenz von 1885 erklärt werden. Um kriegerische Konflikte zu vermeiden hat die Organisation der afrikanischen Staaten (OAU) die Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen schließlich zum Dogma erhoben, gegen das nur in sehr wenigen Fällen verstoßen wurde.

Die meisten der modernen afrikanischen Staaten (aber nicht alle) umfassen Gesellschaften, die vorher keine und selbst als Kolonien nur eine sehr kurze gemeinsame Geschichte hatten. Dieser Tatbestand könnte aber auch unter bestimmten Umständen den Anpassungsprozeß an moderne Strukturen erleichtern - angesichts der Heterogenität und Zersplittertheit der überkommenen gesellschaftlichen Strukturen könnte die Anpassung an moderne Verhältnisse und die Übernahme moderner Institutionen besonders attraktiv sein. Wenn in einem einzigen Staat Dutzende von Nationalsprachen existieren, dann - so sollte man meinen - ist die Übernahme einer einheitlichen Kolonialsprache besonders vorteilhaft. Wenn das traditionelle Bodenrecht - welches zudem in den verschiedenen Landesteilen unterschiedlich sein kann - ganz offensichtlich die landwirtschaftliche Entwicklung behindert, dann sollte seine Aufgabe zugunsten eines einheitlichen modernen Bodenrechts eher leicht fallen. Daß dies nicht der Fall ist, hängt m.E. mehr mit dem oben dargestellten 'Rückzug' der afrikanischen Gesellschaften in traditionelle oder moderne endogene Strukturen zusammen, die allein die notwendige Sicherheit bieten, als mit der kolonialen Erbschaft. Dieser - wie oben gezeigt - völlig rationale Widerstand gegen die Anpassung an im wahrsten Sinne des Wortes lebensgefährliche moderne Strukturen bedeutet eben gleichzeitig, daß die Heterogenität, welche die künstlich zusammengezwängten ehemaligen kolonialen Gebilde kenn-

zeichnet, erhalten bzw. sogar noch verstärkt wird. Der Prozeß der Bildung des modernen Territorialstaates (um den zweideutigen Begriffs des Nationalstaats zu vermeiden) ist blockiert, solange die von ihm repräsentierten modernen Regeln, Gesetze und Institutionen immer wieder als krisenhaft und labil erfahren werden und solange der Ausweg in traditionelle oder informelle Strukturen möglich ist und allein eine gewisse Lebenssicherheit bietet.

Es ist ebenfalls darauf hinzuweisen, daß es in Afrika nur wenige historische Beispiele für klassische Territorialstaaten gibt. Der Nationalstaat im europäischen Sinne hat in Afrika keine historischen Vorläufer. Ebenso wenig wie die schließlich erst Ende des letzten Jahrhunderts entstandenen europäischen Kolonien in Afrika die Produktionsweise erfaßten und veränderten (noch heute herrscht die kleinbäuerliche Subsistenzlandwirtschaft vor), waren die afrikanischen Reiche der vorkolonialen Zeit ökonomisch begründet. Sie basierten in den meisten Fällen auf der militärisch gestützten Aneignung von Renten aus Fernhandel, Sklavenhandel oder auf einem durch Gewalt abgesicherten Monopol des jeweiligen Herrschers. Ihre territoriale Ausdehnung war unbestimmt; dem ökonomischen Druck der Herrscher (Tribute, Steuern, Arbeitszwang usw.) konnten sich die Bauern angesichts der dünnen Besiedlung des Landes leicht durch Migration entziehen. Die afrikanischen Reiche hatten in den meisten Fällen keine Wurzeln in der jeweiligen Produktionsweise und veränderten diese nicht. Sie beruhten nur selten auf der systematischen Aneignung des Mehrprodukts der bäuerlichen Wirtschaft, welche sich entsprechenden Versuchen ohne große Probleme entziehen konnte.⁸

Globalisierung und Entwicklung in Afrika

Ohne hier auf die breite Diskussion über Entwicklung und Internationalisierung/Globalisierung eingehen zu können, soll im folgenden auf ein Problem aufmerksam gemacht werden, welches in dieser Form m.E. nur in Afrika besteht. Die Subjekte des Prozesses der Internationalisierung der Wirtschaft sind bis heute die Nationalstaaten geblieben. Als Akteure der Weltwirtschaft sind einige gewichtige multinationale Organisationen und in einigen Fällen auch regionale Zusammenschlüsse (wie insbesondere die EU) hinzugekommen. Die Herausbildung Transnationaler Konzerne und der Fortschritt der Kommunikationstechnologien sind die Triebkräfte des Internationalisierungsprozesses, welcher aber letzten Endes durch politische Entscheidungen auf der Ebene der Nationalstaaten und durch internationale Abkommen zwischen Nationalstaaten gestaltet wird.

Auf jeden Fall ist klar, daß die Integration eines Landes in die Weltwirtschaft, wie es die internationale Handelsorganisation UNCTAD in ihrem

⁸ Vgl. insbesondere die Darstellung bei E. M'Bokolo, *Afrique Noire - Histoire et Civilisations*, Paris 1995, und auch bei John Iliffe, *Geschichte Afrikas*, Berlin 1998.

Jahresbericht 1997 feststellte, von diesem "sorgfältig gemanaged" werden muß. Gerade dies aber stellt die schwachen afrikanischen Staaten vor große Probleme. Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß die klassischen Instrumente der Außenwirtschaft von den afrikanischen Staaten in der Regel zwar nicht gut, aber doch immer noch effizienter als andere wirtschaftspolitische Instrumente eingesetzt werden können. Die Beschränkung der Anwendbarkeit der klassischen Instrumente der Außenwirtschaftspolitik im Rahmen des Globalisierungsprozesses beraubt die afrikanischen Staaten faktisch der einzigen Steuerungsinstrumente, die zumindest ansatzweise funktionieren. Nebenbei ist auch darauf hinzuweisen, daß in den meisten afrikanischen Staaten die Staatseinnahmen zu einem erheblichen Teil, wenn nicht gar mehrheitlich, aus Ein- und Ausfuhrzöllen und anderen Abgaben auf den Außenhandel bestehen. Eine Abschaffung der Zölle, wie es das Fernziel der Welthandelsorganisation ist, würde einen Großteil der afrikanischen Länder ihrer wichtigsten und zuverlässigsten Einnahmequelle berauben.

Der Einsatz der oben erwähnten "marktkonformen" Steuerungsinstrumente ist unter den dort beschriebenen Bedingungen fragmentierter ökonomischer und gesellschaftlicher Strukturen aber kaum wirksam. Denn die Voraussetzungen funktionierender Märkte - nämlich allgemein akzeptierte Regeln und Institutionen, wie sie einen Territorialstaat zu kennzeichnen pflegen - sind nur in wenigen afrikanischen Staaten vorhanden. Ebenso fehlen meistens die notwendigen Kommunikationsinfrastrukturen oder die Kommunikation ist extrem teuer. Steuerpolitik dürfte dann unwirksam sein, wo das Steuerrecht nicht eingeklagt werden kann. Die Erfahrungen von 15 Jahren Strukturanpassungspolitik haben gelehrt, daß der erfolgreiche Einsatz der klassischen wirtschaftspolitischen Instrumente die Existenz von einheitlichen und stabilen Rahmenbedingungen voraussetzt, deren Abwesenheit aber gerade das größte Entwicklungsproblem in Afrika ist. Seine Lösung ist nur im Rahmen der Konsolidierung ökonomisch und gesellschaftlich integrierter Territorialstaaten möglich, die in der Lage sind, die Einbeziehung in die Weltwirtschaft nach ihren Bedingungen zu steuern.

Dieser notwendige Prozeß der nachholenden Staatenbildung wird unter den Bedingungen der Globalisierung aber zunehmend behindert, so daß Afrika immer tiefer in einen Teufelskreis von Modernisierungskrisen, dem Rückzug in Überlebensstrategien und wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Desintegration zu geraten droht. Es muß bewußt werden, daß das subsaharische Afrika bestimmte historisch bedingte Konstellationen aufweist - darunter vor allem das Fehlen von Traditionen der Staatenbildung und die spezifisch destruktive Funktion des Kolonialismus in Afrika -, welche es den afrikanischen Ländern faktisch unmöglich machen, die Möglichkeiten der Weltmarktintegration und der Modernisierung entwicklungspolitisch zu nutzen und sich vor den destruktiven Wirkungen dieses Prozesses zu schützen. Den Akteuren, welche den Globalisierungsprozeß

politisch steuern - in erster Linie die Staaten der G 7 und die von ihnen dominierten internationalen Organisationen -, muß deutlich gemacht werden, daß es diesen 'Sonderfall Afrika' gibt, und daß es dabei nicht darum geht, den afrikanischen Kontinent zum internationalen Sozialfall zu erklären.⁹ Damit er dies nicht wird, ist es notwendig, die Rahmenbedingungen der Internationalisierung so zu gestalten, daß sie den afrikanischen Ländern den Aufbau integrierter Nationalökonomien und funktionierender Territorialstaaten erlauben. Denn nur dann kann es gelingen, die Chancen der Modernisierung zu nutzen, ihre Gefahren zu begrenzen und die notwendige Anpassung der endogenen afrikanischen Strukturen, Werthaltungen und Institutionen an die Bedingungen des Entwicklungsprozesses einzuleiten.

⁹ Wer behauptet, daß Afrika diesen Zustand bereits erreicht habe, übersieht, daß der Großteil der Entwicklungshilfe heute dazu dient, den Schuldendienst zu finanzieren, der in Einzelfällen bis zu drei Vierteln der Staatseinnahmen gehen kann. Senegal z.B. muß 74 Prozent seiner laufenden Einnahmen in den Schuldendienst stecken.

Rainer Werning

Vorerst nur siegte Pyrrhus in Jakarta

Herrschaftskrise und Krisenherrschaft in Indonesien

Ausgerechnet ein Darling des Westens hatte noch Mitte Mai (15.-17.5.) im englischen Birmingham die Tagesordnung des G7-Gipfels durcheinandergewirbelt. Präsident Suharto möge sich, so der Appell der Staats- und Regierungschefs der reichsten Länder, um überfällige - und möglichst unblutige - Reformen bemühen. Hätten sie den Haudegen Suharto nicht selber jahrelang unterstützt, wäre ihnen die selbsteingebrockte Blamage erspart geblieben. In Indonesien schüttete derweil der Ex-General Öl ins Feuer: Hunderte von Toten, panikartige Fluchtbewegungen und Massenevakuierungen von AusländerInnen belasteten zusätzlich die Bilanz des mit 32 Regierungsjahren dienstältesten Despoten in Südostasien.

"Sie sind wie Heuschrecken. Diese Heuschreckenschwärme wüten bereits in zahlreichen Vierteln Jakartas, und sie rücken immer näher", ereiferte sich noch am 15. Mai der Vorsitzende der Deutsch-Indonesischen Handelskammer, Fritz Kleinsteuber, in einem Interview mit dem Westdeutschen Rundfunk. Mit "Heuschrecken" meinte der Geschäftsmann marodierende Gangs von Plünderern, die sich bedrohlich dem Stadtzentrum näherten. Informationsminister Muhammad Alwi Dahlan sprach unumwunden vom Chaos, in dem die Metropole versinke.

Knapp eine Woche später dann, am 21. Mai, trafen bündelweise Grußbotschaften in der indonesischen Metropole Jakarta ein. Der Empfänger war eben jener Suharto, der seinen Rücktritt erklärt und damit den Weg für seinen Intimus und Vize, Dr. Bacharuddin Jusuf Habibie, freigemacht hatte. "Respekt und Zustimmung" wurden unisono aus Washington, Tokio und Bonn einem Mann gezollt, der jahrelang Terror und Gewalt auf seinem Archipel gesät hatte, vor dem sie gleichwohl scharwenzelt hatten oder den sie - wie im Falle Helmut Kohls - gar ausdrücklich als "guten Freund" hatten. So wurde nicht nur im nachhinein ein krimineller Täter als einsichtig-honorierter Staatsmann, sondern auch die Kontinuität des Alten für das *Business as usual* geschätzt. Wenn sich das nicht noch mal rächt. Und bei alledem boten die Weltbank und der IWF eine schnöde Partie.

Geschmeidiger Suharto

Suharto wußte gleich dem *Dalang* im javanischen Puppenspiel die Geschicke auf und hinter der Bühne zu lenken. Als Magier der Macht verstand er es meisterhaft, potentielle Widersacher auszuschalten und eine ihm geneigte Klientel strategisch zu positionieren - in Führungsetagen von Handel und Industrie ebenso wie in Politik und innerhalb des Militärs. So

gedachte er sich auch zu Beginn seiner im März selbstverordneten siebten Amtszeit aus der Schlinge zu ziehen. Als Antwort auf die eskalierende ökonomische und politische Krise schien er den Forderungen internationaler Finanziere zu entsprechen, um sie letztlich zu konterkarieren. Diese bestanden darauf, ambitionierte Großprojekte und staatliche Subventionen zu stoppen. Suharto lenkte scheinbar ein. Doch wirklich nachgeben wollte er nicht.

Politisch geschätzt als Ordnungsfaktor und Garant westlicher Sicherheitsinteressen in Südostasien, wirtschaftlich gehätschelt als Gebieter über den größten und lukrativsten Markt in der Region und als kräftigster unter den sogenannten Tigern der zweiten Generation gelobhudelt, ist jede Schandtat Suhartos als Kavaliersdelikt bagatellisiert worden: Ungestraft wurden während des von ihm mitgetragenen Militärputsches 1965 hunderttausende liquidiert, zehntausende politische GegnerInnen und KritikerInnen inhaftiert und/oder in die Verbannung geschickt, 1975/76 Ost-Timor widerrechtlich als 27. Provinz einverleibt und UN-Resolutionen zum Abzug der dort stationierten indonesischen Truppen ignoriert.

Mit von der Partei war auch der *Bundesnachrichtendienst* (BND), der die indonesischen Militärs mit Logistik und Waffen unterstützte. Über die Bundeswehr und den Bundesgrenzschutz gab es für die fernen Freunde - unter dem Vorwand der "Drogenmißbrauchsbekämpfung" - Hilfestellung in Form von Ausbildungskursen für Offiziere an der Bundeswehrakademie Hamburg-Blankenese sowie Spezialtrainings bei der Elitetruppe GSG-9 in Hangelar bei Bonn. Der damalige BND-Chef, *Reinhard Gehlen*, schrieb nach Suhartos Militärputsch (1965): "Der Erfolg der indonesischen Armee, die (...) die Ausschaltung der gesamten kommunistischen Partei mit Konsequenz und Härte verfolgte, kann nach meiner Überzeugung in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden." Laut dem Fernsehmagazin *Monitor* (ARD, Köln, 10.10.96) bildete der BND indonesische Agenten in Deutschland aus. Überdies lieferte man aus Deutschland militärische Elektronik, zum Beispiel über die BND-nahe Firma *Telemit*. Der BND konnte sogar in der Deutschen Botschaft in Jakarta eine legale Residentur einrichten. Der Zweck dieser BND-intern als FB 70 bezeichneten Residentur war die enge Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst der Suharto-Diktatur.

Aus der Bundesrepublik fand ebenfalls bis in die jüngste Zeit massenhaft militärisches Gerät den Weg nach Indonesien, von Fregatten aus Beständen der früheren Nationalen Volksarmee bis hin zu Maschinenpistolen der Firma *Heckler & Koch*. Hubschrauber vom Typ BO-105 der Firma *Messerschmitt-Bölkow-Blohm* (MBB) werden unter deutscher Lizenz im Lande gefertigt. Der an der Technischen Hochschule Aachen ausgebildete Suharto-Nachfolger Habibie war nach seinem Studium Direktor der Abteilung für angewandte Technologie des Rüstungsproduzenten MBB in München und wurde, 1974 nach Indonesien zurückgerufen, zwei Jahre später

zum Minister für Wissenschaft und Technologie ernannt. Seitdem besetzte er zahlreiche wichtige Posten im rüstungsindustriellen Bereich. Unter seiner Ägide fiel schließlich der Rüstungsindustrie eine Schlüsselrolle in der Industrialisierungsstrategie Indonesiens zu.

Den Westen störte das Gebaren der Militärs nicht im geringsten. Er schätzte vielmehr die Geschäfte unter dem Regiment der neuen Machthaber und knauserte nicht mit Investitionen und Krediten, bis das Land eine Auslandsverschuldung von umgerechnet etwa 140 Milliarden US-Dollar anhäufte. Kommunismus-Phobie, martialische Einsätze der Sicherheitskräfte und ein Filz aus politischen, wirtschaftlichen und persönlichen Interessen zeichnete den Suharto-Clan aus, unter dem die Korruption ins Kraut schoß und die sechs Kinder des Präsidenten die größten Wirtschaftsimperien übernahmen.

Geschätzt wurde Suharto wegen seiner makroökonomischen Erfolge. Er holte vorwiegend in den USA und der Bundesrepublik geschulte Ökonomen in sein Kabinett, um gegenüber westlichen Kapitalgebern Solidität zu signalisieren. Die 1.000-prozentige Inflationsrate wurde auf zweistelliges Niveau gedrückt, verstärkt wurden Investitionen angelockt, die Infrastruktur ausgebaut, das Gesundheits- und Schulwesen reformiert und die hohe Geburtenrate drastisch gesenkt. Als Öllieferant und mächtiges OPEC-Mitglied profitierte das Inselreich lange vom Ölboom. Die Weltbank spendete Lob dafür, daß sich die Lebenserwartung innerhalb von drei Jahrzehnten von 41 auf 63 Jahre erhöht habe und gleichzeitig der Anteil der unterhalb der Armutsgrenze lebenden IndonesierInnen (offiziell) von über 40 auf knapp 12 Prozent gesenkt wurde.

Doch Jakartas glitzernde Skyline konnte nie den Blick auf die enorme Kluft zwischen Arm und Reich verstellen. Selbst innerhalb von Betrieben ist ein Verhältnis von 1:100 oder mehr zwischen den niedrigsten und höchsten Lohngruppen keine Seltenheit. Ein großes Problem war, auch vor dem Aufbrechen der Wirtschafts- und Finanzkrise, die Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung. Bereits im Sommer letzten Jahres wiesen offizielle Statistiken erstere mit 7,5 Prozent und letztere mit zirka 40 Prozent aus. Heute ist etwa die Hälfte aller Arbeitsplätze (rund 37 Millionen) gefährdet. Allein in Jakarta wurden in diesem Frühjahr über vier Millionen Menschen arbeitslos - eine Hiobsbotschaft vor allem für Hochschulabsolventen. Weiteres Kopfzerbrechen bereitet Jakarta die vom gleichermaßen gebeutelten Nachbarn Malaysia betriebene Ausweisung mehrerer zehntausend indonesischer GastarbeiterInnen.

Der tiefe Fall der Rupiah ist vor allem durch die im Ausland genährte Skepsis über die Ernsthaftigkeit des Reformwillens im Wirtschafts- und Finanzsektor Jakartas ausgelöst worden. Dem IWF und westeuropäischen Bankiers gingen die in Aussicht gestellten Maßnahmen zur Überwindung der Krise nicht weit genug. Da genügte allein das Gerücht, der IWF denke im Verbund mit der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungs-

bank (Sitz Manila) das für Indonesien geschnürte Hilfspaket von 43 Milliarden US-Dollar zu trimmen, um die Rupiah in den Keller absacken zu lassen. Nebst dem IWF-Spitzenduo *Michel Camdessus* und *Stanley Fischer* gab sich auch Weltbankpräsident *James D. Wolfensohn* mehrfach in der indonesischen Hauptstadt ein Stelldichein. Im Mittelpunkt ihrer Verhandlungen stand die Frage, wie das Land seinen Verpflichtungen nachkommen sollte, kurzfristig annähernd 60 Prozent seines von Privatbanken und dem Staat angehäuften Auslandsschuldenbergs abzutragen. Jakarta hatte sich im Gegenzug für das vom IWF geschnürte Hilfspaket bereit erklärt, einigen "Empfehlungen" des IWF nachzukommen. Deregulierungen des Banken- und Finanzsektors sowie das Kappen politisch-ökonomischer Vergünstigungen und Subventionen für Grundnahrungsmittel wurden zwar als Lösung des Problems gepriesen. Gleichzeitig aber sind sie Teil des Problems, das beide Seiten auch unter der Regentschaft *Habibies* in einem fatalen Zirkelschluß gefangenhält. "Wenn er (der IWF; R.W.) die Auflagen durchpaukt", so der Indonesien-Experte der *Hongkong and Shanghai Bank*, *Steve Gibbs*, "muß er mit weiteren Unruhen rechnen. Gibt er indes nach, wird ihm der Vorwurf gemacht, er habe in Indonesien westliche Steuergelder verschwendet."

Auf Schlingerkurs - die Rolle von Weltbank und IWF

Noch im September 1997 war die Weltbank voll des Lobes über Indonesien und sah gerade dort innerhalb der letzten Dekade eine außergewöhnlich erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung, die das Land zu den "best performing economies" in der Region habe aufrücken lassen. In dem September-Report der Bank hieß es weiter: "Indonesien hat große Anstrengungen unternommen, seine Wirtschaft zu diversifizieren, es hat durch ein solides makroökonomisches Management einen wettbewerbsfähigen Privatsektor geschaffen, die Deregulierung vorangetrieben und verstärkt Investitionen in infrastrukturelle Bereiche zu lenken vermocht. Heute verzeichnen sowohl ausländische als auch einheimische Investitionen einen Boom. Indonesiens Investitionsraten haben einen stetigen Aufwärtstrend gezeigt und zählen gegenwärtig zu den höchsten in den großen Entwicklungsländern. Ein Gutteil dieser Dynamik kann auf das Reformprogramm der Regierung zurückgeführt werden, das Handel und Finanzen liberalisierte und ausländische Investitionen sowie Deregulierung ermutigte." Erstaunlicherweise, als sei zwischenzeitlich nichts geschehen, tauchte diese Einschätzung noch Ende März 1998 in der Website der Bank auf.

KritikerInnen der Weltbank haben indes mehrfach hervorgehoben, daß diese im Falle Indonesiens immer dazu geneigt habe, die Regierung in Jakarta zu hofieren und freundliche Worte über deren Wirtschaftspolitik zu verlieren. Dies führte in der Regel dazu, daß ausländische Fondsmanager und Gläubiger auf den Plan traten und Kredite, hauptsächlich solche mit kurzer Laufzeit, ins Land pumpen. WB-Präsident *Wolfensohn* wurde vor-

geworfen, daß die Bank ihre Augen vor den eigentlichen Problemen des Landes, vor Korruption, Nepotismus und einem schwachen Bankensystem verschließe. Die Haltung der Bank, so die Kritik, habe letztlich dazu beigetragen, Reformen zu entmutigen, Monopole intakt zu halten und Kreditaufnahmen aus dem Ausland einfach freien Lauf zu lassen.

Da die Krise, und das nicht nur in Indonesien, im Kern eine des privaten Sektors ist, der in der Vergangenheit, nicht zuletzt im Sog der vielgepriesenen Liberalisierung des Kapitalverkehrs, mühelos und in beträchtlichem Umfang Kreditaufnahmen tätigen konnte, gerieten zunehmend auch die eher an meteorologische Fehleinschätzungen gemahnende Praxis und Rezeptur des IWF, in Krisenzeiten noch stärker auf Liberalisierung des Finanzsektors zu drängen und damit die Krisenanfälligkeit insgesamt noch zu steigern, ins Kreuzfeuer der Kritik. Selbst der Chefökonom der Weltbank, *Joseph Stiglitz*, mußte während einer Rede am 7. Januar 1998 in Helsinki eingestehen, daß Finanzmärkte nicht gut daran täten, produktivste Fondsempfänger zu selektieren oder die Kontrolle solcher Fonds anzustreben. Überdies gelte eine Art Doppelstandard bei der Behandlung "einheimischer" und "ausländischer" Interessen. Einheimische Firmen seien der Gnade des Marktes überlassen, während ausländische Investoren nicht zuletzt aufgrund des schließlich geschnürten IWF-Kreditpakets in Höhe von 43 Milliarden US-Dollar erweiterte Besitzrechte genossen, größere Möglichkeiten zum "debt-to-equity swap" hätten und im Konkurrenzkampf mit asiatischen Unternehmen besser gewappnet seien.

Schließlich sorgten Mitte Januar zwei Berichte für Furore: ein publik gewordener, ursprünglich nur für den internen Gebrauch vorgesehener Bericht des IWF sowie das ausführliche Indonesien-Feature in der Londoner Zeitschrift *The Economist*. Bekanntlich gehörte zu den von Jakarta einzulösenden Bedingungen für die Gewährung des 43 Milliarden US-Dollar-Pakets die Auflösung von 16 als insolvent eingestuften Banken. Allein diese Nachricht hatte schiere Panik ausgelöst und dem ohnehin erschütterten Finanzsektor einen zusätzlichen Hieb versetzt. Die *New York Times* berichtete über dieses interne Indonesien-Memo des Fonds, wonach nunmehr selbst innerhalb des IWF erkannt worden sei, daß ein bedeutsamer Teil der in diesem Paket enthaltenen Strategie nach hinten losgegangen sei, zusätzlich Panik geschürt und nahezu sämtliche Finanzmärkte in Asien tiefer in den Abwertungsstrudel gerissen habe. Allein die Ankündigung, die fraglichen 16 Banken zu schließen, hätte das Restvertrauen der indonesischen Bevölkerung in das Bankensystem völlig zunichte gemacht und über zwei Dritteln aller Banken im Lande auf einen Schlag zusätzlich zwei Milliarden US-Dollar entzogen.

Am 17. Januar machte *The Economist* seine Hintergrundanalyse mit einem Foto auf, auf dem das Banner "Step down, Suharto" prangte: "Mr. Suharto", so hieß es in dem Bericht unumwunden, "hat es weitaus besser verstanden, Reformen anzukündigen als diese auch umzusetzen. Er ist

nicht zuletzt angehalten, ein Wirtschaftsgebäude aufzubrechen, das seinen Söhnen und Töchtern ein enormes Vermögen beschert hat. (Das gesamte Familienvermögen wird auf umgerechnet zwischen sechs und 40 Milliarden US-Dollar geschätzt - R.W.) (...) Suhartos sechs Kinder haben ihren politischen Einfluß benutzt, um sich große Kapitalanteile von Fluggesellschaften über Banken und petrochemische Firmen bis hin zum Timor, Indonesiens ehrgeizigem Automobil-Projekt, zu sichern. Ausländische Unternehmen, die in Indonesien Fuß zu fassen trachteten, mußten häufig auf Suharto-Getreue als 'Berater' zurückgreifen, um die Räder mit Schmierfett in Schwung zu halten." Fazit des Wirtschaftsmagazins: "Was wie politische Stabilität während eines 'bull market' aussah, entpuppt sich zusehends als gefährliche Rigidität in härter werdenden Zeiten."

Was die Kritik an der Amtsführung Suhartos im besonderen schürte, war dessen Budgetrede am 6. Januar. Sie hatte einen nachgerade verheerenden Effekt. Darin hatte der Diktator eine wesentliche Erhöhung von Subventionen für Petroleumprodukte, Reis und Düngemittel sowie eine über 30-prozentige Erhöhung der Regierungsausgaben angekündigt, ohne durchblicken zu lassen, wann solche Subventionen gestoppt und mit der Entflechtung von (Staats-)Monopolen begonnen werden sollte. Die Rupiah geriet daraufhin in freien Fall und überschritt erstmalig die in Parität zum US-Dollar als äußerst kritisch angesehene 10.000:1-Marke. Danach drehte sich das politische und ökonomische Krisenkarussell unaufhörlich. Plünderungen, Straßenschlachten und Hamsterkäufe prägten in zahlreichen Städten des Landes das Alltagsbild. Der IWF reagierte mit dem erneuten Einfliegen seiner Topleute, um Suharto einerseits demonstrativ die Stange zu halten, ihn zum anderen aber unerbittlich zur Einlösung seiner Versprechen zu mahnen. Gleichzeitig häuften sich die Interventionen ausländischer Staatsoberhäupter, die allesamt Suharto zum Einlenken drängten - so neben US-Präsident Clinton Japans Premierminister Hashimoto, Australiens Premier John Howard und der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl. Clinton schickte gar seinen Verteidigungsminister William Cohen und mit Lawrence Summers seinen stellvertretenden Finanzminister nach Jakarta, um dort, wie es diplomatisch verklausuliert hieß, Präsident Suharto "Botschaften zu übermitteln".

Aufgrund dieses massiven Drucks kam dann schließlich am 15. Januar mit dem IWF ein neues Abkommen zustande, dessen Schlußakkord ein ungewöhnliches Gruppenfoto bildete. Es zeigte den IWF-Managing Director Michel Camdessus in imperialer Pose mit verschränkten Armen hinter einem sitzenden Suharto stehen, mit Argusaugen darauf achtend, daß dieser ja botmäßig seine Unterschrift unter das vor ihm ausgebreitete Dokument setzt. Doch wer geglaubt hatte, dies hätte endlich eine beruhigende Wirkung auf die Märkte, sah sich alsbald enttäuscht. Die Aktienkurse sackten nochmalig um knapp fünf Prozent ab, und der Rupiahkurs erreichte am 22. Januar ein Rekordtief mit 17.000 vis-à-vis dem US-Dollar (gegenüber 2.400 im Juli 1997!).

Dieses zweite Abkommen mit dem IWF erneuerte im Kern die Eckpunkte der ersten Vereinbarung, beinhaltete aber erweiterte Machtprerogativen für ausländisches Kapital. Es sah u.a. vor:

- die Inflationsrate nicht über 20 Prozent anwachsen zu lassen;
- ein ausgeglichenes Budget zu realisieren (zuvor war noch von einem Budgetüberschuß die Rede gewesen);
- ab dem 1. April Subventionen bei Elektrizität und Brennstoff (mit Ausnahme von Kerosin und Diesel) und Mehrwertsteuerbefreiungen gänzlich abzuschaffen;
- Garantien dafür, daß für Wiederaufforstungsprogramme vorgesehene Gelder auch tatsächlich entsprechend verwandt werden;
- Zollsenkungen auf sämtliche importierten Nahrungsmittel um fünf und auf nichtagrarische Erzeugnisse um zehn Prozent bis zum Jahr 2003;
- grundlegende Umgestaltung des Bankensektors einschließlich der Möglichkeit ausländischer Übernahmen und Besitzrechte in diesem Bereich ab Juni 1998;
- Einstellung von 12 Megaprojekten, in die auch direkt die Kinder von Suharto involviert waren/sind;
- Liberalisierung des Handels mit Agrarprodukten wie Cashewnüssen, Nelken, Orangen und Vanille;
- Beschränkungen der staatlichen Logistikbehörde *Bulog*. (Im ersten Abkommen war darunter auch der vom engen Suharto-Vertrauten und weltweit größten Instantnudel-Produzenten Liem Sioe Liong kontrollierte Mehlhandel gefallen, im zweiten Abkommen hingegen nicht mehr.)

Um die immense Auslandsverschuldung von etwa 140 Milliarden US-Dollar (darunter 20 Milliarden an kurzfristigen Fälligkeiten und 65 Milliarden seitens privater Nicht-Finanzinstitutionen) halbwegs in den Griff zu bekommen, verkündete Jakarta Ende Januar einen zeitweiligen Rückzahlungsstopp öffentlicher Schulden in Verbindung mit geplanten Bankreformen. Im verzweifelten Bemühen, wenigstens Devisen im Lande zu behalten, dachte Suharto seit Mitte Februar laut über die Schaffung einer Währungsbehörde nach, welche die Einbindung der Rupiah in ein festes Wechselkursverhältnis gegenüber dem US-Dollar in Höhe von 5.500 garantieren sollte. Das hätte seitens des IWF das Faß fast zum Überlaufen gebracht; immerhin drohte er Suharto in einem solchen Falle brüsk mit der Aussetzung des gesamten 43 Milliarden umfassenden US-Dollar-Kreditpakets.

Tiefgreifend und schwerwiegend sind die sozialen Auswirkungen der desaströsen Schlingerpolitik seitens Jakartas, der Weltbank und des IWF. Seit Beginn der Krise im vergangenen Jahr haben etwa fünf Millionen Menschen zusätzlich ihren Arbeitsplatz verloren. Im Frühjahr 1998 bezifferte die einflußreiche *Indonesian Association of Muslim Intellectuals (ICMI)* die Gesamtzahl der Arbeitslosen mit zwölf Millionen. Die noch Beschäftigung

haben, werden zunehmend mit erzwungenen Überstunden und abgesenkten Löhnen in die Zange genommen, wobei zu berücksichtigen ist, daß selbst das gesetzlich fixierte Lohnminimum seit Frühjahr 1997 nicht angehoben wurde und mit einer Höhe von umgerechnet etwa 65 US-Cents pro Tag möglicherweise das weltweit niedrigste ist. Gleichzeitig sind aber die Preise aller notwendigen Bedarfsgüter mitunter exorbitant gestiegen - bis zu 200 und mehr Prozent bei Reis, Öl und Zucker. Ausgedrückt in US-Dollar, sackte das jährliche Pro-Kopf-Einkommen binnen weniger Monate von etwa 1.000 Dollar auf 230 ab. Hatte die Weltbank noch vor der Krise Jakarta bescheinigt, die Zahl der landesweit unterhalb der Armutsgrenze lebenden Bevölkerung signifikant von 60 Prozent im Jahre 1970 auf elf Prozent im Jahre 1996 gesenkt zu haben, kommt es heute zu einer genau entgegengesetzten Entwicklung, so daß bereits Untersuchungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) davon sprechen, daß gut die Hälfte der Kinder auf dem Archipel unterernährt ist, Masern und Tuberkulose auf dem Vormarsch sind, die Nahrungsmittelproduktion innerhalb eines Jahres um über fünf Prozent schrumpfte und das Land nach etlichen Jahren wieder auf Reiseinfuhren angewiesen ist.

Allein in einem Stadtteil im Großraum Jakarta mußte die Hälfte der dortigen gut 120 Gesundheitseinrichtungen geschlossen werden; es fehlte schlichtweg an Medikamenten, die zu 70 Prozent importiert sind. Indonesische Experten gehen davon aus, daß die Armutstatistiken gänzlich neu bewertet werden müssen und allein bis Ende dieses Jahres mindestens 40 Prozent der Bevölkerung unter die Armutsgrenze abrutschen. Wohlverstanden - all das in einem Land, das von der Weltbank und dem IWF bis vor kurzem gleichermaßen als Inbegriff einer äußerst erfolgreichen Entwicklung betrachtet worden ist.

In einem am 9. Februar 1998 in der *Washington Post* veröffentlichten Beitrag, der bereits im Titel - "The Asian Collapse: One Fix Does Not Fit All Economies" - eine kritische Prise implizierte, forderte beispielsweise der frühere US-Außenminister und heute gern als Elder Statesman posierende Henry Kissinger gerade auch seitens des IWF und der Weltbank die Schaffung eines Krisenmechanismus, der künftig verhindern helfen soll, daß eine ökonomische eine politische Krise heraufbeschwört, die dann ihrerseits eine wirtschaftliche Gesundung in dem entsprechenden Land erschwert. In diesem Zusammenhang zitierte er den Chefökonom der Deutschen Bank in Tokio, der dem IWF vorwarf, sich wie ein auf die Behandlung von Masern spezialisierter Arzt zu verhalten, der meint, mit seinen Kenntnissen und Rezepturen gleich sämtliche Krankheiten angemessen diagnostizieren und heilen zu können. In einigen Ländern Südostasiens, darunter auch Indonesien, so Kissinger weiter, habe das IWF-verordnete Austeritätsprogramm gar zeitweilig zum Stop jedweden Handels geführt und selbst prinzipiell gesunde Firmen in überlebensfähigen Bereichen in den Bankrott getrieben, was angesichts des Fehlens eines

nennenswerten Sozialsystems zur massenhaften Pauperisierung beigetragen habe.

Die hier angesprochenen Probleme bestimmten auf der diesjährigen Jahrestagung der *Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC)* in Malaysias Hauptstadt Kuala Lumpur Mitte November die Agenda weitgehend und sorgten für Konflikte. Dafür sorgte der Gastgeber selbst. Einerseits ist der seit 17 Jahren autokratisch regierende Premierminister Dr. Mahathir bin Mohamad durch das unzeremonielle Abhalten seines Vize, Anwar bin Ibrahim, in die Schußlinie interner GegnerInnen und ausländischer BürgerrechtlerInnen geraten. Andererseits war es gerade Mahathir, der in der Vergangenheit nicht müde wurde, die zunehmend dominante Rolle der USA innerhalb des nunmehr 21 Mitglieder starken Forums und die sich darin zu Apologeten des Neoliberalismus und des Marktes aufspielenden Elemente zu geißeln und ihnen die Hauptschuld an der asiatischen Finanz- und Wirtschaftskrise, vor allem in seinem Land sowie beim Nachbarn Indonesien, zuzuschreiben.

Vorerst ein Suharto-Regime ohne Suharto

Die darniederliegende Wirtschaft Indonesiens konfrontiert die Krisenmanager mit folgendem Dilemma: Was die jeweiligen Machtprärogativen betrifft, will sich das Habibie-Regime als regionale Führungsmacht in Südostasien nicht noch mehr international brüskieren lassen, und der IWF will sich nicht vorwerfen lassen, nicht mehr Herr seiner eigenen Gebote zu sein. Widersetzt sich Habibie den IWF-Auflagen oder versucht er letztlich, sie zu umgehen, wird auch ihn das den Hals kosten. Kommt er ihnen nur teilweise nach, wird ihm der "Terror der Ökonomie" ebenfalls zum Verhängnis.

Andererseits gefährdet die Umsetzung aller IWF-Auflagen fortgesetzt den sozialen und politischen "Frieden". Der für Indonesien zuständige IWF-Direktor *Dennis de Tray* und seine indonesischen Kollegen werden bei ihrer Bestandsaufnahme der ökonomischen Lage weiterhin alle Hände voll zu tun haben, ein Rezept zu finden, das den Archipel wirtschaftlich langsam wieder Tritt fassen läßt. Jedenfalls pochen ausgerechnet dieselben Instanzen, die jahrelang die asiatischen Boom-Ökonomien über den grünen Klee gelobt und kräftig mit Finanzspritzen versehen hatten, heute vehement auf die Installierung eines Frühwarnsystems und die rechtzeitige Vorlage verlässlicherer Eckdaten von den betroffenen Krisenländern zwecks stärkerer Marktkontrolle. Die angespannte Lage schürt überdies eine Pogromstimmung gegen die gut sechs Millionen zählende chinesische Minderheit, von denen nicht wenige Hauptnutznießer während der Ära Suharto waren. Etliche chinesische Geschäfte sind bereits geplündert und niedergebrannt worden, wiederholt ist es zu Vergewaltigungen von Chinesinnen gekommen.

Eine ernstzunehmende Opposition ist bereits in den Anfangsjahren der Suharto-Ära physisch liquidiert worden, und heute ist der Widerstand relativ schwach, zersplittert und programmatisch vage. Mit einer aufgewühlten Studentenschaft allein ist noch kein Staat zu machen. Bislang deutet auch noch nichts auf einen innermilitärischen Zwist hin, der die Homogenität der Streitkräfte (ABRI) bedrohte und offen einen grundlegenden Politik- oder gar Systemwechsel befürwortete. Das aber wäre eine wesentliche Voraussetzung für eine oppositionelle Alternative, in die u.a. Persönlichkeiten wie Amien Rais, die Sukarno-Tochter Megawati, Gefolgsleute um den erkrankten Abdurrahman Wahid von der *Nahdlatul Ulama* (Wiedererwachen religiöser Gelehrter) und aktive Menschenrechtler und Gewerkschafter einbezogen werden könnten. Rais, Führer der einflussreichen *Muhammadiyah*-Bewegung, hatte sich bereits im Frühjahr 1997 mit Suharto und Habibie überworfen, als er wegen regimekritischer Äußerungen seines Postens als Vorsitzender des Expertenkuratoriums der *Indonesian Association of Muslim Intellectuals (ICMI)*, einer kontroversen, 1990 von den Behörden zwecks Kooptierung kritischer Geister ins Leben gerufenen muslimischen Pressure Group, enthoben wurde.

Herrscher in den Zitadellen der Macht bleiben die Militärs, wenngleich nicht abzusehen ist, ob bzw. inwiefern sich künftig ABRI-interne Rangeleien Bahn brechen. Befürworten einige ältere Kameraden eine regulierte politische Öffnung des Systems, optieren andere Generäle für den Weg zurück in die Kasernen. Doch einig ist man in dem Bestreben, dem Militär auch künftig sozialpolitische Funktionen und Pfründe zu belassen. Entscheidend ist nicht, ob alsbald Neuwahlen stattfinden. Bedeutsamer sind die Schaffung von Mechanismen genuin demokratischer Wahlen sowie eine historische Aufarbeitung des Regimes mit der Freilassung aller politischen Gefangenen, Wiederherstellung der Presse- und Versammlungsfreiheit und Zulassung unabhängiger Gewerkschaften als erstem Schritt hin zu einer zivilen Politik, die auch am ehesten imstande ist, die tiefgreifende ökonomische Krise zu überwinden.

Zum Schwerpunktthema dieser Ausgabe von Z erschienen bei uns zuletzt die folgenden Beiträge:

- Choon-Kweon Koo, Der "Tiger" in der Globalisierungsfalle. Wie die südkoreanische Globalisierungsoffensive in die Schuldenkrise mündete, in: Z 35, (September 1998), S. 135ff.
- Peter Hiedl, Chile: Exportdominiertes Wachstum und politische Verantwortung des Diktatur-Erbes, in: Z 35 (September 1998), S. 148ff.
- Sabine Kebir, Algerien zwischen Islamismus und Demokratie, in: Z 35 (September 1998), S. 161ff.
- Hans-Joachim Höhme, Konjunkturbericht 1997/98: Asienkrise und Wirtschaftsentwicklung in Deutschland, in: Z 34 (Juni 1998), S. 8ff.
- Peter Strutynski, Vordenker der Globalisierung - 150 Jahre Kommunistisches Manifest, in: Z 34 (Juni 1998), S. 162ff.
- Helmut Peters, Die KP Chinas und der direkte Übergang zum Sozialismus, in: Z 33 (März 1998), S. 171ff.
- John P. Neelsen, Globalisierung und Entwicklung, in: Z 32 (Dezember 1997), S. 92ff.
- Raul Pont, Demokratie und Volkspartizipation in der öffentlichen Sphäre. Erfahrungen mit der partizipativen Haushaltsgestaltung in Porto Alegre (1989-1996), in: Z 32 (Dezember 1997), S. 110ff.
- Peter Hiedl, Kuba - aktuelle Analysen, in: Z 32 (Dezember 1997), S. 120ff.
- Kai Schmidt-Soltau, Entwicklungshilfe zwischen "nachhaltigen Konzeptionen" und absurden Idealen. Elemente einer Kritik, in: Z 32 (Dezember 1997), S. 133ff.
- Jörg Huffscheid, "Dominanz" globalisierter Finanzmärkte: Politische Kapitulation statt ökonomisches Gesetz, in: Z 31 (September 1997), S. 69ff.
- Fred Schmid, Transnationale Konzerne - Akteure der Globalisierung, in: Z 31 (September 1997), S. 85ff.
- Dieter Boris, Umriss einer marxistischen Diskussion des Begriffs "Entwicklungsländer", in: Z 31 (September 1997), S. 170ff.
- Sabine Jecht/Peter Hiedl, Goldboom - Zur politischen Ökonomie von Ressourcenausbeutung, in: Z 28 (Dezember 1996), S. 51ff.
- Jörg Cezanne, Sustainable Development und Globalisierung, in: Z 28 (Dezember 1996), S. 76ff.
- Bernd Hüttner, Von Fröschen und Schlangen. Abwicklung des Nordens statt Öko-Korporatismus, in: Z 28 (Dezember 1996), S. 85ff.
- Choon-Kweon Koo, Besonderheiten der kapitalistischen Entwicklung in Japan und Südkorea, in: Z 27 (September 1996), S. 162ff.

China muß "den (kapitalistischen) Tiger reiten"

Die neue Stufe der Internationalisierung von Produktion und Arbeit ist für die Volksrepublik China außerordentliche Chance und Risiko zugleich. Wird sie diese Chance unter den Bedingungen eines umfassenden kapitalistischen Weltmarktes nutzen und am Aufbau eines "Sozialismus chinesischer Prägung" festhalten können?¹ Oder wird sie ein Opfer der Globalisierungsstrategie des Westens werden, der davon ausgeht, daß, je mehr sich die freie Marktwirtschaft in China ausbreitet, das Land desto stärker in die kapitalistische Welt hineingezogen wird?

Die chinesische Führung war sich schon bei der Einleitung ihres Reform- und Öffnungskurses bewußt, daß die Vorzüge, die sich aus der Öffnung des Landes gegenüber dem kapitalistischen Weltmarkt² für China ergeben, nicht zum Nulltarif zu haben sein werden. So erklärte Deng Xiaoping in seiner Rede auf dem 12. Parteitag: "Wir halten entschlossen und ohne zu schwanken an der Politik der Öffnung nach außen fest und erweitern den Austausch mit dem Ausland. Zugleich bewahren wir einen klaren Kopf und widersetzen uns entschlossen dem zersetzenden Einfluß der von außen kommenden dekadenten Ideologien. Wir werden niemals zulassen, daß unser Land von der bürgerlichen Lebensweise überschwemmt wird."³ Auch wenn heute in chinesischen Publikationen immer wieder zu lesen ist, daß die sogenannte Ost-West-Frage mit dem Untergang der Sowjetunion verschwunden sei, so ist man sich in Peking dennoch bewußt, daß die sich ausweitende und vertiefende Zusammenarbeit mit den USA, Japan und

¹ Die These von K. Steinitz und P. Stier, wonach China das Entwicklungsmodell der "sozialistischen Staaten" mehr oder weniger übernommen hätte, erscheint mir einseitig und deshalb unrichtig. Richtig ist, daß die KPCh unter dem Einfluß Mao Zedongs von ihrer ursprünglichen Strategie, zur Durchführung der Industrialisierung des Landes der sozialistischen Entwicklung gewissermaßen eine Etappe der Neuen Demokratie vorzuschalten, abgegangen war und das Stalinsche Modell der Industrialisierung übernommen hatte. Doch schon in jener Zeit wies die Entwicklung der Volksrepublik nicht wenige spezifische Züge auf. Das trifft erst recht auf den Kurs der KPCh seit Ende der 70er Jahre zu, der ein wesentlicher Ausgangspunkt sein sollte, wenn die "mittelfristige Perspektive" des Landes einzuschätzen ist. Siehe: K. Steinitz und P. Stier, Globalisierung - Mythos, Realität und Herausforderung, in: Controvers, Diskussionsangebot der PDS, hrsg. von der Grundsatzkommission der PDS, April 1998, S. 13. Vgl. auch die Rede Deng Xiaopings auf dem 12. Parteitag der KPCh im September 1982, in der er davor warnte, ausländische Erfahrungen und Modelle zu kopieren, und die Notwendigkeit eines "Sozialismus chinesischer Prägung" begründete, in: Deng Xiaoping Wen-Xuan (1975-1982), Beijing 1988, S. 371.

² Die Ende der 70er Jahre einsetzende Öffnung Chinas nach außen war aus historischen Gründen von Anfang an im wesentlichen eine Öffnung gegenüber dem kapitalistischen Weltmarkt.

³ Rede Deng Xiaopings auf einer Konferenz zur politischen Arbeit in den Streitkräften am 2.6.1978, in: Deng Xiaoping Wen-Xuan, a.a.O., S. 109.

der EU unlösbar mit der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus verknüpft bleiben wird. In internen Veröffentlichungen werden auch Roß und Reiter benannt. Beispielsweise heißt es in einer nicht veröffentlichten Rede des Generalsekretärs des ZK der KPCh, Jiang Zemin, die er Ende August 1998 auf der traditionellen Sommerberatung der Partei- und Staatsführung im Badeort Beidaihe hielt, über die Wirtschaftsstrategie der USA und Japans gegenüber der chinesischen Volksrepublik: "Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wandte sich die Hegemonie-Strategie der USA gegen China. Ihr deutlichstes Kennzeichen ist, daß sie nach dem Scheitern politischer Eindämmung und wirtschaftlicher Sanktionen zu einer Strategie umgestaltet wurde, die uns von der Wirtschaft her fesseln, manipulieren, aufbrechen und zerstören soll... In den nächsten ... zehn, zwanzig Jahren wird sich die USA-Strategie gegenüber China im Grunde nicht verändern, weil sie von Hegemonismus und Machtstreben der USA im globalen Maßstab bestimmt wird."⁴ An die praktische Zusammenarbeit mit dem internationalen Kapital geht die chinesische Führung jedoch realistisch-pragmatisch heran. Sie sucht nach Schnittpunkten der Interessen beider Seiten, strebt nach Ausnutzung der Widersprüche in der kapitalistischen Welt und entwickelt gegenüber dieser Welt eine aktive und diversifizierte Politik, um die Vorteile der internationalen Kooperation möglichst umfassend und effektiv zu nutzen und die eigene Verwundbarkeit so gering wie möglich zu halten.

Im Ergebnis der Reform- und Öffnungspolitik hat sich das ökonomische Potential der VR China bedeutend vergrößert und ihr weltpolitisches Gewicht sichtbar erhöht. Betrug z.B. das BIP des Landes 1978 etwa 362 Milliarden Yuan, so war es 1997 auf 7.477,2 Milliarden Yuan angewachsen. Bei einer absoluten Zunahme der Bevölkerung um 270 Millionen Menschen stieg das BIP von ca. 60 auf 732 US-Dollar.⁵ International wächst die bisherige Regionalmacht Schritt für Schritt (auch ökonomisch) in die Rolle einer Großmacht hinein und trägt damit entscheidend dazu bei, daß sich die multipolare Weltordnung ausprägt. Diese Entwicklung Chinas widerspiegelt sich in z.B. in seiner ausgleichenden Rolle im Konflikt zwischen

⁴ Zitiert von "Li aus der Hauptstadt", Die Theorie der wirtschaftlichen Sicherheit des Herrn Jiang und das Jiang-Zhu-System, in: Monatszeitschrift "Cheng Ming", Hongkong, Jg. 1998, H. 10, S. 16. Obwohl es sich um ein antikommunistisches Presseorgan handelt, dürfte das hier zitierte Dokument erfahrungsgemäß im großen und ganzen richtig wiedergegeben worden sein. Vgl. in diesem Zusammenhang auch eine Einschätzung des Leiters der wissenschaftlichen Forschungsabteilung der Parteschule des ZK der KPCh, Wang Ruiou, auf einer Beratung chinesischer Experten über die Weltlage Anfang 1995: "Die Ost-West-Frage bezieht sich vor allem auf die Widersprüche zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Nach der Auflösung der Sowjetunion ist China das einzige große sozialistische Land in der Welt. Deshalb ist das Hauptziel der westlichen Strategie (gegenüber China - d.A.) die 'friedliche Evolution'.", in: Beijing Rundschau, Jg. 1995, Nr. 4, S. 19.

⁵ Die im Text verwendeten Zahlen über die Entwicklung der VR China sind offiziellen chinesischen Quellen entnommen. Diese Zahlen sind z.T. Grundlage für Berechnungen des Autors. Aus statistischen und anderen Gründen sind sie oftmals nicht ganz exakt, als allgemeine Aussagen jedoch verwertbar.

beiden Koreas, dem Übergang zur offenen Positionierung des Landes gegen einen militärischen Angriff der USA auf den Irak und eine militärische Einmischung der NATO in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens, der wirtschaftlichen Stabilitätspolitik mit der Nichtabwertung der Landeswährung RMB angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise in Asien, der finanziellen Unterstützung des IWF und nicht zuletzt in den gegenseitigen offiziellen Staatsbesuchen der Präsidenten Chinas und der USA im Oktober 1997 bzw. Juni 1998. Vor diesem Hintergrund wird erst verständlich, weshalb sich die USA Mitte der 90er Jahre veranlaßt sahen, ihre China-Strategie zu ändern und ihre alten Ziele nunmehr auf dem Weg einer Zusammenarbeit und einer "Partnerschaft für das 21. Jahrhundert" anzustreben.

Notwendigkeit der Öffnung nach außen

Reform und Öffnung der Volksrepublik sind zwei Seiten eines Kurses, die sich gegenseitig bedingen und beeinflussen. Sie ergeben sich sowohl aus den nationalen Gegebenheiten Chinas wie aus den internationalen Bedingungen.

Der Ende der 70er Jahre eingeleitete Übergang zu diesem Kurs resultierte zunächst aus einer Grunderfahrung der vorangegangenen Geschichte der Volksrepublik: Abschottung von der Außenwelt führt zu Rückschritt und letztlich Niederlage; aktive Teilnahme am Welthandel und an der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist der einzige Weg, um die historisch überkommene Rückständigkeit endgültig zu überwinden und im Verlauf des nächsten Jahrhunderts in entscheidenden Bereichen der Volkswirtschaft das fortschreitende wissenschaftlich-technische und technologische Weltniveau erreichen zu können. Bereits 1978 forderte Deng Xiaoping, der "Vater des Reform- und Öffnungskurses", die nationalen Gegebenheiten neu einzuschätzen. Ausgehend von den marxistischen Grundprinzipien müsse man "die reale Lage analysieren und die praktischen Probleme lösen".⁶ Im Ergebnis dieser Analyse kam man schließlich auf dem 13. und 15. Parteitag (1987 bzw. 1997) zu der Einschätzung, daß China sich im "Stadium des unentwickelten Sozialismus" befände und das Niveau seiner Produktivkräfte mit Eintritt in dieses Stadium "weit, weit hinter dem der entwickelten Länder zurückgelegen hat".⁷ Die KPCh hat sich die Aufgabe gestellt, in diesem Zeitabschnitt solche grundlegenden Aufgaben wie die Industrialisierung des Landes sowie die Vergesellschaftung, Kommerzialisierung und Modernisierung der Wirtschaft nachzuholen und zugleich den Rückstand zum internationalen ökonomisch-tech-

⁶ Rede Deng Xiaopings auf einer Konferenz zur politischen Arbeit in den Streitkräften am 2.6.1978, in: Deng Xiaoping Wen-Xuan, a.a.O., S. 109.

⁷ Siehe: Rede des Generalsekretärs des ZK der KPCh, Jiang Zemin, auf dem 15. Parteitag der KPCh, in: Renmin Ribao v. 22.9.1997. Alle folgenden Bezüge auf diesen Parteitag sind der gleichen Quelle entnommen.

nischen Niveau merklich zu verringern. Dazu war es nicht nur erforderlich, die formale Übertvergesellschaftung der Produktionsmittel zurückzunehmen und zu einer vielfältigen Eigentumsstruktur⁸ zurückzukehren. Es war gleichermaßen unumgänglich, ausländisches Kapital in enormen Größenordnungen einzuführen und die Vorteile der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit in breitem Maße zu nutzen⁹; denn nur auf diesem Wege kann letztlich die weitere Existenz und Entwicklung der VR China gesichert werden. Es gibt für die KPCh daher keine reale Alternative zur wirtschaftlichen Öffnung des Landes gegenüber dem kapitalistischen Weltmarkt. Die chinesische Volksrepublik muß diesen "Tiger reiten".

Die Entwicklung der internationalen ökonomischen Zusammenarbeit beförderte bei der chinesischen Führung die Erkenntnis, daß sich der ökonomische Globalisierungsprozeß zu beschleunigen begonnen hatte, die Interdependenz der Volkswirtschaften aller Länder nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ wächst und sich damit auch die Volksrepublik "in einer großen unumkehrbaren Tendenz der Integration in die Weltwirtschaft" befindet.¹⁰ Aus dieser Erkenntnis heraus begann die KPCh, diese Integration aktiv voranzutreiben. Sie hat dabei folgende politische Linie eingeschlagen:

- Öffnung des Landes bei Wahrung der nationalen Unabhängigkeit; Jiang Zemin brachte diesen Standpunkt im Bericht an den 12. Parteitag auf die Formel, "die Beziehungen zwischen Öffnung nach außen einerseits und der Unabhängigkeit, Selbständigkeit und des Stützens auf die eigene Kraft¹¹ andererseits sind richtig zu regeln, um die Sicherheit von Staat und Wirtschaft garantieren zu können";
- optimale Förderung der "sozialistischen Modernisierung" des Landes durch die Integration;
- Integration auf der Grundlage der gegenseitigen Nichteinmischung und des gegenseitigen Nutzens;
- die Entwicklung einer solchen Zusammenarbeit schließt die Sicherung eines friedlichen Umfeldes für die Modernisierung des Landes ebenso ein wie den Kampf gegen Hegemonismus und Machtpolitik (der USA);

⁸ Die Haupteigentumsformen sind das staatliche Eigentum, das die bestimmende Rolle in der Volkswirtschaft zu spielen hat, das kollektive Eigentum, das eine weite Verbreitung finden soll, das privatkapitalistische Eigentum von Bürgern der VR China, das Eigentum der kleinen Warenproduzenten, ein Staatskapitalismus in Form von chinesisch-ausländischem Eigentum und das 100-prozentige ausländische Eigentum.

⁹ Hier läßt sich ein interessanter Vergleich zur Neuen Ökonomischen Politik W.I. Lenins ziehen, siehe: Helmut Peters, Die KP Chinas und der direkte Übergang zum Sozialismus, in: Z 33 (März 1998), S. 171ff.

¹⁰ Einschätzung durch die damalige Ministerin für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Wu Yi, in: Beijing Rundschau, Jg. 1997, Nr. 7-8, S. 19.

¹¹ Wörtlich: sich aus eigener Kraft erneuern.

- Ablehnung der alten Weltwirtschaftsordnung mit ihrer zunehmenden Polarisierung in Arm und Reich; Eintreten für eine neue Weltwirtschaftsordnung, die auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz beruht, den Grundsätzen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen entspricht und die Strömungen der Zeit, Frieden und Entwicklung, widerspiegelt;

- im Prozeß der ökonomischen Integration mit der Stärkung des ökonomisch-technischen Potentials und des weltpolitischen Gewichts der Volksrepublik politisch-strategischen Einfluß auf den Globalisierungsprozeß nehmen.

Die offizielle Prognose, wonach die VR China noch bis zum Jahre 2010 ein Entwicklungsland bleiben werde¹², läßt den Schluß zu, daß die chinesische Führung bis zu diesem Zeitpunkt eine qualitative Veränderung des ökonomischen Kräfteverhältnisses zugunsten Chinas erwartet. Diese Prognose wird auch durch westliche Studien gestützt. Sie ziehen den Schluß, daß das BSP der Volksrepublik zwischen 2010-2020 das der USA überholt und den ersten Platz in der Welt belegt haben wird.¹³

Der 15. Parteitag (1997) orientierte darauf, die skizzierte politische Linie verstärkt fortzusetzen und neue Anstrengungen zu unternehmen, um das Niveau und die Effektivität des Öffnungskurses weiter zu erhöhen: "Die Öffnung nach außen ist eine auf lange Sicht angelegte grundlegende Staatspolitik. Angesichts der Globalisierungstendenzen in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik müssen wir mit einer noch aktiveren Haltung auf die Welt zugehen, die Struktur der Öffnung auf den verschiedenen Ebenen und Gebieten nach allen Himmelsrichtungen vervollkommen, eine offene Wirtschaft fördern, unsere nationale Konkurrenzfähigkeit verstärken, die Optimierung der Wirtschaftsstruktur und die Verbesserung der Qualität der Volkswirtschaft fördern."

Fortgeschrittene Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft

Der Reform- und Öffnungskurs hat die VR China bereits relativ weitgehend und fest in die kapitalistische Weltwirtschaft integriert. Die chinesische Volkswirtschaft ist dabei, ein globales Schwergewicht zu werden. Und der chinesische Markt hat ob seiner Stabilität auch nach Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise in Asien seine Anziehungskraft für das internationale Kapital nicht eingebüßt.

Nehmen wir die Entwicklung des Außenhandels. 1978 belegte das Land mit einem Anteil von 0,78 Prozent (20,64 Milliarden US-Dollar) am Gesamtvolumen des Welthandels noch den 32. Platz. Bis 1997 hatte sich

¹² Renmin Ribao v. 9.1.1997.

¹³ Vgl. OECD-Langzeitstudie "Die Welt im Jahre 2020", vorgelegt zum Jahresbeginn 1998.

dieser Anteil auf rund drei Prozent (325,06 Milliarden US-Dollar) erhöht. Damit war die Volksrepublik - mit einer positiven Leistungsbilanz von 40,3 Milliarden US-Dollar in diesem Jahr - auf den 10. Platz in der Weltrangliste vorgerückt.¹⁴ Die Exportquote von rund 25 Prozent zeigt allein schon an, in welchem hohem Maße die chinesische Volkswirtschaft heute von der internationalen Wirtschaftskooperation abhängig ist. Dennoch sind die drei Prozent Anteil am Welthandel natürlich zu relativieren. Nach wie vor besteht - selbst ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen Bevölkerungszahl - ein deutlicher Abstand zu den führenden kapitalistischen Industrieländern (z.B. liegen die Anteile der USA bei etwa zwölf und die der BRD bei neun Prozent).

Ausmaß und Rolle des ausländischen Kapitals in der chinesischen Volkswirtschaft zeigen den derzeitigen Grad der Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft vielleicht noch deutlicher an. Unter den Bedingungen der VR China kann die Nutzung dieses Kapitals helfen, den Mangel an finanziellen Fonds im Lande zu mindern, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt voranzubringen, das Niveau der Leitung und der Bewirtschaftung der Unternehmen zu erhöhen, das wirtschaftliche Wachstum zu fördern, dringend notwendige Arbeitsplätze zu schaffen, den Außenhandel zu entwickeln, die Devisenreserven zu mehren und nicht zuletzt der Theorie und Praxis der Wirtschaftsreform neue Impulse zu geben. In diesem Sinne gibt die Politik der KPCh auch für den Einsatz des ausländischen Kapitals die bekannten "drei Kriterien" vor, die generell für die Entwicklung der Volkswirtschaft gelten: Entwicklung der Produktivkräfte, Stärkung des Landespotentials und Hebung des Lebensstandards des Volkes.

Die besondere Attraktivität des chinesischen Marktes im internationalen Maßstab zeigt sich darin, daß die chinesische Volksrepublik seit einigen Jahren weltweit in der Nutzung ausländischen Kapitals hinter den USA den 2. Platz einnimmt. Von 1979-1997 wurden insgesamt 372,18 Milliarden US-Dollar dieses Kapitals genutzt. 220,18 Milliarden US-Dollar waren Direktinvestitionen, der Rest Kredite und Gewinne aus Emissionen von Effekten im Ausland.¹⁵ Etwa 17 Prozent aller Investitionen in der chinesischen Volkswirtschaft werden heute durch das Ausland abgedeckt. Der entsprechende Anteil an festem Anlagevermögen beläuft sich auf ca. 13 Prozent. Chinas Auslandsschulden beliefen sich Ende 1997 nach Auskunft durch den Zentralbankchef, Dai Xianglong, auf etwa 120 Milliarden US-Dollar.¹⁶ Nach offizieller Aussage liegen alle wichtigen Indikatoren der Auslandsverschuldung der Volksrepublik innerhalb der international anerkannten Grenzen. So habe der öffentliche Schuldenstand gegenüber dem

¹⁴ Vgl. auch Zhao Liu und Zhang Ju, 20 Jahre Reform und Öffnung in China, Beijing 1998, S. 7 und 11.

¹⁵ Ebd., S. 14. Die bei ausländischen Banken und Regierungen aufgenommenen Kredite dienen hauptsächlich der Finanzierung von Infrastrukturprojekten.

¹⁶ Renmin Ribao v. 10.12.1997.

Ausland Ende 1997 bei 14,3 Prozent gelegen. Das Volumen der Auslandsverschuldung war seit 1993 unter eine verstärkte Makrokontrolle gestellt worden. Günstig ist in dieser Hinsicht auch, daß der Anteil der kurzfristigen Kredite aus dem Ausland bei nur 11,5 Prozent liegt.

In der Volksrepublik sind bisher insgesamt über 300.000 Unternehmen mit ausländischen Investitionen genehmigt worden; davon haben bislang mehr als 145.000 den Betrieb aufgenommen. An den genehmigten Wirtschaftseinheiten sind 300 der 500 weltweit größten Multinationalen Konzerne (MNK), die im Bereich der Industrie agieren, beteiligt. Der Anteil staatlichen und kollektiven Eigentums an den verschiedenen Formen¹⁷ dieser Unternehmen betrug im Dezember 1997 nach offiziellen Angaben insgesamt 57 Prozent. Die meisten dieser Betriebe wirtschaften gut. In diesem Zusammenhang sind die Ergebnisse einer anonymen Umfrage unter 199 deutschen Unternehmen, die von der Unternehmensberatung Berger (München) vorgenommen wurde, aufschlußreich. Danach würden 94 Prozent wieder in der Volksrepublik investieren, rund ein Drittel jedoch einen anderen Standort und eine andere Eigentumsform wählen. Als Grund für ihre Investition in China nannten fast zwei Drittel, von hier aus die Asienstrategie ihres Unternehmens betreiben zu wollen; 28 Prozent nannten als Grund die niedrigen Arbeitskosten und drei Prozent die geringen (!) Umweltauflagen.¹⁸

Die Bedeutung, die die Unternehmen mit ausländischem Kapital heute für die chinesische Volkswirtschaft haben, wird an folgenden Zahlen sichtbar:

- mit Hilfe ausländischer Direktinvestitionen wurden bis Ende 1997 rund 17,5 Millionen Arbeitsplätze geschaffen; das waren 17,5 Prozent aller Arbeitsplätze im nicht-agrarischen Bereich;
- angesichts des sprunghaft angewachsenen Beschäftigungsproblems ist das ein spürbarer Beitrag zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit in China;
- diese Unternehmen leisten einen gewichtigen Beitrag zur Finanzierung des Staatshaushaltes;
- sie haben z.B. seit 1992 insgesamt 210 Milliarden Yuan (ca. 25 Milliarden US-Dollar) an den Fiskus abgeführt (Zölle und Gebühren für die Nutzung von Grund und Boden nicht eingeschlossen); 1996 machte das fast zwölf Prozent der Gesamtsteuersumme aus;
- von jeweils 100 Yuan, die heute in China zur Entwicklung der Wirtschaft investiert werden, sind 13,9 Yuan ausländisches Kapital;
- von jeweils 100 Yuan des Produktionswertes der chinesischen Industrie entfallen 14,1 Yuan auf die Betriebe mit ausländischem Kapital;

¹⁷ Es gibt für diese Unternehmen drei verschiedene Eigentumsformen: Joint Venture, sog. Kooperationsunternehmen und Unternehmen mit ausschließlich ausländischem Kapital. Erstere dominierten bisher, letztere treten jetzt in den Vordergrund.

¹⁸ Die Welt v. 23.1.1998.

- diese Unternehmen bestreiten heute 47 Prozent des gesamten Außenhandels der Volksrepublik, darunter ca. 40 Prozent des Exports. Ihr Exportvolumen wuchs 1992-1997 im jährlichen Durchschnitt um 50,8 Prozent.¹⁹

China nimmt nicht nur ausländisches Kapital auf, es expandiert vor allem seit Beginn der 90er Jahre zugleich mit eigenen Investitionen im Ausland. Diese Investitionen beliefen sich nach Angaben der UNCTAD in den Jahren 1990-1994 auf insgesamt 2,4 Milliarden US-Dollar. Damit nahm die Volksrepublik den 2. Platz hinter Taiwan (2,6 Milliarden US-Dollar) unter den Entwicklungsländern insgesamt ein. Mitte 1997 wirtschafteten nach offiziellen Angaben 4.900 Unternehmen der Volksrepublik in 130 Ländern und Regionen mit vertraglich vereinbarten Investitionen von insgesamt 5,4 Milliarden US-Dollar. Sie sind im wesentlichen auf den Gebieten Handel, Übernahme von Bauprojekten, Bereitstellung von Arbeitskräften, Erschließung von Ressourcen, Verarbeitung, Produktion, Transport, Versicherung, Gesundheitswesen, Gastronomie und Hotelgewerbe tätig. Für die Übernahme von Bauobjekten und Projektierungen sowie die Bereitstellung von Arbeitskräften wurden z.B. 1997 Verträge in Höhe von 11,4 Milliarden US-Dollar abgeschlossen. Das war eine wertmäßige Steigerung von 10,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr.²⁰

Die Volksrepublik ist in den letzten Jahren zielgerichtet dazu übergegangen, aus über 500 Unternehmensgruppen bzw. Großunternehmen des Landes eigene "multinationale Konzerne" zu entwickeln, die an den Börsen notiert sind und weltweit agieren sollen. Es sind staatlich dominierte Mischkonzerne, in die Erfahrungen der kapitalistischen Transnationalen Konzerne - TNK - (vornehmlich Japans und der USA) einfließen. Der derzeit in der Volksrepublik herausgestellte Typ eines multinationalen Konzerns befaßt sich hauptsächlich mit Handel, ferner mit Bankgeschäften, Informationsdiensten und Dienstleistungen. Er soll über ein stark ausgebautes internationales Handelsnetz verfügen und die Ausfuhr von Waren, Kapital und Technologie fördern.

Ein Beispiel für diese Art Konzern ist die *Chinesische Internationale Transportgesellschaft*, die Mitte 1997 in 22 Ländern und Gebieten mit 110 Betrieben in Form von Tochterunternehmen und Joint Ventures vertreten war. Ein anderes Entwicklungsmodell des chinesischen multinationalen Konzerns ist die *Bao'an-Unternehmensgruppe*, die 1995 mit einem Vermögen von rund 6 Milliarden Yuan (etwa 740 Millionen US-Dollar) zu den ersten zehn an der Börse notierten Unternehmen der Volksrepublik gehörte. Ihre wichtigste Branche war bisher das Immobiliengeschäft. Ihr künftiger Schwerpunkt soll auf die Kapitalbewirtschaftung gelegt werden, die mit der Bewirtschaftung von Industrieunternehmen (auf dem Gebiet

¹⁹ Beijing Rundschau, Jg. 1997, Nr. 20, S. 25.

²⁰ Ebd., Nr. 26, S. 22f.

der Biomedizin u.ä.) verbunden werden soll.²¹ Mit der Entwicklung dieser Konzerne hofft die Volksrepublik nicht nur, dem Druck des ausländischen Kapitals auf dem eigenen Markt und der sich verschärfenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt standhalten, sondern im Kampf gegen die kapitalistischen TNK letztlich auch neue Märkte erobern zu können. Dabei dürften die ausgeprägte chinesische Fähigkeit zur Handelstätigkeit und die Heimatverbundenheit der Auslandschinesen positiv ins Gewicht fallen. Die zumeist jungen Führungskader dieser multinationalen Konzerne geben sich daher recht selbstbewußt und zuversichtlich. So schätzte der Vorstandsvorsitzende der *Bao'an-Gruppe*, Chen Zhengli (37 Jahre), ein, daß sie nicht schlechter seien als die ausländischen Unternehmen und künftig ihre Fähigkeiten weltweit voll entfalten würden.²²

Zusammenarbeit und Auseinandersetzung

Die Mitgliedschaft der VR China in internationalen Organisationen wie der *Weltbank* und dem *IWF* seit Frühjahr 1980 hat ihre Integration in die Weltwirtschaft wesentlich gefördert.

Die chinesische Führung setzte von Beginn des Reform- und Öffnungskurses an insbesondere auf die Zusammenarbeit mit der Weltbank, die sich in ihrer Tätigkeit bekanntlich auf die Problematik Entwicklung, Wirtschaftswachstum und sozial flankierende Maßnahmen konzentriert. 1981 wurde der erste Kredit ausgereicht. Seit 1993 ist die Volksrepublik der größte Kreditempfänger der Weltbank. Diese genehmigte bis zum Frühjahr 1998 insgesamt 186 Investitionsprojekte, die in fast allen chinesischen Provinzen angesiedelt sind, mit einer Gesamtsumme von über 28,6 Milliarden US-Dollar.²³ Die Gelder wurden in fast allen Wirtschaftsbereichen eingesetzt, so zur Unterstützung der Landwirtschaft, zur Beseitigung der Armut, zur Entwicklung des Verkehrs, zur Erschließung von Energiequellen und zur Verbesserung des Umweltschutzes. Für die letzten drei Jahre dieses Jahrhunderts hat die Weltbank dem Lande im jährlichen Schnitt nochmals 2,5 bis drei Milliarden US-Dollar an Krediten zugesagt. Der Vizepräsident der Weltbank für die asiatisch-pazifische Region, Jean-Michel Severino, teilte während seines Besuchs in Peking im April 1998 die Bereitschaft seiner Bank mit, Chinas Reformen in den Bereichen der Finanzen und der Staatsunternehmen sowie die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsprogramme des Landes weiterhin durch Kredite, technische und andere Dienstleistungen zu unterstützen.²⁴ Die im Mai 1998 ausgereichten zwei Kredite in Höhe von jeweils 100 Milliarden US-Dollar sollen das Land bei der Entwicklung der Forstwirtschaft in den wirtschaftlich armen Gebieten

²¹ Ebd., Nr. 25, S. 31ff.

²² Ebd., S. 33.

²³ Zum Vergleich: Im Geschäftsjahr 1997/98 vergab die Weltbank Darlehen in Höhe von insgesamt 28,6 Mrd. US-Dollar.

²⁴ Beijing Rundschau, Jg. 1998, Nr. 18, 5. Mai, S. 7.

Zentral- und Westchinas sowie bei der Verbesserung des Managements sowie der Nutzung der Küsten- und Meeresressourcen in Ostchina unterstützen.

In den mir zugänglichen chinesischen Quellen werden die Bedingungen der Weltbank wie auch des IWF für die Kreditvergabe an die VR China geflissentlich übergangen. Es darf jedoch angenommen werden, daß die Tätigkeit beider Institutionen, vor allem der Weltbank, die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung des chinesischen Reform- und Öffnungskurses maßgeblich beeinflußt hat. Das betrifft z.B. Analysen zum Zustand der Wirtschaft in der VR China, Empfehlungen für die Anpassung der Funktionsweise der Staatsorgane an die Marktwirtschaft und für die Ausarbeitung des gesetzlichen Rahmens für die Marktwirtschaft, Einflußnahme durch Seminare und Schulungen, Aufstellung von Leistungsbilanzen im Zusammenhang mit der Nutzung ausländischen Kapitals, Einflußnahme auf die Geldpolitik und den Aufbau eines Steuersystems.²⁵

In der Zusammenarbeit mit der Weltbank und dem IWF hält die chinesische Führung jedoch augenscheinlich daran fest, eigene Grundpositionen wie die Beachtung der nationalen Gegebenheiten und die eigenen strategischen Ziele zu bewahren. Sie setzte z.B. die Empfehlungen des IWF zur Gestaltung der Preispolitik seit den 80er Jahren und zur Wechselkurspolitik in den 90er Jahren nicht nur wesentlich vorsichtiger um, sondern sicherte auch weiterhin den staatlichen Einfluß in diesen Bereichen. So bleibt die Landeswährung Renminbi (seit September 1996) erst nur im Warenverkehr konvertibel, was sich angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise in Asien als vorteilhaft erweist. Entgegen dem Drängen der beiden internationalen Finanzinstitutionen bleibt die chinesische Führung bei ihrer prinzipiellen Haltung, den staatlichen Sektor nicht durchgängig zu privatisieren und seine bestimmende Rolle in der Volkswirtschaft im Zuge der weiteren Reform weiter zu qualifizieren. Sie lehnte es auch ab, der Empfehlung des Präsidenten des IWF, Michel Camdessus, für ein neues Wirtschaftsmodell zu folgen. Dem IWF wurde 1998 bekanntlich von westlicher Seite vorgeworfen, seine Politik angesichts der Krise speziell in Asien und gegenüber Rußland aus marktwirtschaftlichen Lehrbüchern entnommen zu haben, ohne die jeweilige Länderspezifika zu beachten. So hatte Camdessus auch dem sogenannten *Ostasiatischen Modell*²⁶ den Krieg

²⁵ Vgl. Xueming Song, Der chinesische Wirtschaftsraum als Faktor in der Weltwirtschaft, in: Carsten Herrmann-Pillath/Michael Lackner (Hrsg.), Länderbericht China. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 351, Bonn 1998, S. 309ff.

²⁶ Für die Entwicklung des ostasiatischen oder asiatischen Modells der Wirtschaftsentwicklung sehen chinesische Autoren den historischen Ausgangspunkt in der Wiedergeburt einer "dynamischen panasiatischen Kreativität" (in Auswirkung der Befreiung von der Kolonialherrschaft). Bei allen nationalen Unterschieden wird der ausgeprägte Regionalcharakter des Systems zur Verbesserung der Produktions- und Lebensbedingungen hervorgehoben: Einführung der Marktwirtschaft mit staatlichen Eingriffen in unterschiedlichen Varianten, offene Entwicklungsstrategien entsprechend den jeweiligen spezifischen nationalen Gegebenheiten, Ankurbelung der Wirtschaft durch Ausrichtung

erklärt und gefordert, es durch ein neues zu ersetzen. Bekanntlich hatte eine Gruppe von Entwicklungsländern in Ost- und Südostasien von den 70er bis in die 90er Jahre hinein ihre Wirtschaft auf einem im wesentlichen ähnlichen Weg mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von sechs bis acht Prozent (im Vergleich: kapitalistische Industrieländer drei Prozent) außerordentlich erfolgreich entwickeln können. Der Chefökonom der Weltbank, Joseph Eugène Stiglitz, sprach in diesem Zusammenhang gar von einem ostasiatischen Wirtschaftswunder, das die asiatische Wirtschaft verändert hätte. Ost- und Südostasien wurden in diesem Zeitraum ein gewichtiger Teil des Weltmarktes und ein Schwerpunkt der Investitionstätigkeit amerikanischer und europäischer Konzerne. Merklich angehoben wurden auch der Status und die Rolle dieser Region und Länder in der Weltpolitik. Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise in Asien zwingen die Länder der Region natürlich dazu, ihr bisheriges Modell des Wirtschaftswachstums zu überdenken und Korrekturen an Fehlentwicklungen (z.B. am Finanzsystem) vorzunehmen. Sie lehnen es jedoch ab, das "amerikanische Modell" zu übernehmen und damit dem "amerikanischen Wirtschaftsliberalismus" Tür und Tor zu öffnen. Der damalige stellvertretende Ministerpräsident und heutige Premier Zhu Rongji erklärte dazu auf der Hongkonger Tagung der Weltbank und des IWF im September 1997 unmißverständlich, daß man von den realen Verhältnissen Chinas ausgehe und nicht beabsichtige, ausländische Modelle schablonenhaft zu übernehmen.²⁷

Über die Aufnahme in die *Welthandelsorganisation* (zunächst GATT, dann WTO) verhandelt die VR China seit 1987. Der Beitritt hätte für sie vor allem den Vorteil, sich weitere, für sie bisher schwer zugängliche Märkte erschließen zu können. China meint jedoch, im eigenen Interesse nur mit dem Status eines Entwicklungslandes beitreten zu können. Bis Ende Februar 1998 schloß es mit 35 Staaten bilaterale Vereinbarungen zur Unterstützung seines WTO-Beitritts ab, darunter mit Australien, der Republik Korea und Japan. Während die EU aus ihren Interessen heraus bereit ist, China in der Frage seines Status als Entwicklungsland im bestimmten

auf den Markt, marktorientierte Entwicklungsstufen von Importsubvention über Exportsubvention zu high-tech-intensiver Produktion, hohe Investitionsquoten, enorm hohe Spareinlagen und steigende Exportquoten befördern rapides Wirtschaftswachstum. In Asien nahmen vor allem die ostasiatischen Länder die globalen Herausforderungen der 90er Jahre zur Weiterentwicklung des Modells an: Diversifizierung der Industriestruktur, beträchtliche Einschränkung der staatlichen Eingriffe in die Marktwirtschaft, Förderung des privaten Sektors und mehr Autonomie für die Staatsunternehmen, Konzept des sogenannten Wachstumsdreiecks: ausländische Investoren liefern Kapital, Technologie und Management-Expertise, das Empfängerland stellt Grundstücke, natürliche Ressourcen und Arbeitskräfte zur Verfügung. Das ostasiatische oder asiatische Modell beweist nach chinesischer Auffassung, "daß Asien seine Modernisierung auf eigene Weise zustande bringen kann und nicht auf das Kopieren westlicher Lehrbücher angewiesen ist". Cheng Qizhan, Wirtschaftswachstum: das asiatische Modell, in: Beijing Rundschau, Jg. 1996, Nr. 32, 6. August, S. 8-11.

²⁷ Beijing Rundschau, Jg. 1997, Nr. 48, S. 14/15.

Maße entgegenzukommen²⁸, lehnen die USA bislang jeden Kompromiß in dieser Frage ab. Um ein weitgehend ungehindertes Vordringen ihrer Unternehmen auf dem chinesischen Markt zu erreichen, fordern sie, daß die Volksrepublik vor ihrer Aufnahme das System ihrer Außenwirtschaft den Grundprinzipien und dem Organisationsmechanismus der Weltorganisation angepaßt haben müsse. Das aber würde zum gegenwärtigen Zeitpunkt das Aus für große Teile der chinesischen Volkswirtschaft bedeuten. In Peking ist man aber bestrebt, jene Bereiche der eigenen Industrie, in denen sie noch in den Kinderschuhen steckt, für einen gewissen Zeitraum weiterhin vor der übermächtigen ausländischen Konkurrenz zu schützen. Der Status eines Entwicklungslandes würde dies erlauben. Ungeachtet dessen hat die chinesische Führung vor allem in den letzten Jahren eine Reihe von Schritten unternommen, um ihrerseits Bedingungen für einen WTO-Beitritt zu schaffen. So wurde der Zollsatz in bisher vier Schritten für 73 Prozent aller zollpflichtigen Waren (4.800 Produkte) auf 17 Prozent abgesenkt. Im Jahre 2000 soll er weiter auf 15 Prozent reduziert werden. Das entspräche dann dem Zollniveau der Entwicklungsländer. Für Industriewaren soll der Zolltarif ab 2005 nur noch zehn Prozent ausmachen. Beim Import von High-Tech sollen die Zölle noch schneller verringert werden. Die USA fordern hingegen eine sofortige Senkung der chinesischen Zölle auf zehn Prozent und zudem eine Verringerung der Spitzenzölle für amerikanische Importautos von derzeit 120 auf 30 Prozent. Ein noch größerer Streitpunkt sind die nicht-tarifären Handelshemmnisse wie Importlizenzen und -kontingente, die zum Schutz der chinesischen Wirtschaft gehandhabt werden. China ist auch auf diesem Gebiet den kapitalistischen Industriestaaten in den letzten Jahren bereits entgegengekommen. Unterlagen 1992 noch über 1.200 Importgüter einer zahlenmäßigen Beschränkung, so waren es Ende 1997 nur noch 300. Beabsichtigt ist, auch diese Beschränkung in nächster Zeit weiter zu lockern. Unter Berücksichtigung der geplanten Wirtschaftsentwicklung will die VR China bis 2010 auf diese Instrumente der Außenhandelspolitik gänzlich verzichten. Washington fordert jedoch ihren völligen Abbau bereits in den nächsten fünf Jahren. Unverblümt verlangen die USA, ihren Unternehmen einen besseren Zugang zum chinesischen Markt zu verschaffen und eine ausreichende Markttransparenz zu sichern. Eine andere Bedingung ist, daß dieser Markt in größerem Ausmaß für amerikanische Agrarprodukte geöffnet

²⁸ Die EU vertrat bisher die Position, daß es nicht sinnvoll sei, darüber zu diskutieren, ob China den Status eines Entwicklungslandes oder eines neuen Industrielandes zugesprochen bekommt oder ob es sich tatsächlich vollständig der Marktwirtschaft verschrieben hat. Wichtig sei vielmehr, daß es auf dem Wege dahin ist. China solle schrittweise aufgenommen werden, ohne daß es schon alle Bedingungen für eine Aufnahme in die WTO erfülle. Die EU sei schon zufrieden, so EU-Kommissar Leon Brittan, wenn China eine "Anzahlung" leiste. Vgl. Handelsblatt v. 8.11.1996. Auf dem Pekingener Gipfel China-EU Ende Oktober 1998 hat Brittan jedoch - wie die USA - wiederum stärkeren Druck ausgeübt, indem er erklärte, daß Chinas marktwirtschaftliche Entwicklung noch "nicht genügend Fortschritte für einen WTO-Beitritt" gemacht habe (Die Welt v. 2.11.1998).

wird²⁹ Die USA und andere WTO-Mitglieder bestehen weiterhin darauf, daß China vor seinem WTO-Beitritt den Dienstleistungs- und den Finanzsektor für ausländische Investitionen öffnet. Die chinesische Seite erklärte sich daraufhin im Verlaufe der Genfer Verhandlungen der WTO Ende 1997 bereit, auch das Bank- und Versicherungswesen des Landes stärker dem internationalen Wettbewerb auszusetzen. Ausländische Banken dürfen demzufolge mit der gleichen Summe Grundkapital arbeiten wie die chinesischen. Auf dem Versicherungsmarkt sollen ebenfalls rein ausländische Unternehmen zugelassen werden.

Zur Gesamtsituation der Verhandlungen über den WTO-Beitritt schätzt man ihn Peking ein, daß insbesondere die USA die chinesischen Möglichkeiten überfordern.³⁰

Präsident Jiang Zemin legte die chinesische Position Mitte Juni 1998 nochmals unmißverständlich dar: Eine globale Organisation wie die WTO sei ohne das Mitglied China unvollständig. China werde als *Entwicklungsland* beitreten. Wenn China in die WTO aufgenommen werde, müsse es ein Gleichgewicht zwischen Rechten und Pflichten geben. Er fügte hinzu, daß China seine Reform und Öffnung unabhängig vom Ergebnis der laufenden Verhandlungen fortsetzen werde und seine Wirtschaftsbeziehungen mit allen anderen Ländern entschlossen und aufrichtig weiterentwickeln wolle. "Der Fluß" werde, gab er "durch die Blume" zu verstehen, "trotz Behinderung durch die Berge weiter nach Osten fließen".³¹ In Peking ist man der Auffassung, daß der aktive Beitrag, den China zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise in Asien geleistet hat und leistet,³² auch bei den weiteren Verhandlungen über seine Aufnahme in den WTO berücksichtigt werden sollte. Zur Stabilisierung der asiatischen Wirtschaft sei man bereit, mit den USA zusammenzuwirken.

²⁹ Ein Beispiel, wie rigoros die USA ihre wirtschaftlichen Interessen in Verhandlungen über den WTO-Beitritt durchsetzen, bietet das am 7.8.1998 unterzeichnete Abkommen mit (dem selbständigen Zollgebiet) Taiwan. Die taiwanische Seite mußte sich bereiterklären, die Zölle für den Import von 8.000 amerikanischen Agrar- und Industrieprodukten zu senken, amerikanische Unternehmen bei Projektausschreibungen durch die Regierung gleichberechtigt mit lokalen Unternehmen zu behandeln und die Öffnung des Dienstleistungssektors in den Bereichen der Finanzen und der Telekommunikation zuzusagen. Entsprechende Zugeständnisse der amerikanischen Seite - Fehlanzeige. Vgl. *The Free China Journal*, vol xv, No 32, August 14, 1998, p. 3.

³⁰ Siehe die Ausführungen des Ministers für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Shi Guangshen, in: *Renmin Ribao* v. 23.6.1998.

³¹ Bericht über sein Gespräch mit Elisabeth G. Weymouth vom US-Magazin *Newsweek* und der *Washington Post*, in: *Beijing Rundschau*, Jg. 1998, Nr. 28, 14. Juli, S. 8.

³² China leistete vor allem einen gewichtigen Beitrag, indem es seine Landeswährung nicht abwertete, obwohl es damit nicht geringe Risiken einging und insbesondere im Export einen hohen Preis bezahlte. Dieser Politik wirkte einer weiteren Eskalation der Finanz- und Wirtschaftskrise maßgeblich entgegen, was auch seitens der USA anerkannt und gewürdigt wurde. Daneben stellte China beträchtliche Mittel von mehreren 100 Millionen US-Dollar zur Verfügung, um Thailand, Indonesien, Südkorea und Rußland direkt bzw. über den IWF bei der Eindämmung der Krise zu unterstützen.

Chinesische Ökonomen wenden sich der Sache nach gegen die neoliberale Globalisierungsstrategie und ziehen aus den gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrisen den Schluß, daß ein neues internationales Finanzsystem zu schaffen sei, das den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts angepaßt ist.³³

Ausblick

Es scheint zunächst alles darauf hinauszulaufen, daß die VR China mit ihrem auf Jahrzehnte hinaus unaufholbaren Rückstand zum ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Weltniveau angesichts der heutigen Stufe der Globalisierung der Weltwirtschaft vom internationalen Kapital überannt werden wird, zumal die Industriestaaten mit dem "Multilateralen Investitionsabkommen" (MAI) eine "neue Verfassung für die vereinigte Weltwirtschaft" (Formulierung des Präsidenten der WTO, Renato Ruggero) vorbereiten. Das Abkommen würde, wenn es in seinen Grundlinien durch den Widerspruch Frankreichs und anderer Industrieländer nicht doch noch jetzt verändert wird, den TNK auch in China faktisch freie Hand geben und den lokalen Unternehmen einen für sie zumeist aussichtslosen Wettbewerb aufzwingen, ohne daß der chinesische Staat dagegen einschreiten könnte.

Doch China ist nicht Rußland und schon gar nicht Jugoslawien. Es hält einige starke Trümpfe in der Hand:

- es wird von einer KP geführt, die im Verlaufe des bisherigen 20jährigen Prozesses reiche Erfahrungen auch im Umgang mit dem internationalen Kapital gesammelt hat;
- China gilt im Westen, so auch für die Deutsche Bank, als der "wichtigste Wachstumsmarkt" in der Welt; allein in den letzten vier Jahren dieses Jahrhunderts bietet dieser Markt nach offiziellen chinesischen Angaben ein Volumen von ca. 700 Milliarden US-Dollar;

- hinsichtlich der getätigten Direktinvestitionen weist die Volksrepublik eine Besonderheit auf, die ihre Position in der kapitalistischen Weltwirtschaft stärken kann: Zwei Drittel bis drei Viertel dieser Investitionen kommen aus Hongkong, Macao, Taiwan und von Auslandschinesen in Übersee;

³³ In chinesischen Publikationen finden sich zu diesem Thema bisher eine Reihe von Überlegungen wie: Die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten seien auch auf den Einfluß politischer Faktoren zurückzuführen. Es bedürfe einer verstärkten Überwachung vor allem der Devisen und Aktienmärkte durch die Staaten und eines Mechanismus, der vor finanziellen Risiken warne. Wirtschaftsstrukturen seien so zu regulieren, daß sich keine "Seifenblasenökonomie" entwickeln könne. Langfristig gesehen könne die Stabilität der Märkte nur durch eine weitere Regulierung des Marktmechanismus und eine Reform des internationalen Finanzsystems erreicht werden.

- mit einer möglichen schrittweisen Lösung der Taiwanfrage würde sich ein chinesischer Wirtschaftsraum herausbilden, der mit dem der USA vergleichbar wäre.

So betrug z.B. das Außenhandelsvolumen des chinesischen Festlands, Hongkongs und Taiwans 1996 zusammen knapp 890 Milliarden US-Dollar, d.h. es war kaum kleiner als das der USA. Dabei wären auch die Bürger südostasiatischer Staaten chinesischer Abstammung und die Auslandschinesen in der Region in Rechnung zu stellen, die dort die Wirtschaft weitgehend beherrschen.

Die weitere Ausbildung der multipolaren Welt mit ihren regionalen Wirtschaftsräumen bietet der Volksrepublik neue Möglichkeiten, die verschiedenartigen Interessenunterschiede und Widersprüche noch stärker als bisher zu nutzen.

In diesem Sinne betrachtet man in Peking die fortschreitende Integration der EU und die Einführung des Euro, der sich neben dem US-Dollar zu einer gleichberechtigten zweiten Währung der Weltwirtschaft entwickeln könnte, überaus positiv.

Aus diesen und weiteren Faktoren ergibt sich durchaus die Möglichkeit, daß sich die VR China bei Wahrung der inneren gesellschaftlichen Stabilität und einem weiteren überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum in der kapitalistischen Weltwirtschaft behauptet.

Zeitung für Linke

Es gibt keine Wahrheit

Wenn wir sie nicht suchen

ak

Analyse und Kritik

Jeden Monat neu

Probexemplar (3DM in Briefmarken)

oder gleich ein Abo:

ak - Rombergstr.10 - 20255 Hamburg

Tel: 040-40170174 Fax: 040-40170175

Email: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

ISW sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

analysen fakten & argumente

isw-report

erscheint vierteljährlich
5,- DM zzgl. Versand (Jahresabo: 30,- DM)

150 Jahre Geschäfte des Siemens-Konzerns (Nr. 33, Okt. 97), 44 S., 6,- DM

Globalisierung und Multis (Nr. 34, Januar 1998)

Bilanz neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik (Nr. 35, Mai 1998)

Süd-Globalisierung Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft (Nr. 36, August 1998)

isw-spezial

Cuba libre - Kuba liberal? (Nr. 9, Januar 1997), 5,- DM + Vers.

Energiesteuer - und dann? (Nr. 10, April 97), 80 S., 8,- DM + Vers.

isw-wirtschaftsinfo

Tiger, Drachen und Finanzhaie und die Hyänen des IWF - Wirtschaftskrise in Südostasien und die Weltwirtschaft (Nr. 27, Jan. 98), DM 5,- + Vers.

isw-grafikdienst

Der Steuerskandal (Nr. 3, Juni 96) 10,- DM + Vers.

Armut und Sozialabbau (Nr. 4, Jan. 97) 10,- DM + Vers.

Arbeits-Los (Nr. 5, April 98) 10,- DM + Vers.

Prospekte anfordern, bestellen, abonnieren, fördern

isw - institut für sozial-ökologische
Wirtschaftsforschung e.V.
Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München
fon: 089-130041, fax 089-168 94 15

Neu bei isw!



Harald Werner

PDS: Der Graben hinter der Fünf-Prozent-Hürde

Die Bundestagswahl brachte der PDS fast nur Gutes: Den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde und damit den Fraktionsstatus, die erneute Eroberung von vier Berliner Direktmandaten und den großen Vorteil, trotz dieses Erfolges der SPD nicht als Vorwand für eine Große Koalition zu dienen. SPD und Grüne haben eine ansehnliche Mehrheit und die SPD kann sich jetzt mit der im übrigen Europa herrschenden Normalität vertraut machen, daß es neben einer sozialdemokratisch geführten Regierung eine linke Opposition gibt. So weit scheint für die PDS alles in bester Ordnung. Doch die Normalisierung eröffnet der Partei nicht nur neue Chancen, sie wirft auch die Frage nach ihren Möglichkeiten auf. Ein differenzierender Blick auf die Wahlergebnisse zeigt nämlich nicht nur die Chancen, sondern auch die ungelösten Probleme der PDS.

Doch bevor man sich den Bedenkenträgern anschließt, die der PDS seit ihrer Gründung das Etikett des Auslaufmodells aufzukleben suchen, lohnt ein Blick auf die realen Zahlen. Denn so unzureichend der Schluß von den Wahlergebnissen der PDS auf ihre Politikfähigkeit ist, so falsch ist es, die realen Stimmengewinne zu ignorieren.

Aufwärtsentwicklung seit acht Jahren

Rein rechnerisch betrachtet spiegelt das 98er Ergebnis der PDS eine stabile Aufwärtsentwicklung wider. Mit Ausnahme von Berlin und Bremen, worauf noch näher einzugehen sein wird, wurden sowohl im Osten als auch im Westen seit acht Jahren bei allen Wahlen wachsende Stimmzahlen erzielt. Die mehrfach totgesagte Partei hat ihre Wählerstimmen in der nun dritten Bundestagswahl seit 1990 mit einem Wachstum von 122,5 Prozent mehr als verdoppelt. Selbst die enorme Wahlbeteiligung am 27. September konnte deshalb nicht verhindern, daß die Fünf-Prozent-Hürde übersprungen wurde.

Auch manch anderes, was der PDS vorhergesagt oder von ihr behauptet wurde, hält den Zahlen nicht stand. 1994 glaubten Wahlforscher wie Konkurrenten und auch die Parteispitze selbst, daß das WählerInnenpotential im Osten nunmehr ausgeschöpft sei. Doch die Prognose war falsch. Gegenüber 1994 nahmen die Zweitstimmen in den neuen Ländern erneut um 19 Prozent zu, obwohl die Mitgliederzahl um rund die doppelte Größe abgenommen hatte. Besonders Bundesländer wie Sachsen oder Thüringen, in denen die Union stark und die PDS bis 1994 eher schwach war, legten gegenüber der letzten Bundestagswahl um 35 beziehungsweise 38 Prozent zu. Auch die viel gelästerte Westentwicklung kann zumindest beachtliche pro-

zentuale Steigerungsraten ausweisen. Die Zweitstimmen haben hier seit 1990 um 281 Prozent zugenommen, während das Wachstum in den neuen Ländern 105 Prozent betrug.

Da die repräsentative Wahlstatistik einer der letzten Sparmaßnahmen der abgewählten Bundesregierung zum Opfer gefallen ist, weiß man bis heute wenig über die soziale Struktur der Wählergruppen vom 27. September. Doch schon die Befragungsergebnisse vom Wahltag und die ersten Vergleiche zwischen verschiedenen Wahlkreisen widerlegen die weit verbreitete Annahme, daß sich die PDS auf ein aus Altersgründen schwindendes Potential stützt oder ihre Stimmen aus der notwendigerweise kleiner werdenden Gruppe der am härtesten getroffenen Anschlußopfer gewinnt.

Erhebliche Unterschiede zwischen Partei und Wählerschaft

Wenn die Medien über den politischen Alltag der PDS-Basis berichten, können sie selbst bei nur geringer Voreingenommenheit leicht das Bild eines Altersheimes malen. Rund zwei Drittel der Parteimitglieder sind im Rentenalter und die Mitgliedschaft schrumpft. Es ist jedoch ein gravierender Fehler der meisten Beobachter, vom Durchschnittsalter der Mitglieder auf die Altersstruktur der politisch Aktiven in Vorständen oder Parlamenten zu schließen und ein noch größerer Irrtum ist die Gleichsetzung der Parteistruktur mit der Wählerschaft. Im Gegensatz zur Union oder zur SPD, aber auch zu den Grünen, zeigt die Alterskorrelation bei der PDS eine viel geringere Streuung und nähert sich fast einer Normalverteilung an, mit leichter Konzentration auf die jüngeren Jahrgänge.¹ Ausgerechnet bei den über Sechzigjährigen wird mit vier Prozent der geringste WählerInnenanteil gemessen, während die 35- bis 44jährigen mit sieben Prozent überrepräsentiert sind und alle anderen Gruppen auf dem Mittelwert von fünf Prozent liegen. Wobei die PDS die Überrepräsentanz bei den mittleren Geburtsjahrgängen offenbar den Frauen verdankt. Insgesamt liegt der Rentneranteil unter den PDS-WählerInnen ziemlich genau auf dem Mittelwert, während diese Gruppe bei der Union mit fast fünf und unter den SPD-WählerInnen mit zwei Prozent überrepräsentiert ist. Damit wird auch die Annahme falsifiziert, die PDS stütze sich insbesondere in den neuen Ländern auf die Verlierer des Einigungsprozesses. Die Überrepräsentanz bei den 35- bis 44jährigen läßt vermuten, daß es sich in den neuen Ländern hier überwiegend um Menschen handelt, die noch nicht zur DDR-Elite gehörten, aber auch heute geringe Chancen sehen, in der von zunehmendem Wettbewerb und Arbeitslosigkeit geprägten Gesellschaft eine aussichtsreiche Karriere einzuschlagen. Eine Studie zum ostdeutschen WählerInnenpotential belegt, daß die voll Berufstätigen die größte Gruppe in der PDS-Wählerschaft

¹ Vgl. Der Spiegel, Wahlsonderheft '98, S. 34.

stellen und nur rund zwei Prozentpunkte unter dem entsprechenden Wert bei CDU und SPD-Wählern liegen.²

So gesehen läßt sich weder die These von einem schwindenden WählerInnenpotential aufrechterhalten, noch die Annahme rechtfertigen, daß sich die PDS bei Wahlen auf die Verlierer der Einheit oder vorwiegend auf die Alten stützt. Die empirischen Daten sprechen eine andere Sprache als die veröffentlichte Meinung. Was übrigens auch ein Vergleich der PDS-Gewinne in den verschiedenen neuen Ländern tut. In Berlin, wo die größte Dichte der ehemaligen DDR-Elite zu vermuten ist, mußte die Partei bei den jüngsten Bundestagswahlen empfindliche Einbußen hinnehmen, während die größten Gewinne in den ehemaligen CDU-Hochburgen Sachsen und Thüringen anfielen. Und obwohl alle anderen Ost-Länder ihre Stimmenanteile verbesserten, verzeichnete Berlin gegenüber 1994 einen Verlust von neun Prozentpunkten. Im Osten der Stadt gingen 26.000 Zweitstimmen, interessanterweise aber nur 1.000 Erststimmen verloren, was offenbar darauf zurückzuführen ist, daß sich in den vier wieder eroberten Direktwahlkreisen zwar mehr Menschen mit ihrer Zweitstimme für eine rot-grüne Bundesregierung entschieden, aber trotzdem nicht auf die PDS im Bundestag verzichten wollten.

Das Berliner Ergebnis mag man unterschiedlich interpretieren, aber es spricht nicht für die viel beschworene Ostalgie der PDS-Wählerschaft, sondern für eine sehr differenzierte Wahlentscheidung und für eine wachsende Neigung zu wechselndem Wahlverhalten. Der These von der Ostalgie der PDS-WählerInnen stehen übrigens auch die Wählerwanderungen entgegen. Im gesamten Wahlgebiet verlor die Union 275.000 und die SPD trotz erheblicher Gesamtgewinne 321.000 Zweitstimmen an die PDS. Schwer vorstellbar, daß es sich bei diesen 600.000 WählerInnen um Menschen handelt, die in Treue an der DDR festhalten wollen.

Das doppelte Gesicht der Normalität

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die PDS auf dem Weg zu einer Volkspartei ist, die neben einer differenzierten Stammwählerschaft wie alle anderen um Wechselwähler aus anderen politischen Lagern kämpfen muß. Der Charakter als Milieu-Partei hat sich in der letzten Wahl abgeschwächt. Doch eine solche Feststellung mag die mütterliche Wärme des beliebten Vorurteils erkalten lassen, daß sich die PDS lediglich als Auslaufmodell der DDR über Wasser hält, als sozialistische Partei weist sie sich damit noch lange nicht aus. Und genau das markiert die Doppeldeutigkeit der beobachtbaren Normalisierung. Die PDS paßt in vielerlei Hinsicht noch immer nicht in die gewohnte Parteienlandschaft. In der bundesdeutschen

² Michael Chrapa/Dietmar Wittich, Politische Potentiale für andere Mehrheiten? Sekundäranalyse der Daten des Projekts "Gesellschaftskritische Potentiale", Berlin/Halle 1997, S. 33.

Parteiendemokratie spielt sie die Rolle eines Importartikels und eines ungeliebten Überbleibels der DDR, was zu mannigfaltigen Benachteiligungen und Ausgrenzungen der "nicht normalen" Partei führt. Aber sie ist auch als linke Partei kein Normalfall. Linke Parteien entstehen aus sozialen Bewegungen und etablieren sich als intellektuelles Projekt. Die PDS aber ist nicht aus einer sozialen Bewegung, sondern aus einem staatlichen Zusammenbruch entstanden, und obwohl sie von Anfang an ein Projekt von Intellektuellen war, konnte sie sich bis heute nicht als unverwechselbares intellektuelles Projekt verankern, wie einst die Sozialdemokratie mit dem Marxismus, die westeuropäischen KP's mit dem Eurokommunismus oder zuletzt die Grünen mit der ökologischen Ideologie.

Welche Normalität ist also zu erwarten? Auf der einen Seite steht die Option der sozialdemokratischen Volkspartei mit ostdeutscher Prägung, auf der anderen das unvollkommene linke Projekt, das seine Rolle erst spielen kann, wenn es von den sozialen Bewegungen als ihr eigenes angenommen wird und sich zu einer intellektuellen Herausforderung für alle anderen Parteien verdichtet. Das erste ist bereits erreicht, wenn die bekannten Ausgrenzungen wegfallen und die PDS-Chiffre in die Medienomenklatur aufgenommen ist, doch zu einer "normalen" linken Partei, die sich mit der übrigen europäischen Linken vergleichen läßt, gehört wesentlich mehr.

Selbst wenn man akzeptiert, daß die Umriss sozialistischer Politik nicht nur in Deutschland, sondern auch anderswo immer noch äußerst diffus sind, stellt sich die Frage, ob Wählerschaft und Parteientwicklung der PDS die Chance bieten, bei der Formierung einer neuen europäischen Linken eine maßgebliche Rolle zu spielen. Zugegebenermaßen läßt die Datenlage eine solche Prognose nicht zu. Wenn man jedoch von zwei extremen Hypothesen ausgeht, nämlich einerseits von der Entwicklung zur ostdeutschen Volkspartei mit traditionell sozialdemokratischer Orientierung und auf der anderen Seite einer Partei, die den Kern einer neuen sozialistischen Bewegung in sich trägt, dann gibt es doch eine Reihe von Indikatoren, die für eine narrative Prognose ausreichen können. Diese Indikatoren betreffen die soziale Zusammensetzung der Wählerschaft - so weit überhaupt bekannt -, sie beziehen sich auf einen Vergleich von Gewinn- und Verlustregionen der PDS und sie können aus Tendenzen der inneren Entwicklung abgeleitet werden.

Sozialdemokratisierung?

Seit der weitgehend von außen eingeleiteten Metamorphose der SED zur PDS warnen nicht verstummende Stimmen vor einer Sozialdemokratisierung der Partei. Gerade im Westen melden sich nicht wenige Bedenken-träger zu Wort, die lieber weniger Wahlstimmen hätten, wenn es nur die "richtigen" wären. Für eine Prognose über die zukünftige Entwicklung der PDS taugen diese Warnungen schon deshalb nicht, weil sie häufig von Weltbildern geprägt sind, die mit der realen Welt wenig zu tun haben. Ih-

nen liegt entweder eine ausgesprochen enge Vorstellung von sozialistischer Politik in einer parlamentarischen Demokratie zugrunde oder eine ideologische Reduktion der Sozialdemokratie auf den eigentlichen Feind der Linken.

Tatsächlich spiegeln sich in den Fraktionen und Vorständen, aber auch auf den Parteitag, gegensätzliche Modernisierungsströmungen wider, die nur von der Orthodoxie in einen Topf geworfen werden, untereinander aber so weit differenzieren, daß sie fast das ganze Parteienspektrum, mit Ausnahme der extremen Rechten, abdecken. Auf der einen Seite finden sich marktradikale Auffassungen, die manche Gewerkschafter erschauern lassen und nur deshalb nicht pauschal neoliberal genannt werden können, weil sie eher moralisch als ökonomisch argumentieren. Auf der anderen Seite spiegelt die PDS das gesamte Spektrum linker Erneuerung wider, das vom subjektiven Idealismus bis hin zu den moderaten Ökonomen reicht. Wobei die Unterschiede häufig genug nicht auf ausgewiesene theoretische Differenzen zurückgehen, sondern auf mentale oder machtpolitische Gegensätze. Dabei wird über lange Zeit der Ost-West-Konflikt eine nicht unmaßgebliche Rolle spielen.

Wer in der PDS Anzeichen für die Entwicklung zu einer ostdeutschen Volkspartei mit traditionell sozialdemokratischem Zuschnitt sucht, wird dafür ebenso Anzeichen finden wie für Tendenzen zu einer modernen sozialistischen oder reformkommunistischen Partei westeuropäischen Zuschnitts. Diese internen Konstellationen oder Möglichkeitsformen spielen jedoch keine alle künftigen Entwicklungen dominierende Rolle. Sie sind nur so lange von erstrangiger Bedeutung, so lange die PDS eben keine normale Partei ist, sondern sich weitgehend mit sich selbst beschäftigt, weil die Öffentlichkeit weniger Interesse an ihren mehr oder weniger intelligenten Auseinandersetzungen zeigt als an ihren wirklichen oder vermeintlichen Skandalen. Sektierertum und eitle Selbstbezogenheit sind nämlich viel weniger selbstverschuldet als eine unausbleibliche Folge der von außen diktierten Isolation. Je normaler die PDS in dem ganz einfachen Sinne wird, daß sie als normale Partei im ganzen Land und nicht nur in den neuen Ländern und insbesondere von den Linken akzeptiert wird, desto realitätssnäher und qualifizierter werden ihre internen Klärungsprozesse verlaufen. Und dabei wird es wiederum eine entscheidende Rolle spielen, wer sich für die internen Diskussion der PDS interessiert, welche sozialen Gruppen Ansprüche geltend machen, welche Medien ihr Interesse an der PDS gewinnen und welche intellektuellen Strömungen den Dialog suchen werden.

Auch Regierungsbeiträgen oder Tolerierungsmodelle in den neuen Ländern werden nicht von sich aus dazu beitragen, daß die PDS dorthin abdriftet, wo die SPD bereits ist. Dazu sind die internen Konstellationen zu offen und zu eindeutig links. Natürlich führen Regierungseinbindungen notwendigerweise zur faktischen Integration in das bestehende Politikkon-

zept. Um so entscheidender ist, wie handlungsfähig die Parteibasis ist und wie sich ihre Verknüpfung mit der Wählerschaft gestaltet. Wobei das Letztere wohl die ausschlaggebende Rolle spielen dürfte.

Die Bindungskräfte der PDS unter den Linken

Die unterschiedlichsten Untersuchungen weisen für die BRD seit drei Jahrzehnten ein relativ stabiles, wenn auch inzwischen alterndes linkes Potential aus.³ Das Besondere an dieser Gruppe ist freilich, daß sich ihre Mehrheit daran gewöhnt hat, das kleinere Übel zu wählen. Das gilt nicht nur seit langem für sozialdemokratische, sondern zunehmend auch für grüne Linkswähler. Insgesamt wird mehr gegen rechts gewählt, als daß man durch seine Stimmabgabe Übereinstimmung mit der bevorzugten Partei ausdrückt. Die oben schon zitierte Sekundäranalyse von Crapa und Wittich machte unter den WählerInnen im Westen ein Potential von "linken Veränderern" aus, das bei der SPD auf 15,3 und bei den Grünen auf 27,8 Prozent kommt. Die Linksreformer kommen auf 38,7 beziehungsweise 40 Prozent.⁴ Entsprechende Angaben über die Zusammensetzung der westlichen PDS-WählerInnen sind wegen der geringen Fallzahl in der entsprechenden Untersuchung ohne statistische Aussagekraft.

Gemessen an ihrem jüngsten Westergebnis erreicht die PDS allerdings im Westen nicht einmal ein Zehntel der "linken Veränderer". Das muß nicht verwundern, wenn berücksichtigt wird, wie sehr sich diese Linken daran gewöhnt haben, taktisch zu wählen. Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Grundorientierung und Wahlentscheidung dürfte wesentlich stärker ausfallen als in allen anderen westeuropäischen Ländern, in denen es seit Jahrzehnten eine parlamentarische Linke neben der Sozialdemokratie gibt. Wenn die PDS im Westen sowohl als Mitglieder- als auch als Wahlpartei schlecht ankommt, dann mag das auf interne Schwierigkeiten und auch auf ihre relative Fremdheit als Ostpartei zurückzuführen sein, es hat aber auch viel mit der vorherrschenden Parteiskepsis zu tun. Die meisten Linken können mit der Wahl des kleineren Übels leben und ihre Begeisterung gegenüber einer neuen linken Partei hält sich dank schlechter Erfahrungen in äußerst engen Grenzen.

Verwunderlicher ist jedoch schon, daß sich der Osten so wenig vom Westen unterscheidet. Zwar ist hier der Anteil "linker Veränderer" um 6,2 Prozentpunkte höher als im Westen, aber selbst unter den PDS-WählerInnen erreicht er nur 36,4 Prozent, gefolgt von einem Anteil von 22,1 Prozent unter den sozialdemokratischen und 8,3 Prozent unter den grünen WählerInnen. Bei SPD und PDS-WählerInnen stellen die "Linksreformer" jeweils den größeren Anteil und bei den Bündnisgrünen die Unentschiedenen.

³ Crapa/Wittich kommen im Westen auf einen Prozentanteil von 11,5 und im Osten auf 17,6, Prozent, a.o.O., S. 17.

⁴ ebenda, S. 22.

Bei aller Skepsis gegenüber der Demoskopie und eingedenk der Tatsache, daß es sich hier um weit vor der Bundestagswahl erhobene Ergebnisse handelt, lassen sich doch drei Schlußfolgerungen ziehen: Erstens erreicht die PDS im Westen nur einen geringen Teil der "linken Veränderer". Zweitens verteilt sich diese Gruppe selbst im Osten so sehr auf drei Parteien, daß die PDS dort nicht die Mehrheit "linker Veränderer" bindet und drittens spricht die bei allen drei Parteien herrschende Dominanz der "Linksreformer" für eine auch in Zukunft starke Tendenz, gerade um diese Gruppen zu werben. Hier sind am ehesten WechselwählerInnen zu holen und unter ihnen dominieren die realpolitischen über die weltanschaulichen Positionen, so daß die PDS der Versuchung unterliegen könnte, diesem Potential die größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Bei gründlicherer Betrachtung erweist sich das freilich selbst dann als Trugschluß, wenn man die PDS bewußt auf das linksreformerische Potential orientieren will - aus welchen Gründen auch immer. Auf der einen Seite konzentrierte sich die Partei dann auf ein Spektrum, das ihr am ehesten abgenommen werden kann. Andererseits würde sie genau das Spektrum mit den größten Wachstumschancen verspielen.

Erschöpfte, neue und brachliegende Potentiale

Betrachtet man die Entwicklung der einzelnen Wahlkreise, so zeigt sich sowohl im Osten als auch in Westdeutschland die schon erwähnte Differenzierung zwischen bisherigen Hochburgen und bislang unterdurchschnittlich erfolgreichen Regionen. Zwar lassen sich in einigen Wahlkreisen Beweise für positive oder negative Einflüsse der Wahlkampfführung anführen, aber das läßt sich erstens schlecht evaluieren und kann zweitens auch nicht die durchgehende Tendenz erklären.

Im Osten scheint es, als hätte die PDS in bestimmten Bereichen wie in Berlin tatsächlich ihr Potential ausgeschöpft. Im Westen gibt es dagegen die überraschende Erfahrung, daß die PDS ausgerechnet dort stagniert oder wie in Bremen mit den seit Jahren besten Stimmergebnissen sogar verliert, wo sie sich auf großstädtische Szeneviertel stützen konnte. Ein entscheidender Grund mag sein, daß die hier angesprochene Gruppe in erster Linie taktisch gewählt hat und die rot-grüne Regierungsmehrheit sichern wollte. Dafür spricht nicht zuletzt die ausgesprochen aggressive Kampagne von Grünen und SPD gegen eine Wahl der PDS. In Bremen wird das besonders deutlich. Dort verlor der einzige westliche Landesverband der PDS absolut und relativ an Stimmen und gleichzeitig ist Bremen das einzige Bundesland, in dem die Grünen Stimmen gewinnen konnten. Es scheint auch nicht ohne besondere Ursache zu sein, daß die PDS ausgerechnet in Berlin und Bremen an Stimmen verlor. In beiden Stadtstaaten regiert eine SPD-CDU-Koalition und es läßt sich vermuten, daß die Drohung mit einer großen Bonner Koalition den größten Abschreckungseffekt bei potentiellen PDS-WählerInnen verursachte.

Interessanter werden dagegen traditionelle Arbeiterwohnbereiche - weniger die problematischen Trabantsiedlungen mit ihren Hochhäusern, sondern gewachsene Viertel mit einem hohen Arbeitslosenanteil. So erzielt die PDS auch erstmals einen überdurchschnittlichen Arbeiteranteil in ganz Deutschland. Unter Arbeitern und Angestellten kommt sie auf sechs Prozent und differenziert nach der gegenwärtigen Stellung hat sie 13 Prozent der arbeitslosen WählerInnen erreicht.⁵

Perspektivisch zeigt sich auch das gewerkschaftlich organisierte Potential. Von den Gewerkschaftsmitgliedern haben 6,4 Prozent die PDS gewählt und unter den 35 bis 44 Jahre alten sogar acht Prozent. Natürlich entfällt der Löwenanteil davon auf die neuen Bundesländer, aber er schwindet. Während die PDS 1994 im Osten mit einem Anteil von 24,1 Prozent deutlich über ihrem damaligen Durchschnitt lag, verlor sie 1998 drei Prozentpunkte und liegt jetzt mit 21 Prozent nur knapp über dem Durchschnitt aller WählerInnen. Ganz anders die Entwicklung im Westen, wo zwei Prozent der Gewerkschaftsmitglieder die PDS wählten, bald schon doppelt so viel wie unter den übrigen WestwählerInnen.⁶

Die Perspektiven im Westen nehmen sich immer noch bescheiden aus, verglichen mit den bestehenden Potentialen in den neuen Ländern. Doch der nur zahlenmäßige Vergleich geht von falschen Voraussetzungen und irreführenden Erwartungen aus. Im Osten schöpft die PDS hauptsächlich aus einem übriggebliebenen Potential, im Westen versucht sie mehr schlecht als recht in an sich wesentlich kleinere Potentiale einzubrechen, die sie anderen Parteien abjagen muß, und sie tut dies mit wenigen Mitgliedern. Im Westen kommen auf ein Mitglied 168 WählerInnen, wesentlich mehr als bei den anderen Bundestagsparteien und viel mehr als jemals ein bundesdeutsches KPD- oder DKP-Mitglied auf sich ziehen konnte. Wenn das mögliche Potential in kommenden Wahlen ausgeschöpft werden soll, muß sich deshalb nicht nur die Zahl der Mitglieder deutlich erhöhen, die neuen müssen auch aus dem Spektrum der PDS-Stimmenpopulation kommen.

Auch wenn die These falsch war, daß der Wiedereinzug der PDS in den Deutschen Bundestag diesmal hauptsächlich vom Westen abhängen würde, so hängt doch am kleinen Westgewinn der neue Fraktionsstatus und in Zukunft wahrscheinlich auch die Perspektive zu einer normalen sozialistischen Partei. Wenn man die Zahlen nicht für die Rechnung hält, sondern nach Entwicklungsformen sucht, dann öffnen sich der PDS im Westen die größeren Möglichkeiten. Wahrscheinlich warten hier aber auch die größeren Probleme und Anstrengungen: Der Graben, der nach der Fünf-Prozent-Hürde überwunden sein will.

⁵ Der Spiegel, a.a.O.

⁶ Vgl. DGB "einblick" extra, Nr.5, Info-Service zur Bundestagswahl, Düsseldorf 30.9.98.

Nach den Wahlen - Berichte

"Koalition von unten" - Konferenz von IG Medien, BUND und Initiativen

Die Bildung einer neuen Bundesregierung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen könne Ausgangspunkt einer "Repolitisierung des Landes" sein, durch welche wiederum die Bedingungen für die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse verändert würden - so während der Abschlusdiskussion der Konferenz "Verantwortung für eine neue, zukunftsfähige Politik" vom 16. bis 18. Oktober in Bonn die These von *Gerd Nies*, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Medien. Die Aufgabe von Gewerkschaften und Organisationen aus der Umwelt-, Friedens-, Dritte-Welt- und Menschenrechtsbewegung sieht *Nies* nach der Bildung der neuen Regierung nicht in deren Unterstützung, sondern er fordert ein Selbstverständnis, das seinen Platz finde in der "Dialektik zwischen Opposition und Gestaltung". (*Nies* war übrigens eines von insgesamt drei Bundesvorstandsmitgliedern einer DGB-Gewerkschaft, die vor dem 27. September zur Wahl von Bündnis 90/Die Grünen aufgerufen hatten.)

Damit hatte der Gewerkschafter *Nies* treffend das Selbstverständnis des Großteils der gut 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammengefaßt, die unter dem aus Ernst Blochs "Prinzip Hoffnung" entliehenen Motto "Die Vision braucht Fahrpläne" drei Wochen nach der Bundestagswahl zu einem Kongreß nach Bonn gekommen waren. Veranstalterinnen des Treffens waren sechs Organisationen aus ganz unterschiedlichen Bereichen gesellschaftlichen Engagements, die sich erstmals für eine gemeinsame Aktivität zusammengefunden hatten: der BUND - Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, die IG Medien und die Jugend der IG Metall, die IPPNW - Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs / Ärzte in sozialer Verantwortung, die NaturwissenschaftlerInnen-Initiative "Verantwortung für Friedens- und Zukunftsfähigkeit" sowie WEED (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung).

Die eher kritische Sicht auf die neue Regierung war maßgeblich beeinflusst durch die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen, von denen erste Bruchstücke am Kongreßwochenende bekannt geworden waren; große Enttäuschung - vor allem bei VertreterInnen von Friedensorganisationen wie der IPPNW - hatte auch die Kosovo-Entscheidung des Bundestags am Freitag zuvor bewirkt, als mehr SPD-Abgeordnete als Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen gegen den Bruch des Völkerrechts votiert hatten. Noch ist offen, inwieweit die Skepsis gegenüber dem sozialdemokratisch-bündnisgrünen Kabinett Bestand haben wird.

Die Planung für den Kongreß hatte im Frühjahr begonnen, als der Ausgang der Bundestagswahlen noch ungewiß war. Verbindende Auffassung der beteiligten Organisationen war (und bleibt), daß möglichst bald ein

"Ende der bisherigen Politik" notwendig sei und daß entsprechende Veränderungen "ohne Druck von unten" nicht möglich seien, wie es in der ersten Ankündigung des Kongresses hieß. Und weiter: "Uns geht es nicht um egoistische Organisationsinteressen. Wir wollen gemeinsam eine neue, zukunftsfähige Politik entwickeln." Dabei sollten nicht länger unterschiedliche Politikbereiche gegeneinander ausgespielt werden können, sondern gebündelt werden, entsprechend den Schwerpunkten der beteiligten Organisationen: Zukunftsfähigkeit ist Ziel sowohl für die Beschäftigungspolitik wie für die Sicherung der Sozialsysteme als auch für den globalen Nord-Süd-Ausgleich und eine nichtmilitärische Friedenspolitik, auch für eine durchgreifende Umweltpolitik und eine nichthierarchische Geschlechterpolitik.

So unstrittig die verbindenden Absichten waren, so mühevoll war es, die Gemeinsamkeiten positiv in einer Offenheit zu formulieren, daß nicht eine der Organisationen eines ihrer Essentials grundlegend in Frage gestellt sah. So sehen die Vorstellungen innerhalb der IG Medien über die "Zukunft der Arbeit" anders aus als zum Beispiel in Teilen der Umweltverbände: Hier die Entwicklung der sozialen Absicherung neuer Formen von Erwerbsarbeit wie freiberuflicher Tätigkeit sowie Konzepte zur Umverteilung der Erwerbsarbeit mit dem Ziel einer neu zu definierenden Vollbeschäftigung, dort eher Ideen einer Privilegierung ehrenamtlicher Tätigkeiten im Sinne von "Bürgerarbeit", wie sie in der Studie der bayrisch-sächsischen "Zukunftskommission" zu finden sind.

Trotzdem hatten sich die sechs KongreßveranstalterInnen auf Gemeinsamkeiten einigen können. Als Ziele zählten sie auf:

- "soziale Sicherheit für alle, Gerechtigkeit und Arbeit;
- die langfristige Sicherung einer unversehrten Umwelt;
- risikoarme Technologien, die den Menschen heute und in Zukunft nützen;
- die Aufhebung der hierarchischen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern;
- Solidarität in Europa und einen Ausgleich zwischen Nord und Süd;
- umfassende Abrüstung, Verhütung von Kriegen und die gewaltfreie Lösung von Konflikten;
- Teilhabe aller Menschen an einer vielfältigen Kultur;
- mehr Demokratie in Wirtschaft und Politik."

Wie diese Ziele für praktische Politik zu konkretisieren wären, diskutierten die rund 250 KongreßteilnehmerInnen in elf Foren. An ihnen beteiligten sich als ReferentInnen u.a. *Reinhard Hahn* (IG-Metall-Bundesjugendsekretär), *Barbara Hemkes* (DGB-Bildungswerk), *Heidi Knake-Werner* (Sozialwissenschaftlerin und PDS-MdB), *Dorit Lehrack* (BUND-Geschäftsführerin), *Mohssen Massarat* (Universität Osnabrück), *Otfried Nassauer*

(Friedensforscher), *Margrit Schratzenstaller* (Memorandum - Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik), *Joachim Spangenberg* (Wuppertal-Institut), *Peter Wahl* (WEED) und *Angelika Zahmt* (BUND-Vize-Vorsitzende). Die Inhalte der Referate und wesentliche Beiträge aus den Diskussionen werden in einem Kongreßbuch dokumentiert werden, das auch die Plenarvorträge enthalten wird u.a. von *Güler Altonoglu* (AStA der Universität Dortmund), *Jutta Ditfurth* (IG Medien), *Erhard Eppler* (Ex-Entwicklungshilfe-Minister) und *Horst Schmitthener* (Vorstand der IG Metall). Aus Platzgründen sei für den Inhalt der Referate auf das Buch verwiesen.

Im Ergebnis beschränkten sich die KongreßteilnehmerInnen allerdings nicht darauf, in "Crossover-Diskussionen" beste Absichten allgemeiner Art aus unterschiedlichen Politikbereichen auszutauschen. In einer gemeinsamen Abschlusserklärung der sechs VeranstalterInnen mit dem Titel "Das Land braucht eine neue Politik" werden sie in einigen Punkten schon sehr konkret in ihren Forderungen an die Bundesregierung. Die beteiligten Gewerkschaften wie auch die Umwelt-, Friedens- und Nord-Süd-Organisationen konnten sich auf gemeinsame Punkte einigen. Notwendig seien, damit Reformen zu finanzieren sind, "als erste Schritte zu einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten unter anderem die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität".

Als erste Maßnahmen zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit fordern die Verbände gemeinsam u.a. ein mehrjähriges Beschäftigungsprogramm "für die Bereiche Infrastruktur, ökologischer Umbau", den "Einstieg in einen öffentlichen Beschäftigungssektor für gemeinwohlorientierte Arbeit zu Tarifbedingungen im sozialen, ökologischen, kulturellen und gesundheitsbezogenen Bereich", eine Stärkung der Binnenkaufkraft durch eine stärkere Entlastung bei der Lohnsteuer als jetzt im Koalitionsvertrag vorgesehen. Für den Bereich internationale Gerechtigkeit konnten sich die Organisationen auf das Ziel einer Demokratisierung der internationalen Wirtschaftsorganisationen (Welthandelsorganisation, Internationaler Währungsfonds, Weltbank) verständigen; auch erwarten sie von der Bundesregierung die "Besteuerung grenzüberschreitender Kapitalflüsse" (Tobin-Steuer). Rüstungsexporte soll sie stoppen, endlich den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland durchsetzen. Für den Umweltbereich nennen die Verbände u.a. ausdrücklich die Forderung nach dem "sofortigen" Ausstieg aus der Atomenergie sowie die "Revision des Bundesverkehrswegeplans nach den Grundsätzen einer nachhaltigen Mobilität". Weitere gemeinsame Forderungen betreffen die Bereiche Wissenschaft, Technologie und Hochschule sowie den Jugendbereich.

Zum Abschluß beschlossen die beteiligten Organisationen, weiterzuarbeiten: "Unser Kongreß soll nicht ein einmaliges Ereignis sein, sondern der Beginn eines Prozesses. Eine Koalition von unten wird während der nächsten vier Jahre die Bundespolitik beobachten und sich einmischen." Die

Kongreßveranstalterinnen wollen ein "Netzwerk" bilden, dem sich weitere Nicht-Regierungs-Organisationen anschließen können; "Pro Asyl" hat schon konkret Interesse an der Beteiligung angemeldet. Im Verlauf der nächsten Monate will sich das Bündnis weiter in die Politik einmischen. Dabei, so die Verabredung, müssen zu bestimmten Anlässen nicht unbedingt alle Beteiligten für eine gemeinsame Stellungnahme gewonnen werden. Einmischung wird sich nicht auf verbale Bekundungen beschränken, sondern auch Kundgebungen und Demonstrationen sollen zum Instrumentarium gehören. Erster Anlaß zum Handeln werden im Frühsommer des kommenden Jahres das G-7-/G-8-Treffen und der Europäische Gipfel sein, die beide in Deutschland stattfinden.

Perspektive für das Jahr 2000 ist ein weiterer Kongreß, dann am neuen Regierungssitz in Berlin. Gemeinsam wollen die Netzwerk-Organisationen bis dahin "an unseren grundsätzlichen Zielen und an Entwürfen für gesellschaftliche Teilhabe" arbeiten. In Berlin wollen sie dann eine Zwischenbilanz ziehen und mögliche weitere Schritte verabreden.

Friedrich Siekmeier

Vom Regierungs- zum Politikwechsel - Aufgaben der Gewerkschaftslinken

Wie kann aus dem Regierungswechsel vom 27. September 1998 ein wirklicher Politikwechsel werden? Und welche Aufgaben stellen sich in diesem Fall für die Gewerkschaften? Diese Fragen diskutierte ein Treffen von Gewerkschaftslinken am 24. Oktober in Frankfurt/Main. Die "Initiative Neue Soziale Politik", die sich 1995 in Hessen in der Auseinandersetzung um das DGB-Programm gebildet hatte (vgl. Diskussionsberichte in Z 25, 26 und 31) will sich in Zukunft regelmäßig zum Erfahrungsaustausch und zur Positionsbestimmung treffen.

Helmut Schauer (Tarifabteilung der IG Metall) wertete in seinem Einleitungsbeitrag das Wahlergebnis als eine klare linke Mehrheit, unter Einschluss der PDS. Der stärkste konservativ-neoliberale Block in Europa sei gefallen. Die politische Botschaft der Wahl laute: mehr soziale Gerechtigkeit. Die SPD verdanke ihren Sieg Elementen des sozialen Protests und der "Rückkehr" verunsicherter Arbeiter und Angestellter. Die im Oktober abgeschlossene Koalitionsvereinbarung bezeichnete der Metall-Gewerkschafter als eine Ansammlung vieler kleiner Schritte, zumeist in die richtige Richtung. Ein großer Wurf, ein eindeutiges Projekt sei sie aber nicht. Vor allem fehle ein schlüssiges Konzept zur Überwindung der Arbeitslosigkeit.

In den Medien sah Schauer die Dominanz des Neoliberalismus zunächst ungebrochen. 16 Jahre konservativ-neoliberale Politik haben in der Gesellschaft tiefe Spuren hinterlassen. Die "Wirtschaft" verhärtet sich bereits

jetzt und sucht Buhmänner (vor allem Lafontaine). Bei Lafontaine sah Schauer, trotz aller nüchternen Einschränkungen, ein Anknüpfen an Vorstellungen des Neokeynesianismus und "Etatismus". Die ersten Erfahrungen zeigen, daß diese Charakterisierung mit Vorsicht zu genießen ist.

Schauer lenkte die Aufmerksamkeit auf sich rasch abzeichnende Differenzierungen im neuen Regierungslager. Hier kristallisierte sich eine starke "Modernisierungstendenz" heraus, die dem "Reformstau" mit einem effizienteren "Umbau des Sozialstaats" begegnen will. Lösungen strebe diese Richtung (Schröder, Hombach u.a., auch grüne PolitikerInnen) über eine weitere Privatisierung der sozialen Risiken an. Als theoretischer Stichwortgeber der Modernisierer hat sich, so Schauer, der Soziologe Ulrich Beck profiliert. Diese Haltung finde auch in den Gewerkschaften Resonanz. Schauer erinnerte an Positionen der IG Bergbau-Chemie-Energie oder an die jüngsten Vorschläge des gewerkschaftlichen Bildungsrats unter Leitung des ehemaligen GEW-Vorsitzenden Dieter Wunder zur Teilprivatisierung der Studienfinanzierung. Diese Modernisierungsrichtung, warnte Schauer, wird sich in der nächsten Zeit als die "wahre" Alternative zum Neoliberalismus durchzusetzen versuchen. Aus sich heraus wird die neue Regierungskoalition daher nicht die Kraft für notwendige tiefgreifende Veränderungen aufbringen - zumal das Damoklesschwert der globalen Finanzkrise viele Reformen noch zusätzlich erschwere.

Von einem "Bündnis für Arbeit" erwartete Schauer nur wenig, vor allem wenig Konkretes zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, höchstens Einzelmaßnahmen. Tatsächlich werde sich dieses Bündnis eher als Instrument der Disziplinierung und Beschwichtigung der Gewerkschaften durch die "Wirtschaft" erweisen. Es nähere die Illusion, die Beschäftigungsprobleme könnten im Konsens zwischen Staat, "Wirtschaft" und Gewerkschaften gelöst werden. Davon sei auch der DGB nicht frei, wie das neue Papier des DGB-Bundesvorstands zum Bündnis für Arbeit belege. Stattdessen müsse der alte Gedanke der gewerkschaftlichen Gegenmacht mit neuem Leben erfüllt werden. Das zentrale Element zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit sei eine aktive Tarifpolitik, das "Ende der Bescheidenheit". Lohn- und Verteilungsfragen seien in der nächsten Zukunft das zentrale Feld der Auseinandersetzungen. Schauer bezeichnete sie als notwendige Korrektiv gegen den jahrelangen gigantischen Umverteilungsprozess von unten nach oben.

Ähnlich heißt es in einem von den Veranstaltern vorgelegten Diskussionspapier: "Wir sehen dem neuen 'Bündnis für Arbeit' mit großer Skepsis entgegen. ... Die Bundestagswahl hat zwar die Machtverhältnisse im Bundestag, nicht aber die in unserer Gesellschaft verändert. Eine konsequente Politik gegen die Massenarbeitslosigkeit muss notwendigerweise eine Politik der Umverteilung sein, und das heißt: Eine Politik gegen die bestehenden Verteilungsverhältnisse von Macht, Einkommen und Vermögen in Deutschland."

Neben einer aktiven staatlichen Vollbeschäftigungspolitik und einer "solidarischen Verteilungspolitik" als deren Finanzierungsgrundlage wird in dem Papier eine Reform des Maastrichter Vertrags für notwendig erachtet. "Bei dieser Reform muß es darum gehen, die angestrebte monetäre Konvergenz in Europa durch eine aktive Förderung der notwendigen sozialpolitischen und insbesondere beschäftigungspolitischen Konvergenz zu ergänzen." Außerdem sei der "Ausbau sozialer Mindestnormen im sozialstaatlichen Bereich" notwendig.

Ein ernsthafter Richtungs- und Politikwechsel ist, so Schauer, ohnehin nicht in Deutschland allein möglich. Er müsse in ganz Europa stattfinden. Dafür sei die sozialistische Regierung in Frankreich der wichtigste Partner. Es gehe darum, die "Vorherrschaft des Geldes", den "Terror der Ökonomie" zu beenden, auch in den Köpfen. Das erfordere eine Re-Politisierung der Gewerkschaften. Tatsächlich sei die gewerkschaftliche Diskussion in den letzten Jahren immer mehr entpolitisiert worden. Vielfach gebe es keine Strukturen mehr für eine solche politische Diskussion. Sie müßten erst wieder neu geschaffen werden. Hier lägen wichtige Aufgaben der Gewerkschaftslinken.

In der Diskussion plädierten etliche Diskussionsteilnehmer für eine kritischere Haltung in den Gewerkschaften gegenüber den Vorständen. Diese müßten die sozialpolitischen Erwartungen aufnehmen, die sich im Wahlvotum gezeigt hätten. Die Enttäuschung solcher Erwartungen werde andernfalls einen Trend nach Rechts auslösen (Rolf Knecht, Hanau; Heiner Halberstadt, Frankfurt/M.). Jakob Moneta betonte den Mangel der DGB-Programmatik an weltwirtschaftlicher Analyse. Die Gewerkschaften liefen Gefahr, im Augenblick des Scheiterns des Neoliberalismus über keine Ansatzpunkte für die Formulierung von Alternativen zu verfügen. Daß die gewerkschaftliche Linke die Verteilungsfrage (Lohnpolitik) und die Reaktivierung der Arbeitszeitverkürzung in den Mittelpunkt stellen muß (Heinz Bierbaum, Saarbrücken), war in der Diskussion Konsens. Richard Detje (Hamburg) unterstrich, Lohn- und Verteilungsfragen erhielten eine Leitfunktion in den gesellschaftspolitischen Debatten.

Kontrovers wurde aber von BelegschaftsvertreterInnen die Frage der Erwartungen und Handlungsbereitschaft diskutiert. Während aus einem großen Maschinenbaubetrieb (Betriebsrat Rainer Herth, MAN Roland, Offenbach) eine aktive Erwartungshaltung berichtet wurde und es hieß, "Standort"-Argumente zögen nicht mehr, stellt sich die Situation in Branchen mit geringem Auftragspolster und bei Belegschaften, die zu großen Teilen nicht tarifgebunden und schlecht bezahlt sind, offenkundig anders dar. Entsprechend sei die betriebliche Stimmung, so ein Bericht aus Kasseler Druck-Unternehmen, auch eher abwartend-skeptisch. Hans Preiss (ehem. IG Metall-Vorstand) verwies in diesem Zusammenhang auf die starke Bindung von Betriebsräten an "ihr" betriebliches Bündnis für Arbeit, obwohl diese Form der "Subventionierung" der eigenen Arbeitsplätze fak-

tisch nichts gebracht habe. Die neoliberale Standort- und Konkurrenz-Argumentation spiele insofern in den Köpfen von Belegschaften und Betriebsräten nach wie vor eine starke Rolle. Im übrigen zeigte Preiss anhand historischer Beispiele, daß das Bündnis für Arbeit so neu nicht ist. Seit der unseligen Burgfriedenspolitik am Vorabend des I. Weltkrieges sei es schon etwa der zehnte Anlauf zu arbeitsgemeinschaftlicher Verständigung zwischen Gewerkschaften und Unternehmern in einer zentralen gesellschaftspolitischen Frage - und wahrscheinlich wieder mit zweifelhaftem Ausgang. Mehrere Diskussionsteilnehmer konstatierten nüchtern, es gebe heute keine nennenswerte linke Strömung mehr in den Gewerkschaften. *Matthias Fritz* (Vertrauensleutekörper-Leitung bei Mahle Maschinenbau) berichtete von einem Versuch in Stuttgart, im lokalen Rahmen einen organisierten Zusammenhalt linker Kolleginnen und Kollegen zu schaffen (vgl. *Thomas Adler/Bernd Rixinger, Jenseits der Sozialpartnerschaft*, in: *Sozialismus* 9/98).

Aus der Sicht von *Frank Deppe* (Uni Marburg) ist die gewerkschaftliche Linke stark geschwächt. Dies gilt für ihre ganze Bandbreite von antikapitalistisch-sozialistischen bis zu radikal-reformistischen Positionen. Während sie früher auch mit Bezug auf die Tradition der Arbeiterbewegung in betrieblichen und gewerkschaftlichen Bewegungen agierte und in den Gewerkschaftsführungen zumindest punktuell repräsentiert war, ist dies heute nicht mehr der Fall. Ebenso fehlt heute weitgehend Unterstützung durch linke Intellektuelle. Demgegenüber ist die neue sozialpartnerschaftliche Praxis betrieblich fest verankert; sie artikuliert sich über einen Großteil der Betriebsräte. Kern dieser neuen Sozialpartnerschaft ist die Orientierung auf die Wettbewerbsstärke des Betriebs, des betrieblichen Standorts und des Unternehmens - als Basis für neue Tauschgeschäfte zwischen Belegschaften/Betriebsräten und Unternehmen. Diese Sicht droht auch in Gewerkschaften und Gewerkschaftsvorständen zum Kern eines neuen Sozialpartnerschaftsverständnisses zu werden, und sie könnte die Grundlage eines neuen Bündnisses für Arbeit bilden. Dies ist die Altlast der neoliberalen Politik. Wenn sich aber, so Deppe, auf der politischen Ebene "der Wind gedreht hat", dann müssten heute neben der Kritik des Neoliberalismus Alternativen benannt werden. Damit stellt sich die Frage, wie die Stimme der gewerkschaftlichen Linken stärker zu Gehör gebracht werden kann. Dies sei, so die allgemeine Übereinstimmung in der Diskussion, neben der Thematisierung von Verteilungsfragen und Fragen der Arbeitszeitverkürzung, die wesentliche Zukunftsaufgabe der Initiative "Neue soziale Politik".

Jürgen Reusch/André Leisewitz

Gewerkschaftspolitische Alternativen in Europa

Kaum ein Thema wird derzeit so intensiv diskutiert wie die Zukunft Europas. Die Gründe liegen auf der Hand: Mit der Einführung des Euro zum 1. Januar 1999 findet ein monetärer Integrationsprozeß statt, der auch die nationalen Wirtschafts- und Tarifpolitiken einem Europäisierungsdruck aussetzt. Die Weichenstellungen haben eindeutig neoliberalen Charakter: sei es durch die restriktiven Haushaltsvorgaben des Maastricht-Vertrages, den Verzicht auf effektive Wirtschaftssteuerung und aktive Strukturpolitik, die Absage an jede auch nur schwache Andeutung einer sozialstaatlich gestützten Transferunion, schließlich die Hegemonie der Geld- und Zinspolitik institutionalisiert in der Autonomie der Europäischen Zentralbank. Doch zugleich weckt Europa neue Hoffnungen: mit Ausnahme von Spanien sind quer durch den westlichen Kontinent in den letzten Jahren Mitte-Links-Regierungen an die Macht gekommen, die zumindest die Chance eröffnen, die Internationalisierungs- und Globalisierungsprozesse durch eine abgestimmte Politik neu zu gestalten.

Der Regierungswechsel in Bonn war die adäquate Kulisse für die internationale Tagung des "Forum Soziales Europa" am 3. Oktober im DGB-Gewerkschaftshaus in Frankfurt. Das "Forum" ist eine offener Diskussionszusammenhang, der dazu beitragen will, die dringend notwendige Debatte um die Schwerpunkte und Ausrichtung europäischer Gewerkschaftspolitik voranzubringen und die Verständigung auf eine alternative Politik zu fördern (Kontakt über die Redaktion der Zeitschrift "Sozialismus"). Die Tagung brachte mit über 200 TeilnehmerInnen das gewachsene Interesse an den Herausforderungen europäischer Gewerkschaftspolitik zum Ausdruck. Vertreter der Gewerkschaftslinken aus Italien (CGIL), Spanien (CC.OO), Frankreich (CFDT) und Deutschland stellten dabei eine beachtliche Konvergenz zwischen den Positionen in der Debatte fest.

Ein europäisches Paradoxon besteht darin, daß in jüngster Zeit gerade in Deutschland, dem Land mit der längsten sozialpartnerschaftlichen Tradition, neokorporatistische Bündnisse im Gegensatz zu allen anderen westeuropäischen Staaten nicht verabredet wurden. Hierauf ging *Horst Schmitthenner* vom Vorstand der IG Metall ein. Seine These: Es gibt kein klassenübergreifendes Interesse am Abbau der Massenarbeitslosigkeit, die Unternehmer und ihre Verbände profitieren gerade von der Aufrechterhaltung des Drucks der Reservearmee; ein Bündnis für Arbeit können sie sich allenfalls als eine angebotsorientierte Standortkoalition vorstellen. Schmitthenner plädierte dafür, durch inhaltliche Alternativen und sozialen Druck diese Stoßrichtung umzukehren. Als Bedingungen für ein tragfähiges Bündnis für Arbeit nannte er: Es muß erstens in der Gewerkschaftsmitgliedschaft verankert sein, was Zugeständnisse in Richtung eines Tausches "Einkommen gegen Arbeit" ausschließt; es sollte zweitens über Staat, Unternehmer, Gewerkschaften hinaus erweitert werden (um Betroffene zu

Beteiligten zu machen); und es muß drittens eine europäische Beschäftigungsinitiative unterstützen.

Giorgio Cremaschi (Segretario generale der FIOM in Piemont) sprach ein weiteres Paradoxon der aktuellen Situation an: Die Gralshüter der Hegemonie des Finanzkapitals plädieren zur Abwendung einer tiefen globalen Rezession für eine abgestimmte Politik der Zinssenkung. Für Cremaschi macht dieser Widerspruch die Überlebtheit und das Scheitern des Neoliberalismus deutlich. Doch damit der Neoliberalismus auch tatsächlich von der Bühne abtritt, bedarf es einer breiten sozialen Bewegung auf der Grundlage einer politischen Ökonomie im Sinne des Neokeynesianismus. Arbeit schaffen, Nachfrage stützen, die Umwelt retten und die Kultur entwickeln - das könnten die Überschriften der Kapitel einer alternativen Plattform sein. Zur neuen Rolle Europas gehören das Engagement für einen Marshall-Plan für Rußland und Schuldenerlasse bzw. -moratorien für die Dritte Welt, aber auch der Abriß der mit dem Schengener Abkommen aufgebauten Festungsmauern.

Wie zuvor Schmittthener sieht Cremaschi die Gewerkschaften derzeit noch viel zu sehr in einem Zustand defensiver Unbeweglichkeit: sei es als Opfer im Standortwettbewerb der Unternehmen oder als subalterne Kraft im Umbau des westeuropäischen Sozialstaates in Richtung einer amerikanisierten Gesellschaftsverfassung.

Araceli Ortis von der linken Minderheitsfraktion im Vorstand der CC.OO spitzte zu: Die Gewerkschaften und das gewerkschaftliche Projekt stecken in einer fundamentalen Krise. In Spanien ist die Liste des Zurückweichens von UGT und CC.OO mittlerweile recht lang: Aufweichung von Arbeiterschutz und Abbau von Arbeitsrechten, um Entlassungen zu verhindern; Akzeptanz von Kürzung beim Arbeitslosengeld und Tolerierung der Ausweitung temporärer Arbeitsverhältnisse (im Durchschnitt ca. fünf Monate); gewerkschaftlich organisierter Widerstand blieb aus, als die konservative Regierung per Steuerreform die fragilen Verteilungsverhältnisse zerstörte und den Prozeß der Kürzung der Staatsausgaben noch verstärkte. Die Gewerkschaftskrise verlängerte Ortis zur politischen Krise der Linken: die spanische Sozialdemokratie habe sich dem Neoliberalismus komplett untergeordnet und die Vereinigte Linke (Izquierda Unida) sei ohne wirkliche Alternative. Die Ausarbeitung von Achsen für einen Alternativorschlag und die Schaffung von sozialen Allianzen über die Gewerkschaften hinaus sieht sie als zentrale Aufgabe für Europa wie für Spanien.

In Frankreich, wo breite Protestbewegungen von Lohnabhängigen, Immigranten, Arbeitslosen-, Armut- und Obdachlosenorganisationen seit dem Winter 1995/96 schließlich die konservative Regierung Juppé zu Fall und die pluralistische Linke an die Macht brachten, ist der Druck von unten mittlerweile spürbar erlahmt, das Verhältnis zur neuen Regierung mehr von Abwarten und Erwarten als durch das aktive Einfordern von sozialen Reformen bestimmt. *Etienne Ardon* (CFDT) sieht nach dem Mehrheits-

wechsel in Deutschland neue Chancen für die gewerkschaftliche und politische Linke in Europa, war es doch in erster Linie die Kohl-Waigel-Regierung, die in den letzten Monaten Forderungen der französischen Regierung nach Erweiterung der Währungsunion durch eine Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialunion zu verhindern bzw. zu entschärfen wußte. Aus französischer Sicht stehen vier Punkte in der Debatte um ein soziales Europa im Zentrum: das Recht auf Arbeit, die Durchsetzung von Mindestlöhnen, die Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Schwerpunkt 35-Stunden-Woche sowie die Verteidigung des öffentlichen Sektors.

In der erfreulicherweise recht breiten Diskussion wurden verschiedene Punkte angesprochen: die Bedeutung des Kampfes für Arbeitszeitverkürzung als ein gemeinsames europäisches Projekt (*Mario Agostinelli*, CGIL) und das Engagement der Frauen zur Erweiterung sozial bestimmter Zeit-Zeit zum Leben hieß das Mitte der 80er Jahre hier (*Adriana Buffardi*, CGIL); die Debatte eines postfordistischen Produktions- und Konsummodells als Gegenmodell zur zunehmenden Spaltung und Prekarisierung der Arbeit, damit auch ein neues, die zersplitterten Interessen wieder zusammenfügendes Gewerkschaftsmodell (*Angel Crespo*, CC.OO); die Verständigung auf europäische soziale Mindeststandards und Mindesteinkommen; die Chancen für aktivere Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in Erweiterung der Ergebnisse von Amsterdam und Luxemburg durch die Mehrheit der Mitte-Links-Regierungen in der EU, auch durch Korrektur der restriktiven Haushaltsvorgaben von Maastricht. Dabei wurden selbstverständlich auch unterschiedliche Positionen und Einschätzungen deutlich: in der Frage des Herangehens an soziale Bündnisse, in der Bedeutung einer neokynesianischen Politik - aber insgesamt überwog mehr die Konvergenz - und sei es zunächst einmal in den Frage- bzw. Aufgabenstellungen.

Wie soll es weitergehen? Die Beiträge von der Tagung sowie die im Vorfeld erarbeitete Diskussionsplattform wird in der Dezember-Ausgabe der Zeitschrift "Sozialismus" veröffentlicht. In Italien formiert sich eine politisch breite Strömung linker Gewerkschaften unabhängig von den Auseinandersetzungen um die Spaltung von Rifondazione Comunista neu im Umfeld der Zeitung *Il Manifesto*. *Heinz Bierbaum* versicherte für die Initiatoren des "Forum Soziales Europa", daß die inhaltliche Verständigung über gewerkschaftspolitische Alternativen zu einem im europäischen Integrationsprozeß nach wie vor dominierenden Neoliberalismus in den nächsten Monaten intensiviert und die Zusammenarbeit auf nationaler und europäischer Ebene ausgebaut werden soll.

Richard Detje

Domenico Losurdo

Liberale Tradition, Freiheit und Exklusion

1. Liberale Tradition und "negative Freiheit"

Zum Selbstverständnis des heutigen liberalen Denkens gehört die Vorstellung einer ungebrochenen Tradition, die in diesem Selbstverständnis zumindest auf das XVII. Jahrhundert zurückgeht. Diese *Liberale Tradition* hat demnach ein Kernstück: die unbedingte Verteidigung der privaten Sphäre des individuellen Lebens, die Unantastbarkeit dessen, was im XIX. Jahrhundert vielfach als "äußere", heute z.B. bei I. Berlin als "negative Freiheit" des Individuums apostrophiert wird. An dieses Prinzip hätten sich die großen liberalen Denker immer gehalten, und darauf beruhe - durch den Wandel der Zeiten - die einheitliche *Liberale Tradition*.

Diese Vorstellung hält die Prüfung der Texte und der geschichtlichen Tatsachen nicht stand. Noch mehr: sie ist eine idealisierende Selbstdarstellung, die den Tatsachen direkt widerspricht. Allerdings soll gefragt werden, wen die Theoretiker des Liberalismus meinen, wenn sie vom "Individuum" und von seiner "unantastbaren" Freiheit schreiben.

Bei J. Locke wird die Sklaverei in den Kolonien ruhig und unumwunden als selbstverständlich dargestellt. Haben doch die "Plantagenbesitzer Westindiens" ihre Pferde und Sklaven durch regelrechten Kaufvertrag erworben. Daß "jeder freier Mann in Carolina absolute Macht und Autorität über seine schwarzen Sklaven, unabhängig von deren Meinung oder Religion, genießen soll", ist ein Prinzip, das der große Theoretiker der Einschränkung der modernen Staatsmacht in der Verfassung einer englischen Kolonie in Amerika verankern möchte.

Ist aber diese Stellungnahme Ausdruck einer vereinzelt Ansicht? Keineswegs. Der Sklavenhandel (in den John Locke einen Teil seines Vermögens investierte) ist von der Kolonisierung Amerikas nicht wegzudenken. Nach der *Glorious Revolution* ist der Friedensschluß von Utrecht (1713) ein entscheidender Akt des liberalen Englands auf internationalem Parkett: damit wurde das *Asiento*, also das Monopol des überseeischen Sklavenhandels, Spanien entrissen - zugunsten Englands.

Bei dem Stichwort "Amerika" treffen wir auf einen *locum classicum* der liberalen Tradition - die Exklusion. In Amerika gedeiht die Sklaverei in ihrer härtesten Form, der sogenannten *chattel slavery*, uneingeschränkt bis zum Sezessionskrieg; danach werden den frisch emanzipierten Sklaven halbfreie Arbeitsbedingungen aufgezwungen, die bis weit ins XX. Jahrhundert weiterbestehen. In den Sklaven oder Halbfreien ist die "negative Freiheit", die die liberale Tradition zu ihrem Vorrecht und Leitstern machen will, radikal negiert. Gilt die "negative Freiheit" - für Nichtschwarze?

Auch nicht. Ausgeschlossen von der "negativen Freiheit" sind bei den Klassikern des liberalen Denkens nicht nur die Afrikaner. Kurz vor dem amerikanischen Sezessionskrieg lesen wir bei J.St. Mill: Despotismus in den Kolonien ist immer dann gutzuheißen, wenn die "Rasse" insgesamt als "unmündig" anzusehen ist.¹ Der "unmündigen" Rasse obliegt "unbedingter Gehorsam", ihren Vormündern gebührt "despotische Macht", und der Gebrauch "aller Mittel, durch die Ziele, die sonst unerreichbar wären, erreicht werden können".

Hier kommt eine Konstante ans Licht. Die Theorie der "negativen Freiheit" geht Hand in Hand mit der Aufstellung von Ausschlussklauseln - bei allen Klassikern des liberalen Denkens, von Locke bis Mill. Ausgeschlossen sind in erster Linie die Fremden im engeren Sinne: Nicht-Europäer, Völkern Kolonialen Ursprungs. Aber nicht sie allein. Nebst der Sklaverei der Schwarzen haben wir in der nachrevolutionären Amerikanischen Union zahlreiche Weiße, die sogenannten *indentured servants*, die halbfreien oder ganz unfreien Arbeitsbedingungen unterstellt werden. Diese sind "in practice" - wie ein amerikanischer Historiker schreibt - "half-slaves" für die Dauer ihres Arbeitsvertrages, welche von den *masters* oft willkürlich verlängert wird. Und in der Tat werden die *indentured servants* regelmäßig gekauft und verkauft an bestimmten Markttagen, die in der Lokalpresse angekündigt werden; bei Flucht oder unerlaubtem Verlassen des Arbeitsorts wird eine Treibjagd organisiert. Ende des XVIII. Jahrhunderts sieht Sieyès in dieser durch Gesetze geregelten "Sklaverei des Gesetzes" ein Modell, das in Frankreich nachgeahmt werden sollte.² Sehen wir aber auf das liberale England der gleichen Zeit, so sind hier die einheimischen *working people* von dem Genuß der "negativen Freiheit" ausgegrenzt. Arbeitslose, *paupers*, alle jene die des *idle roaming* verdächtig oder schuldig sind, werden in *workhouses* oder *correction houses*, *poor houses* eingesperrt, oft aufgrund einfacher polizeilicher Verfügung.³ Überhaupt kommt den Mitgliedern der arbeitenden Klassen, auch wenn sie dem Los der Internierung in die "totale Institution" der Arbeitshäuser entgehen, eine nur eingeschränkte und verstümmelte "negative Freiheit" zu. Mag Mandeville heutzutage für F.A. von Hayek als der große Denker gelten, der "die Willkür der Regierungsmacht auf ein Minimum reduzieren wollte"⁴: In der Tat verlangte dieser angesehene Vertreter des frühen englischen Liberalismus und Verkünder einer von religiösen Vorurteilen freien Moral die "Pflicht" des sonntäglichen Kirchenbesuchs und der "religiösen Indoktrinierung" für

¹ J.S. Mill, *On Liberty* (1858), repr. London 1926, p. 6. Das Werk wird nach wie vor als "Klassiker" des liberalen Denkens gefeiert - wie man weiß.

² Vgl. dazu D. Losurdo, *Hegel e la libertà dei moderni*, Roma 1992, Kap. XII, 3.

³ Vor seiner Erleuchtung auf dem Wege nach dem liberalen Damaskus bezeichnete L. Colletti die *Workhouses* trefflich als "Konzentrationslager der aufgeklärten Bourgeoisie" - siehe *Ideologia e società*, Laterza, Bari 1969, S. 280.

⁴ F.A. von Hayek, *New Studies in Philosophy, Politics, Economics and the History of Ideas*, London 1978, S. 251.

die Armen und des Lesens Unkundigen. Auch sei es notwendig, ihnen "am Sonntag den Zugang zu jeder Art Vergnügen außerhalb der Kirche zu verwehren"⁵. Wenn nicht allein die Arbeitstätigkeit, sondern auch die Freizeit der Lohnabhängigen kontrolliert werden soll, so versteht sich von selbst, daß alles, was wir heute etwa als gewerkschaftliche Tätigkeit bezeichnen könnten, für Mandeville noch viel strenger zu verbieten war. (Allerdings ist hier Mandeville nur der Erste in einer langen Reihe liberaler Autoren - bis heute).

Kurz gesagt: "Negative Freiheit" und "liberales Denken" sind in der realen Geschichte nicht unter einen Hut zu bringen. Wenn "negative Freiheit" eine Dispositionssphäre des Individuums darstellt, so ist für Locke unbestritten, daß Arbeitslose und Obdachlose "dem Staat total auszuliefern" sind (wie C.B. Macpherson notierte). Gesetze, die "den Armen die Ehe verbieten", liegen für J.St. Mill, 150 Jahre später, nicht außerhalb der "legitimen Gewalt" des Staates. Angesichts solcher These wird Proudhons Ironie verständlich: "Die liberale Schule, die immer und unter allen Umständen das *laissez faire*, *laissez passer* vertritt; die den Sozialisten vorwirft, die eigene Überzeugung den Naturgesetzten überzustülpen; die jede staatliche Intervention verdammt, und bei jeder Gelegenheit 'Freiheit' ruft, 'nur Freiheit' und 'sonst nichts' - dieselbe liberale Schule zögert nicht, wenn es um eheliche Fruchtbarkeit geht, den Eheleuten 'Halt' zu rufen, und zu raunen: 'Was für ein Teufel treibt Euch denn?'"

Es ist aber auch anzumerken: Liberale und Sozialisten haben hier, bei der Frage der "negativen Freiheit", also der Willkürsphäre der Individuums, einen Stellungswechsel vollzogen - schon im XIX. Jahrhundert.⁶

2. Negative und positive Freiheit: Politik und Ökonomie.

In der Tradition des liberalen Denkens finden wir nicht nur den offenen, erklärten Ausschluß bestimmter sozialer oder ethnischer Gruppen aus dem Geltungsrahmen der "negativen" ("formalen") Freiheit. Darüber hinaus wurde auch gelegentlich eingeräumt, daß Bedingungen und materielle Lebensverhältnisse denkbar sind, die die negativ-formale Freiheit restlos aushöhlen.

So lesen wir z.B. in B. Constants *Principes de Politique*, daß der Lohnarbeiter keine reale Disposition über sein eigenes Leben habe, da die *propriétaires* die *maîtres* [Herren] sind, die ihm "jederzeit Arbeit verweigern können". Da also der Lohnarbeiter nicht eigentlich frei ist, so ist es folglich

⁵ B. de Mandeville, *An Essay on Charity and Charity Schools* (1723), in: *The Fable of the Bees*, hrsg. F.B. Kaye, Indianapolis, Liberty Classics, 1988, vol. I, 1, p. 307.

⁶ D. Losurdo, a.a. O., IV, § 2 u. 3. Es sei noch beiläufig erwähnt, daß die *Supreme Court* der USA erst im Jahre 1967 (!) die Gesetze, die in einigen Südstaaten Mischehen verboten, endgültig als verfassungswidrig erklärte. Die "negative Freiheit" schwarzer und auch weißer Individuen galt also dort bis dahin nicht. - Vgl. L. Keryan, *L'égalité aux Etats-Unis: mythes et réalité*. Nancy, Presses Universitaires, 1991. S. 78-80.

ein sinnloses Unterfangen, ihm politische Rechte zusprechen zu wollen; diese stehen vielmehr demjenigen zu, der über "ein zu einem von allem fremden Willen unabhängigen Leben" nötiges Einkommen verfügt, daher "schon materiell" frei ist.⁷ - Ähnlich Sieyès: Die "ungebildete Menge" leistet eigentlich "Zwangsarbeit" ["*travail forcé*"]: sie ist also "ohne Freiheit". Bei Sieyès ist sogar zu lesen, daß die Armen in Wirklichkeit der "Sklaverei des Bedürfnisses" ausgesetzt sind; dieser sei nur durch eine "durch das Gesetz geregelte" Sklaverei beizukommen, nach dem oben angedeuteten amerikanischen Modell.⁸

Gehen wir von Frankreich auf England über. Wenn Locke unumwunden zugibt, daß der Großteil der Menschheit aufgrund seiner materiellen Lebensbedingungen "versklavt" ist ["*enslaved*"], so bezeichnet Mandeville den "kleinlichen und ärmlicheren Teil der Nation" als *the working slaving people*. Da dieser Teil für immer dazu bestimmt ist, "dreckige, sklavenähnliche Arbeit" ["*dirty, slavish work*"] zu verrichten, so wäre es sinnlos, diesen Sklaven und Halb-Sklaven politische Rechte oder auch Unterricht zuzugestehen.¹⁰ So erkennen diese liberalen Klassiker an, daß die materiellen Lebensbedingungen der Werktätigen ihrer Zeit (auch wenn sie noch nicht in *Workhouses* eingesperrt wurden) jede Freiheit zunichte machten. Sie erkennen, daß diese Bedingungen dem formalrechtlichen Status freier Menschen, der theoretisch auch den Lohnabhängigen zusteht, grob widersprechen. Und sie suchen eine Lösung des Widerspruchs durch Angleichung der rechtlich-politischen Sphäre an die ökonomisch-materielle. Entweder sollen Subjekten, die ohnehin keine Herren ihres eigenen Daseins sind, die politischen Rechte aberkannt werden (Locke); oder es sollen den Sklaven der Bedürftigkeit, denjenigen, die *slavish work* verrichten, gar die Bürgerrechte stark beschnitten werden (Mandeville).

Die Unterscheidung von "negativer" und "positiver" Freiheit erfolgt erst in einer späteren Phase der liberalen Tradition. Da gilt es, dem Emanzipationsprozeß der Volksklassen entgegenzuwirken: Zugleich aber sind gewisse Freiheitsräume auch diesen Klassen nicht mehr zu verwehren. Die Einschränkung von "Freiheit" auf formal-negative Bestimmungen ist nicht angesagt - so kann man sagen -, solange die besitzenden Klassen ihre eigene Freiheit denken und bedenken und die Unfreiheit der "Menge" als selbstverständlich und unbestritten ansehen können. Anders wird es, als die Freiheit, die man nunmehr den Volksklassen einräumen muß, definiert und eingegrenzt werden soll. Jetzt erst werden politische Lehren als des-

⁷ B. Constant, *Principes de politique* (1815): in *Oeuvres*, hrsg. von A. Roulin, Paris, Gallimard 1957, p. 149.

⁸ E.J. Sieyès, *Ecrits Politiques*. Paris, Ed. des Archives contemporaines, 1985 (hrsg. von R. Zapperi), S. 236 u. S. 81.

⁹ J. Locke, *An Essay Concerning Human Understanding* (1689). IV, XX, 2.

¹⁰ B. de Mandeville, *The Fable of the Bees* (1705 u. 1714), Part 1, Note L (a.a.O., p. 119); Ders., *An Essay on Charity and Charity Schools*, a.a. O., p. 302.

potisch verurteilt, wenn und insofern sie einen positiven Inhalt von Freiheit ausarbeiten und dessen materielle Grundlagen hervorheben. So wird F. D. Roosevelts Doktrin einer "Freiheit vom Bedürfnis" (also einer Befreiung gerade von jener "Sklaverei des Bedürfnisses", die der liberale Denker Sieyès festgestellt hatte), in unseren Tagen durch den liberalen Denker Hayek streng zurückgewiesen, ja unter Hinweis auf den unheilvollen Einfluß der "russischen marxistischen Revolution" disqualifiziert.

Am Ende jedoch wird die Unterscheidung von "negativer" und "positiver" Freiheit durch die zeitgenössischen Neoliberalen selbst ausgehöhlt. Schon die immer wieder geführte Argumentation gegen jede volkswirtschaftliche Programmierung oder Planung, gleich ob kommunistischer oder *Labour*-Provenienz, zeigt dieses Dilemma: "Kontrolle über Produktion des Reichtums", schreibt F. A. von Hayek unter Verweis auf Belloc, "ist doch Kontrolle über das menschliche Leben als solches!"¹¹ Vermutlich wäre ein Karl Marx mit dieser These nicht ganz uneinig; doch für die kapitalistischen Produktions- und Machtverhältnisse lassen die Wirtschaftsliberalen die These nicht gelten.

3. "Negative Freiheit" bei Marx und Engels

Erinnern wir kurz an die Bewertung der liberalen Freiheit durch Marx und Engels. Die "idyllischen Prozesse der ursprünglichen Akkumulation", der "Vorgeschichte des Kapitals und der ihm entsprechenden Produktionsweise" sind Gegenstand bitterer Ironie in Marx' *Kapital*¹². Auch die *roundsmen* z.B., und andere Arten unfreier oder halb-freier Arbeit, die sich in England "bis tief ins XIX. Jahrhundert erhielten", werden notiert.

Der junge Engels kontrastiert die *Workhouses*, als Einrichtungen der Willkür und der totalen Fremdbestimmung, mit dem Freiheitsanspruch des klassischen Landes des Liberalismus: "Die Paupers tragen eine Arbeitshaus-Uniform und sind der Willkür des Inspektors ohne Schutz ausgeliefert"; die Gesetzgebung, die die Internierung in *Workhouses* regelt, "erklärt die Armenhäuser für Strafgefängnisse, ihre Bewohner für außer dem Gesetz, außer der Menschheit stehende Gegenstände des Ekels und Abscheus."¹³

Von den *Workhouses* zur kapitalistischen Fabrik jener Zeit war der Abstand nicht sehr groß. Man braucht nur J. Bentham's Beschreibungen zu lesen: Disziplinierungsanstalt, Gefängnis, Fabrik sind eine Gattung. Den "Despotismus", der über die "militärisch organisierten" Arbeiter ausgeübt

¹¹ F.A. von Hayek, *The Road to Serfdom* (1944). Zit. aus der Ausgabe London, Art Paperback 1986, S. 66.

¹² MEW, 23, 741ff.; folgendes Zitat aus S. 763. - Die "Handelsjagd auf Schwarzhäute" (S. 779) mag eine Andeutung auf die "Rothäute" enthalten, deren Ausrottung dem Sklavenhandel mit Schwarzen vorausging.

¹³ MEW, 2, 497 (Lage der arbeitenden Klasse in England, letzter Abschnitt, "Die Stellung der Bourgeoisie zum Proletariat").

wird, entlarvt und verurteilt allerdings nicht die liberale Publizistik der Zeit - sondern das *Kommunistische Manifest*.¹⁴

4. Die Logik der Exklusion

Im Lichte der hier in Erinnerung gebrachten geschichtlichen Tatsachen nimmt der Gegensatz beider Denkrichtungen, der liberalen und der marxistischen, eine allerdings andere Gestalt an, als sie bei Autoren wie I. Berlin oder N. Bobbio erscheint. Der Gegensatz besteht in der Tat: es geht aber um einen Gegensatz der *Freiheitssubjekte*, nicht der *Freiheitsinhalte*.

Wenn Locke den Sklaven vom Genuß der Freiheit ausschließt, so weil er nicht eigentlich unter die Kategorie "Mensch" subsumiert wird, sondern unter die "Waren", die aus Afrika eingeführt werden. Auf diese Weise wurden zuallererst die Völker der Kolonien oder die, die aus Kolonien stammen, von den liberalen Denkern vom Genuß der Freiheit ausgeschlossen. Aber auch die arbeitenden Menschen in den Metropolen, die oft aus der "negativen Freiheit" ausgeschlossen bleiben, wurden in der liberalen Tradition nur bedingt unter den Begriff "Mensch" subsumiert¹⁵: ihre "Kenntnisse" können niemals die eines "Lastpferdes" übersteigen, unterstreicht Locke, und das sei begründet im "natürlichen und unveränderlichen Zustand der Dinge auf dieser Welt"¹⁶.

Die marxistische Denktradition hat klar gesehen daß nicht der Mensch als solcher, der Mensch als Allgemeines, Subjekt der liberalen Freiheit ist, oder auch der "bürgerlich-demokratischen" Freiheit. Man möge sich vergegenwärtigen: Das Land, das für den großen Zeitgenossen von Marx, Tocqueville, den Ort der Demokratie schlechthin darstellt, ist das Land, das die Indianer deportiert und ausrottet, das Land, wo die Schwarzen in Sklaverei gehalten werden, wo die Sezession der Sklavenhalterstaaten von der "demokratischen" Partei angeführt wird. Zwar ist auch Marx ein Bewunderer Lincolns. Daß der Präsident, der die Schwarzen emanzipiert, eine Weile mit dem Projekt ihrer Deportation nach Liberia oder Südamerika liebäugelt (wobei eine Idee Jeffersons wiederaufgenommen wurde) - das blieb Marx unbekannt.¹⁷ In der Polemik zwischen Bobbio und Togliatti hatte letzterer zumindest in einem Punkt Recht: "Die liberalen Grundsätze, auf die, wie man sagt, der englische Staat des XIX. Jahrhunderts gründete, der Staat, der Bobbio und all jenen, die wie er denken, als vollkommenes Modell eines liberalen Regiments zu gelten scheint - wann denn, und in welchem Maße, sind sie für die Kolonialvölker zur Anwen-

¹⁴ MEW, 4, 469

¹⁵ Vgl. D. Losurdo, Marx, die liberale Tradition und die geschichtliche Konstruktion des Allgemeinbegriff Mensch. In D. Losurdo (Hrsg.), *Zukunft des Marxismus*, Köln, Dinter, 1995, S. 9-32.

¹⁶ Vgl. J. Locke, *An Essay Concerning Human Understanding*, IV, XX,2.

¹⁷ Vgl. Th. F. Gosset, *Race. The History of an Idea in America*. New York, Schocken Books, 1965, S. 255.

dung gebracht worden?" In Wahrheit ruht "die liberale Doktrin auf einer barbarischen Diskriminierung unter Menschenkindern".¹⁸

Im Lichte dieser fundamentalen Diskriminierung wird es erst verständlich, wenn in Lockes klassischen *Treatises on Civil Government* die empörte Verurteilung des monarchischen Despotismus, dieser "Art Sklaverei", dieses "elenden Zustandes, unwürdig eines Menschen" (oder wohl eines *Englishman*, sicher eines *Gentleman* "unwürdig"?), mit der Feststellung einhergeht, daß es "Menschen" gibt, die "durch Gesetz der Natur der absoluten Herrschaft und der bedingungslosen Macht ihrer *masters*" ausgeliefert sind - womit der große Anherr der liberalen Tradition die Sklaverei, und zwar in ihrer härtesten und inhumansten Form, zu rechtfertigen weiß.¹⁹

Die gleiche "barbarische Diskriminierung" finden wir fast 200 Jahre später bei J. St. Mill, wenn es um "Barbaren" und "kindliche Rassen" geht. Später schreibt R. Kipling, daß die Völkerschaften der Kolonien zur Hälfte als "Kinder", zur Hälfte als "Teufel" anzusehen sind: Sie brauchen die Schutzherrschaft der Großmächte; verweigern sie sich ihr, oder ziehen sie sie auch nur in Frage, so zeigt sich ebendarin ihre diabolische Eigenart. In unseren Tagen kommt Poppers Ansicht immer noch auf diese Bewertung zurück, wenn er erklärt, daß die früheren Kolonien der "zivilisierten Welt" nicht zuzurechnen sind, und bedauert, daß die Großmächte diesen "Kindergarten" vorschnell und allzuleicht sich selbst überlassen haben.²⁰

In diesem Zusammenhang soll auch Marx' und Engels' Haltung zur liberalen Freiheit gesehen werden - als ein Kampf gegen die "barbarische Diskriminierung unter Menschenkindern". Sie setzten sich ein für die bürgerlichen und politischen Rechte der subalternen Klassen in den Metropolen; zugleich stellten sie die These auf, daß ein Volk nicht eigentlich frei sein kann, solange es ein anderes Volk unterdrückt. Auch Lenins These, daß Freiheit und Demokratie ohne Demokratisierung der internationalen Beziehungen nicht konsequent zu denken sind, stellt einen denkwürdigen Gegenzug dar zum Anspruch der kolonialen Großmächte, deren "Despotismus" über die "Barbaren" vom liberalen Mill durchaus legitimiert worden war.

5. Militär, Ausnahmezustand und Diktatur

Hier kommt ein weiterer Gesichtspunkt in Betracht, den wir unmöglich übersehen dürfen. Selten nur wird bedacht, daß gleich am Anfang der Geschichte der modernen repräsentativen Demokratie eine Einengung der Sphäre der Wahlämter steht. In der radikalsten Phase der französischen Revolution sind auch die Offiziere der Armee und der übrigen be-

¹⁸ P. Togliatti. In tema di libertà, in ders., *Opere*, Bd.V, (hrsg. von L. Gruppi), Ed. Riuniti, Roma 1984, S. 866.

¹⁹ J. Locke, *Two Treatises on Civil Government* (1690), I, § 1 und II, § 85.

²⁰ Interviews in "Der Spiegel", 23. März 1992, und "La Stampa", 9. April 1992.

waffneten Organe durch Wahl eingesetzt. Gleich nach dem Termidor wird der militärische Apparat von aller demokratischen Kontrolle von unten ausgenommen, und seine Funktionsweise so eingerichtet, wie sie schon J. Locke festgelegt hatte: "Die Erhaltung der Armee, und damit des Staates insgesamt, erfordert unbedingten Gehorsam gegenüber Befehlen der übergeordneten Offiziere. Befehlsverweigerung oder Ungehorsam, selbst bei widervernünftigen Befehlen, bedeutet zu Recht den Tod." So hat der Vorgesetzte schließlich eine "absolute Macht über Leben und Tod" der Untergebenen.²¹ - Auch im modernen repräsentativen Regime besteht eine Sphäre absoluter Macht, zu der weder demokratische Freiheit, d.h., das Recht der Teilnahme an Entscheidung und Machtausübung, noch "negative Freiheit" irgendeinen Zugang haben. (Der von mir [D.L.] kursiv gesetzte Ausdruck entspricht genau der Wendung, die Locke auch bei der Definition der Sklaverei wählt.)

Das ist für den englischen Liberalen unproblematisch. Nicht so für Marx. Dieser hebt hervor, wie ausgehend von der Einrichtung, in der die Regel des "absoluten Gehorsams" gilt und nach Locke gelten soll, der Armee also, das Repräsentativregime leicht in Militärdiktatur umgewandelt werden kann und tatsächlich umgewandelt wurde. So beim Übergang der Ersten und der Zweiten Französischen Republik in die Herrschaft des Ersten, bzw. des Dritten Napoleon. So konnten im liberalen England die hochgepriesenen konstitutionellen Freiheiten bei Bedarf der herrschenden Klasse unschwer außer Kraft gesetzt werden: In Krisenzeiten - schreibt Marx - wurden "die Presse geknebelt, Versammlungen verboten, die Masse des Volkes entrechtet, die persönliche Freiheit zugleich mit der ordentlichen Rechtsprechung aufgehoben, [und] das ganze Land in eine Art Belagerungszustand versetzt".²²

Ist die Marx'sche Analyse in dieser Hinsicht überholt? Anfang des XX. Jahrhunderts stellt ein angesehener englischer liberaler Verfassungsrechtler, J. Bryce, fest, daß die britische Exekutive in Krisenzeiten "fast in die Stellung der letzten Tudors und der ersten Stuarts gerät" - also die Machtfülle eines absoluten Monarchen innehat.²³ Was die USA angeht - ein Blick auf die neueste Geschichte genügt: Wilson erhält "quasi-diktatorische Machtvollkommenheit"²⁴ nicht nur, um den Krieg gegen Deutschland zu führen, sondern auch, um die Opposition gegen den Krieg zu brechen, und, vor allem nach der Oktoberrevolution in Rußland, die kommunistische und Arbeiterbewegung zu vernichten. Überhaupt hat die Geschichte des XX. Jahrhunderts, entgegen den landläufigen Vorstellungen, in diesem nicht unwichtigen Punkt Marx' Ansicht durchaus bestätigt: Ausgehend von

²¹ J. Locke, *Two Treatises*, II, § 139.

²² MEW, 9, 358 (Lord Palmerston, I).

²³ *Studies in History and Jurisprudence*, New York - Oxford, U.P., 1901, S. 146.

²⁴ Vgl. S.L.H. Canfield, *The Presidency of Woodrow Wilson*, Rutheford N.J., University Press, 1966, S. 109.

einem Militär- und Staatsapparat, der von aller demokratischen Kontrolle abgeschirmt bleibt, erfolgt der Übergang zur Militärdiktatur immer wieder unschwer. Auch die Staaten festerer und ungebrochener liberaler und demokratischer Tradition sind in der Zeit des "zweiten dreißigjährigen Krieges" vor der Einrichtung, die als typisch für totalitäre Regime gilt, dem Lagersystem, nicht zurückgewichen.²⁵

Aus vielerlei Gründen hat sich also die marxistische Denktradition dazu bewegen lassen, die liberale, sogenannte "bürgerlich-demokratische" Freiheit als "nur formale Freiheit" abzuwerten und ihr eine "substantielle" Freiheit entgegenzusetzen, noch mehr aber den Mythos des "Absterbens des Staates". "Negative Freiheit", und auch die politische Freiheit wurden tatsächlich als Privileg verstanden, ein Privileg, das auf der "barbarischen Diskriminierung unter Menschenkindern" gründete. Die Freiheitssphäre wurde als reine Rechtssphäre bestimmt, unter Erklärung der Unantastbarkeit gerade jener ökonomisch-materiellen Sphäre, in der die frühen Theoretiker des Liberalismus die Wurzel der realen Versklavung der "Menge" durchaus gesehen hatten. Und die Bourgeoisie hat sich tatsächlich die Möglichkeit vorbehalten, in Krisenzeiten den Ausnahmezustand zu erklären.

Aber die Abwertung der "bürgerlich-demokratischen" Freiheit durch die Marxisten war die falsche Antwort auf eine wirkliche, oft dramatisch gestellte Frage. Auch diese falsche Antwort hat ohne Zweifel eine demokratische Entwicklung der Gesellschaft, die aus der Oktoberrevolution hervorgegangen war, behindert. Die Illusion des "Schwindens", des "Absterbens" des Staates trug dazu bei, die Notwendigkeit der Eingrenzung und Beschränkung von Macht und Staatsmacht ins Abseits zu schieben. So gesehen, hat der Anarchismus die Aufnahme der positiven Elemente der liberal-demokratischen Tradition erschwert, und die totalitären Tendenzen gefördert.

Nichtsdestoweniger ist die Sicht auf die neueste Geschichte (und nicht nur auf sie), die das ganze Geschehen auf einen Kampf zwischen Freiheit und Totalitarismus, zwischen der "offenen Gesellschaft" und "ihren Feinden" zurückführen will, nur ein vulgär-ideologischer Manichäismus. Wenn gar die "unangefochtene Priorität der Formen" (wie S. Veca unter Verweis auf Bobbio behauptet), also die absolute Unantastbarkeit der negativen Freiheit, das Wesen der liberalen Regimes ausmachen sollte²⁶ - dann zwänge sich der Schluß auf, daß es in der Geschichte noch kein eigentliches liberales Regiment gab. Denn auch Gesellschaften, die den Liberalismus auf ihre Fahnen schrieben, zögerten nicht, im Augenblick der Krise zur eisernen Faust der Diktatur zu greifen, oft mit dem Beifall der angesehensten Liberalen ihrer Zeit - wie die Geschichte der Staatsstrieche von Napoleon

²⁵ Vgl. S.D. Losurdo, *Il revisionismo storico. Problemi e miti*. Laterza, Roma-Bari 1996.

²⁶ Vgl. S.S. Veca, *La società giusta. Il Saggiatore*, Milano 1982. S. 32 ("die Form ist das Substantielle", ebd.)

bis Mussolini allzudeutlich belegt. - In der Tat aber, und die reale geschichtliche Entwicklung nun außer Betracht gelassen, ist eine Theorie der zeitweiligen Diktatur zur Beherrschung außerordentlicher Problemlagen durchaus zu lesen - bei Locke, bei Montesquieu, bei J.St. Mill, bei den amerikanischen Föderalisten. Deutlich ist auch das Bekenntnis zum Vorrecht der Aufhebung aller "negativen Freiheit", alles unverletzlichen Rechts, selbst der privilegierten Minderheit, das sich die herrschende Klasse vorbehält - dieses Bekenntnis spürt Marx auf in den Erklärungen des Lord Palmerston 1813, die er als "zynisches" Geständnis anprangert: Gegen die Emanzipation der irischen Katholiken argumentierte Palmerston, daß "die Gesetzgebung eines Landes das Recht hat, einen Teil der Gemeinschaft zu derartiger politischer Rechtlosigkeit zu verurteilen, wenn sie es zur Sicherheit und Wohlfahrt des Ganzen für notwendig hält"²⁷. Hundert Jahre später äußert W. Wilson die Ansicht, daß konstitutionelle Freiheiten und demokratische Machtkontrolle mit dem Zustand des Krieges oder der akuten Krise inkompatibel seien.²⁸

6. Der Streit der Freiheiten

Die Geringschätzung, wenn nicht die Abschreibung der negativen Freiheit oder auch der "bürgerlich-demokratischen Freiheit" im marxistischen Denken ist schwerlich zu vereinbaren mit der rigorosen Kritik der Logik der Exklusion, die der liberalen Tradition und auch der "bürgerlich-demokratischen" Tradition eigen waren und noch sind. Ja, es liegt hier ein eigentümliches Verkennen der eigenen Tradition vor, und zwar durch das marxistische Denken selbst. Denn die reale liberale Tradition ist keineswegs mit "negativer Freiheit" für alle gleichzusetzen, ebensowenig "bürgerlich-demokratische" Tradition mit politischer Freiheit für alle. Wie sollte denn ein Autor wie Calhoun da eingestuft werden, wenn er, im sklavenhaltenden Süden der USA das Beispiel Alt-Griechenlands hochpreisend, alle staatliche Übermacht verurteilend, Freiheit und Demokratie feiert - und die Sklaverei als unumgängliche Voraussetzung derselben? Oder, wenn wir von der Sklaverei abschen, wie soll die Tatsache verstanden werden, daß sich (entgegen der landläufigen Mythologie) gerade in Staaten mit fester und ungebrochener liberaler Tradition, in England und den USA, die Beschränkung der politischen Rechte aufgrund des Census, nebst der Rassendiskriminierung, am längsten und zählebigsten hat erhalten können?²⁹

Überhaupt ist auf dem Boden der Geschichte unseres Jahrhunderts die Frage unausweichlich, ob die Ausdehnung der politischen Freiheit denkbar

²⁷ MEW, 9, 361 (a.a. O.).

²⁸ L.H. Canfield, a. a. O., S. 97.

²⁹ Vgl. S.D. Losurdo, *Democrazia o bonapartismo. Trionfo e decadenza del suffragio universale*. Bollati Boringhieri, Torino 1993, Kap. I.

wäre ohne den Druck, den Oktoberrevolution und kommunistische Bewegung ausübten. Und wenn Lenin in der *Imperialismusschrift* wie in *Staat und Revolution* die "kapitalistische Demokratie" als "Demokratie für die Reichen" kritisiert, so verweist er nicht nur auf das bürgerliche Monopol der Informationsmittel und auf "faktische Hindernisse", die der demokratischen Teilnahme am politischen Leben im Wege stehen, sondern auch auf die "vorgeblich 'kleinen' Details der Wahlgesetzgebung (Wohnsitzdauer; kein Frauenwahlrecht u. dgl.)" die in England, noch kurz vor der Oktoberrevolution, die "eigentlich proletarische, untere Schicht" von der Ausübung politischer Rechte fernhielten - obwohl England offiziell das Stadium der Demokratie erreicht habe. Auch in diesen Schriften wirkt also die Kritik der "Logik der Exklusion", die liberalem und selbst demokratischem Denken anhaftet: eine Kritik, die den hohen Wert der "negativen" und der politischen Freiheit objektiv hervorhebt.

Zum anderen ist zu bedenken: Der Prozeß der Überwindung der "barbarischen Diskriminierung unter Menschenkindern", der Verwirklichung von Freiheit als universal, kann Gegensätze zwischen verschiedenen Freiheiten einschließen, die sich nicht miteinander vertragen. Dieser Gesichtspunkt ist deutlich herausgearbeitet schon in A. Smiths *Lectures on Jurisprudence*, wo Smith bemerkt, daß eine Abschaffung der Sklaverei eher durch eine "despotische" als durch eine "freiheitliche Regierung" herbeigeführt wird, denn im letzteren Fall "erfolgt alle Gesetzgebung durch ihre [der Sklaven] Besitzer, und diese werden eine für sie nachteilige Maßnahme nie durchgehen lassen". Smith bezieht sich hier auf die englischen Kolonien in Amerika, die eine Art lokales *selfgovernment* genossen - durch die weißen Kolonisten, die oft auch Sklavenbesitzer waren. Wollte J. Locke, wie wir wissen, das Prinzip der "absoluten Macht und Autorität" eines jeden "freien Menschen" über "seine schwarzen Sklaven" auf Verfassungsebene verankern, so notiert Smith, daß "die Freiheit der Freien die Ursache der großen Unterdrückung der Sklaven ist. Und da Letztere den zahlreicheren Teil der Bevölkerung darstellen, so macht es der Sinn für Menschlichkeit unmöglich, in Ländern, wo die Einrichtung der Sklaverei besteht, für Freiheit einzutreten"³⁰. Die heutige liberale Apologetik mag diese Äußerung A. Smiths für skandalös halten: enthüllt sie doch ein indirektes Votum für eine "despotische Regierung", die allein imstande wäre, die Einrichtung der Sklaverei abzuschaffen! Wohlgemerkt: es geht in diesem Falle nicht um eine Entscheidung zwischen "liberaler" oder "formaler" und "sozialistischer" oder "substanzialer" Freiheit, sondern um die eine, negative Freiheit, die der versklavten Schwarzen gegen die ihrer Besitzer. Übrigens wurde die Sklaverei im Süden der USA, mehrere Jahrzehnte später, in der Tat abgeschafft erst nach einem blutigen Krieg und darauffolgender Militärdiktatur, die von der Union den secessionistischen Sklavenhalterstaaten aufgezwungen wurde. Die "demokratischen" (also für die

³⁰ A. Smith, *Lectures on Jurisprudence*, Oxford U.P., 1978. S. 452f., 182.

Sklaverei eintretenden) *pamphlets* jener Zeit geben ausgedehnte Auskunft über die jakobinische Vorgehensweise Lincolns, dem vorgeworfen wird, "Militärregierungen" und "Militärgerichte" eingesetzt zu haben, "das Wort 'Gesetz' als 'Wille des Präsidenten' zu deuten", ebenso das *habeas corpus* als "die Macht des Präsidenten, jederman, solange er will, einzusperren" usw.³¹ Später verzichtet die Union auf die Politik der eisernen Faust: Die Weißen in den Südstaaten kommen wieder in ihre Rechte des *habeas corpus* und des lokalen *selfgovernment* - während den Schwarzen nicht nur die politischen Rechte genommen werden, sondern ein Regiment aufgezwungen wird, das *apartheid*, halbfreie Arbeitsverhältnisse und Lynchjustiz einschließt: ein Regiment, das für die vormaligen Sklaven die Exklusion aus der negativen Freiheit nach wie vor durchsetzt.

Der Streit der Freiheiten kann sich als Streit von "negativer" und "positiver" Freiheit darstellen. So - mit einer anderen Terminologie - auch bei J. Rawls, wenn er den Vorrang der Freiheit über die Gleichheit fordert, allerdings mit der Einschränkung, daß dieser Grundsatz "erst über eine gewisse Mindestgrenze des Einkommens" Geltung habe.³² Also sei in der Dritten Welt die Notwendigkeit, den ärmeren Schichten das einfache Überleben zu sichern (ein wesentlicher Aspekt der Freiheit im "positiven" Sinne), vorrangig, selbst wenn andere ("negative", aber ebenso wesentliche) Aspekte der Freiheit im Gegensatz dazu stünden.

Es können sich aber auch "positive" und "negative" Aspekte der Freiheit im Streit der Freiheiten unentwirrbar verknoten, ja ineinandergehen. Aufschlußreich ist hier die Geschichte der Gewerkschaften. Gewerkverbindungen wurden zunächst verboten im Namen des Liberalismus und der negativen Freiheit der Individuen: Der einzelne Arbeiter soll seinen Arbeitsvertrag frei und ohne Druck von Dritten schließen. In der Tat brachte dieses Verbot eine rigorose Verfolgung der Mitglieder von Arbeiterbündnissen mit sich, die also ihrer negativer Freiheit beraubt, wenn nicht gar, wie zuweilen im liberalen England, jenseits des Ozeans abgeschoben wurden. Später können wir etwa bei einem durch die sozialistische Bewegung beeinflussten Liberalen wie L.T. Hobhouse lesen, daß zwar "die *Trade-Unions* Zwang bedeuten, und insofern die Freiheit des Individuums beschneiden" (z.B. durch Streikposten); allerdings sei "die Freiheit, die die Gewerkschaftsbewegung opfert, weniger wichtig als die Freiheit, die sie verbürgt", weil die *Unions* der "Ungleichheit" im Machtverhältnis von Arbeitgebern und Arbeitern entgegenwirkten und die daraus entstehende "Unfreiheit" letzterer wirksam behoben.³³

³¹ Vgl. *The Lincoln Catechism* (1864), in A. Schlesinger jr. (ed.), *History of United States Political Parties*. New York-London, Chelsea House & Bawker, 1973, S. 915 bis 921.

³² J. Rawls, *A Theory of Justice* (1971); repr. Oxford U.P. 1980, § 78 und § 82, S. 541ff.

³³ L.T. Hobhouse, *Democracy and Reaction*. London, Fisher Unwin, 1909², S. 219f.

Von dieser Warte aus gesehen wirft das Geschehen, das mit der Oktoberrevolution anhub, neue Fragen auf. Kommen wir nochmals auf A. Smith zurück: Die eben erinnerte Betrachtung über die Sklaverei in den amerikanischen Kolonien nimmt der große Ökonom in Bezug auf die leibeigene Bauernschaft Osteuropas wieder auf: Auch hier, urteilt er, scheint eine Überwindung der Leibeigenschaft ein mehr oder weniger "despotisches" Regiment vorauszusetzen, das mit der Selbstregierung des Adels - etwa in einem Land wie Polen - aufräume; denn jede Absicht auf Bauernbefreiung werde von dieser Selbstregierung vereitelt. Mit solchen Überlegungen kommen wir (nicht nur geographisch) den Ländern nahe, wo der "real existierende Sozialismus" etabliert wurde. Denn wenn das Problem der "formalen" Freiheit von Marx unterschätzt wurde und vom Vulgärmarxismus gar leichtthin abgeschrieben, so ist es unsinnig, das historische Trauerspiel zu ignorieren. Lastete doch der Streit der Freiheiten auf der realen Entwicklung der Länder Osteuropas immer wieder und einschneidend! (Es trugen auch militärische Intervention und konterrevolutionäre ökonomische Blockade dazu bei, die Last eher zu verschärfen. Solches gilt wohl heute noch für Länder wie Kuba und China.)

War der Zusammenbruch des "realen Sozialismus" in Osteuropa das Ende hassenswerter Despotien, so war er keineswegs ein Siegeszug der Freiheit überhaupt. Schwere Rückschritte hat dort die "Freiheit von der Not" verzeichnet; die "Sklaverei des Bedürfnisses" weitet sich aus; und selbst die "negative Freiheit" scheint nicht eindeutige und allseitige Fortschritte zu machen, bedenkt man gewisse Erscheinungen, wie etwa den Fall jener Arbeiterinnen der ehemaligen DDR, die sich einer Sterilisierung unterzogen, um in der nunmehr kapitalistischen Fabrik den Arbeitsplatz zu behalten. Offenbar ist von dem Despotismus der Besitzer, den das kommunistische *Manifest* anprangerte, einiges übrig geblieben.

Außerdem hat die Umwälzung in Osteuropa Nachwirkungen im Weltmaßstab. Und es steht die Frage an, welche Bedeutung sie haben mag für Gleichheit und Demokratie in den internationalen Beziehungen, im Verhältnis der Staaten untereinander, in den *terms of trade* zwischen Nord und Süd, überhaupt für die "negative" wie "positive" Freiheit der Völker der Dritten Welt.

In der hier skizzierten differenzierteren Auffassung wird wohl die Grenze zwischen Freiheit und Unterdrückung weniger scharf, ja problematisch. Und es ist zu erwarten, daß die heutigen Liberalen (der Lektion A. Smiths uneingedenk) laute Empörung gegen solche Sichtweise verkünden. Wahrscheinlich wird sie auch in der Linken denjenigen suspekt sein, die vor lauter Angst, des "Rechtfertigungssyndroms" geziehen zu werden, historische Bilanz und Wertkategorien ihrer Gegner unkritisch hinnehmen. Doch werden einige aktuelle Begebenheiten möglicherweise auch sie nachdenklich stimmen - wie z.B. die "westliche" Tolerierung, ja z.T. Begrüßung des Staatsstreichs, der in Algerien ein Wahlergebnis kassierte und eine Mili-

tärdiktatur durchsetzte. Hier wurde u.a. geltend gemacht, daß auf diese Weise die Errichtung eines islamischen Regimes vereitelt wurde, das aller Gewissensfreiheit und selbst aller negativen Freiheit für die Frauen ein Ende bereitet hätte. Taucht hier das Thema der verschiedenen Freiheiten und deren Streit untereinander nicht doch wieder auf? Und ist nicht auch allzudeutlich, wie dieses Thema im Falle Algeriens auch unkritisch behandelt oder aber instrumentalisiert wurde - wenn man bedenkt, daß der liberale "Westen" sich wohl hütete, jede solche Argumentation für Afghanistan zu gebrauchen?

Der Streit der Freiheiten - nicht als Streit verschiedener *ideologischer* Sichtweisen über Freiheit, sondern, und zuvorderst, als Konflikt verschiedener *gesellschaftlicher Subjekte* - bleibt ein unabdingbares Kriterium, wenn wir das geschichtliche Geschehen nicht im flachsten Sinne "ideologisieren" wollen. Erst im Rahmen dieses realen Streites wird es aber auch sinnvoll, die von der marxistischen Tradition gepflegte Unterscheidung von "formaler" und "substantieller" Freiheit *neu* zu formulieren. Lincolns jakobinische Halbdiktatur kann für die "substantielle" Freiheit insofern reklamiert werden, als sie nicht eine Herabsetzung oder Negation der "formalen" Freiheit bezweckte, sondern im Gegenteil - *ihre Durchsetzung für Alle*. Und weiter: Gerade dadurch, daß die Vulgärmarxisten einen der beiden Termini des möglichen Streits der Freiheiten (die "formale" Freiheit) als unwesentlich abwerteten, leugneten sie am Ende den Streit selbst. Ihre Haltung entspricht dann spiegelbildlich derjenigen, die wir in der liberalen Tradition feststellen konnten. *Es geht vielmehr darum, den immer wieder möglichen Konflikt bewußt zu machen*. Ja, es geht um das Bewußtsein darüber, daß die verschiedenen Freiheiten (oder verschiedene Aspekte von Freiheit) gleich wesentlich und unverzichtbar sind; darüber, daß an dieser gleichen Unverzichtbarkeit und Wesentlichkeit festzuhalten ist, durch die wechsellvollen Phasen eines nichtlinearen, hochkomplexen historischen Prozesses hindurch; und darüber, daß die Möglichkeit schmerzlicher und tragischer Entscheidungen gerade deswegen nicht ausgeschlossen bleibt.

Die ideologisierende, versimpelnd-manichäische Lesart, die heute die Deutung des XX. Jahrhunderts beherrscht, vermag die allerdings makroskopischen Tatsachen nicht aus der Welt zu schaffen, die uns Späteren nahelegen, Marx' Lektion zu bedenken. Der Verweis auf die tragische Realität der millionenfach Verhungerten und Verhungerten braucht - oder duldet - keine lange Rede. Ebenso die wachsenden Armutsgebiete in den entwickelten kapitalistischen Ländern selbst.

Die Kritik der liberalen Tradition, die an ihrer "barbarischen Diskriminierung unter Menschen" von alters her festhielt, wird heute aktueller und notwendiger aufgrund neuester Erscheinungen: die mehr oder weniger offen propagierten Versuche, die "Dritte Welt" zu rekolonisieren; und die Explosion des Rassismus in den kapitalistischen Metropolen selbst.

(Zwischen beiden Phänomenen besteht ein Zusammenhang. Was tun letzten Endes die Skinheads anderes, als die Rede des geadelten Theoretikers der "offenen Gesellschaft" zu radikalisieren, wenn er von den Ex-Kolonien als von einem "Kindergarten" redet oder diese Völker als Barbaren disqualifiziert, die "außerhalb der zivilisierten Welt" stehen?) - Hier erweist sich wohl die Traditionslinie, die auf Marx und Lenin zurückgeht, für das Bedenken unseres Heute sinnvoller und fruchtbarer als das liberale Denken, selbst in seinen neuesten Vertretern. Über Popper kein Wort mehr. Aber auch ein Denker wie N. Bobbio, der bestrebt ist, das liberale Denken zu erneuern und weiterzuführen, zeigt immer wieder, wenn er den Golfkrieg gutheißt, aber die Aggression der USA gegen Nikaragua, die Invasion Panamas, die selbstherrliche Behauptung eines Rechts der USA, Kuba zu "befreien" usw. dagegen ohne ein Wort der Kritik passieren läßt, wie schwer es für das liberale Denken ist, jene "barbarische Diskriminierung unter Menschenkindern" zu überwinden, die Togliatti ihm vor 40 Jahren entgegenhielt.

Übersetzung: Alessandro Mazzone

Vorschau

Z - Nr. 37

erscheint Anfang März 1999
mit dem Schwerpunktthema

"Zukunft der Arbeit/Arbeit der Zukunft"

Mit Beiträgen u.a. von Joachim Bischoff, Heinz Bierbaum, Eberhard Dähne, Wulf D. Hund, Hans-Joachim Urban, Bernd Röttger, Peter Strutynski, Margund Zetzmann, Harald Werner

Außerdem Beiträge zur Regulationstheorie von Horst Heining, über Jugendgangs von Sebastian Meißner, über Revolution im 20. Jahrhundert von Wolfgang Eichhorn

Besprechungen zu Arbeit/Arbeitstheorie, DDR-Wirtschaftswissenschaften, Bourdieu, Geschichte der Dialektik u.a.m.

Thomas Collmer

Die Wunschmaschine als Herausforderung der Dialektik

Eine neue Lektüre von Deleuze/Guattari, Anti-Ödipus - Kapitalismus und Schizophrenie (II)

Im Teil I (Z 35) wurde zuletzt gefragt, was bei Deleuze/Guattari als Reformulierung von 'Vernunft' auftrete. An dieser Frage setzt der zweite Teil einer neuen Lektüre von Deleuze/Guattari an.

Stimme-Hören, Körper-Graphismus, Auge-Schmerz

Indem "der Graphismus sich an der Stimme ausrichtet, verdrängt er sie und führt eine fiktive Stimme ein." André Leroi-Gourhan (*Le Geste et la parole, technique et langage*, 1964) habe "die zwei heterogenen Pole der primitiven Einschreibung oder die territoriale Repräsentation beschrieben: das Paar *Stimme-Hören* sowie das Paar *Hand-Schrift*" (242 b). Deleuze und Guattari fügen als drittes Element des Zeichens das Paar *Auge-Schmerz* hinzu. Die prozessuelle Effektivität des Zeichens, seine Produktivität beruht also auf dem Zusammenspiel "der artikulierte Stimme, der Schreibhand und des abschätzenden Auges" bei gleichzeitiger Unabhängigkeit voneinander (Gleichgültigkeit, um mit Hegel zu sprechen): "Alles in diesem System ist aktiv, der Aktion unterworfen und reaktiv" (243). Die Stimme ist internalisierte Stimme, deren im Gedanken nachwirkender Abhub, als sich fortschreibende Bewegung, der gern zu einer eigenständigen Entität hypostasierte Geist ist (bemerkenswert übrigens und hiermit perfekt kompatibel, daß der deutsche Ausdruck *Geist* auf das indogermanische *gheizd* zurückgeht, "was soviel besagt wie: lebhaft bewegt, aufgebracht, bestürzt, erschreckt sein"¹, und daß das lateinische *spiritus* zuallererst *Luft-hauch, Atem, Klang, Stimme* bedeutet!). Der Lesende hat gelernt, mit dem Schrift-bild eine fiktive Stimme zu verbinden, die noch mehr oder weniger mitschwingt, aber gegenüber den mit dem Auge abgerasterten materiellen Figuren auch in den Hintergrund tritt. *Hand-Schrift* wird präzisiert auf *Körper-Graphismus*, denn es ist der Körper als ganzer, der schreibt und in den eingeschrieben wird, und unter 'Schrift' sind auch nicht nur vollentwickelte Sprachsysteme zu verstehen oder Zeichen, die etwas Bestimmtes 'bedeuten', sondern ebenso primitive Einritzungen, Piktogramme, Ideogramme, Hieroglyphen, Graffiti, das *Figurale á* mit diesem Ausdruck hat (vgl. 312f.) Lyotard eine Schicht bezeichnet, die grundlegender ist als der Lacansche Signifikant und dessen Wirksamkeit auch im Traum, diesem Parafeld der Psychoanalyse, nachgewiesen wurde. In der von Lacan zu-

¹ Hartmut Buchner, Artikel 'Geist', in: H. Krings/H.M. Baumgartner/Ch. Wild (ed.), *Handbuch philosophischer Grundbegriffe*, München 1973, S. 537.

grundegelegten Zeichentheorie machen Laut-bild (Signifikant, das Bedeutende) und Begriff (Signifikat, das Bedeutete) zusammen die Totalität des Zeichens aus: Mit einem modernisierten Hegel könnte man sagen, daß der seine Kongruenz-mit-sich herstellende Begriff sich über Laut und Bild, zusammen Laut-bild, selbstabstraktiv materialisiert und manifestiert, um über das jeweils Gesagte, Verlautbarte, Geschriftbildete auf seine eigene Totalität, also sich selbst, zu verweisen - Sich-abstoßen-von-sich als Sich-aufheben-zu-sich. Mit Deleuzes/Guattaris Versuch (im Anschluß an Lyotard), diese Zeichentheorie genealogisch eine Schicht tiefer zu legen, müssen "die neue Ströme produzierenden Einschnitte und nicht-figurativen Spaltungen" mitgerechnet werden (476); man könnte hier moderne Male-rei von Klee, Schumacher, Penck und anderen als Beispiele hinzuziehen. Ungeachtet solcher Ausdifferenzierungen (oder auch gerade durch sie) ist wieder klar ersichtlich, daß Negativität grundlegender ist als Identität, denn es geht um "Einschnitte (...), die die Identitätsbedingungen des Zeichens übersteigen oder zerstören" (313), so wie der 'Strom' den Segmentierungen sowohl vorausliegt als auch sie wieder in sich zurücknimmt! Auch wenn die Autoren es nicht wollen, ihre Konzeption ist eindeutig negativ-totalisierend: "Alles ist aktiv, bewirkt und reagiert im System, alles wird gebraucht und funktioniert" (262). Es reicht aus, sich einmal beim Lesen eines komplexen Textes genau zu beobachten, um die folgende Beschreibung der "Komplexität der Netze" (wozu eben auch die interne 'Mnemotechnik' gehört, sei sie nun computergestützt oder nicht) als zutreffend zu erkennen: "Unaufhörlich springt die Kette der Zeichen von einem Element zum anderen, erstreckt sich in alle Richtungen, trennt überall dort ab, wo Ströme zu entnehmen sind, schließt Disjunktionen ein, konsumiert Reste, (...) koppelt Worte, Körper und Schmerzen, Formulierungen, Dinge und Affekte - konnotiert Stimmen, Schriften (...), Augen in einem immer polyvoken Gebrauch" (ebd.), wandernd, vibrierend, oszillierend, springend, kleine Erhellungen und/oder Enttäuschungen registrierend; der Rezipierende nimmt ständig eine Unmenge feinsten Abschätzungen, Erinnerungen, Assoziationen, Aufwands- und Schmerzabwägungen vor. Genau hier setzte einst Gysins und Burroughs' Cut-up-Methode an, und Rolf Dieter Brinkmann notierte, daß die Blicke "ja ständig cut ups" machen, diese literarische Technik insofern in jedermanns Alltagspraxis fuße.² Wichtig ist vor allem auch folgende Feststellung: "Die Heterogenität, Beseitigung der Kontinuität, das Ungleichgewicht der beiden Elemente, des vokalen und des graphischen, wird durch ein drittes Element, das visuelle, nachreguliert - das Auge, von dem man sagen könnte, daß es das Wort sieht (sieht, nicht liest), insofern es den Schmerz des Graphismus abschätzt" (261 b). Man denke als Beispiel für ein 'Lies mit Schmerzen' an Hegels *Wissenschaft der Logik*, die als erklärte Auslotung dessen, was an Diskursivität überhaupt möglich ist, dem Leser Extremes abverlangt, und

² R.D. Brinkmann, Rom, Blicke (ed. J. Manthey, 1979), Reinbek 1982, S. 93.

wird finden, daß der 'Geist', dessen Selbstmanifestation hier stattfindet, gar nicht übel charakterisiert ist mit den Worten: "Das Auftragen der Schrift auf die Stimme hat aus der Kette ein transzendentes Objekt entspringen lassen, die lautlose Stimme, von der nun die ganze Kette, abzuhängen scheint und in bezug auf die sie sich linearisiert" (264). Hegel: "Aber in ihrer Wahrheit ist die Vernunft Geist, der höher als beides, verständige Vernunft und vernünftiger Verstand ist. Er ist das Negative, dasjenige, welches die Qualität sowohl der dialektischen Vernunft als des Verstandes ausmacht"; diese "geistige Bewegung", welche "die immanente Seele des Inhalts" sei, nach- oder vielmehr mitzuvollziehen, heißt, sie in diesem Vollzug sich selbst vollziehen zu lassen, und nur auf "diesem sich selbst konstruierenden Wege" sei die Philosophie "fähig, objektive, demonstrierte Wissenschaft zu sein."³ Die 'lautlose Stimme' mit dem so explizierten Selbstvollzug des Geistes zu assoziieren, ist um so plausibler, als *Vernunft* etymologisch mit *vernehmen*, *hören* zusammenhängt. Freilich darf man nun nicht in den Fehler verfallen, 'Geist' bei Hegel darauf zu *reduzieren*, zumal Marxisten sich nur selten die Mühe machen, zur Kenntnis zu nehmen, daß 'Geist' in der Hegelschen Philosophie so etwas wie 'konkrete Totalität in lebendiger Bewegung' bedeutet: nicht nur 'verständige Vernunft und vernünftiger Verstand', sondern auch 'Substanz-als-Subjekt' im Sinne von 'Identität-mit-sich als Sichunterscheiden-von-sich (Negativität)', und das heißt in einem spezifischen Sinne "ebensowohl Ich wie Gegenstand. Hiermit ist schon der Begriff des Geistes für uns vorhanden (...); Ich, das Wir, und Wir, das Ich ist"⁴, also negative Einheit von Erkennendem (insofern Negierendem) und Zu-Erkennendem (insofern Negiertem) ebenso wie negative Einheit von Individuum und sozialem Vermittlungszusammenhang.⁵ Die internalisierte Stimme der Sprache, der symbolischen Ordnung, der Vernunft, des Über-Ichs etc. ist insofern das internalisierte Soziale, und insoweit, noch dahinter zurückgehend, 'Substanz-als-Subjekt' im Sinne einer Art negativer Ontologie verstanden werden muß, ist auch die 'lautlose Stimme' bereits Selbstabstraktion, insofern derivativ (abgeleitet), Selbstmanifestation konkreter Totalität in dynamischer Bewegung: Das erscheinende Wesen ist Selbstoffenbarung struktureller Komplexität bzw. dessen, was jeder Struktur bzw. Segmentierung noch vorausliegt und sie zu sich aufhebt, der absoluten Negativität. Diesen Aspekt festzuhalten, schmälert also weder die Valenz der Dialektik, noch restringiert es symptomatologisch die *Wissenschaft der Logik* auf das, was Hegel sich körperlich antat, als er sein System niederschrieb (bzw. sich denkender- und le-

³ Hegel, Werke Bd. 5, S. 17.

⁴ Hegel, *Phänomenologie des Geistes* (Werke Bd. 3), S. 145 (Hervorhebung von Hegel).

⁵ Daß man ebensowohl die Bewegung der *Begierde* (vgl. bei Lacan und Deleuze *désir*, *Begehren*) als Bewegung zwischen dem Negierenden und dem Negierten, also als interne Bewegung innerhalb der *Negation* oder *Selbstkonstitutivität*, interpretieren kann, führt Hegel bekanntlich in der *Phänomenologie des Geistes* selbst vor, und eben dies war ja ein zentraler Anknüpfungspunkt für die Marxsche Selbstkonstitutivität des menschlichen Gattungswesens durch Arbeit.

senderweise in die Lage versetzte, es schreiben zu können), denn das Zeichen ist nicht bloß Symptom, sondern selbst in Bühlers unzureichender Trinität zumindest *Symbol*, *Symptom* und *Signal*, und wenn man wie Deleuze/Guattari die Fundamente bis zum Figuralen legt, wird die Situation noch komplexer, so daß jene, die meinen, der Poststrukturalismus betreibe nichts weiter als symptomatologische Lektüre, sich besser informieren sollten. Allerdings erscheint es sinnvoll, in einem nicht unwichtigen Aspekt der Trias von *Stimme-Hören*, *Hand-Schrift* (bzw. *Körper-Graphismus*) und *Auge-Schmerz* die Kantische Trias von *Vernunft*, *Verstand* und *Urteilkraft* wiederzufinden. Deleuze/Guattari waren so zahm, daß sie dies nicht explizit machten, sondern es dem Leser (wie jetzt z.B. mir) überließen, diese Verbindung selber zu finden. Daß diese Konnektion keine *eliminative* ist, wird schon dadurch selbstverständlich, daß die Autoren sich ja der Kantischen Konzeption als Organon der Kritik in ihrem Buch selbst bedienen. Dieser Vorwurf wäre also nicht weniger schwachköpfig als die Mutmaßung, in einem 'Schizo' wie Artaud einen paradigmatischen Revolutionär zu sehen, der die Grenzen der Vereinnahmungsfähigkeit des Kapitalismus theoretisch und praktisch klar aufgezeigt habe, heiße zu behaupten, jeder Schizophrene sei ein Revolutionär oder jeder Revolutionär ein Schizophrene. Darauf ist nicht mehr zu entgegnen, als sie selbst bereits im Buch entgegnet haben: Besser gar keine Lektüre als eine so schlechte Lektüre.

Das Element *Auge-Schmerz* ermöglicht übrigens, jenen *passiven Voyeurismus* ein Stück besser zu verstehen, der dazu führt, daß Menschen nicht schöpferisch aktiv werden, sondern sich lieber von den Medien berieseln lassen, mit denen kapitalistische Betriebsamkeit sie ruhigzustellen versucht - denn wenn die Konzeption von Deleuze/Guattari korrekt ist, kann man diesen Voyeurismus unmittelbar aus der Funktionalität des Zeichens ableiten. *Stimme-Hören* ermöglicht, ein Stück besser zu verstehen, wie die sogenannte Informations- und Kommunikationsgesellschaft das Ego von Menschen pappelt, indem sie sie darauf trainiert (oder, noch effektiver: sie dazu animiert, sich selbst darauf zu trainieren), den Maschinismus ihres Stroms sogenannter freier, gleicher und demokratischer Rede als erfolgreich ent- und verbundenen narzißtisch zu genießen. Ein solcher Beitrag zur Zementierung des Bestehenden, zugleich Selbstbewahrung im Konkurrenzkampf der vernetzten Subjekte, war leider schon immer die Kehrseite von 'vollem Sprechen' und 'kommunikativer Kompetenz'. Und die vereinte Trias ermöglicht, ein Stück besser zu verstehen, wie jener alltägliche Sadismus und Masochismus, den man bei braven Durchschnittsbürgern ebenso findet wie bei Un- oder Überangepaßten, in einer autokatalytischen Reaktion aufschwellen und gefährlich werden kann ('nach außen' und/oder 'nach innen'). Warum nicht das strategische Theater auftrumpfender Redner als ein Syndrom von Maschineneffekten rezipieren? Es liegt etwas Befreiendes in einer solchen Sichtweise. "Das einzige Subjekt ist der Wunsch selbst auf dem organlosen Körper, insofern er Partialobjekte und

Ströme zur Maschine macht." (92) Für das narzißtische Ich, dieses im Produktionsmodus der Gesellschaftsform verankerte Rivalisieren mit sich selbst und anderen, wird bescheißende, zähnenzeigende und bestätigungsbesessene Aktivität gespeist aus Angst vor dem Zukurzkommen, gegenüber der Neonbrust Staat und untereinander. "Man wünscht nicht den Tod, aber was man wünscht, ist tot, schon tot: Bilder." (436) Lebende Tote. "Der einzige moderne Mythos ist der der Zombies - tödliche Schizos, die, wieder zur Vernunft gebracht, gut für die Arbeit sind." (433) Der Wahn des modernen Menschen "gleich einer Fernsprechanlage mit dreizehn Telefonen" (ebd.). Dennoch gibt es eine Fähigkeit zur Selbstkritik, zur Weigerung und/oder zum Hervorbringen von Gegenintensitäten!

Produktion und Intensität gegen Repräsentation, Expression, Artikulation und Interpretation. Dialektik (II)

Das überzogene *Produktionsmodell* der Autoren führt zu Schwierigkeiten. "Demnach ist alles Produktion: Produktionen von Produktionen, von Aktionen und Erregungen, Produktionen von Aufzeichnungen, von Distributionen und Zuweisungen, Produktionen von Konsumtionen, von Wollust, Ängsten und Schmerzen. So sehr ist alles Produktion, daß die Aufzeichnung unmittelbar Konsumtion, Verzehr, die Konsumtion unmittelbar Reproduktion wird." (10) Die "Kategorie des Ausdrucks" wird als "idealistisch" verworfen (12). Dabei wäre Expression als Umsetzung eines 'Anderen-ihrer-selbst' nicht nur als *Abhängigkeit* davon, sondern zugleich als *Selbsterbringung* deutbar. Die Autoren lehnen das Modell der Repräsentation ab, wo etwas für etwas Anderes steht (z.B. die Erde oder die Materie für die Frau oder die Mutter), und dabei auch gleich das der Expression, wohl weil es auf Repräsentation zurückverweist. Die Folge ist, daß ihr Begriff der Produktion maßlos und unscharf wird. Er umfaßt Fließenlassen, Geschehenlassen, Entstehenlassen ebenso wie Generieren, Erzeugen, Herstellen, auch Bestimmen, Fixieren, Festschreiben, Einschreiben. Das Generieren einer Zuordnung ist z.B. die Produktion einer Produktion.⁶ Sie

⁶ Allerdings spricht auch Marx in den Grundrissen auf recht vielfältige Weise von 'produzieren'. Zwar wird im ökonomischen Sinne der Primat der Produktion dialektisch unanfechtbar ausgearbeitet, indem in einem übergreifenden und einem engeren Sinne von Produktion gesprochen wird: "Produktion, Distribution, Austausch, Konsumtion" bilden "Glieder einer Totalität (...), Unterschiede innerhalb einer Einheit. Die Produktion greift über, sowohl über sich in der gegensätzlichen Bestimmung der Produktion als über die anderen Momente. Von ihr beginnt der Prozeß immer wieder von neuem" (MEW Bd. 42, S. 34). Ökonomisch klar ist auch die Rede vom Kapital als dem "Wert, der den Wert produziert" (ebd., S. 358). Doch Marx gebraucht 'produzieren' auch in einem unspezifischen, allgemeinen Sinne, der zwischen generieren, erzeugen, herstellen und bestimmen, formieren changiert. Der Mensch "produziert" in der Nahrung seinen eigenen Leib (ebd., S. 26) - er stellt ihn aber natürlich nicht her, erzeugt ihn nicht, sondern hält ihn lediglich in lebendiger Bewegung, Reproduktion, Veränderung, Stoffwechsel; dies gehört mit zur 'Selbstkonstitution durch Arbeit'. Oder: "Die Produktion produziert die Konsumtion" (ebd., S. 27) impliziert zweierlei Bedeutung, vgl. auch "Die Produktion von Kapitalisten und Lohnarbeitern ist also ein Hauptprodukt des Verwertungsprozesses des Kapitals" (ebd., S. 419f.). Auf Produktion von Wert bzw. sich selbst verwertendem Wert rekurriert die Rede von produktiver versus unproduktiver Arbeit bzw. produktiven ver-

tun damit genau das, was sie der Dialektik vorwerfen: undifferenziert totalisieren und abstrakt identifizieren.⁷ Dialektisch ist es z.B. sinnlos bzw. inadäquat, den leitenden Totalitätsbegriff *Natur* folgendermaßen abstrakt in Ansatz zu bringen: "Zum zweiten besteht keine Unterscheidung mehr zwischen Mensch und Natur: das menschliche Wesen der Natur und das natürliche Wesen des Menschen werden in der Natur als Produktion oder Industrie, das heißt gleichermaßen im Gattungsleben der Menschen, identisch" (10); was der Schizophrene spezifisch erlebe, sei "die Natur" selber "als Produktionsprozeß" (9). Ein anderes Mal wird die unmittelbare Kopplung an die kapitalistische Supermaschine betont, die Differenzen entfallen dann trotz des Vorsatzes, mikrologisch zu operieren.

Wenn die Autoren sagen: "Denn die Literatur ist ganz wie die Schizophrenie: Prozeß und kein Ziel, Produktion und nicht Expression" (172), so ist nicht zu sehen, warum Expression nicht Selbstkonstitutivität, Werden-zu-sich sein sollte, negative Einheit von In-sich-Reflektiertsein und Gesetzsein, d.h. von Sichrückkoppeln an Intentionen, die nicht unbedingt vorgegeben sind, sondern im und als Prozeß entstehen und sich wieder auflösen, und ebenso prozessueller Manifestation, Realisation. Expression ist nicht per se teleologisch, eher könnte man fragen, ob nicht *Herstellen* sein Ziel in sich trägt, sofern nämlich die Beschaffenheit des entstehenden Produktes destinativ an einer Art (selbst beweglichem) Sollzustand rückgekoppelt wird. Warum sollte ein expressiver Prozeß nicht Aufbruch ins Offene, Unbekannte sein können? 'Ziel' wird zu sehr als fixiert unterstellt, erneut ein Mangel an Dialektik. *Relative* Fixierungen sind allerdings unumgänglich, sonst gäbe es auch keinen Prozeß. Daß Artikulation in gewissem Sinne Manifestation ist, sollte nicht dazu führen, Artikulation abstrakt zu verwerfen, zumal gerade eine solche festgehaltene Abstraktheit Fixierung ist. "Ein Symbol, ein Fetisch sind Manifestationen der Wunschmaschine" (235). Ein Symbol ist aber nicht nur abstrakte Identität, sondern *konkret*, es ist Verweisung, und das, wofür es steht, ist selbst geworden und offen für

7 sus unproduktiven Klassen: "Produktive Arbeit ist bloß die, die Kapital produziert. (...) Produktiv ist die Arbeit nur, indem sie ihr eigenes Gegenteil produziert" (ebd., S. 226) - indem sie nämlich Wert produziert und dieser sich selbst, 'produziert' sie das, wodurch sie außer sich kommt und zur entfremdeten Arbeit wird. Dieser Begriff der 'produktiven Arbeit' ist vom Antipoden der Lohnarbeit, dem Kapital, aus gesehen und daher restriktiver als der obengenannte Begriff vom 'Primat der Produktion', er betrifft den spezifischen Modus der Produktion bei kapitalistischer Gesellschaftsformation. Mit anderen Worten, die jeweils relevanten Bedeutungsschichten müssen jeweils durch *Konnexanalyse der spezifischen Verwendungsweise* freigelegt werden.

Dabei meinte Deleuze selbst, die Philosophie müsse u.a. durch Differenzierung den "zu summarischen und stereotypen" Begriffen (oder Begriffshülsen) entgehen, mit denen die sogenannten 'Neuen Philosophen', die von Deleuze mit Recht hart kritisiert wurden, ihr ebenso mediengeiles wie substanzloses Schnelldenkertum zu inszenieren pfleg(t)en (vgl. Über die neuen Philosophen und ein allgemeineres Problem, in: Kleine Schriften, S. 85-96). Im Gegensatz zu ihnen gehörte er zu denjenigen Denkern, die überlegt, mit Skrupeln, politisch reflektiert zu sprechen und zu schreiben pflegten, darüber darf die manche Leser befremdende Heftigkeit des Duktus des *Anti-Ödipus* nicht hinwegtäuschen!

neue Verweisungszusammenhänge. Insofern also das Symbol Symbol ist, ist es ebenso sehr auch Signal. Ein Aspekt des Signalseins ist wiederum, Symptom eines Zustands zu sein, der Zustand aber ist geworden, vermittelt Prozesse, ist deren Selbstvermittlung - usw. Wenn Symbolsein ein Aspekt des Zeichens ist, schließt das nicht aus, daß das Zeichen ebenso sehr Laut-Bild ist, also auf Stimme-Auge-Körper verweist, deren Selbstverweisung 'ist', ihre ebenso abstrakte wie konkrete Präsenz impliziert, im Sinne anwesend-abwesender und abwesend-anwesender Totalität (diese verstanden als Vielheit-als-Einheit und Einheit-als-Vielheit). In der sich herstellenden Kongruenz des Begriffs mit sich (Hegel) darf allerdings die Korrespondenz mit dem Realen nicht schlechthin aufgesogen und nivelliert werden. Also ist auch ein abstrakter Globalverzicht auf Repräsentanz nicht sinnvoll leistbar. Sicher, es gibt noch keine zureichende dialektische Theorie der Wahrheit, doch ein solcher Streit um losgelöste Fragmente führt nicht weiter. Und man wird weder Gott noch Lacans Großen Signifikanten des Mangels dadurch los, daß man Produktion zu einer Karikatur der Schöpfung von Allem aus Nichts abstrakt-totalisiert. Obzwar es wohl zutreffend ist, daß der Schizophrene sich als den 'universellen Produzenten' imaginiert, weil er seine Abhängigkeit von Anderem und Anderen nicht ertragen kann, und daß hier eine gewisse Analogie zum ideellen Gesamtkapitalisten besteht, der den ideellen Gesamtarbeiter aufsaugt und ausspeit, Natur markiert und verwertbar macht usw. Der Kapitalismus simuliert einen autopoietischen Gott ohne Vernunft. In den Begriffen der Autoren: Indem er ihn simuliert, 'produziert' er ihn. Das mag man entlarven, aber nicht so.

Das Paradigma der Mikroanalysen, dem Deleuze/Guattari, zumindest stellenweise, zuzurechnen sind, weist Affinität auf zu dem in Deutschland im Anschluß an Adorno entwickelten 'Indizienparadigma'⁸, allemal sind da fruchtbare Bezugsmöglichkeiten gegeben. Das 'Molekulare' ist die nicht auf einen bestimmten Ort beschränkte, sondern 'nomadische' Wirkungsweise des Wunsches, die dem Begrifflichen vorausliegt (es 'anstößt') und das Begreifenwollen zwingt, sich selber zum Nichtbegrifflichen hin zu überschreiten⁹ (ohne dieses, wie Hegel wollte, zum 'Immer-schon'-Moment des begrifflichen Prozesses nivellieren und linearisieren zu können - vgl. die analoge Kritik von Adorno). Ihr buchstäbliches Verständnis von "Mikrophysik" (361) weckt aber den Verdacht, daß die beiden Autoren den Gedanken, die molekulare Ebene sei die entscheidende, wird von ihnen aus einer damals, 1972, noch rückständigen Biologie importiert. Um sich das klarzumachen, ist ein Blick auf Fritjof Capras Überblick zu Entwicklungen innerhalb der Naturwissenschaften (1982) nützlich: Nachdem Einstein sich noch gegen die Quantenmechanik, eine Theorie der Diskon-

⁸ Vgl. Th. Collmer, Aktuelle Perspektiven einer immanenten Hegel-Kritik. Negative Totalisierung als Prinzip offener Dialektik, Gießen 1992, Kap. XI.4.

⁹ Vgl. Friedrich Balke, Gilles Deleuze, Frankfurt/M. 1998, S. 123f.

tinuität, gesperrt hatte und mit seiner Feldtheorie, die auf Kontinuität setzte, in wesentlichen Zügen Cartesianer und Newtonianer geblieben war, hatte die Quantenmechanik "die Hauptvorstellungen der cartesianisch-Newton'schen Wissenschaft überwunden. Dagegen hat die Erforschung des Gens nicht zu einer vergleichbaren Revision der Grundvorstellungen der Biologie geführt, noch hat sich daraus eine universale dynamische Theorie entwickelt. Die Biologen verfügen über keinen einheitlichen theoretischen Rahmen, der es ihnen ermöglichen würde, die relative Bedeutung der Forschungsprobleme bewerten und ihren inneren Zusammenhang erkennen zu können und auf diese Weise die Zersplitterung ihrer Wissenschaft zu überwinden. Sie denken weiterhin cartesianisch und halten lebende Organismen für physikalische und biochemische Maschinen, die man aus ihren molekularen Mechanismen erklären kann. (...) Man muß sich dabei wohl als Ziel setzen, das Problem einer Theorie komplizierter Systeme zu lösen. ... Dabei dürften die verschiedenen Ebenen ein ernstes Problem darstellen: Möglicherweise ist die Annahme falsch, die molekulare Ebene sei die entscheidende. Vielleicht müssen wir über den Uhrwerkmechanismus hinausdenken."¹⁰ Genau das ist die Situation, in der sich Deleuze/Guattari mit ihrem mechanistischen Denken befinden. Für die Biologie führten erst Modelle autopoietischer Systeme (etwa von Maturana) einen Schritt weiter, die dann auch auf andere Wissenschaften wirkten (vgl. Luhmann, dessen Theorie sozialer Systeme weitere Vermittlungsarbeit leistete und auch in unbeabsichtigte Nähe zur Dialektik geriet). Das kann freilich nur bedingt als 'Entschuldigung' gelten, denn der Ruf nach mehr Ganzheitlichkeit in Verbindung mit mehr prozessuellem Denken war nicht neu - nicht von ungefähr hat z.B. Hegels *Logik* die 'Idee des Lebens' höher als den 'Mechanismus' gewichtet, auch wenn er selber Entwicklung und Werden noch nicht hinreichend konsequent konzeptualisierte.

Unhaltbar ist bei Deleuze/Guattari die *Ablehnung von Interpretation*. Schon wenn man überhaupt mit anderen Menschen zu tun hat, deutet man ihr Verhalten; und daß die Entzifferung von Schrift generell ein Interpretationsprozeß ist, muß wohl kaum betont werden. Wenn man nicht *explizit* interpretiert, tut man es *implizit*. Die Grundbedeutung von *interpretari* ist übrigens *vermitteln*, und es ist wohl kaum nötig, hier zum tausendsten Mal nachzuweisen, daß jede vermeintlich einfache Unmittelbarkeit wesentlich *vermittelte* Unmittelbarkeit ist - erneut zeigt sich also schlicht die Dialektikfeindlichkeit der Autoren. Angeblich hat die Schizo-Analyse "nichts zu interpretieren", "weil es kein unbewußtes Material gibt": "es gibt nur Widerstände und darüber hinaus Maschinen, Wunschmaschinen" (405), der Schizo-Analytiker ist entsprechend lediglich "Mechaniker, Mikromechaniker" (437). Ich weigere mich, dies zu interpretieren.

Es ist die gleiche Überreaktion wie gegen das Symbolische: "Sexueller Symbolismus existiert nicht" (519). Man muß hier nicht die uralten Diskus-

¹⁰ F. Capra, *Wendezeit. Bausteine für ein neues Weltbild*, München 1988, S. 130.

sionen um einen *überzogenen* etymologisierenden Symbolismus à la Friedrich Creuzer wiederaufnehmen¹¹, doch warum die Lacansche Dialektik des Borromäischen Knotens zwischen dem Symbolischen, dem Imaginären und dem Realen (alle drei Dimensionen sind irreduzibel auf eine der beiden anderen oder beide zusammen, und alle drei sind wechselseitig durcheinander vermittelt) in Bausch und Bogen zu verdammen sein sollte, vermag ich nicht zu erkennen.¹² Auch eine überzogene Abwertung des Traums, dieses klassischen Forschungsfeldes für die Gesetzmäßigkeiten des Unbewußten, findet man bei Deleuze/Guattari (vgl. 408). Und 'Kastration' wird zu wörtlich genommen. Lacan hatte Freuds Patriarchalismus zu einem Gutteil überwunden, indem er erklärte, *beide* Geschlechter seien einem strukturellen und unaufhebbaren Mangel unterworfen, das lehnen die Autoren ab. Wenn sie betonen: "Nicht die in der Kastration repräsentierte große Verletzung, sondern die tausend kleinen Konnexionen, Disjunktionen, Konjunktionen, mit deren Hilfe jede Maschine einen Strom produziert gegenüber einer anderen, die ihn abtrennt, und selbst einen Strom abtrennt gegenüber einer weiteren, die ihn produziert" (406f.) - warum sollte das einander ausschließen? Einheit-als-Vielheit und Vielheit-als-Einheit! Auch die 'Kreuzigung', von der Artaud (nicht *nur* metaphorisch, sondern symbolisch-imaginär-real!) spricht, oder das Oszillieren der Grenze ist kein einmaliges Ereignis. Sehr eindrucksvoll sprechen die Autoren von *Intensitäten*, "die ein nomadisches Subjekt durchläuft" (109). Solche Betonung der Intensitäten gehört in jede explizit auf Negativität basierende Dialektik. Dabei ist im *Zusammenspiel von Vernichten und Neuschaffen* (also des *spezifisch* negativ-dialektischen Momentes mit dem, was Hegel das Positiv-Vernünftige genannt hat; man kann es auch als Moment der Selbstkonstitutivität oder Selbstproduktivität bezeichnen, dann im Sinne einer Dialektik von Selbstbestimmung und Fremdbestimmtheit, sich herstellendes Bei-sich-Sein im Anderen-seiner-selbst, ohne daß jedoch das 'Andere' hinterrücks vollständig assimiliert werden könnte!) das abstrakt-verständige Moment als Durchgangsmoment präsent (und als solches unabdingbar), wie ja auch die Rede von einem 'nomadischen', also sich von sich unterscheidenden 'Subjekt' zeigt, oder die folgende Stelle: "Doch wenn alles sich auf diese Weise vermengt, so auf einer Grundlage der Intensität. Nicht Räume und Formen geraten durcheinander, da diese gerade zugunsten einer neuen, der heftigen, intensiven Ordnung vernichtet sind" (ebd.). Hegels gesamte Wesenslogik ist eine Logik der Intensität als des In-sich-Gehens, der internen Strukturmomente, nämlich als Bewegung zwischen dem Negierenden und dem Negierten, die aus dem Maßlosen-selbst-als-Maß

¹¹ Vgl. dazu Rolf Zuberbühler, *Etymologie bei Goethe und Hölderlin*, in: Ingrid Riedel (ed.), *Hölderlin ohne Mythos*, Göttingen 1973, S. 34-47.

¹² Daß Deleuze/Guattari die konstitutive Rolle des Symbolischen und des Imaginären unterschätzen, wird an vielen Stellen deutlich, vgl. S. 43, 94, 107, 118, 128, 398.

herkommt und dieses Aufheben ihrer Geschichte ist.¹³ Nur muß man den Prozeß freilich nicht mehr wie Hegel linear-hierarchisch konstruieren, so daß das Extensivste und 'Höchste' am Ende auch das Intensivste ist.

Es ist sinnlos, pauschal zu sagen: "Wenn ein Problem sich in der Schizophrenie nicht stellt, so das der Identifikationen" (117). Denn die Frage ist, wie, womit, wogegen, worüber und inwiefern. Wenn jemand oder etwas sich für eine allesproduzierende oder -verwertende Maschine hält, so 'identifiziert' sich er, sie oder es mit diesem Bild oder dieser Struktur oder Anti-Struktur, und es muß und kann nun untersucht werden, wie und inwiefern diese Identifikation negativ ist, denn bloß abstrakt von Negativität zu reden, wäre selbstverständlich ebenfalls sinnlos (worauf übrigens der Begriff der absoluten Negativität bereits an sich selbst verweist). Wenn kritisiert wird, daß Lacan "die Negation als Privation, Mangel" interpretiere (219), so wäre es ratsam, die Hegelsche Negationslehre in ihrer Gesamtheit zu rezipieren. Wie der konstitutive Mangel scheinbar 'positiv' gewendet werden kann, exerziert zudem die kapitalistische Angebots- und/oder Nachfrageideologie tagtäglich vor, und künstlerisch-produktive Intensität (oder auch *voluntary simplicity*, ein Aspekt der "zölibatären" Verweigerungsmaschine!) stellt demgegenüber eine potentiell emanzipatorische Alternative dar. Wenn sich gegen das Kapital der Tod als der absolute Herr erweist, mag man ihn als 'Herren-Signifikant' titulieren oder auch nicht (vgl. 268): "Der organlose volle Körper ist das Unproduktive, das Sterile, das Ungezeugte, ist das Unverzehrbare. Antonin Artaud hat ihn überall dort, wo er, ohne Form und Gestalt, vorhanden war, aufgedeckt. Todestrieb ist sein Name, und der Tod ist nicht ohne Vorbild" (14). Hätte Freud das wechselseitige Inklusions- und Exklusionsverhältnis von Eros und Thanatos dialektisch gefaßt und einen stärker historisch-kritischen Blick gehabt, statt Familie und bürgerliche Gesellschaft und ein auf dieses faule Bestehende zugeschnittenes Realitätsprinzip zu verteidigen, so hätte manch schimpfende 'Ungerechtigkeit' des *Anti-Ödipus* moderater ausfallen können. Deleuze/Guattari fassen jene erothanoische Durchdringung freilich ebenfalls nicht ins Auge. Manche Überzeichnung scheint vielmehr dem Versuch gezollt, der Komplikation aus dem Weg zu gehen, daß das Über-ich oder Ichideal eben kein bloßer Hanswurst, sondern nach übereinstimmender erfahrungsgestützter Meinung wohl aller Psychoanalytiker für die psychische Entwicklung eines Menschen unabdingbar ist.¹⁴ Und folgt nicht auch 'zölibatäre Verweigerung' einer Art Ichideal? Oder jene

¹³ Vgl. Th. Collmer, Hegel zur Dialektik von Selbstbestimmung und Fremdbestimmtheit, in: Z 27 (September 1996), S. 45-57, und Z 28 (Dezember 1996), S. 141-153.

¹⁴ Zu diesem letzteren Punkt vgl. Jean Bégoin, Der Anti-Ödipus oder die neidvolle Zerstörung der Brust, a.a.O., 114; Heide Berndt/Reimut Reiche, Die geschichtliche Dimension des Realitätsprinzips, in: J. Habermas (ed.), Antworten auf Herbert Marcuse, Frankfurt/M. 1968, 121: "Das Über-ich ist als strukturbildendes Moment unerlässlich für die individuelle und gesellschaftliche Entwicklung eines Ich, daß fähig ist, die Gesellschaft zu verändern." Siehe auch Mitscherlich, Aggression und Anpassung, in: H. Marcuse u.a., Aggression und Anpassung in der Industriegesellschaft, 80-127.

Konstruktion wechselnder Verwandtschaftsverhältnisse, durch die ein Antonin Artaud den identifizierenden Code seiner Peiniger ins Leere laufen ließ?

Statt einer Dialektik von Eros und Thanatos haben Deleuze/Guattari eine Trinität der wunschmaschinellen Energie von Libido, Numen und Voluptas konstruiert (vgl. 20, 53, 437). Durch Maschinenkopplung wird Energie bereitgestellt: *Libido* ist konnektive Synthese der Partialobjekte und Ströme. Energie wird eingespeist und fließt. *Numen* ist disjunktive Einschreibungsenergie, "Energie der Aufzeichnung" (53); disjunktive Synthese der Singularitäten und Ketten. Der lateinische Ausdruck *numen* bedeutet *Wink*, (*göttlicher*) *Wille*, *Orakelspruch*, *Geheiß*; ursprünglich ist damit gemeint der durch ein Nicken mit dem Kopf angedeutete Wille. Hier wäre also durch die Einschreibung des Namens und der symbolischen Ordnung gebundene und zugleich kanalisierende Energie zu verorten, durch die ein Individuum individuiert wird. *Voluptas* schließlich ist konjunktive Synthese "der Intensitäten und Ausprägungen des Werdens" (437), residuale Energie: Dem Subjekt wird ein ihm zukommender Rest zugeschlagen, dieser kann dann narzistisch genossen werden. Thanatos ist in dieser Konzeption nicht vorgesehen: Paul Federn, von dem der Ausdruck stammt, hat der *Libido* die *Mortido* zur Seite gestellt (dieser Ausdruck erscheint sinnvoller als die zu spezifische Bezeichnung *Destrudo* von Eduardo Weiss¹⁵, denn der Todestrieb ist in seiner sehr grundlegenden Arbeit eben nicht bloß Destruktionstrieb); Deleuze/Guattari machen davon keinen Gebrauch. Dies alles sind jedenfalls Formen einer physikalischen Grundenergie, die lediglich umgewandelt werden kann; insofern ist die Konzeption materialistisch und mit Freuds 'Biologismus' kompatibel.

Wertform oder nicht? Graphismus, Schuld und Schulden. Dialektik (III)

So sehr sie die 'Einschreibung' betonen und damit in der Tat eine Dimension freilegen, die gemeinhin unterschätzt wird (außer von Burroughs, Derrida und wenigen anderen, auf die Deleuze/Guattari sich auch beziehen) und an der nunmehr keine dialektische Position vorbeikommt, so sehr scheinen sie doch andererseits (überraschend, da sie stark marxistisch beeinflusst sind) die Einschreibung der *Wertform* zu unterschätzen. Indes kann man ihnen nicht vorwerfen, daß sie überfliegend die Produktion und das Begehren eines Überschusses an Code mit dem in der Produktionssphäre (im engeren Sinne) erzeugten Mehrwert durcheinanderwerfen, denn immerhin sagen sie: "Der Mehrwert an Code bildet die *primitive Form des Mehrwerts*" (191 b); er sei "der Geist des gegebenen Dings, die Kraft der Dinge, die bewirkt, daß die Gaben reicher zurückfließen müssen,

¹⁵ Mitscherlich schrieb 1968, dieser Ausdruck habe sich, "besonders im englischen Schrifttum", stärker durchgesetzt als *Mortido* (Aggression und Anpassung, a.a.O., S. 117).

territoriales Zeichen des Wunsches und der Macht, die Prinzipien des Überflusses und des Fruchtragens der Güter." Der in der Geldform ausgedrückte Mehrwert ist insofern eine moderne Variante eines ebenso sakralen wie primären Ungleichgewichts: "Weit entfernt, pathologische Konsequenz zu sein, ist das Ungleichgewicht vielmehr funktional und von größter Bedeutung" (ebd.) - es kann lediglich *verschoben* werden, es abstrakt abschaffen zu wollen, so die Autoren, liefe darauf hinaus, eine fundamentale Offenheit und Nichtidentität beseitigen zu wollen. Dieser Gedanke ist nicht so leicht von der Hand zu weisen, und er bedeutet z.B. nicht, daß es sinnlos wäre, soziale Gerechtigkeit anzustreben.

Wenn sie "im Differentialquotienten (...) die grundlegende kapitalistische Erscheinung zum Ausdruck gebracht" sehen: "die Transformation des Mehrwerts an Code in Mehrwert an Strömen" (292 a), so bringen sie die Entmaterialisierung des Geldes im codierten Strom mit Marx' Hinweis in Verbindung, der (auf der Aneignung der Surplusarbeit basierende) Mehrwert, jenes Inkrement, mit dem in der Formel G-W-G' das Kapital als Geld heckendes Geld erscheint, könne nur *qualitativ*, nicht quantitativ richtig verstanden werden (er bezog sich dabei u.a. darauf, daß Hegel betont hatte, das Inkrement des Differentials müsse *qualitativ*, nicht quantitativ aufgefaßt werden). Aber die Unterscheidung zwischen Finanzierung und Zahlung, "der beiden Momente der Bankpraxis" (294), reicht nicht aus¹⁶, um die von Marx unterschiedenen drei Funktionen des Geldes zu rekonstruieren: Wertmaß, Zirkulationsmittel und "Geld als Geld", d.h. sich auf sich beziehender und so verselbständigter Wert. Genauer noch, man wird vielleicht sagen müssen, daß es *vier* sind: "Die Eigenschaften des Geldes als 1. Maß des Warenaustausches; 2. als Austauschmittel; 3. als Repräsentant der Waren (deswegen als der Gegenstand der Kontrakte); 4. als allgemeine Ware neben den besonderen Waren - folgen alle einfach aus seiner Bestimmung des von den Waren selbst getrennten und vergegenständlichten Tauscherts."¹⁷ 'Maß der Werte' impliziert schon die Dialektik des Maßes, die Maßlosigkeit der Verwertung als das Wesen des selbstbezüglich zum Strukturgesetz sich sedimentierenden Kapitals. Um, zweitens, als Zirkulationsmittel unbegrenzt zirkulieren zu können, sind totalisierende Bezüge auf *alle* Waren, *alle* Austauschenden als Rechtssubjekte sowie auf den Weltmarkt (vgl. Weltgeld, Globalisierung) impliziert. 'Repräsentant der Waren' verweist auf das 'Zeichen-für'-Sein, aber auch auf den *kompensatorischen* Charakter des Geldes, sein Stellvertreterprinzip nicht nur im Sinne der entfalteten Wertform, sondern auch im Sinne des der Zirkulation entzogenen Geldschatzes, und die Rolle, bloß abstrakter Gegenstand von Kontrakten und Bewegungen zu sein, ohne als 'hartes Geld' in den Mengen, die ständig umgesetzt werden, überhaupt realisiert

¹⁶ Später ist noch einmal die Rede vom "Doppelcharakter des Geldes" als "externe Finanzierungsstruktur und internes Zahlungsmittel" (S. 462).

¹⁷ Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (1857/58), MEW 42, S. 80.

(flüssig gemacht) werden zu können, verselbständigt sich wechselwirkend mit der Verselbständigung des Geldes zum 'Geld heckenden Geld', Kapital.¹⁸ "Die Eigenschaft des Geldes als allgemeine Ware gegen alle andren, als Verkörperung ihres Tauscherts, macht es zugleich zur realisierten und stets realisierbaren Form des Kapitals"¹⁹ - hier sind mehrere konstitutive Widersprüche im Spiel: Das Geld prätendiert absolute Allgemeinheit und universelle Austauschbarkeit und bleibt doch besondere Ware, an die je situativen äußeren Bedingungen der Produktion und des Austauschs gebunden; danach richtet sich die jeweilige Form, in der sich seine Widersprüche bewegen. Wenn bloße Verrechnung, ohne Realisierung als "hartes Geld", stattfindet, fungiert das Geld als Zirkulationsmittel und implizites Wertmaß, aber auch als sein eigener Stellvertreter, insofern 'ideell': von den vier von Marx genannten Eigenschaften sind dann die zweite und die dritte realisiert und die erste vorausgesetzt, und zwar dies alles als immanenter Widerspruch in der vierten. Dieser kurze Abriss reicht schon aus zu verdeutlichen, daß Deleuzes und Guattaris Geldtheorie völlig unzureichend ist. "Zwischen dem Wert der Unternehmen und dem der Arbeitskraft der Lohnabhängigen besteht unzweideutig kein gemeinsames Maß" (296) - das mag im absoluten Sinne zutreffen, denn jede abstrakte Verrechnung *intensiver* Produktivkraft mit gesellschaftlicher 'Nützlichkeit', durchschnittlich erreichter Arbeitszeit usw. stößt ohnehin an Grenzen; die Arbeitswertlehre kann sich eben nicht mit einem abstrakten Verausgabungsmodell begnügen; und wenn, wie bürgerliche Ökonomen betonen, die Wertschöpfung künftig vermehrt über neue Technologien der Informationsverarbeitung stattfindet und weniger direkt über im engeren (was bei ihnen oft bloß heißt: stofflichen, der energetische und der informationelle Aspekt werden nicht konkret einbezogen) Sinne 'materielle' Produktion und Dienstleistungen, so ist dies selbstverständlich eine Herausforderung für die marxistische Werttheorie. Doch vom Geld als Maß der Werte und von der Entwicklung der Wertform zum sich über negativ-totalisierenden Selbstbezug *absolut setzenden* Wert ist hier bei Deleuze/Guattari um so weniger die Rede, als die Autoren Marx' dialektische Methode nicht aufgreifen, sondern sie für eine bloße Darstellungsmethode (von Scheinbewegungen) halten. Ist aber folgende Formulierung nicht implizit dialek-

¹⁸ Nicht zuletzt als ideeller Repräsentant von Gebrauchswerten fungiert das Geld als verselbständigter Tauschwert übrigens auch dann, wenn es gut internalisiert und bezüglich seiner Herkunft fast unkenntlich in der Psyche auftritt und sich mit anderen fundamentalen Einschreibungen (persönlicher Name, Sprachsystem, bestimmte soziale Normen) fast unentwirrbar zum Sediment einer 'fiktiven Stimme' verbunden hat - auch darum erscheint es sinnvoll, diese Funktion des Geldes als eine gesonderte zu führen, die ihrerseits durchaus vielfältige Aspekte aufweist und in ihrer verständigen Abstraktheit jeweils auf konkrete Totalität zurückbezogen werden muß.

¹⁹ Ebd.; siehe dort zu den Funktionen des Geldes auch: S. 123f., 132, 140ff., 356-71, 758-65. In manchen Aspekten erhellend und nützlich: Rudolf Wolfgang Müller, Geld und Geist. Zur Entstehungsgeschichte von Identitätsbewußtsein und Rationalität seit der Antike, Frankfurt a.M./ New York 1977; die Rolle der Einschreibung/Markierung wird dort aber nicht entfaltet, insofern setzen Deleuze/Guattari fundamentaler an.

tisch? "Die Tendenz besitzt einzig eine interne Grenze, die sie überschreitet, allerdings indem sie sie verschiebt, das heißt sie rekonstituiert, sie als interne Grenze, die erneut mittels Verschiebung überschritten werden muß, wiederfindet: so erzeugt sich die Kontinuität des kapitalistischen Prozesses in diesem stets verschobenen Einschnitt des Einschnitts" (296). "Diese Bewegung der Verschiebung gehört essentiell zur Deterritorialisierung des Kapitalismus" und verweist auf die innere Notwendigkeit von Imperialismus und zugleich Schaffung von "organisierten Enklaven der Unterentwicklung" (297). Sehr aktuell, ebenso der Hinweis, daß ursprüngliche Akkumulation ein permanenter Prozeß sei und "sich unaufhörlich reproduziert" (298). "Geld und Markt sind die wirklichen Polizisten des Kapitalismus" (307), in der Tat.

Doch um so mehr verblüfft nun die Äußerung: "Noch nie war die Schrift Sache des Kapitalismus. Dieser ist von Grund auf Analphabet" (308). *Warum wird die Einschreibung der Wertform in die Körper und Seelen der an die Supermaschine angeschlossenen Menschen nicht adäquat ausgeschöpft und kritisch nachgezeichnet?* Wenn die Wertform bzw. als deren realabstraktive Konkretisierung die Geldform zur konstitutiven "Axiomatik" des Kapitalismus gehört, soll doch wohl nicht im Ernst behauptet werden, "daß jene weder tief ins Fleisch zu schreiben, die Körper und Organe zu markieren noch dem Menschen ein Gedächtnis zu erstellen braucht" (322). Damit würde das Alphabet als der einzige Übeltäter hingestellt und das Zahlenwerk des 'rechnenden Denkens' (vgl., daß *neri*, wovon 'Rationalität' sich herleitet, ursprünglich 'rechnen' bedeutet) als bloßes Epiphänomen, statt daß der genaue Zusammenhang rekonstruiert würde. Unklar bleibt (mir) auch, wie hier 'Axiomatik' (und 'Axiom' wird ziemlich verschwenderisch gebraucht) in Gegensatz zu 'Code' gebracht wird (vgl. 323). Später ergibt sich erneut Irritation, wenn Entfremdung überhaupt nicht mit der Waren- und Wertform in Zusammenhang gebracht wird (vgl. 414), oder wenn es heißt, der Profit, so umfangreich er auch sein möge, bestimme nicht den Kapitalismus, vom sich verwertenden Wert aber nicht die Rede ist (486). "Der volle Körper des Kapitals als 'werthekender' Körper, geldproduzierendes Geld ist niemals für sich gegeben", entgegnet der *Appendix* (518) auf einen wohl ähnlich gelagerten Einwand. Das weckt den Verdacht, daß die Autoren aufgrund ihres Antistrukturalismus meinen, dieses Wertheken dürfe eben nicht strukturgesetzlich 'für sich' aufgestellt werden - genau damit würden sie sich aber jenen bürgerlichen Apologeten anschließen, denen die 'Unübersichtlichkeit' der (post)modernen Welt zu der Behauptung Anlaß gibt, der Kapitalismus sei unbegreiflich und müsse mithin fatalistisch hingenommen werden; ein solcher Schulteranschluß wäre aber ja keineswegs im Sinne von Deleuze und Guattari. Ich bin weit davon entfernt, Dialektik als Allheilmittel empfehlen zu wollen, aber jenes 'Für-sich-Aufstellen' zurechtrücken könnte Dialektik allemal.

Substanziell bleiben gleichwohl die Ausführungen zum Thema Schuld-komplex. Nietzsches *Genealogie der Moral* entnehmen die Autoren das en-

grammatische Implantieren einer Mnemotechnik, "um auf der Grundlage der Verdrängung des alten bio-kosmischen Gedächtnisses (in diesem Naturalismus winkt wieder die Annahme einer Ur-Einheit, die die Autoren sonst ablehnen, T.C.) ein Gedächtnis der Worte aufzurichten. Daher ist es so bedeutsam, in der Schuld eine direkte Folge der primitiven Einschreibung zu sehen, statt sie (und die Einschreibungen selbst) zu einem indirekten Mittel des universellen Tausches zu deklarieren" (237). Bei Nietzsche heißt es (ganz marxismuskompatibel!): "Haben sich diese bisherigen Genealogen der Moral auch nur von ferne etwas davon träumen lassen, daß zum Beispiel jener moralische Hauptbegriff 'Schuld' seine Herkunft aus dem sehr materiellen Begriff 'Schulden' genommen hat? (...) Es ist die längste Zeit der menschlichen Geschichte hindurch durchaus nicht gestraft worden, weil man den Übelanstifter für seine Tat verantwortlich machte, also nicht unter der Voraussetzung, daß nur der Schuldige zu strafen sei - vielmehr, so wie jetzt noch Eltern ihre Kinder strafen, aus Zorn über einen erlittenen Schaden, der sich am Schädiger ausläßt - dieser Zorn aber in Schranken gehalten und modifiziert durch die Idee, daß jeder Schaden irgendwohin sein Äquivalent habe und wirklich abgezahlt werden könne, sei es selbst durch einen Schmerz des Schädigers. Woher diese uralte, tiefgewurzelte, vielleicht jetzt nicht mehr ausrottbar Idee ihre Macht genommen hat, die Idee einer Äquivalenz von Schaden und Schmerz? Ich habe es bereits verraten: in dem Vertragsverhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner, das so alt ist, als es überhaupt 'Rechtssubjekte' gibt, und seinerseits wieder auf die Grundformen von Kauf, Verkauf, Tausch, Handel und Wandel zurückweist."²⁰ Für Lévi-Strauss, so Deleuze/Guattari, sei die Schuld nur eine Art Superstruktur, in der die unbewußte Realität des Tausches sich einprägen - sie selber hingegen betonen den Primat der Markierung/Beschreibung; später bedingt dann das im Rechtskodex abgesicherte, organisierte Privateigentum "die Konjunktion der decodierten Ströme (...), das heißt ihre Axiomatisierung innerhalb eines Systems, in dem der Strom an Produktionsmitteln, als Eigentum der Kapitalisten, auf den Strom der sogenannten freien Arbeit, als 'Eigentum' der Arbeiter, sich bezieht" (391). Jene primitiven Einschreibungen, auf die Tausch und Zirkulation rekurrieren als Bedingungen ihrer Möglichkeit, sind 'Graphismus' gerade auch als Geo-graphismus: ein Durchziehen, Besetzen, Markieren und Erinnern von Räumen, von Erde - "ein Tanz auf dem Boden, ein Zeichen auf dem Körper, eine Zeichnung an der Wand bilden ein graphisches System, einen Geo-graphismus" (241). Es werden z.B. Steine auf dem Boden zurechtgelegt, Schmuck angelegt, Erkennungszeichen anerkannt, "Feuerlinien" eingepreßt. "Die primitiven Formationen sind oral und vokal eben nicht, weil ihnen ein graphisches System fehlte" (ebd.) - wenn vielmehr die Zivilisation 'aufhört', oral zu sein und zur schriftlichen Überlieferung übergeht, so weil der Graphismus eine fiktive Stimme einführt, die er allmählich stabilisiert

²⁰ Zur Genealogie der Moral, in: Werke Bd. III, S. 250f.

(noch Augustinus hielt es für einen Beweis der Heiligkeit und Entrückung des Ambrosius, daß er in der Lage war, 'leise' zu lesen). Mit einem umstrittenen Ausdruck Sohn-Rethels gesprochen, wäre dies (die Einführung einer fiktiven Stimme) eine 'Realabstraktion', die der des Geldes eindeutig vorausliegt und diese selbst mitbedingt (womit ja nicht bestritten wird, daß die Entwicklung der Wertform zur Geldform das abstrakte Denken selber befördert und geprägt hat). Es muß also (gegen Marcel Mauss) selbst hinter den Austausch von Gaben, Geschenken, und hinter solche sozialen Möglichkeiten, mit abstrakter 'Äquivalenz' konkret umzugehen (im Sinne von Reziprozität, 'mehr-als', 'weniger-als' etc., und dabei möchte ich noch einmal darauf hinweisen, daß die Antinomie, die Kernstruktur des dialektischen Widerspruchs, formell ebenfalls eine Äquivalenz ist) zurückgegangen werden. In diesem Sinne gehen Deleuze/Guattari so weit, Nietzsches *Genealogie der Moral* als das unterschätzte "große Buch der modernen Ethnologie" zu bezeichnen: "Nietzsche besitzt nur kärgliches Material über altes germanisches Recht, ein wenig über das Recht der Hindu. Aber er zögert nicht wie Mauss zwischen Tausch und Schuld (ebensowenig wird Bataille unter Nietzsches Inspiration zögern). Niemals wurde eindringlicher das grundlegende Problem des primitiven Sozios, das ein solches der Einschreibung, des Code, der Kennzeichnung ist, behandelt" (244).²¹ Der Hinweis auf die Gleichung der Schuld (das Be-gleichen, etwa durch ein 'Auge um Auge', oder sei es ein bewußtes Überbieten oder Verwerfen der Äquivalenz), als aktiv-reaktives Verschieben und Hinausschieben eines fundamentalen Ungleichgewichts (Offenheit-zu) führt auf den primitiven Graphismus. Ich meine, daß dieses Konzept überzeugt (vorbehaltlich weiterer Präzisierungen, die man vornehmen müßte, jedenfalls überzeugt es mich weit mehr, als Sohn-Rethels Transzendentalismus oder Adornos unspezifisches Ansetzen des 'Tauschprinzips' mich je überzeugt haben), und zwar unabhängig davon, ob man das Machtparadigma (Nietzsche, Foucault) übernimmt oder nicht - es ist sinnvoll, die Vertreter des Kommunikationsparadigmas (Habermas, Honneth, Schnädelbach) nicht nur auf den Tausch und das Wertgesetz zurückzuverweisen, sondern auf den Graphismus in dem hier skizzierten Sinne.

Leiden ist ein Thema, das glatt verfehlt wird, wenn man es vorwiegend unter dem Blickwinkel verzerrter Kommunikation betrachtet, insofern diese selbst nur ein Epiphänomen ist: Symbol, Symptom, Signal, und zwar nicht in erster Linie von und für Bewegungen des Ideologischen, sondern der *Basis*. Der Schmerz ist "Teil eines tätigen Lebens und eines gefälligen Blicks" (245). Noch einmal der Hinweis auf den schon angesprochenen alltäglichen Sadismus und Masochismus: "Das Auge zieht schlicht aus dem Schmerz, den es beobachtet, einen Mehrwert an Code" (ebd.) - mag diese letztere Formulierung nun metaphorisch sein oder nicht, sie charakterisiert perfekt die Medien-, Informations- und Kommunikationsgesellschaft, den

²¹ Siehe von Deleuze auch: *Nietzsche und die Philosophie*, München 1976.

verordneten, in seiner Geschwätzigkeit längst sprachlos gewordenen Voyeurismus, der im Über-Ich (Ich-Ideal) ebenso tätig ist wie in den Überwachungsstrategien eines Staates, der die *entscheidende* Überwachung weitgehend der vorgeblich freien und demokratischen 'Kommunikation' der Subjekte untereinander (inklusive ihrer Selbstunterdrückung unter dem Anpassungsdruck universeller Konkurrenz in der Massengesellschaft) überlassen kann. Dem im Zuge kapitalistischer Industrialisierung, Elektronisierung und Rationalisierung wildwuchernden Sichfortschreiben 'primitiver Einschreibung' in Erde/Körper/Natur ist durch moralische Appelle und 'Vernunft' um so weniger beizukommen, wenn diese genau jener Einschreibung sich ursprünglich verdanken - bemerkenswerterweise ist es aber das maschinelle Supersystem selbst, das der 'Vernunft' wie auch der aufklärerischen Vernunftkritik gegenüber eine Doppelstrategie von Vereinnahmung und Exklusion fährt und mit dieser Antinomie zeigt, daß Auflösung und Neuschaffung möglich bleiben. In einer modernen (oder 'postmodernen') Gesellschaft stellt das Geld "das Mittel dar, die Schuld zu einer unendlichen zu verlängern" (254 a). "Man ist bankrupt", wie Norman O. Brown formulierte²², und zögert den Offenbarungseid durch hektisches Strömenlassen von Kapital und fiktivem Kapital weiter hinaus. Wenn das Buch von Deleuze/Guattari zur experimentellen Zerstörung dieser Ordnung aufruft, mag man ihm kaum widersprechen: "Zerstören, zerstören: die Aufgabe der Schizo-Analyse führt über die Destruktion, die umfassende Säuberung, Ausschabung des Unbewußten. Ödipus zerstören, die Illusion des Ich, den Hampelmann Überich, das Schuldgefühl, das Gesetz, die Kastration. ... Nicht um fromme Zerstörungen geht es dabei" (401): Was dabei 'aufzuheben' im Sinne von 'aufzubewahren' sein wird, ist im Voraus im einzelnen nicht kalkulierbar á schon daß man die Kalkulation, dieses 'Was gewinne ich dabei? Was habe ich davon?' benötigt, ist der entscheidende Fehler. Es fehlt an Mut zum Risiko, zum Experiment, denn die allermeisten Menschen hängen, im doppelten Sinne, an ihren Ketten. Der Wunsch zu wirklicher Veränderung ist nicht stark genug. Und ob das ein Zeichen von Vernunft ist, darf bezweifelt werden.

²² *Life Against Death. The Psychoanalytical Meaning of History*, Middletown 1988, S. 271. Bei Brown findet man ausführliche Überlegungen zum Zusammenhang von Schuldkomplex und Ökonomie. Statt aber die 'unendliche Schuld', wie Brown, von "infantile fantasy" abzuleiten und wie Freud auf psychoanalytische Aufklärungsarbeit zu setzen (ebd., S. 292), verfolgen Deleuze/Guattari einen historisch-materialistischen Ansatz und halten letztlich mit Marx an der Notwendigkeit einer Revolution von innen fest, mag auch das Band, das zwischen den potentiell Interessierten noch möglich ist, noch so fragil und unbeständig sein. Zu Brown vgl. Th. Collmer, Pfeile gegen die Sonne. Der Dichter Jim Morrison und seine Vorbilder (1994), erweiterte Neuauflage Augsburg 1997, Kap. 4.

Warum Marx oder Nietzsche?

"Die Welt, in der wir selbst geistig existieren, ist weitgehend eine von Marx und Nietzsche geprägte Welt." (Max Weber, 1920)

I

In der Geschichte der Debatten um Marx und/oder Nietzsche war das Begehren nach Aussöhnung von Marx und Nietzsche, nach Verzicht auf die Fragestellung 'Marx oder Nietzsche?' wahrscheinlich nie so vielerseits und so markant zu vernehmen, zugleich rückte aber dieselbe Fragestellung, die Alternative Marx oder Nietzsche vielleicht nie so deutlich ins Zentrum geistiger Auseinandersetzungen, wie heutzutage. Das Paradoxe, Zwiespältige, Doppeldeutige an der gegenwärtigen Diskussionslage ergibt sich aus der Gleichzeitigkeit und dem Nebeneinander dieser beiden Tendenzen.

Von divergierenden Standpunkten, von links und rechts, mit unterschiedlichen Vorzeichen wird die Kenntnissnahme der Zusammengehörigkeit von Marx und Nietzsche oder die Anerkennung ihrer Komplementarität, das Vollziehen ihrer Synthese erheischt, wobei auf der einen Seite der in die Nähe von Marx gebrachte Nietzsche bzw. der anhand von Nietzsche interpretierte und ergänzte Marx bejaht, auf der anderen - vom traditionellen Offenbarungsglauben¹ oder vom Bild eines wohlfunktionierenden, störungsfreien Kapitalismus² her - das Marx und Nietzsche angeblich gemeinsam zukommende nihilistische Wesen verneint wird. Insbesondere neigten - mindestens zeitweilig - Befürworter des sich links verstehenden französischen Nietzscheanismus dazu, Marx mit Nietzsche zu verknüpfen: Klossowski hegte die Meinung, es gebe, trotz ihrer Unterschiede, eine Parallele zwischen Marx' Gesellschaftskritik und der Nietzsches³, Lyotard trachtete Anfang der 70er Jahre, das 'Kapital' auf Grund von Nietzsche umzudeuten⁴, Foucault vermeinte Mitte der 60er Jahre, den gemeinsamen Nenner

¹ Vgl. u.a. G. Rohrmoser: Nietzsche's Kritik der Moral. In: Nietzsche-Studien, Band 10/11, 1981/1982. S. 332f. - Daß aber auch dieser Auffassung das Gebilde Nietzsche contra Marx zugrunde liegt, daß auch ihr ein durch Nietzsche überwundener Marx vorschwebt, ist aus Rohrmosers Forderung ersichtlich: "So, wie wir einen postfaschistischen Nietzsche brauchen, benötigen wir auch einen postmarxistischen Nietzsche." (In: ebendort, S. 356) Auch Rohrmoser plädiert für "die Überlegenheit Nietzsches über Marx". (G. Rohrmoser: Zäsur. Wandel des Bewußtseins. Stuttgart 1980, S. 336).

² "Aus sehr unterschiedlichen Perspektiven griffen sowohl Nietzsche als auch Marx den Triumph des Handelsmannes an ... Nietzsche und Marx verachteten beide die Gesellschaft, die überwiegend aus ihr Eigeninteresse verfolgenden Menschen zusammengesetzt ist." (S. Miller: Adam Smith and the Commercial Republic, in: The Public Interest, No. 61, Fall 1980, p. 120).

³ P. Klossowski: Circulus vitiosus, in: Nietzsche aujourd'hui? t. 1, Paris 1973, pp. 99ff.

⁴ J.-F. Lyotard: Notes sur le retour et le Kapital, in: ebendort, pp. 145ff.

von Marx, Nietzsche, Freud zu bestimmen⁵. Es ist aber ein Zeichen der Brüchigkeit der 'Marx und Nietzsche'-Einstellung, daß Foucault zu gleicher Zeit die Alternative Nietzsche oder Marx mit aller Schärfe und Entschiedenheit verkündete (und sein philosophisches Werk ist eben von dieser Alternative geprägt): Er betrachtete Hegel und Marx als "die großen Verantwortlichen für den gegenwärtigen Humanismus", den er ablehnte, und trat für eine "nicht-dialektische", "also nicht-humanistische Kultur" ein, die "mit Nietzsche begonnen hat" und die "auch bei Heidegger in Erscheinung trat"⁶. In der späteren Entwicklung des französischen Nietzscheanismus gewann diese Frontstellung - Nietzsche gegen Marx - die Oberhand, die (nicht einschließende) Disjunktion von Marx und Nietzsche überwand ihre vorübergehende Konjunktion. Deleuze kehrte schon in seinem frühen Nietzsche-Buch die Unvereinbarkeit von Dialektik und Nietzscheschem Philosophieren, die absolute Antidialektik desselben hervor⁷; er widersprach auch der Formel Marx-Nietzsche-Freud, als er Anfang der 70er Jahre für das 'nomade Denken' plädierte⁸, indem er Nietzsche aus jener Trinität herausnahm. "Marx und Freud sind vielleicht die Morgendämmerung unserer Kultur, aber Nietzsche ist eine ganz und gar andere Sache, er ist die Morgendämmerung einer Gegenkultur."⁹ Der Bezugspunkt der Philosophie der französischen - und nicht nur französischen - Postmoderne ist der antidialektische und antirationalistische Nietzsche als Gegen-Marx.

Dennoch ist es eine der Bestrebungen innerhalb der heutigen Nietzsche-Welle, die Frage von Marx und Nietzsche statt der von Marx oder Nietzsche in den Vordergrund zu stellen, indem man die historischen Traditionen des linken Nietzscheanismus, die Bilder eines Marx angenäherten Nietzsche oder eines Nietzsche angenäherten Marx wachruft, heutigen Lesarten der nietzscheschen Ideologie einer absolut-abstrakten Revolte huldigt. David Bathrick und Paul Breines heben die Versuche - von Bloch über Lefèbvre und die Frankfurter Schule bis zum gegenwärtigen französischen Nietzscheanismus hervor, Nietzsche für eine lebensphilosophische Umdeutung des Marxismus zu reklamieren; sie rufen die "äußerst lebendige, wenn auch schmale Strömung der nietzscheschen Linken" ins Ge-

⁵ Vgl. M. Foucault: Nietzsche, Freud, Marx, in: ders.: Dits et écrits 1954-1988, Éd. par D. Defert et al., t. i: 1954-1969, Paris 1994, pp. 564ff.

⁶ Zit. nach: L. Ferri/A. Renant: La Pensée 68. Essai sur l'antihumanisme contemporain, Paris 1985, p. 138.

⁷ "Die Philosophie Nietzsches bildet eine absolute Antidialektik..." (G. Deleuze: Nietzsche et la philosophie, Paris 1962, p. 223).

⁸ Das 'nomade Denken' wurde zum Schlagwort der Philosophie der französischen Postmoderne; vgl. D. Grisoni: Ouverture, in: F. Châtelet/J. Deirrida/M. Foucault/J.-F. Lyotard/M. Serres: Politiques de la philosophie, Paris. 1977, pp. 20ff. - Die Idee des 'nomaden Denkens' rührt übrigens von Nietzsche her; in seinem 'Menschliches, Allzumenschliches' steht das Diktum, daß "wir ... im Gegensatz zu den gebundenen und festgewurzelten Intellektuellen unser Ideal fast in einem geistigen Nomadentum sehen..." (F. Nietzsche: Menschliches, Allzumenschliches. Ein Buch für freie Geister, in: ders.: Werke, hrsg. von K. Schlechta, 9. Ausgabe, München 1969, Band I, S. 817).

⁹ G. Deleuze: Pensée nomade, in: Nietzsche aujourd'hui? t. I, p.160.

dächtnis, um jene "historische Bedeutung der schmalen 'Marx-und-Nietzsche'-Strömung innerhalb des Marxismus" zu akzentuieren, die auf die permanente Krise des Marxismus verweise¹⁰. Im Eifer, die Daseinsberechtigung und Relevanz eines 'nietzscheanischen Marxismus' zu demonstrieren, erinnert man an die Nietzsche-Neigung etlicher sich zum Marxismus bekennender russischer Revolutionäre im ersten Dezennium des 20. Jahrhunderts.¹¹ Wird diese allgemeine Bestrebung knapp dargestellt, so vermeint man, "die Krise jener theoretischen Tradition des Marxismus" zu konstatieren, "in welcher die Verfechter des polaren Gegensatzes 'Nietzsche-Marx' von Mehring bis Lukács, von Hans Günther bis Holz gefangen blieben"¹². Dieser theoretischen Tradition gegenüber fordert man die Annahme "eines Restes des Denkens von Nietzsche, der Marx fremd, durch den Marxismus nicht angeeignet worden ist"¹³; Nietzsches Alternative zu seiner Gegenwart sei zwar nicht-positiv, im Marxschen Sinne nicht-revolutionär, dennoch wohne Nietzsches Überwindung des Humanismus revolutionärer Gehalt inne, der jenseits von Marx angesiedelt sei; der anzueignende Rest des Nietzscheschen Denkens liege in den Themen "der Destrukturierung des Subjeks und des Erlangens seiner infrakategorialen und vorprädikativen Tiefe, des unendlichen Spiels zwischen Tiefe und Oberfläche"¹⁴. Das Paradoxe an der Forderung einer Versöhnung von Marx und Nietzsche, des Verzichts auf die Nietzsche-contra-Marx-Einstellung, tritt auch darin zutage, daß jene Forderung eben den Gegensatz von Marx und Nietzsche zu ihrer Prämisse und zu ihrer Folge hat. Zu ihrer Prämisse, da ihr die Disparität des Nietzscheschen Ansatzes zu jenem von Marx als Ausgangspunkt gilt, als Grund der Notwendigkeit, die Nietzsche-contra-Marx-Attitüde, die Fragestellung Marx oder Nietzsche aufzugeben, denn der Marxismus sei ja unfähig und ohnmächtig, von seiner Theorie her in die echte Tiefe zu blicken; und zu ihrer Folge, da der anzueignende 'Rest' in ein philosophisches Ganzes, in ein antisystematisches System gehört, das dem Marxschen Denken fremd ist. Statt die Marx-oder-Nietzsche-Einstellung zu überwinden, reproduziert die Marx-und-Nietzsche-Bestrebung sie unter dem Primat Nietzsches.

¹⁰ D. Bathrick/P. Breines: Marx und/oder Nietzsche. Anmerkungen zur Krise des Marxismus: In: Karl Marx und Friedrich Nietzsche. Acht Beiträge, hrsg. von R. Grimm/J. Hermand, Königstein/Ts. 1978, S. 119ff. - Dem Vorhaben, Marx mit Nietzsche zu versöhnen, widersprach Reinhard Maurer in seiner eher konservativ geprägten Kritik an der Kritischen Theorie. "Wir stehen in Spannungen, bei denen Marx und Nietzsche in wichtigen Hinsichten entgegengesetzte Pole sind. Ein marxistischer Nietzscheanismus (offenbar ein nicht nur italienischer Traum) wäre ein hölzernes Eisen." (In: Nietzsche-Studien, Band 10/11, 1981/1982, S. 76).

¹¹ Vgl. G.L. Kline: 'Nietzschean Marxism' in Russia, in: Demythologizing Marxism. A Series of Studies in Marxism, ed. by F.J. Adelman, Chestnut Hill Mass./The Hague 1969, pp. 166ff.

¹² F. Masini: Il marxismo e Nietzsche, in: Rinascita, n. 49, 1981, p. 34.

¹³ Ebd.

¹⁴ Ebd.

II

Die Nietzsche-Wirkung und die Konjunktion von Marx und Nietzsche erwiesen sich nicht nur bei Adorno¹⁵, sondern auch bei Bloch und Althusser als unbewältigtes, zugleich prägendes Moment des philosophischen Denkens, das sich mit den von Marx und dem Marxismus herrührenden Ideen nicht versöhnen ließ, aber die Rezeption und die Deutung Marx' und des Marxismus dennoch beeinträchtigte. Jene Wirkung und Konjunktion, infolge deren sich eine gewisse Berührungsfläche zwischen diesen so unterschiedlichen, ja entgegengesetzten philosophischen Werken bildete, manifestieren sich einerseits in der Nietzsche-Reflexion, zum anderen in den eigenen Gedanken Nietzschescher Provenienz. Angesichts der Tragweite und des Formats dieser Oeuvres gelten die Folgen jener Wirkung und Konjunktion als Probe auf die Relevanz der Fragestellung Marx oder Nietzsche bzw. Marx und Nietzsche, obschon Denken und Werk Blochs und Althussters - wie auch Adornos - weder schlechthin aus der Nietzsche-Wirkung zu verstehen, noch dem Nietzscheanismus unterzuordnen sind.

Blochs Nietzsche-Erlebnis während der ersten Nietzsche-Welle ging der Zeit voran, seit welcher er sich als Marxist verstand. 'Der Impuls Nietzsche', 1913 verfaßt, gehört zu den Schlüsseln seines philosophischen Schaffens: Hier sind Gedanken aufgekommen, an denen er auch später festhielt, die seine spätere Marx-Deutung und seine philosophische Gesamtkonzeption mitprägten. "Nietzsches Lebensarbeit ist fast völlig Kampf gegen den kalten, undionysischen, unmystischen Menschen, gegen das Daseinsrecht und die Wahrheit der 'wissenschaftlichen' Wahrheit überhaupt, das heißt: ohne Subjekt und ohne Traum. ... Denn hier gilt in der Tat, daß es nicht darauf ankommt, die Welt nur zu begreifen oder doch nur zu dem Ende, daß man sich danach verändere. Hier wird eine andere Selbständigkeit als die des lumen naturale verlangt, und die Welt hat in der zweiten, gefährlicheren Epoche der Neuzeit aufgehört, ein bloßes Rätselspiel für den wissenschaftlichen Intellekt zu sein."¹⁶ In diesen Ausführungen sind Ansätze konzipiert - der Hang zum Dionysisch-Mythischen, die Kritik an der wissenschaftlichen Rationalität - auf denen auch Blochs spätere Schriften pochten, hier wurde auch seine 'Kältestrom-Wärmestrom'-These vorweggenommen. Was in den 'Impuls Nietzsche' damals nicht mit einging - Wille zur Macht, ewige Wiederkehr des Gleichen -, wurde in der späteren Fassung 'Der Impuls Nietzsche' - in 'Erbschaft dieser Zeit' - offen abgelehnt; der Verkünder des Übermenschen wurde mißachtet, neben ihm trat aber der "andere Nietzsche"; er "sucht nicht bloß ungebleichtes, son-

¹⁵ Vgl. unter anderem P. Pütz: Nietzsche im Lichte der kritischen Theorie, in: Nietzsche-Studien, Band 3, 1974 - R. Maurer: Nietzsche und die Kritische Theorie, in: Nietzsche-Studien, Band 10/11, 1981/1982.

¹⁶ E. Bloch: Durch die Wüste. Frühe kritische Aufsätze, Frankfurt am Main 1964, S. 107f.

dern in utopische Feuer gesetztes Diesseits¹⁷. Die frühere Botschaft wurde wiederholt: "Das lumen naturale wurde hier feurig, die Erkenntnis nicht mehr kontemplativ, die Welt hörte auf, ein bloßes Rätselspiel für den wissenschaftlichen Intellekt zu sein."¹⁸ Die Zwiespältigkeit der Nietzsche-Interpretation Blochs wurde in seinen abermals späteren philosophiegeschichtlichen Vorlesungen mehr akzentuiert: Nietzsche wurde zwar der Unheilslinie der deutschen Philosophie des 19. Jahrhunderts zugeordnet, dennoch insistierte Bloch auf dem "anderen Nietzsche", dessen Dionysos "ein ungeheuer dialektisches Wesen" sei¹⁹. Dieses Nietzsche-Verständnis war mit gewissen Zügen des Blochschen Philosophierens verschränkt, mit der Intention eines Philosophierens aus dem Dunkel des gelebten Augenblicks, aus der subjektiven Innerlichkeit, mit dem zwiespältigen Verhältnis dieses Philosophierens zur wissenschaftlichen Rationalität.

Althusser bekannte sich in seinem frühen Aufsatz 'Freud und Lacan' zur Trinitätsformel Marx-Nietzsche-Freud. "So viel ich weiß, wurden im 19. Jahrhundert zwei oder drei unerwartete Kinder geboren: Marx, Nietzsche, Freud. 'Uneheliche' Kinder in dem Sinne, daß die Natur die Sitten, die Rechtmäßigkeit, die Moral und die Lebensart kränkt. Natur ist die verletzte Regel; die Mutter eines unehelichen Kindes, also die Abwesenheit des gesetzmäßigen Vaters. Die okzidentale Vernunft läßt das vaterlose Kind teuer erkaufen."²⁰ Weder diese These noch der nietzscheanisch-pathetische Ton kehrten in Althusser's späteren Schriften zurück; dennoch scheint sein philosophischer Werdegang ohne diese Reflexion kaum adäquat begriffen zu werden: Nietzscheanische Denkmotive, wenn auch ohne Berufung auf Nietzsche und ohne den ganzen Nietzsche zu rezipieren und anzuwenden, zogen sich durch alle drei Phasen seiner philosophischen Tätigkeit, indem sie sich mit anderen Ansätzen - auch solchen positivistischer Ausrichtung - vermengten, und Althusser's Marx-Deutung unmittelbar und mehrfach (durch den philosophischen Strukturalismus, auch durch Lacans Heidegger-Rezeption vermittelt) stark prägten. Diese nietzscheanischen Denkmotive, verborgen in den Prämissen, durchsetzt in dem ihnen fremden Medium der Auslegung Marx'scher Philosophie, zeitigten reizende Schockeffekte, auch die schillernde Verwobenheit von theoretischer Stringenz und Eigenwilligkeit, Transparenz und undurchsichtiger Tiefe, endgültiger Evidenz und Schweben im luftleeren Raum. In Althusser's philosophischem Schaffen - schon in der ersten Phase, in den Schriften 'Für Marx'

¹⁷ E. Bloch: Gesamtausgabe, Band 4: Erbschaft dieser Zeit, Frankfurt am Main 1964, S. 363.

¹⁸ Ebendort, S. 364 - Zur Auseinandersetzung mit Blochs 'Erbschaft dieser Zeit' vgl. H. Günther: 'Erbschaft dieser Zeit'? In: ders.: Der Herrm eigener Geist. Ausgewählte Schriften, Berlin und Weimar 1981.

¹⁹ E. Bloch: Neuzeitliche Philosophie II: Deutscher Idealismus des 19. Jahrhunderts. Leipziger Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie 1950-1956, Band 4, Frankfurt am Main 1985, S. 414.

²⁰ L. Althusser: Positions (1964-1975), Paris 1976, p. 12.

und '»Das Kapital« lesen' - waren sein Geschichtsbegriff, seine Forderung der Ausmerzungen der Subjekts-Kategorie, die zunächst noch mehr latente Subjektivierung der Erkenntnisproblematik, wenn auch nicht ausschließlich, so dennoch beträchtlich durch Nietzsches Impulse bestimmt. Der in der ersten Phase eher heimliche nietzscheanische Zug trat in der zweiten Phase stärker hervor: Nicht nur Klassenkampf-Stichworte wurden mit dezisionistischem Inhalt in die Philosophie eingeführt, bzw. dezisionistisch begründet, nicht nur Marx'sche Gedanken nietzscheanisch dekretiert und umgedeutet, sondern auch das Philosophiekonzept erhielt nietzscheanisch gefärbte Merkmale. Das Bekenntnis zum Materialismus oder Idealismus erschien mehr als Willensakt, die historischen Kontroversen der beiden wurden auf der Grundlage der Idee der ewigen Wiederkehr des Gleichen interpretiert²¹. Althusser's Auffassung, die Philosophie verkünde unbeweisbare Thesen, die weder wahr noch falsch seien, weder Gegenstand noch Geschichte haben, die man an ihrer 'Richtigkeit' an Hand einer angenommenen 'Linie' messen sollte²², beschwor Nietzsches voluntaristisches Philosophiekonzept herauf. "Die eigentlichen Philosophen aber sind Befehlende und Gesetzgeber: sie sagen 'so soll es sein!', sie bestimmen erst das Wohin? und Wozu? des Menschen. ... Ihr 'Erkennen' ist Schaffen, ihr Schaffen ist eine Gesetzgebung, ihr Wille zur Wahrheit ist - Wille zur Macht"²³. Wenn in Althusser's dritter Phase seine 'kritische Bilanz des Marxismus'²⁴ negativ ausfällt, so ist dies unter anderem eine Konsequenz aus dem Scheitern des Versuchs, Marx von Nietzsche her zu verstehen und umzudeuten.

III

Die Alternative Marx oder Nietzsche ist philosophischer Natur; sie geht deshalb weit über die deutsche Geistesgeschichte²⁵ hinaus, ihr kommt allgemeiner Inhalt und supranationale Relevanz²⁶ zu. Wie enorm Nietzsches

²¹ Vgl. L. Althusser: Lénine et la philosophie, Paris 1969, pp. 42ff.

²² Vgl. u.a. L. Althusser: Philosophie et philosophie spontanée des savants (1967), Paris 1974.

²³ F. Nietzsche: Jenseits von Gut und Böse, in: ders.: Werke, Band II, S. 676f.

²⁴ Vgl. L. Althusser: art. Marxismo. Il bilancio critico, in: Enciclopedia europea, vol. VII, Milano 1978, pp. 280ff.

²⁵ Vgl. u.a. R. F. Krummel: Nietzsche und der deutsche Geist, Band I-II, Berlin/New York 1974/1983 - R.H. Thomas: Nietzsche in German Politics and Society 1890-1918, Manchester/Dover 1983 - E. Bertram: Nietzsche. Versuch einer Mythologie, 8. Auflage, Bonn 1965 - H. Raschel: Das Nietzsche-Bild im George-Kreis. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Mythologeme, Berlin/New York 1984 - K. Lotter: Nietzsche-Aneignung im deutschen Faschismus, in: Widerspruch, Nr. 13, 1987 - W. Ries: Grundzüge des Nietzsche-Verständnisses in der Deutung seiner Philosophie. Zur Geschichte der Nietzsche-Literatur in Deutschland (1932-1963), Diss. Heidelberg 1967.

²⁶ Zu Nietzsches internationaler Wirkung vgl. u.a. G. Bianquis: Nietzsche en France. L'influence de Nietzsche sur la pensée française, Paris 1929 - M. Serra: Nietzsche und die französischen Rechten 1930-1945, in: Nietzsche-Studien, Band 13, 1984 - G. Bataille: Sur Nietzsche. Volonté de change, in: ders.: Oeuvres complètes, t. VI, Paris 1973 - J. Granier:

Anziehungskraft auf die deutsche Literatur auch war²⁷ - wobei sich in der Vielfalt und den Divergenzen dieser Wirkung nicht nur und nicht so sehr die Mehrdeutigkeit der Facetten Nietzscheschen Denkens, sondern auch und eher die geistige Mannigfaltigkeit der Rezipienten spiegelten -, steht Nietzsche vor allem im Kontext *spätbürgerlichen Philosophierens*. Auch in der deutschen Literatur war es letztlich die *Lebensphilosophie als Revolte*²⁸, die faszinierte. Kam es zu prüfend-kritischer Besinnung auf Nietzsche und seinen Zauber - wie bei Arnold Zweig, Johannes R. Becher und vor allem dem späteren Thomas Mann - so ging es um diese Lebensphilosophie, die ihr immanente politische Tendenz, deren erst unheilbringende Möglichkeiten, dann fatale Erfahrungen. Die Nietzsche-Begeisterung in der Literatur war auch durch das Ästhetische vermittelt: erstens durch das Konzept der Philosophie als Kunst und das der Kunst als Erlösung, die zum Wesen seiner Philosophie gehörten, zweitens durch das Künstlerische in Nietzsches Werk, drittens durch sein Lebensgeschick als möglichen Gegenstand und Impuls künstlerischen Schaffens. Diese Vermittlungen trennten sich zuweilen vom Vermittelten; Christian Morgenstern schrieb 1912 über Nietzsche: "Aber ich weiß auch, worin er lange Zeit mein Höchstes war: in seiner Größe als Mensch; nicht in der, ach nur allzu zeitgemäßen, Art seiner Philosophie. Die war Abendröte, nicht Morgenröte, und wer von ihr aus weiterschreitet, der wandelt in die Nacht."²⁹ Was wäre aber dieses menschliche Schicksal ohne die Philosophie Nietzsches, für die und in der er lebte, die er erlebte? Die Fragestellung Marx oder Nietzsche bzw. Marx und Nietzsche ist eben im Medium der Philoso-

Le problème de la Vérité dans la philosophie de Nietzsche, Paris 1966 - Nietzsche, Paris 1967 - Nietzsche aujourd'hui? t. 1-2, Paris 1973 - R.E. Künzli: Nietzsche und die Semiotik. Neue Ansätze in der französischen Nietzsche-Interpretation, in: Nietzsche-Studien, Band 5, 1976 - P. Bridgwater: Nietzsche in Anglosaxony. A Study of Nietzsche's Impact on English and American Literature, Leicester 1972 - F. Copleston: Friedrich Nietzsche: Philosopher of Culture, London/New York 1975 - W.A. Kaufmann: Nietzsche: Philosopher, Psychologist, Antichrist, Princeton N. J. 1950 - J.P. Stern: A Study of Nietzsche, Cambridge/London/New York/Melbourne 1979 - E. Paci: Federico Nietzsche, Milano 1940 - G. Vattimo: Il soggetto e la maschera. Nietzsche e la problema della liberazione, Milano 1974 - U. Rusker: Nietzsche in der Hispania. Ein Beitrag zur hispanischen Kultur- und Geistesgeschichte, Bern und München 1962 - G. Sobejano: Nietzsche en España, Madrid 1967 - H.-J. Becker: Die frühe Nietzsche-Rezeption in Japan (1893-1903). Ein Beitrag zur Individualismusproblematik im Modernisierungsprozeß, Wiesbaden 1983.

²⁷ Vgl. Nietzsche und die deutsche Literatur, Band 1-2, hrsg. von B. Hillebrand, Tübingen 1978 - Zu Nietzsches Wirkung auf die Literatur, über die deutsche hinaus vgl. E. Gaede: Nietzsche et la littérature, in: Nietzsche, Paris 1967 - J.B. Foster jr.: Heirs to Dionysus. A Nietzschean Current in Literary Modernism, Princeton NJ. 1981.

²⁸ Vgl. u.a. H. Günther: Der Fall Nietzsche, in: ders.: Der Herr eigener Geist. Ausgewählte Schriften - G. Lukács: Die Zerstörung der Vernunft. Der Weg des Irrationalismus von Schelling zu Hitler, Berlin und Weimar, 4. Auflage, 1988, S. 244ff. - H.H. Holz: Die abenteuerliche Rebellion. Bürgerliche Protestbewegungen in der Philosophie. Stirner-Nietzsche-Sartre-Marcuse-Neue Linke, Darmstadt und Neuwied 1976, S. 31ff. - R. Steigerwald: Bürgerliche Philosophie und Revisionismus im imperialistischen Deutschland, Frankfurt am Main 1980, S. 69ff. - M. Buhr: Es geht um das Phänomen Nietzsche!, in: Marxistische Blätter, Heft 2, 1988.

²⁹ Zit. nach: Nietzsche und die deutsche Literatur, Band 1, S. 111.

phie verortet; das Künstlerische in Nietzsches Werk, sein menschliches Geschick vermitteln Inhalte, die sich in diese Fragestellung einfügen, die aber selber in extenso in ihr nicht thematisiert sind.

Bei der Aufhebung des alternativen Verhältnisses der Philosophien von Marx und Nietzsche wurde Marx dem Kontext lebensphilosophischer Tradition untergeordnet; so entstanden die Trinitätsformeln *Marx-Kierkegaard-Nietzsche*, dann *Marx-Nietzsche-Freud*, die sich als 'Paradigmata' der Marx-Deutung befestigten. Das Gebilde Marx-Kierkegaard-Nietzsche, in Löwiths Buch 'Von Hegel zu Nietzsche' erörtert, war offensichtlich als Gegenstück zum faschistischen In-Anspruch-Nehmen Nietzsches, zugleich als Kritik am Marxismus gedacht. Marx' Differenzen zu Kierkegaard und Nietzsche wurden in Löwiths eher zurückhaltender Darstellung nicht tout court unterschlagen, dennoch die drei, trotz angedeuteter Unterschiede, auf das Gemeinsame der Auflehnung gegen Hegels Philosophie und gegen die bürgerlich-christliche Welt bzw. des Bewußtseins der Entfremdung und der Heimatlosigkeit gebracht, wobei Nietzsche in gewissem Sinn als Vollender dieses Gemeinsamen erschien. "Marx und Kierkegaard war die Welt fremd geworden, in die sich Hegel noch 'eingehaust' hatte; sie waren hinüber und hinaus, oder 'absurd' und 'transzendierend', wie Goethe den kommenden Geist des Jahrhunderts benannt hat. Und vollends Nietzsche war nirgends mehr zu Hause..."³⁰ Marx, in die Kontinuität der lebensphilosophischen Zeitdeutung und Hegel-Kritik eingegliedert, büßte seine eigene Philosophie und seinen wissenschaftlichen Sozialismus ein, seine Auffassung schien Löwith in den Vorstellungen der bürgerlichen Gesellschaft befangen geblieben. Auch Karl Jaspers nahm in seinem späten Nietzsche-Aufsatz die Formel Marx-Kierkegaard-Nietzsche hin. "Sie eröffnen das moderne Bewußtsein ... In ihnen vollzog sich der Bruch der Kontinuität ... Aber nun sind jene drei durchaus nicht die Führer eines neuen Menschenseins. Sie sind wohl Propheten, aber Propheten durch ihr Opfer, ihr eigenes Hingerissensein in die schreckliche Not des sich verlierenden Menschen, des sich entfremdeten Menschen, nicht Propheten als Stifter einer neuen Welt."³¹ Marx wurde hier nietzscheanisieret, er trat als Prophet zutage, der Befehle erließ: Der historisch-reale Marx und seine Theorie kamen in der Trinitätsformel Marx-Kierkegaard-Nietzsche abhandeln.

Michel Foucault konzipierte Mitte der 60er Jahre offensichtlich eine extreme Variante der anderen stereotypen Trinitätsformel Marx-Nietzsche-Freud; seine Lesart deutete aber den dieser Formel inhärenten Voluntarismus und dessen Folgen an. Als Zentralfigur in der Trinität galt hier Nietzsche, dessen Erkenntnistheorie, das Absolute der Interpretation, die Auflösung der Realität in der Interpretation dienten zur Grundlage der Freud- und Marx-Deutung. Nach Foucault ist Nietzsche, Freud und Marx die Unvollendetheit der Interpretation gemeinsam; "wenn die Interpreta-

³⁰ K. Löwith: Sämtliche Schriften, Band 4: Von Hegel zu Nietzsche, Stuttgart 1988, S. 222.

³¹ M. Foucault: Nietzsche, Freud, Marx, p. 571.

tion sich niemals vollenden kann, dann ist es ganz einfach so, daß es nichts zu interpretieren gibt. Es ist nichts absolut Erstes zu interpretieren, weil im Grunde genommen alles schon Interpretation ist; jedes Zeichen ist in sich nicht die Sache, die sich zur Interpretation darbietet, sondern Interpretation anderer Zeichen.³² Marx wurde bei Foucault anders nietzscheanisiert als bei Jaspers; der Verlust war aber nicht geringer, wenn Marx' Theorie dem Fetisch Interpretation der Nietzscheschen Erkenntnistheorie ausgeliefert, oder wenn Marx zum Propheten à la Nietzsche umstilisiert wurde.

IV

Die Fragestellung 'Warum Marx oder Nietzsche?' bedeutet für Marxisten dreierlei. Zum einen die bewußte Notwendigkeit der sich historisch wandelnden Auseinandersetzungen zwischen den Philosophien von Marx und Nietzsche, die Gegensätzlichkeit der beiden in ihrer sozialen Bestimmtheit und ihrem philosophischen Inhalt kontroversen Denkansätze. Max Weber wurde sich der Tragweite des Marx-Nietzsche-Problems inne: Nach einer Debatte mit Oswald Spengler im Jahre 1920 - Oswald Spengler äußerte sich nicht nur über Marx, sondern auch über Nietzsche, die Hauptquelle seiner eigenen Ideen verachtend - sagte Max Weber einem Studenten: "Die Redlichkeit eines heutigen Gelehrten, und vor allem eines heutigen Philosophen, kann man daran messen, wie er sich zu Nietzsche und Marx verhält. Wer nicht zugibt, daß er gewichtige Teile seiner eigenen Arbeit nicht leisten könnte, ohne die Arbeit, die diese beiden getan haben, beschwindelt sich selbst und andere. Die Welt, in der wir selber geistig existieren, ist weitgehend eine von Marx und Nietzsche geprägte Welt."³³ Die gleichzeitige Präsenz und Wirkung der beiden erwecken und bekräftigen den Anschein, man könne Marx und Nietzsche zugleich Tribut zollen und ihnen folgen. Die fundamentale Denkstruktur von Max Weber zeigt das Gegenteil: Er war tatsächlich sowohl von Marx als auch von Nietzsche beeinflusst, was er mit aller Redlichkeit auch zugab; er polemisierte aber ebenso redlich gegen Marx, geriet auch dort in Gegensatz zur Marxschen Theorie, wo er unter einer gewissen Wirkung von ihr stand, Nietzschesche Motive formten aber seine Denkart mit³⁴. Was er dennoch 1920 konstatierte - "Die Welt, in der wir geistig existieren, ist weitgehend eine von Marx und Nietzsche geprägte Welt" - büßte danach, trotz wechselnder Konjunkturen und Dekonjunkturen von Marx bzw. Nietzsche, seine Gültigkeit keineswegs ein.

³² K. Jaspers: Zu Nietzsches Bedeutung in der Geschichte der Philosophie, in: Nietzsche, Hrsg. von J. Salaquarda, Darmstadt 1980, S. 56.

³³ Zit. nach: Max Weber - Werk und Person, hrsg. von E. Baumgarten, Tübingen 1964, S. 554f.

³⁴ Vgl. W. Hennis: Die Spuren Nietzsches im Werk Max Webers, in: Nietzsche-Studien, Band 16, 1987.

Die Marx-oder-Nietzsche-Einstellung enthält zum zweiten das Bewußtsein des Tatbestands, daß eben Marx die Alternative zu Nietzsche sei. Nietzsches Denken ist eine eigenartige Form der Lebensphilosophie, aber auch ein Sammelort von Elementen, Keimen und Möglichkeiten anderer Lesarten derselben, wie auch von denen späterer und unterschiedlicher Varianten des Positivismus. Kontroversen, wie die um Heideggers Nietzsche-Deutung und -Kritik, oder das Desinteresse mancher logischer Positivisten an Nietzsche mögen diese Zusammenhänge verschleiern; es ist dennoch erkenntlich, daß "viele Einflüsse ... von Nietzsche zu Heidegger führen", wie Wolfgang Müller-Lauter feststellte. "Es gibt eine Verwandtschaft zwischen beiden, die nicht dadurch beiseite gerückt werden darf, daß man Verkennungen und Fehleinschätzungen Nietzsches durch Heidegger in den Vordergrund stellt."³⁵ Dantos Buch, in welchem Nietzsche als Vorläufer der analytischen Philosophie betrachtet wird³⁶, weist bei allen Einseitigkeiten und Unterlassungen im Darstellen³⁷ auf Nietzsches positivistische Züge und Antizipationen, aber auch auf seine Berkeley-Verwandtschaft hin. Dieser Umstand hat zur Folge, daß letztlich nur jene Philosophie als Alternative zum Ganzen des Nietzscheschen Denkens gelten kann, die außerhalb des Lebensphilosophie-Positivismus-Gebildes des spätbürgerlichen Denkens angesiedelt ist.

Die Frage 'Warum Marx oder Nietzsche?', von Marxisten konzipiert und erörtert, besagt zum dritten: 'Warum Marx und nicht Nietzsche?' Da die Alternative Marx oder Nietzsche beharrlich ist und wiederkehrt, kann die Kritik an Nietzsche, die sich aus dieser Alternative ergibt, weder Tilgung der marxistischen Nietzsche-Beschäftigung noch abstraktes und immer gleiches Negieren, nur sich entwickelnde historische und theoretische Überwindung sein. Ist Nietzsches Philosophie der Inbegriff der Lebensphilosophie, der Ursprungs- und Sammelort differierender, ja divergierender Ansätze und Möglichkeiten der philosophischen Dekadenz, deren Tragik Nietzsche als persönliches Schicksal erlebte, an der er litt und von der er letztlich eine Erlösung zu finden vermeinte - indem er das radikale Nihil zur Erlösung stilisierte -, so gilt dem Marxismus und den Marxisten Nietzsches Philosophie, auf Grund der Kenntnisnahme und Erforschung derselben, in gewissem Sinne als Schlüssel für das kritische Verstehen und das Bestreiten der philosophischen Dekadenz schlechthin. Die aufeinanderfolgenden Nietzsche-Wellen und -Wiederbelebungen reflektieren auf nichtidentische soziale und kognitive Situationen von einem beharrenden, wenn auch in Mehrdeutigkeit schillernden, Standpunkt her. Die erneuten Auseinandersetzungen mit Nietzsche sind auch deshalb keine Wiederholungen

³⁵ In: Nietzsche-Studien, Band 10/11, 1981/82, S. 362.

³⁶ Vgl. A. Danto: Nietzsche as Philosopher, New York 1965 - Vgl. auch ders.: Nietzsche und der semantische Nihilismus, in: 90 Jahre philosophische Nietzsche-Rezeption, hrsg. von A. Guzzoni, Königstein/Ts. 1979.

³⁷ Vgl. R. Schacht: Nietzsche, London/Boston/Melbourne/Henley 1983, pp. 530ff.

des Gleichen. Zuallererst ist ihnen ein Novum eigen, weil das 'Warum Marx?' sich auf eine theoretische Totalität der Marxschen Auffassung bezieht, deren Denkbewegung sich in der Dialektik von Identität und Wandel, in der Geschichtlichkeit von Erkenntnis und Handeln vollzieht. Marx, der "eingreifend Denkende" (Brecht) steht in der Fragestellung Marx oder Nietzsche für die theoretische Revolution der Dialektik und der Geschichtsauffassung des neuen Materialismus, des wissenschaftlichen Sozialismus, der neuen politischen Ökonomie, für die theoretische Revolution, die sich vor und ohne Nietzsches Philosophie ereignete. In jener Fragestellung steht Marx für den Marxismus, für dessen Theorie und Geschichte, auch für dessen seit fast einem Jahrhundert andauernde geistige Konfrontation mit der Philosophie Nietzsches und des Nietzscheanismus.

Die Frage 'Warum Marx und nicht Nietzsche?' ist rationell - und nur rationell - zu klären. Die theoretische Entscheidung für Marx und den Marxismus, wider die Philosophie Nietzsches, ist kein dezisionistischer Akt, sie ist das Ergebnis eines kognitiven Prozesses, ein Denkkakt wider den Dezisionismus, ein Denkkakt, der sich nicht dezisionistisch begründen läßt. In den Auseinandersetzungen um die Frage Marx oder Nietzsche streift sich der Anschein abstrakter Allgemeinheit, Lebensfremdheit und zeitloser Unvergänglichkeit von den philosophischen Kontroversen ab. Nietzsche ahnte und ersehnte, daß seine Philosophie schicksalsschwere Folgen habe: "Es wird sich einmal an meinen Namen die Erinnerung an etwas Ungeheures anknüpfen - an eine Krisis, wie es keine auf Erden gab, an die tiefste Gewissenskollision, an eine Entscheidung, heraufbeschworen gegen alles, was bis dahin geglaubt, gefordert, geheiligt worden war. Ich bin kein Mensch, ich bin Dynamit."³⁸ Die theoretische Entscheidung für das Begreifen der historischen Notwendigkeit der bürgerlichen Gesellschaft und für ihre historisch notwendige Überwindung, wider die Verklärung der Krise ins Geschick des "letzten Menschen", für die Philosophie als Wissenschaft wider die Philosophie als Mythos, für das Konzept von Erkenntnis und Realität wider die nihilistische Erkenntnisverneinung, den Wahrheitsverlust und die Behauptung einer mythischen Quasiobjektivität, für die rationale Dialektik wider die Irrationalisierung der Dialektik, für Demokratie und Sozialismus wider den Rausch der Massenverachtung, Herrenmoral und des Übermenschen - diese Entscheidung ist ein Denkkakt, in dem es um das Leben, nicht um den begriffswidrigen Begriff 'Leben' der Lebensphilosophie, sondern um das objektiv-reale und geistige des gesellschaftlichen Menschen geht.

Die materialistisch fundierte sozialistisch-humanistische Option des Marxismus ist in theoretischer Hinsicht weder dezisionistische Ergänzung noch idealistischer Ersatz bzw. Widerpart seines wissenschaftlichen Inhalts, sondern dessen notwendige Konsequenz. Das intellektuelle Erlebnis des Zusammenhangs von proletarischem Klassenbewußtsein, marxistischem Wis-

³⁸ F. Nietzsche: Ecce homo, in: ders.: Werke, Band II, S. 1152.

sen und humanistischem Verständnis hat der ungarische Dichter Attila József in den frühen 30er Jahren in seiner dialektisch angesetzten philosophischen Lyrik artikuliert: "Nach Priestern, Soldaten und Bürgern sind wir / Die Hüter der Tradition, / In uns ist erstanden und lebt und wirkt / Der Gesetze treuer Sohn, / In dem der Sinn allen Menschenwerks braust, / Wie tiefer Orgelton." Als philosophische Theorie der materialistischen Dialektik, im Erkennen objektiver Gesetze und auf Grund dieser im Verstehen des "Sinnes allen Menschenwerks" begriffen, ist das Denken von Marx und der Marxismus die Alternative zur Philosophie Nietzsches.

Neu! Wolfgang Harich Kritik des Anarchismus

verlag 8. mai



„Zur Kritik der revolutionären Ungeduld“ wurde bisher nur als Raubdruck 1971 in der Schweiz und in Auszügen im Kursbuch veröffentlicht. Der in der DDR lebende Philosoph schrieb den Text 1969 als Sympathisant der Neuen Linken, der Anlaß zur Einmischung sah: Obwohl sich bis dahin kaum jemand aus der linksradikalen Bewegung im Westen zum Anarchismus bekannt hatte, erkannte Harich den Anarchismus als die dort dominierende Tendenz. Es drängte ihn, »den antiautoritär gesinnten Genossen warnend vor Augen zu führen, daß ihre vermeintlich taufischen Lieblingsideen und bevorzugten Praktiken in Wahrheit weder originell sind noch sich jemals bewahrt haben – bewahrt im Sinne der herbeigesehnten Revolution.“

16,80 DM

ISBN: 3-931745-06-6

Erhältlich im Buchhandel oder direkt bei der Verlag 8. Mai GmbH, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin, Fax (030) 53 33 43 43, Telefon (030) 53 63 55 0

Ich bestelle Exemplare
des Buches »Zur Kritik der revolutionären Ungeduld«

Den Gesamtpreis in Höhe von DM
plus 1,50 Porto- und Verpackungsanteil zahle ich

- innerhalb zehn Tage nach Rechnungserhalt
 per Verrechnungsscheck
 per einmaliger Einzugsermächtigung

Name/Vorname

Postleitzahl/Ort

Straße

Telefon

Geldinstitut/BLZ

Konto-Nummer

Kontoinhaber

Datum/Unterschrift

verlag 8. mai

Helmut Steiner

Alexandra Kollontai - Frauenemanzipation und Arbeiterdemokratie¹

Es gehört zu den bemerkenswerten Phänomenen der sozialismustheoretischen Rückbesinnungen des letzten Jahrzehnts, daß einer der engsten Mitarbeiterinnen Lenins in den entscheidenden Jahren von 1914 bis 1924 kaum Beachtung geschenkt wurde. Das trifft für Deutschland-Ost wie Deutschland-West ebenso zu wie für die Sowjetunion/Rußland. Dabei gehörte Kollontai zweifelsfrei zu den engsten Mitstreitern Lenins - und damit auch zu den LENINISTEN - die der Vorbereitung, Durchführung und Gestaltung der Russischen Revolution intellektuell-politisches Profil gaben. Was Lenin betrifft, ist sie darüber hinaus in zweierlei Hinsicht von Interesse:

Erstens betrifft es die Gemeinsamkeiten und darüber hinaus die umstrittenen, ja z.T. umkämpften Unterschiede unter den ersten Mitstreitern Lenins, die eine weitere politische Zusammenarbeit und z.T. selbst persönliche freundschaftliche Beziehungen nicht ausschlossen (A. Kollontai war trotz der erbitterten Auseinandersetzungen mit Lenin 1921 bis zu deren Tode 1939 eine der engsten Vertrauten von Lenins Frau, N. K. Krupskaja). Und zweitens zielt es auf die unbedingt notwendige Unterscheidung der Lenin'schen Mitstreiter (z.T. auch als Opponenten und Gegner in den parteiinternen Auseinandersetzungen) als LENINISTEN (auch wie sie der Dramatiker Michail Schatrow in seinen Stücken widersprüchlich und konfliktreich zeichnet)² von denen, die seit Stalins Leninismus-Vorlesungen ab Mitte der 20er Jahre als "Marxisten-Leninisten" bezeichnet wurden.³ Bei aller Kritik auch an Lenin ist diese Unterscheidung von Leninisten und Marxisten-Leninisten Stalin'scher Provenienz unverzichtbar. Alexandra Kollontai war eine Leninistin in dem ersteren Sinne.

Zugleich geht es darum: Inwieweit war A. Kollontai mit ihren Positionen zur Frauenemanzipation und Arbeiterdemokratie "Leninistin", bzw. läßt sich u.a. am Beispiel Kollontais zeigen, welches Spektrum der Leninismus zu Lebzeiten Lenins im Unterschied zum späteren "Marxismus-Leninismus" zuließ? Und zum anderen: Inwieweit fanden durch A. Kollontai westeuropäische Auffassungen zur Frauenemanzipation und Arbeiterdemokratie Eingang in den russisch-sowjetischen Marxismus, bzw. inwieweit wur-

den durch A. Kollontai auf diesem Gebiet Beiträge zur internationalen Marxismus-Diskussion geleistet?

Alexandra Kollontai - Biographie und politische Sozialisation

Am 8. November 1917 berichtete der US-Botschafter in einem Brief aus Rußland, "daß der Petrograder Rat der Arbeiter und Soldaten ein Kabinett ernannt habe mit Lenin als Premier, Trotzki als Außenminister und Madame oder Mlle. Kollontai als Erziehungsminister. Widerlich!"⁴ Und Maxim Gorki schrieb in seinen "Erinnerungen": "Ich erinnere mich, wie fröhlich und anhaltend er - (W.I. Lenin - H.St.) lachte, als er irgendwo Martows Worte las: 'Es gibt nur zwei Kommunisten in Rußland: Lenin und Frau Kollontai'."⁵

Beider Bemerkungen beinhalten einen gesellschaftlichen Stellenwert der Alexandra Kollontai in der Oktoberrevolution und Bolschewistischen Partei Rußlands, der ihr gemeinhin heute nicht mehr eingeräumt wird. Ob und inwieweit dies berechtigt ist, soll an dieser Stelle nicht erörtert werden. Vielleicht hängt es damit zusammen, daß alle Persönlichkeiten um Lenin - außer Stalin - über Jahrzehnte einem "historischen Bedeutungsschwund", der Vergessenheit und politischen Kriminalisierung anheimfielen. Und während einigen das Spektakuläre ihres historischen Schicksals (Ermordung) allmählich in ihren historischen Rang zurückverhalf (L. Trotzki, N. Bucharin, G. Sinowjew u.a.), war das historisch frühe mildere Schicksal der Alexandra Kollontai im "goldenen Käfig der Diplomatie" dazu angetan, sie bleibend auf diesem Platz an der gesellschaftlichen Peripherie anzusiedeln? So ist sie weithin als erste weibliche Botschafterin mit bahnbrechenden Aktivitäten zur Durchbrechung der außenpolitischen Isolierung Sowjetrußlands - namentlich in Skandinavien - in Erinnerung geblieben. Bestenfalls haben die - auch in der DDR 1982 - neu aufgelegten Erzählungen "Wege der Liebe" ihre feministischen Positionen in belletristischer Darstellung vorgestellt⁶, ohne daß sie aber für gesellschaftspolitische und gesellschaftstheoretische Diskussionen aufgegriffen wurden.

Alexandra M. Kollontai, geb. Domontowitsch (1872-1952) entstammte altem russischen Adel. Ihre Weltanschauung und ihr soziales Gewissen formten sich bereits in der Kindheit und Jugend. Persönliches Rebellieren

⁴ Zitiert in: A. Kollontai, *Autobiographie einer sexuell emanzipierten Kommunistin* (1926), Berlin (West) 1977, S. 2. Bekanntlich war A. Kollontai nicht Erziehungsministerin, sondern Ministerin für Staatliche Fürsorge, und A. Lunatscharski Minister für Volksbildung, doch ändert dies nichts am Charakter der Aussage.

⁵ M. Gorki, *Erinnerungen*, Berlin 1928, S. 274 (zitiert bei I. Fetscher, Nachwort zu A. Kollontai, *Autobiographie einer sexuell emanzipierten Kommunistin*, a.a.O., S. 69).

⁶ A. Kollontai, *Wege der Liebe. Drei Erzählungen*, Berlin 1982. Vgl. auch den Reprint: A. Kollontai, Wassilissa Malygina, *Erzählungen über "Wege der Liebe" im frühen Sowjet-Rußland - Frauen zwischen Ehe und Revolution* (Malik Verlag Berlin 1925), Frankfurt/M. 1973.

¹ Beitrag des Autors zum Symposium der Leibniz-Sozietät am 1.11.1997 in Berlin "Die Russische Revolution 1917: Weltereignis - Widerstreit - Wirkungen".

² Vgl. u.a. M. Schatrow, *Weiter ... weiter ... weiter ...*. Version des Verfassers zu den Ereignissen am 24. Oktober 1917 und bedeutend später, Köln 1988.

³ Vgl. J. Stalin, *Fragen des Leninismus*, Berlin 1950.

gegen die Konventionen einer "Tochter aus gutem Hause", die Einflußnahme der mit der revolutionären Bewegung verbundenen Hauslehrerin, die Wahrnehmung der sozialen Unterdrückung der häuslichen Dienstboten und der Not der dörflichen Spielgefährten und schließlich die eigenwillige Liebesheirat mit dem mittellosen Kollontai 1893 veranschaulichen dies.

Ihre Lebensdaten markieren die wachsende Einheit von gewonnenen Einsichten und persönlichem Handeln⁷:

- 1872 - in St. Petersburg in der Familie des Gutsbesitzers und zaristischen Militärbeamten Domontowitsch geboren;
- 1888 - mit 16 Jahren Abitur auf der Grundlage von Privatunterricht; Besuch von Privatkursen und Vorlesungen zur Geschichte und Literatur;
- 1892 - erste Bekanntschaft mit Marx/Engels' "Manifest der Kommunistischen Partei", weiterer marxistischer Literatur und erstmalig Besuch von Sozialistenversammlungen;
- 1893 - Heirat ihres Vetter, des Ingenieurs W. L. Kollontai, gegen den Willen der Eltern;
- 1895 - Arbeit im Wandermuseum für Lehr- und Lernmittel, Mitarbeit in der politischen Organisation "Rotes Kreuz", Hilfe für politische Gefangene (u.a. für Vera Figner) in der Festung Schlüsselburg, Freundschaft mit Jelena D. Stassowa;
- 1896 - Kennenlernen des Lebens der Arbeiter und Arbeiterinnen in einer der größten Fabriken Rußlands mit über 12.000 Beschäftigten in Narva; sie organisiert Geldsammlungen und verteilt Flugblätter beim Petersburger Textilarbeiterstreik;
- 1898 - sie verläßt Mann und Kind, beginnt in Zürich ein Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften bei Heinz Herkner; Veröffentlichung ihrer ersten Arbeit "Die Grundlagen der Erziehung nach Ansichten Dobrojubows";
- 1899 - Studium der englischen Arbeiterbewegung in London; Rückkehr nach Petersburg; Aufnahme historisch-wissenschaftlicher und illegaler revolutionärer Tätigkeit;
- 1901 - erneute Studienreise nach Westeuropa: persönliche Bekanntschaft mit Rosa Luxemburg in Zürich, Georgi Plechanow und Karl Kautsky in Genf sowie Paul und Laura Lafargue in Paris;
- 1903 - Erscheinen ihres Buches "Das Leben der finnischen Arbeiter"; Arbeit als Agitatorin und Leiterin von Zirkeln, Verfasserin von Aufrufen zur Versorgung Verhafteter mit Lebensmitteln;
- 1905 - Teilnahme am Zug der Arbeiter zum Winterpalais, Aufrufe zum bewaffneten Kampf gegen die zaristische Selbstherrschaft, Agitation und Vorträge in Fabriken; Kassiererin des Petersburger Komitees der SDAPR; Teilnehmerin an der ersten Sitzung des Petersburger Sowjets der Arbeiterdeputierten; Mitarbeit an mehreren legalen marxistischen Zeitschriften ("Obrasowanie", "Fabritschnyi Westnik", "Rabotschij Jeshegodnik");
- Erscheinen ihrer Broschüre "Zur Frage des Klassenkampfes"; Teilnahme an der ersten Petersburger Frauenkundgebung, Abgrenzung der revolutionären Sozialistinnen von der bürgerlichen Frauenrechtsbewegung; Erkennen des Defizits der Frauen-Problematik in der Programmatik und praktisch-politischen Tätigkeit der SDAPR; erste persönliche Begegnungen mit W.I. Lenin und N.K. Krupskaja auf gemeinsamen Versammlungen von Bolschewiki und Menschewiki in Petersburg;
- 1906 - Treffen mit Rosa Luxemburg in Finnland; Teilnahme am SPD-Parteitag und an der 4. Konferenz sozialdemokratischer Frauen Deutschlands in Mannheim. Persönliche Bekanntschaft mit August Bebel, Karl Liebknecht und Clara Zetkin;
- 1907 - Gründung des "Arbeiterinnenvereins für gegenseitige Hilfe" als legalen Arbeiterinnenklub; Arbeit im Textilarbeiterverband in Petersburg; Teilnahme am VII. Kongreß der

- II. Internationale sowie an der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Stuttgart;
- 1908 - Teilnahme am 1. Gesamtrussischen Frauenkongreß in Petersburg; Anklage und drohende Verhaftung - Illegalität - politische Emigration;
- 1909 - Erscheinen ihres Buches "Die sozialen Grundlagen der Frauenfrage"; bezieht ihren Wohnsitz in Berlin-Grünwald, wird Mitglied der deutschen Sozialdemokratie, befaßt sich als Propagandistin und Journalistin in verschiedenen Regionen Deutschlands (in Industrie-Gebieten, in der Pfalz u.a.); Wahl als Delegierte der gewerkschaftlich organisierten Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter des nördlichen Industrie-Rayons (St. Petersburg) zum VII. Kongreß der II. Internationale und zur internationalen sozialistischen Frauenkonferenz;
- 1910 - Teilnahme am VIII. Kongreß der II. Internationale und der internationalen sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen (Rede zur Verteidigung von Mutterschaft und Kindheit; gemeinsam mit Clara Zetkin Vorschlag für den 8. März als alljährlichen internationalen Feiertag für die Arbeiterinnen, Wahl zum Mitglied des internationalen Sekretariats der sozialistischen Frauenbewegung);
- 1911 - Lektionen an der Parteischule der Menschewiki in Bologna (u.a. zur finnischen Frage, zur Entwicklung der Familie); Verlagerung des Wohnsitzes von Berlin nach Paris, dem Zentrum der russischen Emigration; besucht im Auftrag des Büros zur Hilfe für politische Emigranten (Sekretär G.W. Tschitscherin) die russischen Kolonien in Frankreich, Belgien und Deutschland; aktive Teilnahme an der Tätigkeit der Französischen Sozialistischen Partei, u.a. Teilnahme an der Organisation eines Streiks der weiblichen Hausangestellten in Südfrankreich; öffentliche Ansprachen auf Plätzen, in Restaurants, auf Basaren u.a.; Trauerrede zur Beisetzung von Paul und Laura Lafargue;
- 1912 - Propaganda- und Agitationstätigkeit in Belgien, Schweden, Schweiz, England (u.a. Teilnahme an der Organisation des belgischen Bergarbeiterstreiks, Teilnahme am Gewerkschaftskongreß in England); Erscheinen ihres Buches "Über die Arbeiter Europas" in russischer Sprache, mit einem Vorwort von A.M. Gorkij, über ihre Beobachtungen und Eindrücke vom Leben und Kampf der Arbeiterklasse in Deutschland, England, Dänemark, Schweden u.a.; Teilnahme am Kongreß der II. Internationale in Basel;
- 1913 - Rückkehr nach Deutschland, intensive publizistische und propagandistische Tätigkeit; Teilnahme an Vorbereitungen und Durchführung des Frauentages in Rußland und in der Schweiz; Erscheinen ihrer Broschüre "Neue Frauen" und verschiedener Aufsätze zur Frauenfrage;
- 1914 - Vorbereitung einer internationalen Frauenkonferenz in Wien; Verhaftung am 3. August in Berlin, Befreiung durch Karl Liebknecht als Reichstags-Abgeordneter; Beratung mit Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und anderen deutschen Sozialdemokraten über die aktuelle Situation; in Begleitung Karl Liebknechts Ausreise einer Gruppe russischer Sozialdemokraten nach Dänemark; Anti-Kriegs-Propaganda in Dänemark und Schweden (mit wechselnder Ausweisung und Inhaftierung);
- 1915 - Gastteilnehmerin an der internationalen Sozialistenkonferenz neutraler Länder in Kopenhagen; auf Einladung norwegischer Sozialdemokraten Verlagerung ihres Wohnsitzes nach Norwegen; im Januar Kenntnis des von Lenin verfaßten Manifests des ZK der RSDRP gegen den Krieg, Kontaktaufnahme mit Lenin und von nun an gemeinsam mit ihm aktive Anti-Kriegs-Propaganda, Verbindungsglied in Norwegen zwischen Lenin und St. Petersburg, Mitarbeit in der Zeitschrift "Kommunist"; Broschüre "Wem nützt der Krieg?"; Zusammenarbeit mit Lenin bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der internationalen Sozialistenkonferenz in Zimmerwald;
- 1915/17 - Oktober 1915 bis März 1916 sowie von August 1916 bis Januar 1917 auf Bitten Lenins Vortragsreisen gegen den Krieg durch die USA;
- 1916 - politische Aktivitäten, Kontakte nach Rußland; Erscheinen ihres nach mehrjährigen Studien in Westeuropa verfaßten Buches "Gesellschaft und Mutterschaft" in St. Petersburg;
- 1917 - nach der Februar-Revolution Beratung mit Lenin über nächste Aktivitäten, Vermittlung der Artikel Lenins "Briefe aus der Ferne" an russische Zeitungen, im März Rückkehr nach St. Petersburg; Agitations- und publizistische Aktivitäten; Wahl zum Mitglied und in das Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten sowie in das Büro der Bolschewistischen Fraktion, Teilnahme an Gesamtrussi-

⁷ A.M. Kollontai, *Isbrannye Stati i Retschi* (Ausgewählte Aufsätze und Reden), Moskwa 1972, S. 411-427. Vgl. auch A. Kollontai, *Ich habe viele leben gelebt ...* . Autobiographische Aufzeichnungen, Berlin 1980, und S. Schejnis, Alexandra Kollontai, *Das Leben einer ungewöhnlichen Frau*, Berlin 1984.

- schen Beratungen der SDAPR (u.a. mit einem unterstützenden Beitrag zu Lenins Aprilthesen) sowie am ersten Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß (mit einem Beitrag zur Einbeziehung der Frauen in die Gewerkschaftsbewegung) und am ersten Gesamtrussischen Kongreß der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten (mit Beiträgen zu Nationalitätsproblemen und zur finnischen Frage); Reden in Fabriken, Kasernen, in Soldatenklubs und auf Matrosen-Meetings der Baltischen Flotte; Redaktionsmitglied der Zeitschrift "Die Arbeiterin" und Organisatorin des Streiks von 4000 Petrograder Wäscherinnen; Anfang Juli Verhaftung durch die Kerenskij-Regierung; in Abwesenheit auf dem VI. SDAPR-Parteitag Wahl zum Mitglied des Zentralkomitees und Ehrenvorsitzenden des Parteitags; durch Intervention A.M. Gorkis und gegen Zahlung von 5000 Rubel Kautions im September Entlassung aus dem Gefängnis, aber unter Hausarrest; Leiterin einer Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der ersten Konferenz Petrograder Arbeiterinnen, referiert auf der im November stattfindenden Konferenz über den Schutz von Mutterschaft und Kindheit; Smolny - im Stab des Aufstands in der Nacht vom 6. zum 7. November; Teilnehmerin am zweiten Gesamtrussischen Sowjet-Kongreß; Eintritt in den Rat der Volkskommissare unter Vorsitz von W. I. Lenin als Volkskommissarin für Staatliche Fürsorge;
- 1918 - Teilnahme am VIII. Parteitag der SDAPR, hält als ZK-Mitglied Rede gegen den Brester Friedensvertrag; Teilnehmerin am vierten Gesamtrussischen Sowjetkongreß. Rücktritt von der Funktion als Volkskommissarin; Agitation- und Propagandaarbeit unter Arbeiterinnen in den Textilrayons Rußlands und im Wolgagebiet; Teilnahme am ersten Gesamtrussischen Kongreß der Arbeiterinnen und Bäuerinnen (mit Vortrag über "Familie und kommunistischer Staat"); Veröffentlichung der Bücher und Schriften "Die neue Moral und die Arbeiterklasse", "Familie und kommunistischer Staat", "Die Arbeiterin im Jahr der Revolution", "Internationale Beratungen der Arbeiterinnen" (über die Stuttgarter und Kopenhagener Konferenzen); Festvortrag auf der Gründungsveranstaltung der Sozialistischen Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Moskau (zu deren ersten ausländischen Mitgliedern wurden die deutschen Marxisten Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin berufen);
- 1919 - Teilnahme am ersten Kongreß der III. Internationale, bringt eine Resolution über die Einbeziehung der Arbeiterinnen in die kommunistische Bewegung ein; Teilnahme am VIII. Kongreß der SDAPR (mit Vortrag über die Arbeit unter den Frauen); auf Beschluß des ZK der SDAPR politische Arbeit in der Ukraine; Agitation an der Front, Organisation der Arbeiterinnen in Charkow und im Donbass, Tätigkeit im Volkskommissariat für Propaganda und Agitation der Ukraine; Vorsitzende der Politverwaltung der Krim-Republik; in Kiew Veröffentlichung der Broschüren "Werde kein Deserteur!", "Werde ein standhafter Kämpfer!", "Arbeiterin, Bäuerin und die Front", "Wie kämpfen Arbeiterinnen für ihre Rechte?";
- 1919/20 - nach der Evakuierung Kiews vor den Denikin-Truppen Rückkehr nach Moskau; nach dem Tode von Ines A. Armand Übernahme der Frauen-Abteilung im ZK der SDAPR; Veröffentlichung der Broschüre "Der Internationale Tag der Arbeiterinnen";
- 1921 - Vorlesungen an der Swerdlow-Universität "Über die Lage der Frauen in Verbindung mit der Wirtschaftsentwicklung" und "Über die kommunistische Moral auf dem Gebiet der ehelichen Beziehungen"; Teilnahme am 10. Parteitag der KPR (B): Broschüre "Was ist Arbeiteropposition?" für die Delegierten des Parteitags; Kritik Lenins an der Arbeiteropposition und an der Schrift Kollontais; Teilnahme an der II. Internationalen Konferenz der Kommunistinnen (Vortrag über Formen und Methoden der Arbeit unter den Frauen, Wahl zur stellvertretenden Vorsitzenden des Internationalen Frauen-Sekretariats bei der Kommunistischen Internationale); Teilnahme am III. Kongreß der Kommunistischen Internationale: Beitrag zur Verteidigung der "Arbeiteropposition"-Plattform; Vortrag über die Arbeit der kommunistischen Parteien unter den Frauen; Veröffentlichung des Buches "Über die Lage der Frauen in Verbindung mit der Wirtschaftsentwicklung";
- 1922 - A.M. Kollontai wird zum Attaché bei der Gesandtschaft der UdSSR in Norwegen ernannt;
- 1923 - A.M. Kollontai wird zur bevollmächtigten Leiterin der politischen und Handelsvertretung der UdSSR in Norwegen ernannt - es ist das erste Mal in der Geschichte, daß eine Frau an die Spitze einer diplomatischen politischen und Handelsvertretung berufen wird;

- 1924 - unter aktiver Mitwirkung A.M. Kollontais erfolgt die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen Norwegen und der UdSSR, einer der ersten in Europa; sie wird Botschafterin in Norwegen;
- 1926 - A.M. Kollontai wird zur Leiterin der politischen und Handelsvertretung der UdSSR in Mexiko ernannt;
- 1927 - erneute Berufung zur Botschafterin in Norwegen; Veröffentlichung des Buches "Im Gefängnis Kerenskis";
- 1930 - Ernennung zur diplomatischen Vertreterin der Sowjetunion in Schweden;
- 1935/1936/1937 - Mitglied der sowjetischen Delegation an der XVI., XVII., XVIII. Vollversammlung des Völkerbundes;
- 1946-1952 - Rentnerin; Beraterin des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR;
- 1952 - Tod durch Herzinfarkt.

Die skizzierten Stationen und Aktivitäten sollen außer den biographischen Details die ihr eigenen gesellschaftlichen und politisch-intellektuellen Sozialisierungen sichtbar machen. Das betrifft zuallererst ihre unmittelbaren - nicht nur intellektuell vermittelten - Kenntnisse der sozialen Verhältnisse, der ökonomischen und politischen Alltagskämpfe in Rußland. Sie waren prägend und bestimmend für ihre spätere Tätigkeit im ersten Kabinett Lenins als Volkskommissarin für staatliche Fürsorge wie auch für ihre späteren Positionen in der Gewerkschaftsdiskussion, als Verfasserin des zusammenfassenden Manifests der Arbeiteropposition für die Delegierten des X. Parteitags der Bolschewiki 1921. Und zum anderen geht es um die weltanschauliche Formierung ihrer Positionen zur Frauenbefreiung auf der Grundlage ihrer konkret-politischen Erfahrungen in Rußland, aber auch der Frauenbewegung in Westeuropa sowie der internationalen Frauenbewegung in der II. Internationale.

Bei aller unbestreitbaren Wertschätzung ihrer außenpolitischen Wirksamkeit zur Durchbrechung der diplomatischen Blockade Sowjetrußlands seit 1922 besteht m.E. Kollontais weitaus größeres Verdienst in der und für die Russische Revolution in ihrer gesellschaftspolitischen und gesellschaftstheoretischen Tätigkeit als Mitstreiterin Clara Zetkins und Wladimir I. Lenins (selbst dort, wo sie nicht miteinander übereinstimmen) für die internationale Ausstrahlung der russischen Revolution:

- erstens in der Formulierung ihrer feministischen Positionen (wobei sie selbst bereits damals den Terminus "Feministin" für sich in Anspruch nahm), die von den internationalen Frauenbewegungen Westeuropas und in den USA im Gefolge der 68er Bewegungen erneut aufgegriffen und rezipiert wurden und

- zweitens in der kurzzeitigen, aber konzentriert programmatischen Formulierung der Arbeiteropposition 1921, die durch den Kronstädter Aufstand und vor allem durch die weitere Entwicklung bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion eine grundsätzliche Bedeutung erfahren sollte.

Kollontais Verständnis der Frauenemanzipation

Als A. Kollontai sich etwa 1905 einerseits von der bürgerlichen Frauenbewegung offen distanzierte und sich mit ihr grundsätzlich auseinandersetzen begann und andererseits die Defizite bzw. die Abstinenz der russischen Sozialdemokratie und ihrer Programmatik bezüglich der Frauenprobleme feststellte und öffentlich-publizistisch kritisierte, begann sie ihre eigene Positionsbestimmung. Marx und Engels, A. Bebel's "Die Frau und der Sozialismus" sowie die Frauenbewegung der II. Internationale boten ihr die theoretische und politische Grundlage. Auch als Angehörige der Menschewiki wurde sie dabei zu einer engen Mitstreiterin und persönlichen Freundin Clara Zetkins in der russischen und internationalen Frauenbewegung.

In voller Übereinstimmung mit den Grundpositionen der II. Internationale war für sie die ökonomische Befreiung der Frauen die Voraussetzung und Grundlage auch ihrer sozialen und kulturellen. Zugleich hat sie aber von Anfang an - und das zunehmend ausgeprägter als auch in der westeuropäischen sozialistischen Frauenbewegung - die Fragen eines alle Lebensbereiche erfassenden Emanzipations-Verständnisses formuliert. Dabei räumt sie den gleichberechtigten Beziehungen in der Familie, der Zubilligung gleicher Verhaltensweisen von Frauen wie Männern, auch in ihren eigenständigen Lebensentscheidungen und im Sexualverhalten sowie neuen Moralbeziehungen in der und für die neue Gesellschaft besondere Bedeutung ein. In zahlreichen Büchern, Broschüren, Aufsätzen⁸ und im persönlichen Leben verfocht, mehr noch: lebt sie diese.

Damit war sie zu ihrer Zeit und bis auf den heutigen Tag den verschiedenartigsten Verunglimpfungen von Freunden und Feinden, Genossen und Gegnern ausgesetzt. Welchen Mißverständnissen und direkten Angriffen sie sich auch immer erwehren mußte, sie leistete einen unverzichtbaren Beitrag für eine allseitige Begründung der Frauenemanzipation, an die die marxistischen und anderen alternativ suchenden Strömungen der westeuropäischen und amerikanischen Frauenbewegungen nach 1968 bewußt anknüpften.

Es waren wohl kaum schriftstellerische Ambitionen, die A. Kollontai auch Belletristik schreiben ließen. Die erst 1922 anbrechenden "ruhigeren" Jahre ihrer diplomatischen Missionen hätten ihr gewiß weitaus mehr Möglichkeiten dazu geboten. Aus diesen Jahren aber sind außer ihren autobiographischen Aufzeichnungen keine weiteren literarischen Aktivitäten bekannt geworden. Die Erzählungen "Die Liebe der drei Generationen", "Schwes-

tern", "Wassilissa Malygina", "32 Seiten" und "Ein belauschtes Gespräch" sowie der Kurzroman "Eine große Liebe" entstanden in den Jahren der Wirren, der größten physischen und psychischen Anstrengungen, aber auch des gesellschaftlichen Neuanfangs in allen Lebensbereichen in den ersten Jahren nach der Revolution von 1917. Die unter verschiedenartigen Titeln publizierten Erzählungen waren für Kollontai ein zusätzliches Medium, um ihrer praktisch-politischen Tätigkeit, ihrer unermüdlichen mündlichen Aufklärung auf Versammlungen, Kundgebungen und in Diskussionskreisen sowie in ihren gesellschaftspolitischen Schriften und Vorlesungen über die gesellschaftliche Stellung der Frau, die Moral, das sexuelle Verhalten und das Selbstbewußtsein der Frauen eine noch breitere Öffentlichkeit und Ausführung am Beispiel konkreter Lebenssituationen zu geben. Es waren schließlich auch die Zeugnisse ihrer Gesamtaktivitäten, die von ihr im Ausland am meisten bekannt und beachtet wurden (z.B. die im Berliner Malik-Verlag mit dem Einband von J. Heartfield 1925 erschienenen Erzählungen).

Bereits 1923 setzten aber auch in Sowjetrußland bereits die öffentlich-offiziellen Polemiken gegen A. Kollontais belletristische Aktivitäten ein. So bemerkt F. Budnew in seinem Beitrag "Polowaja Rewoljucija" in der Zeitschrift "Na Postu": "Sie (die Kollontai - H.St.) wird von manchen so gelesen, daß sie sich gar nicht von der Lektüre wieder lösen können, manch einer baut sich nach ihren Rezepten seine neue Familie, seine neue Sexualmoral und seine neue 'freie Ehe' auf".⁹ Und unmittelbar nach dem Erscheinen des Erzählungsbandes 1923 schreibt die gegen A. Kollontai besonders unermüdliche Autorin Winogradskaja in der offiziellen Zeitschrift "Woprosy Morali": "Ich werde nicht auf dieses Buch eingehen, weil es nicht verdient, auf den Seiten dieser Zeitschrift behandelt zu werden. Es genügt dieses Buch aufzuschlagen, um zur Überzeugung zu kommen, daß dort von einem Umbruch der Frauen keine Spur zu finden ist. Dafür riecht aber jede dieser Erzählungen auf weite Entfernung nach Pornographie und Boulevardliteratur. Man muß wahrlich schon jeden Sinn für Komik verloren haben, um sechs Jahre nach der Revolution solche Sachen (wieder)herauszugeben und den russischen Arbeiterinnen und der Jugend solchen Unsinn vorzulegen. (Es ist unklar, warum der Staatsverlag bei uns solchen neuen Schund neu auflegt, ob aus Sympathie zur Pornographie oder zum Autor derselben)."¹⁰ In der "Molodwaja Gwardija" wurde ebenfalls bereits 1923 von Arratow im gleichen Atemzug die Auseinan-

⁸ Vgl. in Ergänzung zu den bereits genannten Titeln: A. Kollontai, Die neue Moral und die Arbeiterklasse, Berlin 1920; A. Kollontai, Der geflügelte Eros (soziologische Artikel), Berlin 1922; Sozialistisches Ideal: Wtschera, Segodnja, Sawtra (Das Sozialistische Ideal: Gestern, Heute, Morgen), Moskwa 1992; G.A. Tischkin (Hrg.), Feminism i Ros-siskaja Kultura. (Feminismus und die russische Kultur), Sankt Petersburg 1995.

⁹ F. Budnew, Polowaja Rewoljucija (Die sexuelle Revolution), in: "Na Postu", 1924, N 1, str. 243.

¹⁰ Zitiert bei H. Immendorffer, Die Belletristik und ihre Rezeption. Sexistische Literaturkritik oder das "Scheitern" Alexandra Kollontais, in: A. Kollontai, Der weite Weg. Erzählungen, Aufsätze, Kommentare, Frankfurt/M. 1979, S. 283.

dersetzung gegen die "Bürgerin Achmatowa und die Genossin Kollontai" geführt.¹¹

Diese und andere Beispiele dokumentieren, daß es sich nicht um vereinzelte Stimmen oder um die bloße Wiederholung des auch schon früher ausgedrückten Unverständnisses handelte. Es richtete sich auch nicht allein gegen Kollontai, sondern es waren die in ihrer ideologischen Militanz und ihrem autoritären Anspruch untrüglichen Zeichen und Bestandteile einer gesellschaftspolitischen Umkehr gegen "alles Neue", gegen das Suchen, Praktizieren und echte Diskutieren von Alternativen im gesellschaftlichen Leben im weitesten Sinne. Der österreichische Psychoanalytiker Wilhelm Reich markierte das Jahr 1923 als den Beginn einer gesellschaftspolitischen Rückwärtsentwicklung, die sich gegen die Umwälzungen im persönlichen und kulturellen Leben richtete und schließlich 1933 bis 1935 auch ihren juristischen Niederschlag fand: "Dieser Prozeß läßt sich am besten als Bremsung der sexuellen und mit ihr der kulturellen Revolution in der Sowjetunion bezeichnen."¹²

Kollontais frühe Sowjetkritik

In den bisher zugänglichen biographischen und autobiographischen Aufzeichnungen zu Leben und Werk A. Kollontais erscheint das 1921 von ihr verfaßte "Manifest der Arbeiteropposition"¹³ irgendwie unvermittelt. In ihren vielfältigen politischen, publizistischen wie auch wissenschaftlichen Büchern, Schriften und Aufsätzen über die finnische Frage, den Kampf gegen den Krieg, die Rechte und die gesellschaftliche Stellung der Frau, den internationalen Frauentag, die gesellschaftliche Moral u.a. hatte sie sich aber bisher nie direkt (außerhalb ihrer kurzzeitigen Tätigkeit als Volkskommissarin für staatliche Fürsorge vom Oktober 1917 bis Mai 1918) mit Fragen der direkten Machtausübung, der tatsächlichen politischen Rolle und Entscheidungsgewalt der Arbeiter befaßt. Allerdings - und das ist möglicherweise der "Einstieg" in die notwendige Erklärung - ist mir von keinem der namhaften engsten Mitarbeiter Lenins über die vorangegangenen zwei Jahrzehnte politischen Wirkens vor und nach der Revolution ein so intensiver, kontinuierlicher und unmittelbarer Kontakt in den verschiedenartigsten Gewerkschafts- und anderen Arbeitervertretungen direkt vor Ort bekannt wie der von A. Kollontai. Die einführend skizzierten biographischen Details deuten es an. Es war die Basis ihrer Wirksamkeit unter den werktätigen Frauen, mehr noch: Es waren ihre sozialistischen Lehr- und Wanderjahre, die sie von der ersten Bekanntschaft mit sozialen Problemen, Unterdrückung und Entmündigung des elterlichen Dienstpersonals und

¹¹ B. Arwatow, *Graschd. Achmatowa i tow. Kollontaj* (Die Bürgerin Achmatowa und die Genossin Kollontai), in: "Molodwaja Gwardija" 1923, N 4-5, S. 147-151.

¹² W. Reich, *Die sexuelle Revolution* (1945), Frankfurt/M. 1971, S. 182.

¹³ A. Kollontai, *Die Arbeiteropposition*, in: F. Kool, E. Oberländer (Hrsg.), *Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur. Dokumente*, Bd. 1, München 1972, S. 182-240.

der Dorfarmut, über moralisches Empfinden und persönliche Solidarität bis zu politischen Einsichten, gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen, praktisch-politischer Aufklärung und ihrer Organisationsarbeit unter weiblichen und männlichen Arbeitenden unterschiedlicher Wirtschafts- und Tätigkeitsbereiche einen politischen und moralischen Lernprozeß durchlaufen ließen, aus dem sie bleibend ihre Kriterien für die Tätigkeit und Urteile auch nach der Revolution bezog. Und insofern war es durchaus folgerichtig und konsequent, daß sie 1921 darauf aufbauend ihre Erfahrungen, Einsichten und Folgerungen in dem Manifest der Arbeiteropposition artikulierte und sie auf dem X. Parteitag der Bolschewiki wie auch auf dem drei Monate später durchgeführten Komintern-Kongreß leidenschaftlich vertrat.¹⁴

Es war die heftigste, prinzipiellste öffentliche Auseinandersetzung, die sie je mit Lenin führte. Ihre Ablehnung des Friedens von Brest-Litowsk und die verschiedenartigen Auseinandersetzungen, die es während ihrer Zugehörigkeit zu den Menschewiki etwa bis 1915 zwangsläufig mit Lenin gab, hatten bei weitem nicht die Tragweite, wie die unter der Bezeichnung "Gewerkschaftsdiskussion" in die Geschichte eingegangene Polemik.¹⁵ Da wir in der Vergangenheit aber weitgehend nur die Leninsche Darlegung zur Kenntnis genommen haben, bei denen die Gegenpositionen nur in ausgewählten Zitaten oder Zusammenfassungen und wertenden Charakterisierungen erschienen, sei aus der Broschüre A. Kollontais für die Delegierten des X. Parteitags zumindest die einleitende Problemstellung mit ihren eigenen Worten wiedergegeben:

"Es ist sehr bezeichnend ... , daß zur Opposition der fortschrittliche Teil der als Klasse organisierten Proletarier, der Kommunisten, gehört. Die Opposition besteht fast ausschließlich aus Gewerkschaftlern, ... Wer sind diese Gewerkschaftler? Arbeiter, jener Teil der fortschrittlichen Vorhut des russischen Proletariats, der auf seinen Schultern alle Last des revolutionären Kampfes ertragen hat, der sich nicht über die Sowjetinstitutionen zerstreute und dabei die Verbindung mit den Arbeitermassen verlor, sondern der mit denen verbunden geblieben ist. Ein Gewerkschaftler zu sein, eine feste, lebendige Verbindung mit ... den Arbeitern seines Produktionszweiges aufrechtzuerhalten, das war in diesen stürmischen Jahren, da das Zentrum des gesellschaftlichen und politischen Lebens sich über die Grenzen der Gewerkschaft hinaus verlagerte, keine leichte und keine einfache Sache. Die schäumenden Wogen der Revolution erfaßten

¹⁴ A. Kollontai, *Referat auf dem 3. Kongreß der Komintern* (Moskau, 22.6. bis 12.7. 1921), in in: *Protokoll des 3. Kongresses der Kommunistischen Internationale*, Hamburg 1921, S. 776-781.

¹⁵ Vgl. u.a. W.I. Lenin, *Schlußwort zum Bericht des ZK der KPR (B) vom 9.3.1921*, Werke, Bd. 32, Berlin 1961, S. 192-208. Vgl. auch W.I. Lenin, *Bericht über die politische Tätigkeit des ZK der KPR (B)*, 8.3.1921, ebenda, S. 168-191; W.I. Lenin, *Noch einmal über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzki und Bucharins* (Januar 1921), ebenda, S. 58-100.

die besten, die starken und aktiven Elemente des Industrieproletariats und rissen sie weit von den Gewerkschaften fort, verschlugen die einen an die Front, die anderen in die Sowjetinstitutionen, ließen wieder andere an Tischen mit grünem Kanzleischtuch, vor riesigen Haufen 'ausgehender Post', von 'Kostenplänen' und 'Vorschlägen' landen.

Die Gewerkschaften entvölkerten sich. Und nur die am stärksten vom proletarischen Klassengeist durchdrungenen Arbeiter, die wahre Blüte der aufsteigenden revolutionären Klasse, die nicht durch 'Macht', oberflächliche Eitelkeit, die Jagd nach einer 'Sowjetkarriere' oder durch Sowjetbürokratismus korrumpiert werden konnte, blieben innerlich mit den Massen, den Arbeitern, mit eben jenen 'unteren Schichten' verbunden, aus denen sie selbst hervorgegangen waren und deren organische Verbindung mit ihnen auch keinerlei 'hohe' Sowjetposten zerstört haben. Sobald sich die militärische Lage an der Front gebessert hatte und das Pendel des Lebens nach der Seite des wirtschaftlichen Aufbaus ausschlug, beeilten sich diese typischen, eingefleischten Proletarier, ... ihre Militär- und Lederjaken abzuwerfen und die Aktendeckel mit der 'ausgehenden und eingehenden' Post in die Tischschublade zu legen, um dem schweigenden Appell ihrer Klassenbrüder, der Fabrikarbeiter, von Millionen russischen Proletariern, Folge zu leisten, die auch im werktätigen Sowjetrußland ein beschämend jämmerliches Zwangsarbeitsdasein fristen. ... Mit ihrem Klassenspürsinn haben diese an der Spitze der 'Arbeiteropposition' stehenden Genossen begriffen, daß etwas nicht in Ordnung ist. Daß wir in den drei Jahren der Revolution zwar Sowjetapparate aufgebaut und das Prinzip einer Arbeiter- und Bauernrepublik gefestigt haben, daß aber die Arbeiterklasse selbst, ... eine immer geringere Rolle in der Sowjetrepublik spielt, daß sie den Maßnahmen ihrer eigenen Regierung immer weniger ihren eigenen Stempel aufdrückt, daß sie in immer geringerem Maße die Politik bestimmt und auf die Arbeit und die Denkweise der zentralen Machtorgane immer weniger Einfluß hat. Wer hätte wohl in der ersten Zeit der Revolution von den 'Spitzen' und den 'unteren Ebenen' gesprochen? Die Massen, nämlich die Arbeitermassen, und die Führungszentren der Partei, bildeten ein einheitliches Ganzes. Jene Bedürfnisse, die das Leben und der Kampf auf den unteren Ebenen hervorriefen, fanden ihren präziseren Ausdruck, ihre klarere und wissenschaftlich begründete Formulierung in den Führungszentren der Partei. Eine Gegenüberstellung von Führungsspitzen und unteren Ebenen gab es nicht und konnte es auch nicht geben. Heute gibt es diese Gegenüberstellung, und keine Agitation und keine 'Einschüchterungs'-Maßnahmen vermögen die Bildung einer typischen neuen 'Gesellschaftsschicht' der Sowjet- und Parteispitzen aus dem Bewußtsein der breiten Massen zu verdrängen.

Die Gewerkschaftler, die den Kern der Arbeiteropposition bilden, haben das begriffen, richtiger: mit ihrem gesunden Klasseninstinkt gewittert. Das erste, was sie taten, war, daß sie mit den unteren Ebenen Verbindung aufnahmen, daß sie sich an ihr Klassenorgan, die Gewerkschaften, wandten,

ein Organ, das in diesen drei Jahren am allerwenigsten dem zersetzenden Einfluß sich kreuzender, fremder, nichtproletarischer Interessen ... erlegen ist, die unsere Sowjetinstitutionen verderben und unsere Politik aus der eindeutigen Klassenrichtung heraus in den Sumpf der 'Anpassungsbereitschaft' führen...

Das Bemerkenswerte an der Arbeiteropposition ist, daß es in ihren Reihen keine großen, herausragenden Gestalten gibt, daß es bei ihr nicht das gibt, was man 'Führer' zu nennen pflegt. Sie ist, wie jede gesunde, unvermeidliche Bewegung mit Klassencharakter, aus den breiten Arbeitermassen hervorgegangen, und sie hat sich an allen Enden Sowjetrußlands, wohin das Gerücht von einer Opposition noch gar nicht hatte durchdringen können, formiert und gleich tiefe Wurzeln geschlagen.¹⁶

Es ist ein gesondertes Thema, ihre Folgerungen für den Stellenwert der Gewerkschaften und im weiteren für das Herrschaftssystem und die Herrschaftsausübung in Sowjetrußland nachzuzeichnen und zu analysieren, wie überhaupt die gesamte Gewerkschaftsdiskussion ihrer eigenen Analyse bedarf. Daß dabei an eine umfangreiche Diskussion und Literatur nicht nur aus den nichtkommunistischen sozialistischen Bewegungen, sondern auch von verschiedenen kommunistischen Strömungen - außerhalb des ML-Marxismus - angeknüpft werden kann, sei hier lediglich erwähnt.

Beschränken wir uns aber hier und heute allein auf die Aussagen zur Herausbildung neuer Sozial- und Herrschaftsstrukturen in Sowjetrußland binnen dreier Jahre seit der Revolution und zu dem, was wir heute Basisdemokratie nennen, so haben wir es bei dem Kollontai'schen Manifest geradezu mit einem klassischen sozialistischen Text aus den ersten Jahren der Sowjetunion im unmittelbaren Umfeld und im Widerspruch zu Lenin zu tun. Kollontais Positionspapier wie auch ihre leidenschaftlichen Debattenbeiträge wurden vom X. Parteitag der KPR wie von dem wenige Monate später durchgeführten Kominternkongreß zurückgewiesen. Sie enthielten aber zu einem frühen Zeitpunkt der sowjetischen Gesellschaftsentwicklung eine konkret-historische Diagnose der nicht nur zaristisch überlieferten, sondern neu entstehenden sowjetischen Bürokratie und das ihr eigene leidenschaftliche Suchen nach alternativen gesellschaftspolitischen Entscheidungsmechanismen auf gewerkschaftlicher Grundlage.

Ein Jahr später - 1922 - wurde sie weltweit die erste offizielle weibliche Diplomatin und vertrat in ihrem weiteren Leben die Sowjetunion ebenso engagiert und erfolgreich im Ausland. Welchen Zusammenhang es dabei zwischen beiden Ereignissen auch immer gab, das damit verbundene Ausscheiden aus dem innenpolitischen Wirken in der Sowjetunion hat ihr wahrscheinlich das Leben gerettet. Bekanntlich waren es nur wenige von Lenins engsten Mitarbeitern aus der Revolutionszeit, die in den folgenden Jahrzehnten eines natürlichen Todes starben.

¹⁶ A. Kollontai, Die Arbeiteropposition, a.a.O., S. 183-185.

Vamik D. Volkan

Das Versagen der Diplomatie

Zur Psychoanalyse nationaler, ethnischer und religiöser Konflikte

Dezember 1998

ca. 250 Seiten · gebunden
DM 48,- · öS 350,- · Sfr 44,50
ISBN 3-932133-49-8



Das neue Buch Vamik Volkans schlägt die fehlende Brücke zwischen psychoanalytischen Konzepten und der traditionellen Vorstellungswelt von Diplomaten, Historikern, Politologen und Sozialwissenschaftlern.

Der bekannte Psychoanalytiker Volkan nutzt sein klinisches Wissen und seine Erfahrung aus 25jähriger Arbeit mit Großgruppen in konfliktgeschüttelten und traumatisierten Gesellschaften, um eine pragmatisch orientierte Studie der Dynamik von Großgruppen vorzulegen. Er stellt neue theoretische Konzepte und ihre praktische Anwendung vor. Sie ermöglichen uns ein besseres Verständnis für die Interaktion von Großgruppen im Frieden wie in Krisenzeiten.

PSV

Psychosozial-Verlag · Friedrichstraße 35 · 35392 Gießen
Telefon: 06 41/7 78 19 · Telefax: 06 41/7 77 42

Modelle von Wert(en)

Workshop der Forschungsgruppe Politische Ökonomie (Marburg) zur Relevanz der Arbeitswerttheorie für Ökonomik und Politikwissenschaft

"Nach der Wertdiskussion?" war Thema eines Workshops mit 30 TeilnehmerInnen am 27./28. 6.1998 in Marburg, bei dem es um objektive Werttheorien und um die Frage nach dem Wert-Preis-Verhältnis in der marxistischen und neoricardianischen Wirtschaftstheorie ging.¹

Friedrun Quaas (Universität Leipzig) wandte sich im Eröffnungsvortrag nach einer Darlegung des Wert-Preis-Transformationsproblems, wie es sich im dritten Band des *Kapital* stellt, der Frage nach den Konsequenzen seiner (Un-)Lösbarkeit für den Status der Marxschen Theorie zu. Das Problem in Kürze: Sollen die von Marx postulierten Arbeitswerte aller produzierten Waren dadurch in Preise umgewandelt werden, daß sich die Mehrwerte zwischen den verschiedenen Reproduktionsabteilungen gleichmäßig verteilen, so können dabei rechnerisch nicht die von ihm gemachten Voraussetzungen gelten.

Marx nimmt nämlich an, daß die ex ante divergierenden Profitraten sich annähern, indem sich in rentablen Branchen mit hohen Mehrwertanteilen Produktionsausweitungen vollziehen, wodurch die Preise sinken und geringere Profite realisiert werden können. Umgekehrt realisieren Hersteller mit niedriger Mehrwertproduktion durch ein abnehmendes Angebotsvolumen höhere Profite. So stellt sich in der langfristigen Tendenz eine einheitliche Gesamtprofitrate her, die durch Umverteilung der Mehrwerte zu Profiten zustande gekommen ist; Profitsumme und Mehrwertsumme müssen einander also entsprechen. Andererseits geht Marx davon aus, daß die Gesamtsumme aller Preise jener der zugrundeliegenden Werte gleicht. Kritiker wie Böhm-Bawerk haben nun aufgezeigt, daß diese beiden Bedingungen mathematisch nicht zugleich gelten können. Da das Problem der Wert-Preis-Transformation fundamental für Marx' Theorie ist, wurde seine Unlösbarkeit als Falsifikation der gesamten *Kapital*-Theorie angesehen.

Indem, wie es Bortkiewicz getan hat, eines der beiden Postulate aufgegeben und das Abweichen der Preissumme von der Wertsumme zugelassen

¹ Vgl. auch die zum Transformationsproblem in Z bisher erschienenen Beiträge: Michael Heinrich, Die Marxsche Werttheorie - mit dem Transformationsproblem erledigt?, in: Z 8 (Dezember 1991), S. 198ff.; Georgios Stamatidis, Zum Transformationsproblem, in: Z 21 (März 1995), S. 169ff.; Reinhard Schaupeter, Zur Verifikation der Wert-Preis-Rechnung von Marx, in: Z 21 (März 1995), S. 185ff.; Georg Fülberth, Transformationsfrage - Problemlage, in: Z 21 (März 1995), S. 191ff.; Robert Katzenstein, Wertbegriff und Transformationsproblem, in: Z 21 (März 1995), S. 199ff.; Joachim Tesch, Transformationsproblem - Wertgesetz - Sozialismus, in: Z 21 (März 1995), S. 204ff.; Hans-Jörg Schimmel, Produktionspreisbildung und Reproduktivität eines ökonomischen Systems. Überlegungen zum Transformationsproblem und zum Wertbegriff, in: Z 27 (September 1996), S. 205ff.

wird, ist eine Lösung des Wert-Preis-Transformationsproblems möglich, und damit hat sich die Theorie - so Quaas - auf dem Weg über die Widerlegung eines Falsifikationsversuchs im Popperschen Sinne bewährt. Wenn auch als Konsequenz aus dieser Lösung gefragt werden kann, was denn noch für ein Operieren mit Arbeitswerten spreche, da die nominalen Preisgrößen somit nicht mehr aus diesen abgeleitet werden können, so wäre die Theorie im schlechtesten Fall redundant. Selbst aus einer Redundanz auf der quantitativen Ebene könne aber keinesfalls die Unhaltbarkeit der qualitativen Aspekte der Kapital-Theorie, namentlich der Mehrwerttheorie, hergeleitet werden. Als erstes Zwischenergebnis mag das beruhigen. In der sich anschließenden Diskussion wurden Fragen aufgeworfen, die im Verlauf des Workshops von verschiedener Seite wieder aufgegriffen werden sollten, etwa ob Bortkiewicz's Transformation die einzig mögliche ist und was für die objektive Werttheorie als Ausgangspunkt ökonomischer Erklärungen spricht.

Nach dem Beweis der Haltbarkeit des Marxschen Ansatzes stellte der nächste Referent Vorzüge dieses werttheoretischen Paradigmas heraus. Georg Quaas (Leipzig) referierte und kritisierte Schefolds Interpretation von Sraffa, der nicht auf Arbeitswerte rekurriert. Schefold unterlegt ihm nun ebenfalls Arbeitswerte und ordnet Marx' Überlegungen als Spezialfall der Gesetze Sraffas für kleine Profitraten ein. Dem letzteren spricht er allgemeine Gültigkeit zu, da er über Marx hinaus gehe. Wie Quaas aber zu zeigen beabsichtigte, muß "über ... hinaus" nicht unbedingt "besser als" bedeuten.

Der Preisermittlung liegt sowohl bei Schefold als auch bei Sraffa die Arbeit nur in Form der Beschäftigtenanzahl zugrunde, was für die Erfassung dieses Faktors ein recht grobes Raster bietet. Da die Intensität der verausgabten Arbeitskraft aber stark variiert, muß die Modellierung den - von Marx mit gedachten! - wechselnden Kompliziertheitsgrad berücksichtigen, den verschiedene Arten von Tätigkeiten aufweisen, statt von vorne herein homogene Zeiteinheiten zugrunde zu legen. Diesem Umstand kann Rechnung getragen werden, indem ein zweigspezifisch differierender Vektor eingeführt wird, der den variierenden Kraftverbrauch für eine Tätigkeit innerhalb einer gegebenen Zeiteinheit berücksichtigt und in die Berechnung der Preise mit eingeht. Wenn diese Quaasschen Überlegungen mit der Empirie konfrontiert werden könnten und die verausgabte Arbeit so differenziert meßbar wäre, wie es die Arbeitswerttheorie erfordert, so könnte diese bestätigt und bis hin zu einer exakten Berechnung von Marktpreisen verfeinert werden. Was also fehlt, ist zunächst eine geeignete Datenbasis für die gesamte Volkswirtschaft der Bundesrepublik, um Quaas' eigenes, auf Marx basierendes Modell zu vervollständigen und die Arbeitsvektoren genau zu bestimmen. So ließe sich der Zusammenhang von Werten und Preisen rechnerisch exakt ermitteln.

In der Diskussion wurde klar, daß sich Kritik an Sraffa nicht allein auf seinen unzureichend differenzierten Arbeitsbegriff, sondern zusätzlich auf die

Aufgabe des Arbeitswerttheorems richten muß. Um dieses wieder in die ökonomische Theoriebildung einzubringen, wäre der vorgeschlagene Versuch, diesen Faktor durch Aufschlüsselung nach verschiedenen Arbeitsarten in seiner Feinheit zu erfassen, ein zwar empirisch aufwendiges, doch vermutlich weiterbringendes Unterfangen. Es wurde angeregt, derartige Berechnungen zunächst auf der Basis unzureichend differenzierter Zahlen anzustellen, wie sie vom Statistischen Bundesamt erhoben werden.

Ein negativer Bezug auf Sraffa lag auch dem nächsten Vortrag zugrunde: Fritz Helmedag (TU Chemnitz) stellte die klassische Art der Preisberechnung der neoricardianischen und ricardianischen gegenüber und wies nach, daß die beiden ersteren rechnerische Paradoxien hervorbringen. Der klassischen Preisbildung - repräsentiert durch Bortkiewicz - liegt eine Profitkalkulation zugrunde, die sich auf das gesamte Kapital bezieht; beim Neoricardianer Sraffa hingegen findet nur das vorgeschossene konstante Kapital Eingang in dessen rechnerische Ermittlung. Als einzig akzeptable Bezugsgröße für Profitrate und somit Preise erweist sich Helmedag zufolge das variable Kapital, welches im ricardianischen Ansatz als Grundlage der Profite dient. (Hier liegt eine Parallele zu Marx vor, aus dessen Sicht es ja ebenfalls die Arbeitskraft ist, woraus der Profit entspringt.)

Wenn eine andere als Helmedags Formel gewählt wird und das konstante Kapital (mit) ausschlaggebend für die Höhe des Profits ist, könnte sich keine anomaliefreie Umverteilung des Mehrprodukts zwischen den Branchen einstellen. Vielmehr zeigt sich, daß für einzelne Abteilungen immer Anreize bestünden, vertikal zu integrieren, d. h. Vorprodukte, die eine hohe Profitrate aufweisen, selbst herzustellen. Für den Erhalt der bestehenden Arbeitsteilung liefert hingegen einzig der ricardianische Ansatz eine plausible Erklärung, da die Umverteilung der Profite, wie sie in diesem Modell erfolgt, keinerlei Anreiz zu vertikaler Integration läßt.

Georg Stamatis (Universität Athen) nahm ebenfalls auf den Neoricardianismus Bezug, stellte diesem aber eine Marxsche These gegenüber. Entscheidende Voraussetzung seines Vortrags war die Überlegung, daß eine Transformation von Arbeitswerten in Produktionspreise nicht eindeutig sei. Bei abstrakter Arbeit handelt es sich nämlich um eine nicht-homogene und somit multidimensionale Größe, die nicht wie eine eindimensionale hinsichtlich eines gemeinsamen Maßstabs verglichen werden kann. Somit sind Werte und Profitraten als lineare Größen nicht eindeutig definiert, wie dies von Marx angenommen wurde und wie es für eine Produktion von geringer Komplexität der Fall sein mag, nicht aber für vielgliedrige Produktionssysteme mit Kuppelproduktion und heterogenen Reallohnsätzen, die heute vorherrschen. Für die Übersetzung der multidimensionalen Werte in eindimensionale Preisgrößen bestehen also von Marx nicht einbezogene Freiheitsgrade.

Im neoricardianischen Modell wird die Existenz von (positiven) Profiten auf ein positives Mehrprodukt zurückgeführt, während Marx zufolge positive Mehrwerte als Bedingung hierfür fungieren. Stamatis überprüfte nun

diese beiden Annahmen mittels linearer Algebra, wobei er die multidimensionale Größe Arbeit in die Beweisführung als $k \times n$ -Matrix eingehen ließ, wobei k die verschiedenen, heterogenen Arbeitsarten repräsentiert. Folgende Ergebnisse wurden vom Referenten vorgestellt: Werden negative Warenmengen für das Mehrprodukt zugelassen (was bei Einbezug von Lagerbeständen durchaus möglich ist), so erweist sich die neoricardianische These in jedem Fall als falsch, wohingegen die Marxsche unter dieser Voraussetzung richtig oder falsch sein kann. Wird allerdings $k = 1$ gesetzt, also - wie Marx dies getan hat - statt heterogener Arbeit eine homogene Größe zugrunde gelegt, so stimmt Marx' These immer. Folglich geht es, so Stamatidis, in erster Linie darum, ein Konzept zu finden, mit dem der Transformationsmodus nachvollzogen werden kann, der die zunächst multidimensionalen Arbeitswerte in homogene verwandelt, die dann der Marktpreisbildung zugrunde liegen.

Eine mögliche Schlußfolgerung, die hieraus gezogen werden könnte, besteht in der These, von der Vorstellung einer uniformen Profitrate müsse gänzlich Abschied genommen werden. Sie wurde durch den nächsten Beitrag untermauert, in welchem Ralf Blendowske (FH Aalen) einleitend auf die empirische Existenz divergierender Profitraten hinwies. Da es sich dabei um eine stabile und zeitunabhängige Verteilung handle, könne die hierfür - von Sraffa wie auch von Marx - gegebene Erklärung, der Gleichgewichtszustand sei eben noch nicht erreicht, nicht greifen. Doch der Referent schloß an diesen negativen Bezug auf die Werttheoretiker auch positive Aussagen an und stellte ein neues, nicht deterministisches Modell mit Marxschen Hypothesen vor, welches der hohen Zahl von Freiheitsgraden des kapitalistischen Wirtschaftssystems dem Ansatz nach gerecht wird:

Zufallsverteilte Variablen wie Preise und Werte werden mit Annahmen über deren Verteilung verknüpft und durch empirisches Austesten präzisiert. Farjoun und Machover (Laws of Chaos, 1983), die dies für Großbritannien und die USA durchgeführt haben, ermittelten auf diesem Weg die Verteilung der Arbeitsintensität als aussagekräftig für die Verteilung der Marktpreise; die Korrelation dieser beiden Größen ist signifikant höher als die zwischen Preisen und - nur beispielsweise - dem Benzingehalt der Waren. Kurioserweise fördert diese Operation außerdem eine kaum in der Zeit variierende Mehrwerttrate zutage, die in beiden untersuchten Staaten ziemlich genau bei den von Marx zumeist angenommenen 100% liegt. Ferner läßt sich das als Profitratenfall bekannte "Gesetz des sinkenden Arbeitsgehalts" empirisch nachweisen, welches kein anderer theoretischer Ansatz als der Marxsche zu erklären imstande ist.

Bezüglich der vorliegenden Problematik läßt sich dieses stochastische Vorgehen folgendermaßen fruchtbar machen: Sraffa zufolge müßte die Verteilung von Preisen und auch Profiten nicht mit der organischen Zusammensetzung des Kapitals korrelieren, was die empirische Überprüfung mit diesem Modell aber nicht bestätigt. Arbeitswerttheoretische Hypothesen schneiden hingegen deutlich besser ab. Die wissenschaftliche Diskussion

Marx versus Sraffa werde - so Blendowske - "idealistisch" und empirielos geführt, obwohl das von ihm vorgestellte Verfahren technisch bereits seit 30 Jahren möglich gewesen wäre. In Anbetracht dieser Ergebnisse sprechen doch wieder schlagkräftige Argumente für ein Festhalten am arbeitswerttheoretischen Paradigma - ein bedeutendes Ergebnis des Workshops, weil es die Brauchbarkeit dieses Ansatzes bestätigte und auf die Anwesenden offensichtlich inspirierend wirkte.

An die bisherigen Vorträge, die weitgehend als miteinander kompatibel angesehen wurden und sich gegenseitig bestätigten, schlossen sich zwei weitere an, die den ökonomistischen Rahmen des Transformationsproblems übersteigen und den Blick nun auch in den gesellschaftlich-politischen Bereich lenken sollten. Den ersten trug Hans-Jörg Schimmel (Berlin) vor, der die Bedeutung menschlichen Handelns bei der Genese des Werts hervorhob.

Über die logische Abfolge der drei Stufen vom zufälligen über den systematischen hin zum verallgemeinerten Tausch wird in Gegenstände das abstrakte Prinzip des Werts hineinkonstruiert. Preise hingegen existieren real, da sie in der Sphäre ökonomischen Handelns als Recheninstrument benötigt würden und zur Stimulanz der Produzenten dienen. Die Existenz von Werten ist folglich Resultat der Projektion einer durch Handeln erzeugten Eigenschaft in die Dinge hinein. Marx - so Schimmel - ist diesem Fetischismus selbst aufgesessen, indem er die verschiedenen Abteilungen unter quantitativen Wertaspekten zusammen betrachtete, und somit stellt sich das Transformationsproblem als Ausgeburt des warenförmigen Bewußtseins dar, welches in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft vorherrscht: Da Werte also einer Projektion entspringen, Preise hingegen ein reales Verteilungsinstrument bilden, stellte Schimmel die These auf, diese beiden Größen müßten zwangsläufig immer deutlicher auseinanderfallen, je weiter der Kapitalismus sich im Bewußtsein der Menschen verfestige.

Diese Überlegungen führten zur Erörterung fundamentaler Fragen wie etwa nach der Bedeutung der Gesellschaftlichkeit des Marxschen Austausch- und somit auch Wertbegriffs. Im Gegensatz zur subjektiven Nutzentheorie kommt dem Bezug auf die Gesellschaftlichkeit des marktvermittelten Austauschs hier schließlich grundlegende Bedeutung zu.

Jens Weiß (Universität Marburg) warf zum Abschluß des Workshops eine politische Frage auf, die in den Debatten bis dahin noch nicht berührt worden war, als Motiv für dessen Planung wohl aber eine Rolle gespielt hat. Es ging auf der Veranstaltung, wie sich nun herausstellte, implizit mit um die Beantwortung der Frage: "Inwiefern ist das Scheitern des (real-) sozialistischen Projekts mit dem Unvermögen in Verbindung zu setzen, die Preise aus den Arbeitswerten zu bestimmen?" oder in einer allgemeineren Formulierung: "Welcher Stellenwert kommt der Arbeitswerttheorie für eine postkapitalistische Gesellschaft zu?"

Weiß' Position hierzu lautete, wenn ein System bewußt im Voraus geplanten Produzierens installiert würde, sei der Bezug auf Werte hinfällig, da

der Warenwert als Grundkategorie der historischen Epoche der bürgerlichen Gesellschaft mit deren Ende ebenfalls überwunden werde. Ohne den marktvermittelten Austausch könnten Werte nicht ermittelt und also auch nicht verglichen werden. Eine politische Bestimmung von Austauschrelationen hingegen müsse gerade nicht mehr auf deren Arbeitsgehalt Bezug nehmen. Beim Plenum stieß dieser Gedanke auf geringe Akzeptanz: Im Sozialismus könne die Arbeitswerttheorie weiterhin als Kalkulationsgrundlage herangezogen werden, so die Meinung großer Teile des Auditoriums.

Leider wurde an dieser Stelle nicht eingehender diskutiert, was die Abschaffung der Marktverhältnisse zugunsten bewußter Produktionskontrolle einer Gesellschaft denn an Lebensqualität bringen soll, wenn die "bewußte Kontrolle" nun doch wieder in die Simulation von Marktverhältnissen mündet. Kapitalistisch geprägte Prinzipien wie die bedingungslose Minimierung von Produktionskosten lenkten das menschliche Handeln unter solchen Umständen weiterhin in feste Bahnen. Weiß zufolge steht die Definition des Begriffs der Produktivkraftentwicklung für eine postkapitalistische Gesellschaft noch aus, und es müsse dabei eben nicht mehr um die bloße Einsparung abstrakter, also als gleichförmig angesehener Arbeit gehen - die neu gewonnene Freiheit bestünde eben darin, daß andere Kriterien (z. B. ökologische) denkbar und aushandelbar würden.

Weitere Thesen des Referenten waren: Die politische Relevanz der Arbeitswerttheorie hänge nicht von der (Un-)Lösbarkeit des Transformationsproblems ab. Statt der - vermeintlich objektiven - Prüfung ihrer Konsistenz im Sinne von F. Quaa und Bortkiewicz müsse ihr Erklärungsgehalt in Bezug auf den Realitätsausschnitt überprüft werden, den sie begrifflich rekonstruiert. Ein für eine politische Theorie problematisches Resultat bestehe nun darin, daß aus dieser Sicht Akteure auftreten, die nach Gesetzmäßigkeiten handeln, die sie selbst nicht kennen und nicht in die Entscheidungen einbeziehen. Wenn auch an manchen Stellen auf das Handeln von Individuen oder von Institutionen Bezug genommen werde, so fehle eine Vermittlung mit dem Systemverhalten, welches erklärt werden soll. Somit sei es nicht möglich, ausgehend von Marx' Paradigma Veränderungen, also Entwicklung auf der Ebene des Gesellschaftssystems zu erklären; eine politische Theorie lasse sich demnach nicht aus ihr ableiten.

Was bleibt, ist - sollte Weiß recht behalten - lediglich die Suche nach der besseren Wirtschaftstheorie, wobei allerdings die Möglichkeit, daß die Arbeitswerttheorie eine solche ist, im Laufe des Workshops in Bereiche größerer Wahrscheinlichkeit gerückt ist.

Wer sich für den Tagungsband oder für das nächste Zusammentreffen interessiert, wendet sich an: *Forschungsgruppe Politische Ökonomie* am Institut für Politikwissenschaft, Wilhelm-Röpke-Straße 6, 35032 Marburg. Tel.: 06421/ 285429, e-mail: fgpoleok@mail.uni-marburg.de

Dorothee Wolf

WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialistischen Politik

35

Menschenrechte

Menschenrechte ohne Pflichten? Universalismus oder Kulturrelativismus? Frauenrechte / Männerrechte; Menschenrechte im Islam; Friedenspolitik und Recht auf Entwicklung; Arbeit, Nahrung und Wirtschaftsbürgerrechte im Weltkapitalismus; UNO und Rwanda; Algerien; Staatsterrorismus in Kolumbien und in der Türkei

D. Senghaas, G. Lohmann, R. Köbler, A. Sutter, F. Afshar, Ch. Wichterich, S. Kappeler, G. Baechler, S. Weinbrenner, P. Ulrich, W.-D. Narr, R. Roth, H. Busch, Ch.P. Scherrer, S. Ceilk, B. Rüttsche, S. Kebrl

Diskussion

A. Fankhauser: Schweiz verweigert Recht auf Asyl
A. Lanz: Frauenmigration und Diskriminierung
Gruppe augenau: Ausechaffung - um jeden Preis

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

240 Seiten, Fr./DM 21.- (Abonnement 36.-/38.-) zu beziehen
im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich
Tel./Fax 01 - 273 03 02
widerspruch@access.ch

ihres Probeheft anfordern

<http://www.access.ch/widerspruch>

Strategien der Weltmarktintegration

Charles Pauli, *Süd-Globalisierung. Die Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft. isw-Report Nr. 36, München 1998, 25 Seiten, 5,- DM.*

Wer einen Globus betrachtet, sieht bestenfalls eine Hälfte der Welt. Schon die Ränder werden verzerrt, und die 'untere' Hälfte bleibt ganz verborgen. Pauli kehrt nun die Sichtweise des modischen Globalisierungsdiskurses um, der mit dem vorgeblichen 'Ende der 3. Welt' in aller Regel auch die Auseinandersetzung mit dem Problem ungleicher Entwicklung der Weltwirtschaft beendet hat. Im Gegenteil wird gezeigt, welche Folgen die Politik, die im Norden im Namen der Globalisierung betrieben wird, auf den Süden hat. Dabei wird zugleich deutlich, daß weder im Norden noch im Süden anonyme Marktkräfte hinter der gegenwärtigen Umstrukturierung der Weltwirtschaft stecken, sondern politische und ökonomische Akteure. Konkret: Multinationale Konzerne haben im Interesse der Markterweiterung über die Institutionen des Internationalen Währungsfonds (IWF), des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) und der Welthandelsorganisation versucht, den Abbruch nationaler Entwicklungsstrategien zu erzwingen und die Staaten der kapitalistischen Peripherie in den Weltmarkt zu integrieren.

Als Ausgangspunkt dieser Entwicklung wird die Schuldenkrise, die in der ersten Hälfte der achtziger Jahre fast alle Peripheriestaa-

ten getroffen hat, bezeichnet. Weil die Zahlungsfähigkeit im Verlauf der Krise vielfach vom Zugang zu internationalen Krediten abhängig geworden war, konnte der IWF die Vergabe entsprechender Kredite mit der Erfüllung von Strukturpassungsprogrammen verbinden, welche die Weltmarktöffnung einleiteten. Nach der Öffnung der Märkte für Güter und Dienstleistungen wurde schließlich mit dem Multinationalen Investitionsabkommen (MAI) versucht, den Zugriff nationalstaatlicher Regulierungen auf internationale Investitionen zu begrenzen. Zwar schreibt Pauli, "daß die meisten Länder - übrigens auch die Industrieländer selbst - mit einer ganzen Reihe von Ausnahmen die ursprünglich geplante Regelungsdichte durchlöchern wollen." (5) Dennoch hält er das MAI für eine konsequente Fortsetzung weltmarktorientierter Liberalisierungen: "Wichtig an diesem Investitionskodex ist der Versuch, eine Entwicklung zusammenzufassen und fortzuschreiben, die ohnehin schon seit zwei Jahrzehnten im Gang ist." (ebd.) Diese Interpretation läßt jedoch den springenden Punkt der durch Metropolen und Kompradorenbourgeoisien erzwungenen Weltmarktorientierung der Peripheriestaaten außer acht. Obwohl Weltmarktintegration zumeist mit Liberalisierung, Deregulierung und der Schaffung eines globalen Freihandelssystems gleichgesetzt wird, geht es doch tatsächlich darum, ungleiche Entwicklungsniveaus politisch festzuschreiben. Das Beispiel des MAI zeigt dies deutlich: Nicht

'auch' die Industrieländer, wie Pauli schreibt, fordern Ausnahmen von den allgemeinen Bestimmungen des MAI, sondern ausschließlich Industrieländer, weil das MAI bislang im Rahmen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) verhandelt wurde, zu der Entwicklungsländer keinen Zugang haben. Zudem zielt die Forderung nach Ausnahmeregelungen nicht auf die Schaffung eines einheitlichen Investitionskodex, sondern auf die Durchsetzung spezieller nationaler Interessen.

Nach der Behandlung multinationaler Institutionen und Akteure zeigt Pauli anhand von "Länder- und Regionenbeispielen" (6), daß die Weltmarktintegration bislang nirgends auf der Welt dauerhaft zu steigenden Einkommens-, Beschäftigungs- oder auch Wohlfahrtsniveaus geführt hat. Gerade der weltmarktorientierte Entwicklungsweg der südostasiatischen 'Tigerstaaten' ist inzwischen in eine Sackgasse geraten: "Der Entwicklungsprozeß Ostasiens ist bis auf weiteres beendet." (9) Unmittelbarer Auslöser der Krise waren Exportrückgänge der betroffenen Länder, die sich aus der Währungsbindung an den seit drei Jahren stark aufgewerteten Dollar ergeben haben. In deren Folge kam es zu Währungsabwertungen, Kapitalflucht, einem Verfall der Wertpapierpreise und schließlich zum Ende einer lang anhaltenden Wachstumsphase. Mit diesen realwirtschaftlichen Folgen schließt sich der Kreis der Asienkrise, die weniger durch das Platzen einer "aufgeblasenen Bubble-Ökonomie" oder "politische Filz-

Verhältnisse" (ebd.) verursacht wurde, als durch einen Wachstumsprozeß, der durch billige Exporte getragen war, aber zu keinen nennenswerten Produktivitätssteigerungen geführt hat. Mit diesem Typus extensiven Wachstums unterscheiden sich die 'Tigerstaaten' ganz erheblich von den Ländern der Europäischen Union, die in den neunziger Jahren enorme Rationalisierungen vorgenommen und damit langfristig die Voraussetzungen für exportorientiertes Wachstum geschaffen haben. Der Vergleich Südasiens mit Westeuropa ist nicht nur von wissenschaftlichem Interesse, sondern auch von politischer Bedeutung, weil die neunziger Jahre auch die Zeit waren, in der die Gefährdung europäischer Standorte durch die aufstrebende asiatische Konkurrenz beschwor wurde, um möglichen Widerstand gegen die laufende Rationalisierungsoffensive ideologisch zu entwerfen.

Am Beispiel Lateinamerikas schildert Pauli, welche Folgen das Scheitern nachholender Entwicklungsprozesse und gleichzeitige Weltmarktintegration haben können: Ein weiterer Aufbau binnenmarktorientierter Industrien wird durch den Import technologisch überlegener und daher billigerer Waren aus den Metropolen verhindert, die ihrerseits durch den Export von Rohstoffen und Agrarprodukten einer niedrigen Verarbeitungsstufe finanziert werden müssen. An die Stelle "importsustituierender" Industrien (12) treten die "Weltmarktfabriken", in denen mit zurückgebliebener Technologie

aber unter Einsatz billiger Arbeitskraft Zulieferarbeiten für multinationale Konzerne erledigt werden. Diesen "wird durch Zoll- und Steuerbefreiung die Möglichkeit gegeben, arbeitsintensive Produktion nach Mexico und Zentralamerika, aber auch Brasilien, Haiti und anderen lateinamerikanischen Ländern zu verlagern, um die niedrigen Löhne ausnutzen zu können. Freier Gewinntransfer ist garantiert." (14) Mit Afrika wird schließlich noch der Fall geschildert, in dem fast ein ganzer Kontinent verelendet, weil er in zweifacher Weise negativ durch die Weltmarktintegration getroffen wird: "Die afrikanischen Länder verloren also doppelt: bei den Gütern, die sie exportieren, nehmen ihnen außerafrikanische Konkurrenten Marktanteile ab. Und die Märkte für diese Waren wachsen weltweit langsamer, als die Märkte für andere, technisch anspruchsvollere Güter." (16)

Als Resultat der genannten Beispiele stellt Pauli fest, daß neben die 'traditionellen' Entwicklungsprobleme des Ausschlusses von moderner Technologie und sinkenden Terms of Trade zusätzliche Probleme getreten sind, die sich aus den "Möglichkeiten, einen ökonomischen Wanderzirkus zu veranstalten", ergeben. (23) Da nicht nur internationale Finanzanlagen, sondern zunehmend auch Direktinvestitionen in Fertigungsstätten nur kurz- bis mittelfristig getätigt werden, kann keine langfristige Entwicklung stattfinden.

Als Leitlinie für Alternativen zur Weltmarktorientierung wird

schließlich formuliert: "Nicht der Markt steuert, sondern der Markt muß auf gesellschaftliche Zielvorgaben hin gesteuert werden." (24) Konkret gefordert werden Grundbedürfnisstrategien, Investitionslenkungen, öffentliche Investitionen und ein Außenhandel, der Produktivitätssteigerungen in allen Handel treibenden Ländern ermöglicht, dabei aber nicht zu einem Verdrängungswettbewerb führt. Diese Forderungen sind weder neu noch sonderlich originell; daß sie dennoch gestellt werden müssen, zeigt nur, wie 'unterentwickelt' die gesellschaftlichen Verhältnisse in Zeiten der 'Globalisierung' sind.

Ingo Schmidt

Ursachen der Asienkrise

Heribert Dieter, Die Asienkrise und der IWF, INEF-Report Nr. 29, Universität Duisburg 1998, 53 Seiten (gratis zu beziehen über das INEF-Institut).

Im Juli 1997 brach mit der Abwertung der thailändischen Währung Baht die Asienkrise offen aus und beschäftigt seither, über die engen Kreise von Wirtschaftspolitikern und Bankiers hinaus, die Weltöffentlichkeit. Krisenverlauf und politische Reaktionen werden von Dieter gut nachvollziehbar dargestellt und dahingehend interpretiert, daß die Interventionen des Internationalen Währungsfonds (IWF) weniger zu Stabilisierung als zu einer Krisenverschärfung geführt haben: "Der IWF hat die Krise nicht prognostiziert, die falschen Maßnahmen verordnet,

und, nicht zuletzt, die Entstehung von großer wirtschaftlicher Not nicht verhindert, wahrscheinlich sogar gefördert." (36)

Um diese negative Einschätzung zu begründen, beschreibt Dieter zunächst die wirtschaftliche Entwicklung der von der Krise am härtesten betroffenen Länder. Dabei stellt er fest, daß Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Südkorea und Thailand bis zum Sommer 97 hohe und vergleichsweise stabile Wachstumsraten aufgewiesen haben, die Inflation eher mäßig als hoch war, die öffentlichen Haushalte problemlos den Kriterien der Maastrichter Konvergenzkriterien genügt hätten und die Leistungsbilanzdefizite angesichts des anhaltenden Aufschwungs auch eher bescheiden ausgefallen sind. (6) Diese 'makroökonomische Performance' war vom IWF auch immer positiv betont worden. Das änderte sich mit Ausbruch der Krise: Die bestehenden Leistungsbilanzdefizite wurden vom IWF nun als 'übermäßig' bewertet und als Auslöser von Währungsabwertungen und darauffolgendem Abschwung interpretiert. Die Wirtschaftspolitik der betroffenen Länder sei erstens unfähig gewesen, eine Überhitzung der Konjunktur und die damit verbundenen Waren- und Kapitalimporte zu verhindern und habe zweitens falsche Rentabilitäts- und Risikoeinschätzungen vorgenommen. (15) Auf Grund dieser Diagnose hat der IWF seine wirtschaftspolitische Therapie verordnet, die einen scharfen Sparkurs zur 'Eindämmung' der überhitzten Konjunktur und Deregulierungen

zwecks Effizienzsteigerung investierten Kapitals umfaßt.

Diagnose und Therapie werden von Dieter einer mehrschichtigen Kritik unterzogen. Grundsätzlich wird daran erinnert, daß die Statuten des IWF Maßnahmen für eine Stabilisierung im Falle von Währungskrisen und Leistungsbilanzungleichgewichten vorsehen, nicht aber Strukturanpassungsmaßnahmen, ohne deren Erfüllung keine Kredite gewährt werden. Im besonderen Fall der Asienkrise kann zudem weder von Konjunkturüberhitzung noch von einer 'untragbaren' Lage der öffentlichen Haushalte gesprochen werden. Die Konjunktur beruhte auf einer sehr hohen inländischen Ersparnis und die Haushalte wiesen mir Ausnahme Malaysias sogar Überschüsse auf.

Wenn aber nicht binnenwirtschaftliche Probleme für die Krise verantwortlich sind, so müssen außenwirtschaftliche Erklärungen gesucht werden. Dieter findet sie in den Instabilitäten des internationalen Währungssystems: Wechselkurschwankungen, die weit über veränderte internationale Produktivitätsverhältnisse oder Kaufkraftparitäten hinausgehen, können Kapitalzu- und abflüsse auslösen, ohne die damit verbundenen Renditeerwartungen erfüllen zu können. Angesichts solch 'überschießender' Schwankungen kann unregulierten Finanzmärkten keine besondere Effizienz zugesprochen werden, wenn es darum geht, internationales Kapital seiner ertragreichsten Verwertung zuzuführen. Dieter legt nun sehr großes Gewicht auf finan-

zielle Instabilitäten, die als Folge unregulierten Kapitalverkehrs auftreten: "Es gilt zu bedenken, daß es keine Asienkrise gegeben hätte, wenn alle privaten Schuldner sich gegen das Wechselkursrisiko abgesichert hätten." (11)

Nicht die asiatischen Binnenwirtschaften, sondern das internationale Währungssystem sind demnach Ursache der Asienkrise. Entsprechend dieser zur IWF-Sichtweise konträren Interpretation kommt Dieter zu wirtschaftspolitischen Forderungen, die nicht nur dem gegenwärtigen Vorgehen des IWF in der Asienkrise widersprechen, sondern darüber hinaus eine Reform des IWF und dessen Einbindung in eine "andere Architektur der Weltwährungsordnung" beinhalten (32). Die Kreditvergabe des IWF soll sich auf den Ausgleich kurzfristiger Zahlungsbilanzprobleme beschränken und sowohl von wirtschaftspolitischer Beratung als auch konditionalen Strukturanpassungsprogrammen abgekoppelt werden. Zudem ist eine Regionalisierung vorgesehen, die den IWF vom Ruch eines "Agenten des internationalen Finanzkapitals" befreien soll (27). Eine politisch gestaltete Weltwährungsordnung soll nach Dieters Vorschlägen Zielzonen umfassen, innerhalb deren die Wechselkurse der führenden Währungen schwanken können. Erst bei Überschreiten dieser Zonen sind währungspolitische Interventionen vorgesehen, bei denen Leistungsbilanzüberschüsse einzelner Länder zeitweilig festgelegt werden sollen, um den Abwertungsdruck von den Defizitländern zu nehmen (32).

Das von Dieter in groben Umrissen skizzierte Währungssystem geht von der sehr einfachen, aber in der Wirtschaftspolitik zumeist verdrängten Einsicht aus, daß Leistungsbilanzüberschüssen eines Landes zwangsläufig Defizite in anderen Ländern gegenüberstehen. Die Finanzierung dieser Defizite kann zu einer stetig steigenden Auslandsverschuldung führen, die schließlich die Zahlungsfähigkeit eines Landes bedroht. Zusätzlich erhöhen Leistungsbilanzüberschüsse, die keine produktive Verwendung finden, die "Volatilität der Weltwirtschaft" (ebd.) und wirken damit destabilisierend. So richtig diese Analyse monetärer Außenwirtschaftsbeziehungen auch sein mag: Die Frage, weshalb Länder versuchen, Leistungsbilanzüberschüsse zu erzielen, wird leider nicht gestellt. Dabei dürfte es gerade von der Beantwortung dieser Frage abhängen, welchen Beitrag ein politisch reguliertes Währungssystem zur Vermeidung oder Überwindung künftiger Krisen leisten kann.

Sofern Leistungsbilanzüberschüsse daraus resultieren, daß sich ein Land in der Rezession befindet und zu vergleichsweise niedrigen Preisen in ein Land exportieren kann, das im Konjunkturaufschwung verstärkt ausländische Waren nachfragt, könnte ein System, wie Dieter es fordert, dazu beitragen, daß ungleichgewichtige Zahlungsbilanzen sich nicht verfestigen und zu Währungskrisen führen. Anders liegt der Fall, wenn Leistungsbilanzüberschüsse das Resultat einer merkantilistischen Wirtschaftspolitik sind.

Mit Ländern, die eine Politik des Exportes von Arbeitslosigkeit verfolgen, dürfte schon die Institutionalisierung eines entsprechenden Währungssystems schwierig werden.

Ohne diesen Punkt weiter zu verfolgen, deutet Dieter an, weshalb nationale Regierungen eine merkantilistische Politik betreiben: Neben finanziellen Instabilitäten nennt er den "Mangel an rentabel erscheinenden Anlagemöglichkeiten" als einen Faktor, der die Asienkrise ausgelöst hat. (11) Demnach sind Krisenursachen nicht in den südostasiatischen Defizitländern zu suchen, sondern bei den Ländern, die gleichzeitig Leistungsbilanzüberschüsse aufweisen und gleichzeitig einen Nettokapitalexport aufweisen. Insbesondere der Merkantilismus Japans ist daher für die Asienkrise verantwortlich.

An die Feststellung unzureichender Verwertungsmöglichkeiten könnte eine Analyse der realwirtschaftlichen Probleme von Wertschöpfung und Nachfrageschaffung anknüpfen, die den monetären Zahlungsbilanzproblemen zugrundeliegen, von denen die Asienkrise ihren Ausgangspunkt nahm. Eine über den monetären Bereich hinaus erweiterte Perspektive würde schließlich deutlich machen, daß ein international reguliertes Währungssystem zwar Ausbreitung und Vertiefung wirtschaftlicher Krisenprozesse verhindern kann, aber deren Ursachen nicht aus der Welt schafft.

Ingo Schmidt

Konsum und menschliche Entwicklung

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (Hrsg.), Bericht über die menschliche Entwicklung 1998, Bonn 1998 (deutsche Ausgabe des 'Human Development Report').

"Menschliche Entwicklung ist ein Prozeß, der die Wahlmöglichkeiten der Menschen erweitert. Erreicht wird dieses Ziel durch eine Ausweitung ihrer Lebens- und Entwicklungschancen. Auf allen Entwicklungsstufen gibt es drei wesentliche Voraussetzungen für menschliche Entwicklung: langes und gesundes Leben, Bildung und Zugang zu den Ressourcen für einen angemessenen Lebensstandard." Von dieser Definition ausgehend, untersucht das United Nations Development Programme (UNDP) seit 1990 jährlich weltweit Fortschritte und Rückschritte. Der für 1998 vorlegte Bericht hat das Schwerpunktthema "Konsum und menschliche Entwicklung".

Der Befund des Berichts über die menschliche Entwicklung ähnelt denen der Vorjahre:

Es gab Fortschritte (ein Kind, das heute in einem Entwicklungsland zur Welt kommt, hat eine um 16 Jahre längere Lebenserwartung als ein Kind, das vor 35 Jahren geboren wurde [23]; ... die Säuglingssterblichkeit wurde seit 1960 mehr als halbiert [23]; ... der Anteil der Familien auf dem Land, die Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, ist von zehn auf 60 Prozent gestiegen [23]), es gab aber auch

Rückschritte (in Rußland ist die Lebenserwartung von Männern seit 1989 um mehr als fünf Jahre gesunken [24]), und es gibt weiterhin eine große Ungleichheit zwischen Menschen und Ländern (in Großbritannien nahm die Ungleichheit zwischen 1979 und 1991 in einem Ausmaß zu, das es bis dahin in einem Industrieland nicht gegeben hatte [35]; ... das Vermögen der drei reichsten Personen der Erde übersteigt das Gesamt-Bruttoinlandsprodukt der 48 am wenigsten entwickelten Länder [35]).

Wie wird menschliche Entwicklung gemessen? UNDP verwendet seit 1990 den selbst entwickelten Human Development Index (HDI), der aus drei Komponenten besteht: der Lebenserwartung bei der Geburt, der Alphabetisierungsrate von Erwachsenen und dem Pro-Kopf-Einkommen. Das Pro-Kopf-Einkommen wird in Kaufkraftparitäten berechnet, was eine Vergleichbarkeit mit anderen UN-Statistiken erschwert und zudem dazu führt, daß Einkommen in armen Ländern höhere Beträge aufweisen als bei der konventionellen Berechnung in US-Dollar pro Kopf. Je höher der HDI, desto besser die menschliche Entwicklung. Nach jüngsten UNDP-Zahlen lebt es sich in Kanada (0,960), Frankreich, Norwegen, den USA und Island am besten, die Bundesrepublik Deutschland findet sich auf Platz 19 (0,925), unmittelbar vor Griechenland, und die letzten Plätze belegen Mali, Burkina Faso, Niger und Sierra Leone (0,185). Zur Messung und Beschreibung der menschlichen Entwicklung hat das UNDP weitere

Indizes kreiert: den geschlechtsspezifischen Entwicklungsindex GDI (Gender-related Development Index) und das Maß für die Befähigung der Geschlechter GEM (Gender Empowerment Measure). Danach leben Frauen am besten in Kanada, Norwegen und Schweden, Deutschland kommt auf Rang 17, Sierra Leone belegt den Schlußplatz.

1997 hat das UNDP einen Armutsindex für Entwicklungsländer entwickelt (Human Poverty Index HPI-1), in diesem Jahr kam ein Armutsindex für Industrieländer (HPI-2) hinzu. Danach gibt es unter den Industrieländern in Schweden die geringste Armut, in den USA die größte. Der umfangreiche Datenteil des diesjährigen Berichtes über die menschliche Entwicklung ist eine Fundgrube für alle, die länder- oder regionspezifisch nach empirischem Material suchen, sei es über Müttersterblichkeit, Kalorienverbrauch pro Tag, Einschulungsquoten von Mädchen und Jungen oder den Anteil von Männern und Frauen in Parlamenten.

Die Frage nach der Rolle des Konsums beantwortet das UNDP durchaus ambivalent. Ohne privaten und öffentlichen Konsum ist menschliche Entwicklung schlicht nicht vorstellbar: Menschen essen und trinken, lesen Bücher, verreisen etc. Die Verdoppelung des Weltkonsums innerhalb der letzten 25 Jahre habe die Weltentwicklung deutlich vorangetrieben: gesunkene Säuglingssterblichkeit, höhere Bildung, bessere Gesundheit etc. [55]. Dennoch konstatiert das UNDP:

"Zwischen Konsum und menschlicher Entwicklung besteht weder ein automatischer noch ein stets positiver Zusammenhang" [53]. Ungleiche Verteilung, negative Auswirkungen auf die Umwelt, die Möglichkeit der sozialen Ausgrenzung und mangelnde Information von Verbrauchern sind die wesentlichen Kritikpunkte. Der Bericht verwendet keine durchgängige Definition von Konsum und bleibt dadurch bei seinem Hauptanliegen ausgesprochen unscharf. Obwohl das zweite Kapitel dem theoretischen Rahmen von Konsum gewidmet ist, findet sich leider nur eine Sammlung unterschiedlicher Konsumbegriffe, teilweise mit ökonomischem Hintergrund, aber auch aus Philosophie, Soziologie, Anthropologie, Theologie. Von Absatz zu Absatz bleibt unklar, ob es um den realen Verbrauch materieller Produktion (Konsum von Gütern und Dienstleistungen wie Nahrung, Unterkunft, Wasser, Energie) geht, oder vielleicht eher um den sozialen Austausch, vielleicht gar um Konsumverzicht, wie die Texte aus verschiedenen Weltreligionen vermuten lassen [47]. Die Universalität der Lebensansprüche "setzt eine Welt voraus, in der so konsumiert wird, daß alle genug zu essen haben, kein Kind ohne Bildung bleibt, keinem Menschen Gesundheitsfürsorge vorenthalten bleibt und alle Menschen ihre potentiellen Fähigkeiten voll und ganz entwickeln können" [46]. Die Daten des Berichtes belegen eindrucksvoll, daß diese Voraussetzung keineswegs erfüllt ist. Den Ursachen dafür geht er aber nicht nach, sondern er be-

schreibt weitgehend globale Ungleichverteilung. Faktoren, die das UNDP im weiteren als konsumbeeinflussend nennt, (Einkommen, Auswirkungen der Infrastruktur auf die Verfügbarkeit wesentlicher Güter und Dienstleistungen, Zeitznutzung, Information, soziale Schranken, Situation im Haushalt), fehlt dann leider der analytische Zusammenhang. Eklatanter Unterkonsum in armen Entwicklungsländern hat andere Gründe und andere Auswirkungen als kritisierbare Konsumauswirkungen wie Fettleibigkeit oder irreführende Werbung, die ohne ein vergleichsweise hohes Konsumniveau nicht möglich sind. Der Bericht suggeriert jedoch gleiche Ursachen, wie z.B. Zeitmangel.

Millionen Menschen leiden unter einem gravierenden Mangel an Konsum. Warum? Antwort A: Weil die Menschen in reichen Ländern das meiste für sich beanspruchen. Antwort B: Weil zu wenig produziert wird, insbesondere dort, wo auch am wenigsten konsumiert wird. UNDP favorisiert die erste Antwort, die Rezensentin die zweite.

Der Bericht ignoriert die Organisation der Produktion, das erreichte Produktivitätsniveau und den Charakter von Investitionen. Aus wenig mehr zu machen, erfordert Arbeitsteilung und den Einsatz von Technik. Das gilt für Nahrungsmittel genauso wie für Gesundheitsstationen oder Schulen. Diejenigen Schwellenländer, die diesen Weg, den die Industrieländer als erste beschritten, auch gegangen sind, haben damit eine materielle Basis von Konsum geschaffen, die

nach allen Kriterien menschlicher Entwicklung gravierende Fortschritte ermöglicht - übrigens mit einer egalitären Einkommensverteilung, von der manches Industrieland nur träumen kann. Wachstum muß nicht zu Verelendung führen. Und die anderen Länder? "Nicht weniger als 100 Entwicklungs- oder Reformländer erlebten in den letzten Jahren einen starken wirtschaftlichen Niedergang, der bewirkte, daß das Pro-Kopf-Einkommen hier niedriger lag als vor 10, 15, 20 oder sogar 30 Jahren" [43]. In diesen hundert Ländern wird also deutlich weniger produziert als früher, mithin auch weniger konsumiert - mit allen verheerenden Folgen für die menschliche Entwicklung. UNDP stellt das lediglich fest und fragt nicht nach Ursachen. So umgeht UNDP auch die Forderung nach massiver (industrieller) Produktionssteigerung zur Überwindung des Unterkonsums in großen Teilen der Welt und verzichtet völlig auf die Analyse, wie ein solcher Schritt zu bewerkstelligen wäre.

Umweltverschmutzung ist eine der gravierenden negativen Auswirkungen von Konsum, konstatiert der Bericht und bringt viele Beispiele über Umweltverschmutzung, ihre Kosten, aber auch über ihre Bekämpfung. "Fast immer sind es die Armen, die am meisten unter Umweltschäden leiden" [79]. Reiche leben selten neben Müllkippen oder Fabrikschlotten, und sicher haben sie in allen Teilen der Welt leichter Zugang zu sauberem Wasser oder zu Medikamenten. Aus globaler Perspektive ist das Problem kom-

plexer: Wo besteht ein kausaler Zusammenhang zu industriell bedingter Umweltzerstörung, wo ein armutsinduzierter? Die UNDP-Daten widersprechen vielen hierzulande gängigen Klischees: Von 2,7 Mio. Menschen, die jährlich an Folgen von Luftverschmutzung sterben, sterben 1,8 Mio. an Luftverschmutzung in Innenräumen (Rauchvergiftung durch Feuer in Hütten), die meisten von ihnen lebten in Indien und südlich der Sahara [81]. Wasserverschmutzung durch Fäkalien ist weitaus gravierender und trifft mehr Menschen als industriell verunreinigte Abwässer [82]. Bodenverschlechterung, Wüstenbildung und Entwaldung sind typische armutsinduzierte ökologische Katastrophen [88 ff], und je miserabler die Lebensbedingungen in Entwicklungsländern, desto gravierender die Folgen für die Armen und für den Globus. Anders sieht es bei industrieller Verschmutzung aus. Das erreichte Konsumniveau ermöglicht ökologische Fortschritte: Wirtschaftswachstum ist bei Verringerung des Ressourceneinsatzes möglich [97], die meisten Industrieländer haben ihre Schwefeldioxid-Emissionen drastisch reduziert [93], bewaldete Flächen werden ausgeweitet [90], neue Technologien entwickelt, um Schäden zu reduzieren, zu vermeiden oder zu reparieren [100]. "Mit modernsten Technologien Etappen überspringen" [100], lautet daher eine UNDP-Forderung für unverzügliches Handeln.

Konsumsteigerung bei gleichzeitiger Verringerung der Umweltbelastung ist heute nicht nur technisch mög-

lich, sondern sowohl für menschliche Entwicklung als auch für ökologische Nachhaltigkeit dringend erforderlich. Das bedeutet nichts anderes als die Industrialisierung der Dritten Welt. Diesen deutlichen Schluß - und daraus abgeleitete Forderungen - zieht das UNDP leider nicht. Statt dessen besteht die "Agenda für künftiges Handeln" [103ff.] aus einem bunten Strauß vieler guter Vorschläge: Informationen verbessern, Bewußtsein schaffen, ein Minimum an Konsum für alle gewährleisten, technologische Innovationen fördern, Marktverzerrungen beseitigen, Einführung und Durchsetzung angemessener Regulierung und Gesetzgebung, mehr internationale Zusammenarbeit und eine Kombination von Instrumenten. Wer das tun soll? Die "Allianzen für die neue Zukunftsvision": Verbraucher, Wirtschaft, Kommunalverwaltungen, Zentralregierungen und Nichtregierungsorganisationen [121].

Das UNDP ist eine der Organisationen, in der Entwicklungsländer eine Mehrheit haben, und in der sie ihre Interessen deutlich artikulieren können. Der Bericht über die menschliche Entwicklung bietet eine solche Gelegenheit. Er prangert im Datenteil zwar massive Defizite menschlicher Entwicklung an, verpaßt aber im Textteil die Chance, zentrale Ursachenkomplexe zu benennen und Wege zu ihrer Lösung aufzuzeigen. Schade. Wenn im nächsten Jahr ein neuer UNDP-Chef den nächsten Bericht vorlegen wird, wird es um menschliche Entwicklung vermutlich nicht besser stehen, auch wenn wir

weniger essen und bewußter einkaufen. Wir sollten es dennoch tun - uns zuliebe. Für weltweite menschliche Entwicklung sind drastischere Schritte nötig.

Gabi Hesselbein

Standort Deutschland

Rudolf Hickel, Standort-Wahn und Euro-Angst. Die sieben Irrtümer der deutschen Wirtschaftspolitik. Rowohlt Hamburg 1998, 272 S., 14,90 DM.

In seiner neuen Streitschrift attackiert der Autor die marktradikale Wirtschaftspolitik der bisherigen Bundesregierung und die neoliberalen Ideologen, insbesondere seinen langjährigen Widerpart, den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Nach einem kurzen Rückblick auf den fundamentalen Paradigmenwechsel "von der sozial gebändigten Marktwirtschaft zum Kapitalismus ohne Netze" (23) sowie dessen Gewinner und Verlierer entlarvt der Hauptteil - das zweite Kapitel (39 bis 205) - in sieben Abschnitten erfrischend polemisch die teils durch interesseninduzierte Erkenntnisgrenzen bedingten, teils aber auch offensichtlich zur bewußten Manipulation der öffentlichen Meinung propagierten Grundirrtümer bzw. Desinformationen der praktizierten Ordnungs- und Wirtschaftspolitik: die Deregulierung der Arbeitsmärkte, die Mär vom "Hochlohnland", die Lüge vom "Hochsteuerland", den neoliberalen Minimal-

staat, wachsenden Wohlstand nur für Auserkorene, die Behauptung vom "Hochumweltland" sowie den Mythos der Globalisierung.

Die Schrift schließt mit zwei kleineren Kapiteln: eines zur Einführung des Euro - mit der Forderung, die nun nicht mehr abzuwendende Währungsunion verbindlich in eine Wirtschafts- und Beschäftigungsunion zu integrieren - und am Ende mit einem Ausblick auf zukünftig zu nutzende Chancen für eine "Soziale und Ökologische Marktwirtschaft" - die von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, deren Spiritus Rector Hickel ist, im Memorandum 1998 ("Bewegung in Europa, Blockade in Deutschland - Kurswechsel für Beschäftigung") ausführlicher als hier - abgesehen von Vorschlägen für eine Steuerreform (107ff., 118ff. und 168ff.) - entwickelt wurden.

Roter Faden der Auseinandersetzung ist die in den vergangenen 15 Jahren durchgesetzte Angebotsdoktrin. Durchgehende, praktisch relevante Problemstellungen und Hauptfelder der Gegenargumentation sind vor allem die Ursachen der Massenarbeitslosigkeit, die Verbetrieblichung der Gesellschaft, die fehlende binnenwirtschaftliche Orientierung der Politik sowie das Verhältnis von Staat und Wirtschaft.

Die als Ursache für die Massenarbeitslosigkeit apologetisch immer wieder benannten überhöhten Löhne und die Politik zur Entfesselung des Arbeitsmarktes werden als erster Grundirrtum hervorgehoben (36f., 39ff.). Hickel zer-

pflückt die Behauptung vom angeblich standortgefährdenden Hochlohn, indem er auf die Realitäten der Lohnstückkosten (66ff.) und des Exportüberschusses (184ff.) verweist, darüber hinaus aber auch den seit Keynes theoretisch untersuchten Sachverhalt in Erinnerung ruft, nach dem der Arbeitsmarkt den Güter- und Kapitalmärkten funktionell nachgeordnet ist und es folglich bei fehlender Nachfrage trotz sinkender Löhne nicht zu mehr Beschäftigung komme. Ansätze zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland stehen betont am Schluß (263ff.); dabei wird nicht zuletzt auch die infolge der Bundestagswahl veränderte politische Landschaft in der Europäischen Union als eine neue Chance für eine abgestimmte Beschäftigungspolitik gesehen.

Der Autor scheint allerdings nicht frei von Wachstumsillusionen zu sein. Die Ursache: eine falsche Einschätzung der Produktionsproduktivitäts-Schere (265). Die Innovativität generell zu höherer Produktivität geführt (Samuelson zeigt für die USA, daß es in den letzten Jahrzehnten sogar zu einer Produktivitätsabschwächung gekommen ist; siehe Volkswirtschaftslehre, Wien/Frankfurt a.M. 1998, 748f.); sondern die Entwicklung der Produktion hat sich seit den siebziger Jahren verlangsamt und ist hinter das Wachstum der Produktivität zurückgefallen. Die Gründe dafür hat insbesondere Karl Georg Zinn herausgearbeitet (siehe u.a.: Arbeit, Konsum, Akkumulation, 1986; Jen-

seits der Marktmythen, 1997). Produktionswachstum ist demzufolge nur noch sehr begrenzt möglich bzw. sinnvoll, im wesentlichen nur qualitativ und möglichst verstetigt. Unter diesen Umständen kommt deshalb den anderen Möglichkeiten zur entschiedenen Verringerung der Massenarbeitslosigkeit - der Verkürzung der Arbeitszeit und dem Ausbau des personenbezogenen Dienstleistungssektors - eine größere Bedeutung zu als Hickel sieht oder darstellen wollte.

Die "Verbetrieblichung der Gesellschaft" (21, 50ff.), d. h. die irrtümliche Übertragung einzelwirtschaftlicher Vorgehensweisen auf die volkswirtschaftliche Politik, führt zur Rationalitätsfalle. Die simple Sicht der Löhne als reiner Kostenfaktor blendet den Einfluß der zahlungsfähigen Nachfrage auf Produktion und Beschäftigung schlichtweg aus (43), und die daraus resultierende Politik der Lohnsenkung vermindert die Nachfrage nach Gütern im Maßstab des Landes und bedingt eine mangelnde Ausnutzung der Produktionskapazitäten. Auch Steuern werden fälschlicherweise nur als Belastung der Unternehmen gesehen und dabei wird außer acht gelassen, daß sie als Finanzierungsquellen wieder Nachfrage bedeuten (77, 133). So wird schließlich trotz steigender Gewinne nicht investiert. Ebenso blockiert das vorrangige Ziel der betrieblichen Rentabilitätssteigerung gesamtwirtschaftlich sinnvolle Maßnahmen der Ökologie (161).

Die binnenwirtschaftliche Entwicklung wird in vielen Aspekten

als ein Schlüsselproblem dargestellt. Sie leidet vor allem an mangelnder Nachfrage (109), nicht zuletzt verursacht durch die fehlende binnenwirtschaftliche Orientierung der Politik, die auch durch die Geld- und Haushaltspolitik auf die einseitigen Ziele der Preisstabilität und der ausgabenseitigen Verringerung der Haushaltsdefizite gerichtet ist und dadurch Massenkaufkraft und öffentliche Investitionen als wesentliche Komponenten der Binnennachfrage beeinträchtigt. Steuern und Abgaben sind in den unteren und mittleren Einkommensbereichen viel zu hoch (106). Die mit den Maastricht-Verträgen verstärkt verfolgte restriktive Haushaltspolitik bremst die Konjunktur und begrenzt die Beschäftigung durch zu geringe Ausgaben für öffentliche Aufträge, Bildung und Forschung sowie Soziales (139, 144). Deutschland braucht endlich eine Politik, die statt einer aggressiv feindseligen Exportsucht die binnenwirtschaftliche Nachfrage reaktiviert (75, 271). Bei der Attacke auf die Exportstrategie fehlt allerdings der Blick auf die gesamtwirtschaftliche Leistungs- bzw. Zahlungsbilanz; solange diese nur durch Exportüberschüsse ausgeglichen werden können, bleibt wohl kein anderer Weg offen.

Die neoliberale Umkehr des Verhältnisses von Markt und Staat (121ff.) beabsichtigt, die Wirtschaftspolitik den Interessen der Großunternehmen unterzuordnen. Die Loslösung der Wirtschaft aus der staatlichen Regulierung soll mit der europäischen Währungsunion und der weiteren Verselbständi-

gung der globalen Finanzmärkte (204f.) vollendet werden. Dabei wird national und international von deren Verfechtern verschwiegen, daß auch die sogenannte Marktwirtschaft ein Mischsystem darstellt, in dem vielfältiges Marktversagen durch staatliche Interventionen vermieden oder zumindest sozial abgefangen werden muß. "Kapitalistische Marktwirtschaften sind ohne Staat nicht funktionsfähig." (130) "Reformen in Richtung gerechterer Lebens- und Produktionsverhältnisse bringt das auf einzelwirtschaftlicher Konkurrenz beruhende Wirtschaftssystem nicht hervor. Sie müssen durch eine Politik durchgesetzt werden, der sich die Marktdynamik unterzuordnen hat." (160) Als Problem bleibt sicherlich weiter zu klären, mit welchen Instrumenten der Staat soziales Marktversagen bekämpfen soll, speziell, ob mit Subventionen für Güter und Leistungen oder mit Zahlungen an einkommensschwache Haushalte.

Hickel zeigt an der Einkommens- und Vermögensverteilung: Die Reduktion der Politik auf die unternehmerorientierte Pflege des Marktes verzeichnete bei der Umverteilung von unten nach oben erhebliche "Erfolge". Dabei ist seine Darstellung der Vermögensverteilung auf S. 52ff. lückenhafter als es das statistische Material zuläßt; so blieb die betreffende Studie des DIW (Klaus-Dietrich Bedau: Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland, Berlin 1998) unberücksichtigt. Die Auswirkungen der Verteilungsgleichheiten auf die

Beschäftigung, die Binnenwirtschaft und deren dringend erforderlichen ökologischen Umbau sind katastrophal.

Das Buch beweist detailliert, daß die neoliberale Angebotspolitik sozialökonomisch gescheitert ist. Deshalb wurden CDU/CSU und FDP im September 1998 abgewählt. Die Mehrheit der Wähler hat sich offenkundig für eine soziale Zügelung der Marktwirtschaft ausgesprochen. Es bleibt zu hoffen, daß der Autor nicht bald gegen Irrtümer der rot-grünen Koalition in ~~ähnlicher~~ Weise schreiben könnte oder müßte. Seine Kontroverse mit der SPD-Wahlkampfleitung mit Bezug auf den damals designierten Wirtschaftsminister (Stollmann) lassen allerdings schon heute Zweifel aufkommen.

Leider ist das lesenswerte Buch offensichtlich in großer Eile lektoriert worden. Neben der Irritation, daß auch Tabellen als Abbildungen bezeichnet werden, stören etliche, z. T. sinnentstellende, Druckfehler.

Joachim Tesch

Ökologische Steuerreform

Politische Ökologie, 16. Jahrgang, Heft September/Oktober 1998, Endspurt. Die Ökologische Steuerreform vor dem Durchbruch?, ökom Gesellschaft für ökologische Kommunikation, München 1998.

Carsten Krebs/Danyel T. Reiche/Martin Rocholl, *Die Ökologische Steuerreform. Was sie ist - wie sie funktioniert - was sie uns bringt*, hrsg. v. Deutscher Naturschutzring (DNR), Naturschutzbund Deutsch-

land (NABU), Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), Birkhäuser-Verlag, Berlin/Basel/Boston 1998, 220 S.

Jan Priewe, *Die Öko-Steuer-Diskussion. Positionen und Kontroversen - eine Bilanz*, edition sigma, Berlin 1998, 156 S.

Die jüngste Ausgabe der Zeitschrift Politische Ökologie widmet ihren Schwerpunkt dem Thema Ökosteuer. Dabei kommen insbesondere VertreterInnen wichtiger Verbände (DGB, BDI, DNR, BJU FÖS, Unternehmensgrün) als auch von vier (CDU, SPD, FDP, Bündnis90/Die Grünen) im Bundestag vertretenen Parteien zu Wort. Dies verschafft einen schnellen Überblick über den Stand der Debatte.

Anselm Görres widerlegt die häufigsten Einwände gegen die Reform. Angelika Zahrnt betont die Langfristigkeit der mit einer Ökosteuer eingeleiteten wirtschaftlichen Modernisierung unter dem Titel "Sanfter Kurswechsel" und Matthias Platzeck setzt sich mit besonderen Vorbehalten auseinander, die einer Ökosteuer im Osten Deutschlands entgegengehalten werden. Carsten Krebs und Danyel Reiche geben einen historischen Abriss und stellen die wesentlichen Ökosteuer-Modelle vor. Frank Steffe liefert eine Betrachtung der jüngsten Untersuchungen und Vorschläge, die er zum großen Teil wegen ihrer verschiedenartigen Ausnahme- und Sonderregelungen insbesondere für die Industrie als "Ökosteuer light"-Versionen bezeichnet. Die bislang wenig thematisierte Frage, wie sich eine Öko-

steuer auf einen einzelnen Betrieb auswirken würde, untersucht Mario Meinecke. Die wesentliche Schlußfolgerung, die er aus den fünf bislang in der ~~BND~~ veröffentlichten Studien zieht, lautet, daß "die spezifische Produktionsweise und die Produktpalette" mehr darüber aussagen, ob ein Unternehmen von der Steuerreform positiv oder negativ betroffen wäre, als die Branchenzugehörigkeit, die in der politischen Auseinandersetzung so oft im Vordergrund steht. Das spezielle Interesse des Handwerks an einer Ökosteuer, insbesondere wenn sie nach den Vorstellungen der Umweltverbände mit einer Senkung der Lohnnebenkosten und der Sozialversicherungsbeiträge verbunden würde, betonen Ch. Ax und E. Memmel. Der besonders heiklen Frage des sozialen Ausgleichs widmet sich Bettina Meyer. Grundsätzlich wirkt die Einführung einer Verbrauchssteuer auf Energie wie eine Erhöhung der Mehrwertsteuer: Haushalte mit niedrigem Einkommen werden überproportional belastet. Würde dem bei Grünen, den Gewerkschaften, Teilen der SPD und den Umweltverbänden beliebtesten Grundmodell gefolgt - Steuer auf Energie gegen Senkung der Sozialversicherungsbeiträge - wären zunächst einmal alle benachteiligt, die keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Meyer schlägt daher einen sozialen Ausgleich vor, der sowohl nach der Höhe des Haushaltseinkommens gestaffelt ist als auch die Zahl der im Haushalt lebenden Personen berücksichtigt. Die Frage, wie der Benzinpreis mit dem Verbrauch

zusammenhängt, betrachten A. Diekmann und A. Franzen. Dabei weisen sie sowohl darauf hin, daß im internationalen Vergleich der Verbrauch dort am höchsten ist, wo die Preise am niedrigsten (USA, Kanada, Australien) sind und auch umgekehrt sehr wohl eine Korrelation zwischen hohem Benzinpreis und niedrigem Verbrauch besteht. Zum anderen machen sie darauf aufmerksam, daß entgegen landläufiger Auffassung der Benzinpreis seit den 50er Jahren inflationsbereinigt beständig abgenommen hat. Wäre er ähnlich stark angestiegen wie die Preise für andere Artikel des Warenkorb, wären bereits heute die berühmten fünf DM fast erreicht. M. Jänicke und L. Mez untersuchen die Erfahrungen in jenen Ländern, die bereits eine Energiebesteuerung eingeführt haben und in Einzelbetrachtungen macht K. Schlegelmilch auf die Erfolge in Dänemark und neuere Entwicklungen in Großbritannien aufmerksam. Ein Serviceteil mit Literaturhinweisen, einer Zwischenbilanz der Kampagne von DNR, NABU und BUND sowie einer Darstellung des FÖS runden den Schwerpunkt ab.

Bei soviel guten Beispielen und Zustimmung - mit Ausnahme des BDI-Vertreters - bleibt den LeserInnen nur noch Verwunderung, warum die Ökosteuer nicht längst eingeführt ist. Weder die erbitterte Abwehrfront des BDI und der übrigen Wirtschaftsdachverbände, die hinhaltende "grundsätzlich ja-aber" Haltung der Parteien der alten Regierungskoalition noch das Schweigen des SPD-Kanzlerkandidaten im

Wahlkampf werden im Heft auch nur erwähnt. Ein bißchen mehr politische Analyse würde nicht schaden.

Ein ähnlich grundlegendes Informationsbedürfnis befriedigt der Band von Krebs, Reiche und Rocholl, unterstützt von B. Meyer und K. Schlegelmilch. Quasi begleitend zur diesjährigen (Kurz-)Kampagne der Umweltverbände DNR, NABU und BUND stellt der Band das Konzept einer ökologischen Steuerreform nach dem Grundgedanken "Energieverbrauch verteuern - Arbeit verbilligen" dar. Die Autoren gehen dann auf Einzelfragen wie den erwarteten Rückgang des Ausstoßes von Kohlendioxid (als dem wesentlichen umweltrelevanten Zweck einer Energiebesteuerung), die erwarteten Arbeitsplatzeffekte (nach verschiedenen Berechnungen ein Zuwachs von 150.000 bis 800.000 in 13 bis 18 Jahren), einen Ausgleich für energieintensive Betriebe sowie die Frage des sozialen Ausgleichs ein. Unter den Überschriften "Landwirtschaft: mehr Jobs, weniger Umweltzerstörung", "Langlebigkeit statt ex und hopp" und "Energiesparpotentiale" werden exemplarisch die Auswirkungen dargestellt. Überzeugend weisen die Autoren darauf hin, daß ein Alleingang in der Steuerreform zu keinem volkswirtschaftlichen Nachteil führt, wie sich insbesondere am Beispiel Dänemark oder den Niederlanden zeigen läßt. Mit den Einwänden gegen die Ökosteuer setzen sie sich ebenso auseinander wie mit der besonderen Bedeutung des Verkehrs. Hier zeigen die Autoren, daß eine Öko-

steuer alleine insbesondere die Benzinpreise nicht stark genug ansteigen ließe, um tiefgreifende Verhaltensveränderungen auszulösen. Sie plädieren daher für eine zusätzliche Erhöhung der Mineralölsteuer. Etwas dünn fällt bei soviel marktwirtschaftlichen Instrumenten der Verweis auf ein "neues Leitbild für die Verkehrspolitik" aus, wie überhaupt jeder Hinweis auf sinnvolle staatliche Investitions- und Förderprogramme (z.B. für den öffentlichen Nahverkehr) oder ordnungsrechtliche Maßnahmen allzu ängstlich vermieden wird.

Eine solide Betrachtung des Themas aus ökonomischer Sicht bietet der Band von Jan Prieue. Auch er sichtet zunächst die verschiedenen Vorschläge der EU-Kommission, von Bündnis 90/Die Grünen, der SPD sowie die beiden Studien des DIW von 1994 (für Greenpeace) und 1997 (zu Sonderregelungen für besonders betroffene Betriebe und Regionen). Abgerundet wird dieses Kapitel mit Stellungnahmen wissenschaftlicher Beratungsgremien und Reaktionen der Verbände. In seiner Betrachtung der Instrumente, mittels derer das politisch gesetzte Ziel Reduktion der CO₂-Emissionen erreicht werden soll, weist Prieue auf die Grenzen hin, die der vermeintliche Königsweg "Erhöhung der Umweltabgaben" habe. Dieser Weg sei zwar "bei Massenschadstoffen und zentralen belastenden Input-Faktoren (...) geeignet und notwendig". Entgegen der jahrelangen umweltökonomischen Diskussion um externe Effekte und Pigou-Steuern sei aber auf Mittel des geschmähten Ord-

nungsrechts nicht zu verzichten, wenn es um die "Sicherung eines flächendeckenden allgemeinen Mindeststandards im Umweltschutz" gehe. Handelbare Emissionszertifikate, besonders wenn sie im internationalen Rahmen eingeführt würden, seien zwar ein (ökonomisch) "bestechendes Instrument". Prieue sieht jedoch derzeit keine Realisierungschance.

Ein eigenes Kapitel widmet Prieue der finanzwissenschaftlichen Diskussion, insbesondere der Frage, welche Wirkungen von Ökosteuern auf das Steuersystem insgesamt ausgehen würden. Immerhin gehe es z.B. nach dem Greenpeace/DIW-Vorschlag um ein Aufkommen von 205 Mrd. DM im fünfzehnten Jahr der Steuereinführung, was dann etwa ein Fünftel des gesamten Steueraufkommens ausmache. Der zumindest theoretisch gravierende Einwand, Lenkungs-funktion (Senkung des Energieverbrauchs) und Finanzierungsfunktion (Erzielung von Einnahmen für den Staat) stünden bei Ökosteuern im Widerspruch, wird von Prieue anerkannt, für die Praxis aber relativiert. Empirische Analysen zeigten, daß verlässliche Einnahmen über lange Zeiträume erzielbar seien. Die Steuersätze könnten - wie auch bei anderen Steuerarten - den Notwendigkeiten und sich verändernden Verbrauchsgewohnheiten angepaßt werden. Den Einwand, so hohe Einnahmen weckten politische Begehrlichkeiten und führten über kurz oder lang zu einer Erhöhung der Staatsquote mit negativen Folgen für das Wachstum, entkräftet Prieue auf zwei

Ebenen. Zum einen sei die Frage der Einnahmenverwendung für eine Ökosteuerreform zentral. Werden die Einnahmen zu einer Senkung der Sozialversicherungsbeiträge und für den sozialen Ausgleich verwendet (so das vorherrschende Modell), könne man nicht nur die leicht regressiven Verteilungswirkungen einer Ökosteuer ausgleichen, sondern es könne auch eine Erhöhung der Staatsquote vermieden werden. Im übrigen sei aber eine bestimmte Höhe der Staats- und Abgabenquote ökonomisch ohnehin nicht zu begründen. Insgesamt verwiesen die finanzwissenschaftlichen Einwände eher auf die Notwendigkeit, das flexible Instrument Ökosteuer rational auszugestalten, als daß sie gegen die Steuer an sich sprächen.

In der Diskussion um eine Bedrohung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft bei einer Ökosteuer-einführung führt Priewe ins Feld, daß grundsätzlich durch die geplante Kompensation sowie die Überwälzung der höheren Kosten und bei Berücksichtigung der Wechselkursrelationen nicht mit einer Belastung der inländischen Wirtschaft zu rechnen ist. Wo zum Schutz energieintensiver Bereiche (Stahl, Chemie etc.) Sonderregelungen für notwendig erachtet werden, plädiert er für eng begrenzte Besteuerungstatbestände oder weitere zeitlich befristete Regelungen. Priewe hält die Behandlung eines möglichen Grenzausgleichs als Alternative zu Sonderregelungen in den bisher vorliegenden Untersuchungen für unzureichend. Ein Grenzausgleich wird z.B. vom

DIW als mit EU-Recht (Art. 95 EG-Vertrag) und GATT/WTO-Bestimmungen (Artikel III GATT) unvereinbar angesehen. Ohne das Problem erschöpfend behandeln zu können, weist Priewe auf von der herrschenden Meinung abweichende Auffassungen hin, wie sie etwa in der Diskussion um eine "grüne" Änderung der WTO-Richtlinien vorgebracht werden.

Priewe kritisiert die einfache Sichtweise, die hinter vielen Ökosteuer-vorschlägen stehe (Verteuerung von Energie plus Verbilligung von Arbeit gleich mehr Arbeitsplätze) ebenso wie Untergangsszenarien. "Insgesamt sollten die Erwartungen hinsichtlich der Beschäftigungswirksamkeit von Energie-Abgaben nicht zu hoch geschraubt werden. Entscheidend ist, daß die ökologischen Ziele erreicht werden und per saldo keine negativen Beschäftigungswirkungen eintreten." Die Wirkungsrichtung sei aber hinreichend belegt: Bei geeigneter Verwendung des Steueraufkommens kämen "fast alle Untersuchungen (...) zu positiven Beschäftigungswirkungen in der Größenordnung von bis zu etwa einem Prozent der Beschäftigung" (136).

Jörg Cezanne

"Private Tyrannei" der Unternehmen

Noam Chomsky, *Haben und Nicht-haben*, Philo Verlagsgesellschaft m.b.H., Bodenheim 1998, 211 S., 34,- DM.

Was Viviane Forrester und Pierre Bourdieu für Frankreich und Jür-

gen Habermas, Oskar Negt oder Günter Grass für die Bundesrepublik darstellen, das ist der Sprachwissenschaftler Noam Chomsky für die USA: Ein unbequemer Intellektueller, der - ebenso beherzt wie fundiert - gegen den Turbokapitalismus und dessen neoliberale Ideologie zu Felde zieht.

Als Sprachforscher und Philosoph entwickelte er in den 60er Jahren die Syntax-Theorie. Gegenüber seinen Kritikern hielt Chomsky immer daran fest, daß das syntaktische Regelsystem völlig unabhängig von der Semantik besteht. Er vertritt die These, daß im Grunde alle menschlichen Sprachen gleich sind, weil sie über eine gemeinsame, universelle Basis verfügen. Die Differenzen in den Sprachen ergeben sich aus der Transformation, die von der Basisstruktur zur Oberflächenstruktur führen: Weil Kinder von Geburt an über Sprachkompetenz verfügen, lernen sie mit ihrer Muttersprache nur noch die Regeln zur Transformation und mit diesen die in ihrem sprachlichen Milieu entscheidenden Oberflächenstrukturen.

Dargelegt hat Chomsky seine rationalistische Sprachauffassung in *Cartesian Linguistics* (1966), *Language and Mind* (1968) und *Reflections on Language* (1975). Neben seiner Arbeit als Wissenschaftler hat sich der bekennende Anarchist immer aktiv in der politischen Diskussion in den USA engagiert und nicht zuletzt den Vietnamkrieg und den amerikanischen Imperialismus in Asien scharf kritisiert. Seine Bücher *American Power and Mandarins* (1969), *At War with Asia*

(1970) oder *Language and Responsibility* (1977) sind Dokumente seines gesellschaftspolitischen Engagements.

Mit seinem neuen Buch, das in der deutschen Übersetzung unter dem Titel *"Haben und Nicht-haben"* veröffentlicht wurde, knüpft Chomsky an seine Rolle als engagierter und kritischer Intellektueller an. Diesmal steht jedoch nicht die Rolle der USA im Vietnam- oder Golfkrieg im Mittelpunkt seines Interesses, sondern die "private Tyrannei" der Unternehmen in Zeiten der Globalisierung. Dabei kann der Autor für sich in Anspruch nehmen, schon seit vielen Jahren auf die unheilvollen Auswirkungen des flottierenden Kapitals und der Lohnkonkurrenz zwischen Industrie- und Entwicklungsstaaten hingewiesen zu haben.

Noam Chomsky entwickelt seine kritischen, mitunter subversiven Analysen, Überlegungen und Kommentare zur Globalisierung (und der Rolle der Medien) in Gesprächen mit dem Rundfunkjournalisten David Barsamian, die in den Jahren 1994 bis 1996 von einem "linksliberalen" Sender im US-Bundesstaat Colorado über den Äther ausgestrahlt wurden. Aus diesem Grund sind viele aktuelle Entwicklungen, so z.B. die Krise in Ostasien und in der ehemaligen Sowjetunion, nicht berücksichtigt.

Die amerikanische Originalausgabe der Rundfunkinterviews, die im Unterschied zur deutschen Ausgabe David Barsamian als Co-Autor auf dem Buchdeckel nennt, erschien dort unter völlig anderem

Titel: *Class Warfare*. Klassenkampf, dieser scheinbar anachronistische und als solcher aus dem Sprachgebrauch zu eliminierende, Begriff ist es, der nach Chomskys Auffassung, die gegenwärtige Realität am besten beschreibt. Über Klassenbewußtsein verfügen allerdings nur die Herrschenden: "Wir haben einen mächtigen Samariterstaat, aber dabei handelt es sich um einen Wohlfahrtsstaat für die Reichen. Das ist ein ungewöhnliches System. Und wir haben es, weil wir eine hochgradig klassenbewußte Geschäftsklasse haben und gleichzeitig eine organisierte Opposition weitgehend fehlt." (S. 38)

Die offizielle Politik der "Standortsicherung", die sowohl von den regierenden als auch den oppositionellen Parteien von rechts bis weit ins linksliberale Spektrum angestrebt wird, zielt letztinstanzlich auf die Zerschlagung des Sozialstaates: Es darf nichts getan werden, was den Kapitalinteressen an der Sicherung der Profite widerspricht.

In seiner Kritik der kapitalistischen Produktionsweise in den fortschreitenden Globalisierungsprozessen verzichtet Chomsky weitgehend auf das Instrumentarium marxistischer Analyse. Er bezieht sich vielmehr auf die Urväter des klassischen Liberalismus: Adam Smith und Thomas Jefferson. Deren liberale Theorien sind es, die er als Speerspitze gegen die amputierten Interpretationen der vulgär-liberalen Markttheoretiker des zwanzigsten Jahrhunderts wendet: Zwar gab Adam Smith in seinem Standardwerk mit dem Titel *Der*

Wohlstand der Nationen tatsächlich ein Argument für Märkte, die unter den Bedingungen perfekter Freiheit zu vollkommener Gleichheit führen, jedoch - und dieser Aspekt wird nach Chomskys Auffassung in den neoliberalen Interpretationen vernachlässigt - war Smith auch der Ansicht, daß Gleichheit der Bedingungen das ist, was man anstreben sollte.

Darüber hinaus lieferte Adam Smith, so Chomsky weiter, eine vernichtende Kritik an dem, was heute als Nord-Süd-Politik bezeichnet würde. Smith sprach damals von den Beziehungen zwischen England und Indien. Er verurteilte die Experimente des britischen Empire, durch die Indien völlig zerrüttet wurde.

Doch welche Antworten gibt Noam Chomsky auf die gegenwärtige Krise, die sich in der fortschreitenden Segmentierung der Gesellschaften in einen produktiven Kern und in einen mehr oder weniger notdürftig alimentierten Rand manifestiert?

Auf den ersten Blick erscheint es paradox, wenn ein erklärter Anarchist zur Lösung der Probleme auf ein mehr an Staat setzt. Schon etwas weniger paradox muten Chomskys Antworten an, wenn man seine Definition von Anarchismus, aber auch die Funktion des Staates einer genaueren Betrachtung unterzieht: "Wenn ich gefragt werde, was ich unter Anarchismus meine, unterstreiche ich immer ganz besonders, daß Anarchismus der Versuch ist, jede Form von illegitimer Autorität zu untergraben, ganz

gleich, ob es sich um Autoritätsverhältnisse im familiären Zusammenleben oder zwischen Männern oder Frauen oder Eltern und Kindern oder Konzernen und Arbeitern oder dem Staat und seinen Bürgern handelt. Sämtliche Formen der Autorität müssen ihre Berechtigung erst einmal nachweisen, und das können sie fast nie." (S. 63) Seine Legitimität gewinnt der Staat eben als jene Instanz, die die in Rechtsnormen gegossenen Gesetze und sozialstaatlichen Garantien gegen die Imperative der Weltwirtschaft zu verteidigen hat. Chomskys Thesen ähneln in vielerlei Hinsicht den Forderungen des französischen Soziologen Bourdieu, der ein *Regressionsverbot* gefordert hat, das jeden Rückschritt im Bereich der sozialen Errungenschaften verbietet (vgl. Pierre Bourdieu, *Gegenfeuer*, Konstanz 1998).

Chomsky macht aus seiner Perspektive sehr nachdrücklich deutlich, daß die Lösung der sozialen und ökologischen Probleme im Übergang zum 21. Jahrhundert nicht durch eine weitere Radikalisierung von Marktfreiheiten, durch mehr Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung, sondern nur durch einen erfolgreichen Kampf um die Einschränkung und gesellschaftliche Kontrolle dieser Freiheiten erreicht werden kann.

Chomsky ist ein weiteres Beispiel für die Rückkehr des kritischen Intellektuellen in Politik und Gesellschaft. Sie wird (hoffentlich) Einfluß haben auf die Debatten und Diskurse über die Zukunft der Gesellschaft, über die wirtschafts-, sozial-, ökologie- und beschäfti-

gungspolitischen Alternativen gegenüber einem "ökonomistischen Totalitarismus" (Bourdieu). Unbeantwortet bleibt die Frage, ob der Wandel in der politischen Kultur Bestand haben wird und auf andere Länder ausstrahlt. Ohne die Einmischung der Intellektuellen aber droht die Zementierung einer sozialdarwinistischen Gesellschaft, deren Motto lauten dürfte: "Take from the needy and give to greedy" (Chomsky).

Klaus Störch

Eine ideologietheoretische Max Weber-Lektüre

Jan Rehmann, "Max Weber: Modernisierung als passive Revolution. Kontextstudien zu Politik, Philosophie und Religion im Übergang zum Fordismus". *Argument-Sonderband Neue Folge AS 253, Argument-Verlag, Berlin/Hamburg 1998, 360 Seiten, 39,80 DM.*

Mit einer Mischung aus Zögern und Neugierde macht der Leser sich ans Werk: Angesichts der überbordenden Weber-Literatur noch eine weitere Arbeit zu dem soziologischen Schulhaupt zu wagen, erscheint recht kühn - weiß man nicht längst alles Wesentliche zu Inhalt, Genese und Wirkungsgeschichte seiner umfangreichen und komplexen Arbeiten, sind diese nicht hinlänglich auch interpretiert als Schrittgeber der Modernisierungstheorie? Angesichts der Vielzahl exzellenter Sozialwissenschaftler, die auf seinen Schultern stehend sowohl die Theoriebildung als auch die empirische Forschung

enorm weiterentwickelt haben, noch ein weiterer Darstellungsversuch? Aber die Signalwörter "passive Revolution", "Fordismus" und "Kontextstudien" im Titel machen zugleich neugierig, gehören sie doch zu einem Kontext, der nicht der Webersche ist und bislang in der Weber-Rezeption auch keine Rolle spielte. Und am Ende, nachdem er mit wachsender Spannung durch die annähernd vierhundert Seiten sich durchgearbeitet hat, fragt der erstaunte Leser sich, wieso es so lange gebraucht hat, bis einer kam, es Gramsci gleich zu tun, dessen Auseinandersetzung mit Croce nicht zufällig zu einem Leitmotiv für Rehmann geworden ist.

Beeindruckend ist allemal die das ganze weit gespannte Webersche Werk einbeziehende Interpretation. Was davon den später erst sich ausdifferenzierenden Spezialdisziplinen zuzurechnen ist: der Industriosozologie, der politischen Soziologie, der Sozialstrukturanalyse, der Wirtschaftssoziologie und der Religionssoziologie, wird von Rehmann ebenso berücksichtigt wie die Beiträge zu den klassischen Wissenschaften des Rechts und der Ökonomie, ebenso wie die philosophisch-methodologischen und erkenntnistheoretischen Aspekte seines Denkens und nicht zuletzt die unmittelbar politischen Eingriffe in den Reden, Denkschriften und Kommentaren. Die präzise Fragestellung, mit der dieses überwältigende Oeuvre neu erschlossen werden soll, ist gleich zu Beginn klar formuliert und kann getrost - und buchstäblich - als Leitfaden für die

Lektüre benutzt werden, mittels des ideologietheoretischen Ansatzes, wie er im wesentlichen von Gramsci, von Althusser und darauf aufbauend vom Berliner Projekt Ideologietheorie entwickelt worden ist, Webers Arbeiten "hegemonietheoretisch" zu entziffern, und das heißt, präzise herauszuarbeiten, inwiefern Weber zu begreifen ist als "organischer Intellektueller" der bürgerlichen Klasse, als engagierter Fürsprecher und Wegbereiter eines historischen Blocks von moderner Bourgeoisie und sogenannter Arbeiteraristokratie, der den Fordismus als Modernisierungsprojekt versteht und danach trachtet, auf dem Wege einer "passiven Revolution" die Herrschafts- und Emanzipationsansprüche der Arbeiterklasse aufzufangen und die politisch-kulturelle Hegemonie eines Blocks von Arbeitern, Bauern und Soldaten zu verhindern.

Das erklärte Hauptinteresse sieht Rehmann darin, den Marx-'Überwinder' Weber mit den erneuerten Ansätzen eines kritischen und auch selbstkritischen marxistischen Denkens zu konfrontieren und dabei jeglichen kruden Determinismus und Ökonomismus zu meiden. Die damit avisierte Form der Durchführung des ideologiekritischen Projekts ist nicht minder beeindruckend als der Umfang des berücksichtigten Schrifttums von Weber selbst. "Kontextstudien" bedeutet, daß die wirklichen Verhältnisse (USA, Deutschland, Italien in der Epoche der fordistischen Umwälzung und nationaler Interessenpolitik - ganz hervorragend gelungen unter dieser

Perspektive ist der Teil II der Abhandlung) wie ihre intellektuelle Verarbeitung in den geistigen Produkten dieser Zeit dargestellt werden müssen. Als Hauptlinien ergeben sich nicht nur die Vergleiche von Weber mit Marx auf der einen Seite, mit Gramsci auf der andern, sondern auch die Auseinandersetzungen Webers mit Kollegen der Zunft, seinen Zeitgenossen. Zusätzlichen Reiz gewinnt die Darstellung etwa von Webers Bezugnahme auf die Kapitalismusanalyse bei Simmel oder bei Sombart dadurch, daß Rehmann diese selbst einschließt in seine Ideologiekritik und hegemonietheoretische Entschlüsselung.

Für aktuelle Parallelen eher noch anregender wirkt die kritische Berücksichtigung der Weber-Rezeption und ihre Interpretation im Kontext unserer Gegenwart, denn auch auf sie verwendet Rehmann seine eingehende Aufmerksamkeit. In den Verdacht, als organischer Intellektueller postfordistischer Modernisierung zu fungieren, gerät am Ende, wer weiter blind sich verhält gegen eben diese Rolle Webers zu seiner Zeit, als der Fordismus sich ankündigte! Die "Protestantische Ethik" jedenfalls kann nach der Schrift von Rehmann nicht mehr gelesen werden, ohne ihres "verborgenen Telos" gewärtig zu sein, mit "wertfreier", "rein historischer Darstellung" eine spezifische Parteinahme für die bürgerliche Vormachtstellung zu verbinden und den angestrebten neuen historischen Block gegen den alten konservativen Block von Bürgern und Junkerklasse einerseits und gegen

den von links drohenden andererseits sozialwissenschaftlich zu legitimieren und abzusichern. Nicht als geringstes Verdienst der Rehmannschen Analyse ist dabei unbedingt zu würdigen, daß er seine Argumentation niemals auf schlichter *cui bono*-Ebene führt.

Sebastian Herkommer

Eine neue Lesart der Geschichte

Lars Lambrecht/Karl Hermann Tjaden/Margarete Tjaden-Steinhauer, Gesellschaft von Olduvai bis Uruk. Soziologische Exkursionen, Erster Band, Verlag Jenior und Pressler, Kassel 1998, 280 S., 34,- DM.

Das Forschungsprogramm der AutorInnen heißt: "Studien zur Subsistenz, Familie und Politik", und das vorliegende Buch ist der erste Band dieses Programms. Im ersten Teil des Bandes geht es um grundlegende Fakten "über Geschichte menschlicher Gesellschaften"; im zweiten Teil darum, die Grundthesen an Beispielen exemplarisch zu demonstrieren. Behandelt wird eine Zeitspanne, die von der "Menschwerdung des Affen" bis "zur Entstehung von staatlicher Gewalt und patriarchalischer Familie in einer 'Frühen Hochkultur' reicht". Dabei geht es nicht zuletzt darum, die "Entstehung gesellschaftlicher Ungleichheit" aufzudecken; die Autoren kündigen weitere Bände zu den "neueren Entwicklungen der gesellschaftlichen Ungleichheit in den Dimensionen Subsistenz, Familie und Politik" an. Die "Einleitung" umfaßt

ca. 50, die Fallbeispiele etwa 200 Seiten; dazu kommt eine umfangreiche Bibliographie sowie ein Namens- und Ortsregister.

Es geht den AutorInnen um die Erarbeitung einer materialistischen Gesellschaftstheorie, die auf dem Stand heutiger Kenntnisse zur Geschichte der Menschheitsentwicklung beruht und dabei auch die traditionelle marxistische Sichtweise revidiert. Grundthesen waren bereits in Z vorgestellt und kritisch diskutiert worden (vgl. Z 22, Juni 1995, sowie Z 23, 24, 25). Sie können nun in umfassenderer Form und in Verbindung mit dem historischen Material studiert werden.

Wie können, fragen die Autoren, menschliche Gesellschaften und ihre Geschichte begriffen werden, wann beginnt Geschichte überhaupt, wie gelingt es, die *"Vielfalt"* von gesellschaftlichen Vorgängen in der *Einheit* der Erdgeschichte der Eis- und Nacheiszeit zu begreifen? Die Soziologen wüßten bis heute nicht zu sagen, was eine Gesellschaft überhaupt ist.

"Der letzte ernsthafte Versuch, die Entwicklung menschlicher Gesellschaften als gerichtete Gesamtentwicklung zu begreifen," schreiben die Autoren, "ist in der Tat die Marxsche Konzeption einer progressiven Formationssequenz, die auf Kategorien der Produktion beruhte. Diese griff nicht nur deshalb theoretisch und praktisch zu kurz, weil sie sich auf den Begriff einer durch Produkte vermittelten menschlichen Subsistenz beschränkte, sondern auch wegen ihrer Abstraktion von nicht-subsistenzuellen

Lebensbedürfnissen einerseits sowie von bio-/geogenen Lebensbedingungen andererseits."

Marx und Engels hatten 1845/46 in der "Deutschen Ideologie" geschrieben: "Sie selbst (die Menschen, F.G.) fangen an, sich von den Tieren zu unterscheiden, sobald sie anfangen, ihre Lebensmittel zu *produzieren*, ein Schritt, der durch ihre körperliche Organisation bedingt ist." (MEW 3, 21)

Und weiter: "Diese Weise der Produktion (...) ist vielmehr schon eine bestimmte Art (...), ihr Leben zu äußern, eine bestimmte *Lebensweise* derselben. Wie die Individuen ihr Leben äußern, so sind sie. Was sie sind, fällt also zusammen mit ihrer Produktion, sowohl damit, *was* sie produzieren, als auch damit, *wie* sie produzieren." (ebd.) Die Gesellschaften, so Lambrecht/Tjaden/Tjaden-Steinhauer, sind Mittel der Selbsterhaltung menschlicher Lebewesen in natürlichen Umwelten. Das menschliche Zusammenleben ist dabei eingebunden - räumlich und zeitlich - in die Bio-, Geo- und Atmosphäre der Erde und deren Evolution muß immer "mitbedacht" werden.

Unter "Zusammenleben einer Anzahl von Menschen in einer bestimmten Zeit und in einem bestimmten Raum" verstehen die AutorInnen bestimmte praktische Beziehungen der Menschen zueinander und zur außermenschlichen Natur, die ihrer Reproduktion dienen. Die "Dimensionen gesellschaftlicher Reproduktion" seien die Gewinnung des Lebensunterhalts, Sorge für die Nachkommen-

schaft und Erhaltung des Lebensraums.

Diese drei Dimensionen bestimmen die folgenden Unterkapitel und auch die Fallbeispiele: "Zur Gewinnung des Lebensunterhalts gehören nicht nur die bereits erwähnte Nahrungsmittelbeschaffung und auch nicht nur die Beschaffung von Kleidung und Unterkünften, sondern darüber hinaus auch Beiträge zum Lebensunterhalt, die gar nicht gütermäßig faßbar sind. Bei der Sorge für die Nachkommenschaft geht es nicht nur um deren Ernährung und Kleidung, sondern mindestens auch um deren Betreuung, Bildung und Sozialisation. Bei der Erhaltung des Lebensraums, nämlich jener Gebiete, in denen die Mitglieder einer Gesellschaft üblicherweise leben, geht es nicht nur um das Zugänglichhalten dieser Gebiete, wozu auch der Schutz gegen Naturgewalten und gegebenenfalls vor externen Konkurrenten gehört, sondern auch um die Gestaltung dieses Raumes. Die Praktiken, die diese drei Reproduktionsfunktionen erfüllen, bilden entsprechend drei Dimensionen gesellschaftlicher Reproduktion, die wir als Subsistenz, Familie und Politik bezeichnen." (16) Gesellschaftliche Arbeit wird in allen drei Dimensionen der gesellschaftlichen Reproduktion geleistet: subsistenzuelle Aktivitäten zur Gewinnung des Lebensunterhalts, familiäre Aktivitäten zwecks Sorge für die Nachkommenschaft und politische Aktivitäten zwecks Erhaltung des Lebensraumes. "Die Grenzen dessen, was wir gesellschaftliche Arbeit nennen, zu sonstigen Tätig-

keiten des vergesellschafteten Menschen sind fließend." (17)

Um den Formwandel reproduktiver Aktivitäten in der Geschichte menschlicher Gesellschaften besser verstehen zu können, werden die Begriffe Subsistenz, Familie und Politik genauer bestimmt. Produktion könne nicht als Wesensmerkmal der Subsistenz begriffen werden (22). Dabei wird auch Marx nicht verschont. Der Warenfetischismus, den Marx kritisiert hatte, existiert bei ihm in einem Produktfetischismus weiter, und dieser "impliziert bei Marx und Engels, wie bei bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftlern, eine Fetischisierung der Instrumente der Produktion." (ebd.) Die Produktion von Produkten sei eine gesellschaftsgeschichtlich relativ junge Erscheinung, die im wesentlichen erst mit der Tier- und Pflanzenproduktion, d.h. mit dem Neolithikum einsetzt. Produktion als Erscheinung, die erst ein paar tausend Jahre alt ist, dürfe nicht unzulässig für die gesamte Menschheitsgeschichte als Wesensmerkmal von Subsistenz verallgemeinert werden.

Zum Begriff der Familie: Das Matriarchat, so wie es vom Jungpaläolithikum bis zur Bronzezeit häufig angenommen worden sei, könne laut wissenschaftlicher Befunde nicht mehr als realistisch angenommen werden. Für Familie im Sinne der Kernfamilie - Vater, Mutter, Kinder - gebe es keinerlei archäologisch-paläoanthropologische Belege. Vielmehr sei von einer Mutter-Kinder/Geschwister-Gruppe auszugehen, da die Kinder sehr lange bei der Mutter verblieben.

Unter Familie verstehen die AutorInnen ein vielfältiges Geflecht von Beziehungen zwischen Frauen und Männern, zwischen Erwachsenen und Kindern und zwischen den Geschwistern, das der gesellschaftlichen Bewältigung besonderer Reproduktionsaufgaben dient: Sorge für die Nachkommenschaft (36). Die Ableitung des geschichtlichen Wandels von Familienformen, wie sie sich unter anderem bei Engels findet, habe mit der geschichtlichen Wirklichkeit nicht viel zu tun.

Die Erhaltung des Lebensraums wird als "Politik" bezeichnet. So heißt es: "In dieser Hinsicht kann Natur Inhalt von Politik sein, nämlich von Politik als Aktivität in konkreter Raum- und Zeitbezogenheit, in der die Menschen sich des Allgemeinen der umgebenden Natur sowie ihrer selbst gemeinsam bewußt werden und in diesem Bewußtsein zu einem bestimmten Zweck praktisch tätig werden." (39) Die Autoren unterstreichen, daß "Politik" heute immer auf den Staat bezogen ist, aber der Staat sei eine historisch sehr junge Erscheinung. Die früheren Gesellschaften hätten sich aber auch und nicht zuletzt um die "Erhaltung und immerwährende Wiederherstellung allgemeiner Daseinsbedingungen in ihrer gemeinsamen Welt" kümmern müssen. Die Autoren bezeichnen dies, wie schon Herodot, als *ta pragmata ton panton*, die Angelegenheiten aller.

Im zweiten Teil des Buches geht es um Fallbeispiele, die "Exkursionen". Das erste Beispiel ist Olduvai; "Savannen, Hominide, Grünzeug und Kadaver am ostafrikanischen Grabenbruch - Annahmen über

Anfänge menschlicher Gesellschaft und frühe Formen gesellschaftlicher Reproduktion." Die Olduvai-Schlucht liegt im Norden des heutigen Tansania in einem Savannengebiet. Eine Ausgrabung dort erbrachte als untersten Schichtkomplex Fossilien und Artefakte, deren Alter auf 1,85 bis 1,70 Millionen Jahre datiert wird. "Über die Ernährungsgewohnheiten in der Gesellschaft des *homo habilis* in Olduvai ist unmittelbar nichts bekannt". So ist man auf Vergleiche mit rezenten Schimpansen und auf Vermutungen angewiesen. Der größte Teil der Nahrungsmittel habe aus pflanzlicher Nahrung bestanden; Fleischnahrung sei selten gewesen und habe zumeist aus bereits toten Tieren bestanden; über Waffen zur Jagd, vor allem auf größere Tiere, habe man nicht verfügt. Die These, daß die ersten Anfänge "... menschlicher Arbeit" "in erster Linie mit der Jagd verbunden waren", sei nicht zu halten. Die Familienform sei die Mutter-Kinder/Geschwister-Gruppe (Abstammungsgruppe) gewesen. Zudem heißt es: "Die Menschen in den frühen Gesellschaften haben keine Güter erzeugt und insofern noch nicht gewirtschaftet. Die Bearbeitung von Holz, Steinen und anderen Materialien war so geringfügig, daß sie nicht als gesellschaftliche Produktion bezeichnet werden kann. Daß sie eine wie immer geartete gesellschaftliche Produktionsweise gehabt hätten, ist daher nicht ersichtlich." (89)

Das zweite Beispiel ist der kantabrische Küstenraum im Norden Spaniens: "Höhlen, Rotwild, Mu-

scheln, Sippen auf dem Höhepunkt der Eiszeit - Hypothesen zur Gesellschaftsgeschichte im Jungpaläolithikum und zur Entstehung der Gentilorganisation." Der Zeitraum liegt in etwa 15.000 bis 17.000 Jahre zurück. Nach einer Darstellung von Naturausrüstung und Bevölkerungsentwicklung wird die Veränderung der Subsistenzstrategie untersucht: wachsende Bedeutung der Jagd, Verbesserung der Geräte aus Stein, erste Anfänge der Fertigung von Werkzeugen und Jagdgerät aus Knochen oder Geweih. Aber auch jetzt sei - neben dem Ausschachten toter Tiere - der Lebensunterhalt zu einem sehr erheblichen Teil durch das Sammeln von Pflanzennahrung bestritten worden. In dieser Zeit seien auch Großgruppen entstanden, bestehend aus Mutter-Kinder/Geschwister-Gruppen und aus weiteren erwachsenen Frauen wie aus Männern. Die "Sippe" oder "Gens" sei entstanden. Das "gesellschaftliche Bewußtsein" habe sich verändert; Höhlenzeichnungen seien angefertigt worden, die Tiere zeigten, aber nicht als Jagdszenen zu deuten seien. "In dieser Zeit entwickelte sich allerdings vermutlich wirklich etwas Neues, nämlich eine regelhafte gesellschaftliche Ordnung." (127)

Das dritte Fallbeispiel heißt: "Dörfer, Ahnen, Körner, Nüsse im Fruchtbaren Halbmond und anderswo - Zur Geschichte menschlicher Gesellschaften im Übergang zum Neolithikum und in dessen Anfängen." Den Übergang zu Pflanzenanbau und Zähmung von Tieren behandeln die Autoren a) in

Südwestasien - hervorgehoben werden die Siedlungen Beidha in Jordanien, Mureybet in Syrien, Catal Hüyük in der Türkei - b) in Mesoamerika - die Siedlungen Teahuacan und Oaxaca in Mexiko - c) in Nordchina - das Weital, in dem heute Xian liegt. Kritisch stehen sie den Erklärungsversuchen von Gordon Childe - sie sprechen hier von sogenannter neolithischer Revolution - und der marxistischen Konzeption der "agrarischen Revolution der Produktivkräfte" gegenüber. Es ist die Zeit, wie die Autoren hervorheben, des Übergangs zu einer neuen Subsistenzstrategie. Zu dem intensiven Sammeln und Jagen kommt ein langsames Beginnen des Anbaus von Pflanzen und des Haltens von Tieren. Das sei als differenzierter Prozeß zu sehen. Es seien neue Ernte-, Fischfang-, Jagd- und Bearbeitungsgeräte entwickelt worden, "mit denen sich auch Zugänge zu den neuen Naturreichtümern erschließen" ließen. Daß "... die Entstehung, Durchsetzung und Verarbeitung ein sehr langer Prozeß war," wird unterstrichen; ein Prozeß, der sich keineswegs über Jahrtausende an den Orten fortsetzte, an denen es zu einer ersten Entwicklung gekommen war. Jedenfalls entstehen aus Häusern gebaute Dörfer, die anstelle der lockeren Siedlungen zuvor treten. Innerhalb der Siedlungen tauchen auch Kultbauten auf. Es gibt Anlaß für die Vermutung, daß sich die familiäre Untereinheit der Gesellschaft nun in eine sog. Paarfamilie verwandelt hatte. Das wird besonders in Catal Hüyük deutlich, wo die "Wohngebäude ganz klar

den Lebensraum einer solchen Elternfamilie darstellen." Gegen Ende der Entwicklung wurden die Gesellschaften aber aufgrund der Saisonalität der Produktion "auf Gedeih und Verderb von der Landwirtschaft abhängig und waren insofern in eine Falle getappt." (183) Mit dem Übergang zu Bodenbau und Seßhaftigkeit dürfte so etwas wie "Eigentum" aufgekomen sein, und zwar in der Form des Gemeineigentums. Die Herausbildung von Sippen/Gentes habe zu Regelungen gesellschaftlicher Beziehungen der Art geführt, "daß nunmehr von einer gesellschaftlichen Ordnung gesprochen werden kann." (188) Die Familie blieb präpatriarchalisch, die Politik prästaatlich.

Das letzte Fall-Beispiel betrifft "Getreide, Rindvieh, Führer, Väter in Städten und Reichen des Zweistromlands - Vermutungen über frühe gesellschaftsgeschichtliche Übergänge zu politischer, familiärer und ökonomischer Ungleichheit". Untersucht werden sogenannte Frühe Hochkulturen wie der Süden Mesopotamiens, Uruk, Ur, Kisch etc. Gordon Childe hatte von "urbaner Revolution" gesprochen und Robert McC. Adams von "the evolution of urban society". Neues war entstanden, schreiben die Autoren: "Wirtschaftsvermögen, staatliche Gewalt, patriarchalische Familie, Schicht- und Klassenunterschiede sowie öffentliches und privates Eigentum; Verhältnisse der Ungleichheit also, auf die die früheren menschlichen Gesellschaften durch einige Jahrmillionen hindurch gut hatten verzichten kön-

nen." (191) Zunächst wird deutlich gemacht, daß wir bis heute nicht genau wissen, wie es zu dieser Entwicklung gekommen ist. Weder die "asiatische Produktionsweise" noch die "altorientalische Klassengesellschaft" noch der Ansatz von Wittfogel ("orientalische Despotie") greifen. So versuchen die Autoren, einen eigenen Denkansatz zu entwickeln. Sie vermuten als agrarische Subsistenzstrategie eine "mit Viehhaltung kombinierte Bewässerungslandwirtschaft", in der Ressourcen und Arbeitskräfte "gezielt zur Erzeugung kultivierter Pflanzen und Tiere genutzt wurden." Es gab hohe Erträge, und so wurden "arbeitsteilig neue Tätigkeitsfelder, insbesondere Handwerke und Handel, etabliert." (211) Da der Gesamtprozeß schließlich nicht mehr umkehrbar war, waren die Menschen erneut "in eine Falle getappt": Ein "Ansatz zur Entstehung eines Gegensatzes von reich und arm" war gegeben. In dieser Phase entstehen Rechenkunst und Schrift. Auch kam es zu zahlreichen militärischen Konflikten zwischen den Städten und Staaten in dem Gebiet. Der Staat tritt an die Stelle der Stammesordnung.

Auf dieser Stufe entstehen mithin Wirtschaft, Klassenverhältnisse, die patriarchalische "Hausvaterfamilie", eine Staatsordnung. "Insgesamt entstand eine Gesellschaft mit ungleichen Verteilungen von Entscheidungsmacht und Wirtschaftsvermögen in den drei Dimensionen gesellschaftlicher Reproduktion" Das Selbstbewußtsein der Gesellschaft wurde "durch ein religiöses und kalkulatorisches Unterwer-

fungs- und Verfügungsdenken geprägt." (240f.)

In ihrem abschließenden Ausblick betonen die Autorinnen folgende Gesichtspunkte:

1. Die skizzierte Gesellschaftsentwicklung war, wie andere Gesellschaftsbildungen zeigen, weder zwingend noch allgemein; insofern habe es "eine gesetzmäßig-einlinige Entwicklung von Gesellschaft nicht gegeben" (245f.).

2. Die Frage, was die Geschichte menschlicher Gesellschaften als eine "eigene" Geschichte innerhalb der jüngsten Erdgeschichte begründet habe, sei schwer zu beantworten und müsse vorerst offen bleiben. Die Entwicklung einer Werkzeugkultur könne der Grund nicht sein. Zu vermuten seien vielmehr "Wirkungen der stärkeren Vernetzung" zwischen den wesentlichen Feldern gesellschaftlicher Tätigkeit. Erst dadurch hätten "materielle und ideelle Artefakte" (Geräte, Kunstwerke usw.) für die Gesellschaftsentwicklung an Bedeutung gewonnen. Diese Frage bedürfe besonderer Bearbeitung "gerade auch deshalb, weil Überschätzungen der Werkzeugherstellung für die Geschichte menschlicher Gesellschaften zurückgewiesen werden müssen" (250). Diese Fragestellungen sollen in den folgenden Bänden untersucht werden. Man darf gespannt sein!

Franz Giglewicz

Feministische Politikwissenschaft

Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, PVS-Sonderheft 28/1997, Opladen 1998, 516 S., 78,- DM.

In den letzten Jahren hat sich zusehends feministische Politikwissenschaft als eine - wenn auch kleine - eigenständige Strömung herausbilden können. Seit 1992 gibt es den *Politologinnenrundbrief*, der 1997 in eine richtige Zeitschrift umgewandelt wurde¹, und Eva Kreisky, Birgit Sauer und Christina Bauhardt geben im Campus-Verlag die Buchreihe "Politik der Geschlechterverhältnisse" heraus, die aus einer feministischen Position die männerträchtigen theoretischen Prämissen der Politikwissenschaft einer kritischen Revision unterziehen will. Dies ist auch kurzgefaßt das Anliegen der feministischen Politologie überhaupt: Die Geschlechtsblindheit und gleichzeitige Geschlechtsgebundenheit der Politikwissenschaft zu dekonstruieren. Geschlechtsblindheit meint, daß die Politikwissenschaft immer noch von einem neutralen, übergeschlechtlichen Staat ausgeht; dabei ist dieser doch eine eindeutig Männer bevorzugende Veranstaltung. Gleichzeitig ist Politikwissenschaft auch geschlechtsgebunden, indem z.B. die allermeisten PolitologInnen immer noch Männer sind und dementsprechend agieren.

¹ femina politica, c/o FU Berlin, OSI, Ihnestr. 2, 14195 Berlin.

Die beide in Wien lehrenden Politikwissenschaftlerinnen Eva Kreisky und Birgit Sauer haben nun auch das Sonderheft 1997 der *PVS-Politische Vierteljahresschrift* herausgegeben, und damit die feministische Politikwissenschaft weiter bekanntgemacht und etabliert. Unter dem Titel "Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation" versammelt der schwergewichtige Band 24 Artikel. Daß eine solche *PVS*-Nummer erscheint, verdient Aufmerksamkeit, ist die *PVS* doch eine der traditionellen Zeitschriften des männlichen Mainstreams (des "male-streams") in der Politikwissenschaft. Wie sich die Frauen in der Politikwissenschaft und in der *Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft*, die auch die *PVS* herausgibt, organisierten und ihre Interessen einbrachten, zeigt sehr anschaulich der Beitrag von Gabriele Abels u.a..

Der lange Einleitungsbeitrag der beiden Herausgeberinnen dimensioniert die Konzepte des Politischen inklusive ihrer feministischen Varianten. Er legt deutlich dar, daß sich heutige Auseinandersetzungen um die Auflösung und/oder die Transformation des Gesellschaftsvertrages drehen. Dieser ist angesichts der Globalisierung in Bedrängnis geraten. Aber auch alle Alternativdebatten gehen von der Fortexistenz des in den fordistischen Gesellschaftsvertrag inkorporierten bisherigen Geschlechtervertrages aus, der vor allem darin bestand, daß Frauen unbezahlte Reproduktionsarbeit leisten. Steht also die am männlichen weißen Familienernährer orientierte Ar-

beitsgesellschaft vor ihrem Ende und entsteht etwas neues? Bedeutet dies, daß "die Frauenbewegung" ihre Staatskritik zurücknehmen sollte, da der Sozialstaat immer noch mehr Chancengleichheit garantierte als der neoliberal deregulierte Wettbewerbsstaat?

Ein sehr guter Beitrag stammt von Andrea Maihofer, die die Entwicklung der inhaltlichen Positionen "der" Frauenbewegung von "Gleichheit" über "Differenz" zu "Gleichheit oder Differenz" und als aktueller Phase "Gleichheit und/oder Differenz" nachzeichnet.

Weitere Beiträge behandeln z.B. Feminismus und Postmoderne (Cornelia Klinger), Nationalstaat, Globalisierung und Gender (Bob Jessop), Medien und Politik (Sabine Lang bzw. Gregor Matjan). Fünf Beiträge beziehen sich auf Geschlechter(forschung) und internationale Politik.

Einige Aufsätze sind schwach. Brigitte Young schreibt zu "Politik und Ökonomie im Kontext von Globalisierung. Eine Geschlechterkritik" und geht nicht über die Einschätzung heraus, daß Frauen irgendwie von den negativen Folgen der Globalisierung schon anders und stärker betroffen sind als Männer. Susanne Frank thematisiert das spannungsreiche Thema Stadt(forschung) und Geschlechterverhältnis, zeigt anschaulich, wie sich die Raumplanung am erwachsenen, vollwertigen und motorisierten Mann ausrichtet, beschränkt sich dann aber hauptsächlich auf die Wiedergabe des deutschen Diskussionsstandes der beginnenden

90er Jahre und die Darstellung neuerer amerikanischer Forschungen, die, so Frank selbst, theoretisch nur bedingt und empirisch gar nicht auf mitteleuropäische Verhältnisse übertragbar seien.

Der vorliegende Band ist ein großer, fast zu großer, Werkzeugkasten, dem viele interessante Dinge entnommen werden können. Man und frau kann die Grundsatzartikel und/oder die Aufsätze zu den eine/n jeweils interessierenden Einzelthemen lesen. Er zeigt im Verhältnis (und auch im Gegensatz) zu einem Großteil marxistischer Literatur wichtige Aspekte und auch grundsätzlich andere Sichtweisen auf. Gleichzeitig wollen die Herausgeberinnen sich auch noch als Erneuerinnen der Politikwissenschaft definieren und so die erreichten Erkenntnisse gleich noch zur Rettung einer verknöcherten Disziplin zur Verfügung stellen. Warum der Band "...im Kontext politischer Transformation" heißt, ist mir auch nach der Lektüre der meisten Aufsätze immer noch nicht klar. Oder war es doch ein Kompromiß mit dem male-stream, der im Zuge der in der Politikwissenschaft derzeit so beliebten Transformationsforschung etliche, auch feministisch inspirierte, Infragestellungen und Selbstzweifel wieder überwinden konnte?

Bernd Hüttner

CONTRASTE

Die Monatszeitung für Selbstorganisation

ES GEHT AUCH ANDERS entwicklungspolitische Ausbildungsprojekte des Werkhof Darmstadt hier und in der »Dritten Welt« **INFOBÜRO NICARAGUA** 20 Jahre Solidaritätsbewegung – Die Arbeit damals und heute **M.A.I.-ABKOMMEN** eine neue Dimension des Kapitalismus – Transnationale Konzerne streben nach der Weltherrschaft **NEUE EXPERTISE** Existenzsicherung für Sozialhilfeempfänger durch das Genossenschaftsmodell? **NEUE ARBEIT** von der Job-Sklaverei zur Praxis von New Work Ein Schnupperabo (3 Monate frei Haus ohne Verlängerung) für 10 DM nur gegen Vorkasse (Schein/Briefmarken/V-Scheck).

BUNTESEITEN 1998 Das einzige Adreßverzeichnis der Alternativen Bewegungen. Mit ca. 12.000 Anschriften aus der BRD, CH, A & internationale Kontaktanschriften. Jetzt mit **Reader der AlternativMedien** im Innenenteil. 1033 Zeitschriften mit zahlreichen Beschreibungen, Video- & Filmgruppen sowie Freie Radios. 262 Seiten (DIN A3) für 30 DM zzgl. 4 DM Versandkosten, ISBN 3-9240085-04-8. Bestellungen über: CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Tel. (0 62 21) 16 24 67



Johannes Klotz (Hg.)
Vorbild Wehrmacht?
Wehrmachtsverbrechen, Rechtsextremismus und Bundeswehr
Broschur, 178 Seiten
DM 24,80
ISBN 3-89438-162-0

Wehrmachtsverbrechen in Griechenland, Italien, Weißrußland; Kontinuitäten zur Bundeswehr; Bundeswehr und Rechtsextremismus.



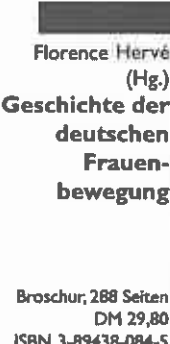
Paul Tiefenbach
DIE GRÜNEN
oder die Verstaatlichung einer Partei
Broschur, 224 Seiten
DM 28,00
ISBN 3-89438-160-4

Tiefenbach beschreibt, wie system-oppositionelle Parteien im Parlament ihren Charakter verändern. Für grundlegende Reformen bedarf es neuer, unkonventioneller Instrumente.



W. Hecker/
R. Rilling
Politik im Internet
Eine Suchhilfe mit über 1000 Internet-Adressen
Broschur, 129 Seiten mit Diskette
DM 14,80
ISBN 3-89438-157-4

Das Buch und die Diskette präsentieren politikrelevante und länder- bzw. themenspezifische Adressenverzeichnisse.



Florence Hervé (Hg.)
Geschichte der deutschen Frauenbewegung
Broschur, 288 Seiten
DM 29,80
ISBN 3-89438-084-5

150 Jahre deutsche Frauengeschichte und Frauenbewegung im Überblick. Ein Standardwerk. Jetzt in der 6., verbesserten Auflage



Selbstverständigung über Grundlagen Kritischer Psychologie

Barbara Fried/Christina Kaindl/Morus Markard/Gerhard Wolf (Hrsg.), *Erkenntnis und Parteilichkeit. Kritische Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft, Argument Verlag, Berlin/Hamburg 1998, 386 S., 39,80 DM*

Es handelt sich um den Bericht über den 4. Kongreß Kritische Psychologie, der vom 6. bis 9. Februar 1997 an der FU Berlin stattfand. Dieser Kongreß, heißt es im Vorwort, habe der Selbstverständigung gedient in einer Situation, in der marxistische Grundlagen Kritischer Psychologie öffentlich zur Disposition stünden und man Gefahr laufe, sich vom "Wind der öffentlichen Meinung treiben zu lassen", statt zu wissenschaftlichen Einsichten zu gelangen. "Die Wiederaufnahme der marxistischen Diskussion ist für die Kritische Psychologie auch deshalb so dringend, weil Konzepte wie 'Emanzipation' und 'subjektive Handlungsfähigkeit' ... ohne ... aktuelle gesellschaftstheoretische Reflexionen abstrakt werden müssen" (12). Man habe dem Kongreß einen interdisziplinären Charakter gegeben, um zu klären, was "Vertreter/innen anderer Sozialwissenschaften von einer marxistischen Subjektwissenschaft (zu) erwarten (haben)." Mit seinem Eröffnungsvortrag kommt *Hans Heinz Holz* gleich zur Sache. Am Beginn der Auseinandersetzung mit dem Marxismus habe für ihn, Holz, die Empörung über die kapitalistische

Barbarei gestanden. (*W.F. Haug* spricht an anderer Stelle - S. 371 - vom "praktischen Glutkern des Marxismus".) Empörung sei zwar notwendig, aber nicht hinreichend, um die Welt zu verändern; die wissenschaftliche Untersuchung der Verlaufsformen geschichtlicher und politischer Prozesse müsse mindestens hinzukommen. Der Marxismus habe Mittel entwickelt, diese Prozesse zu begreifen. In seiner Erörterung des Problems der Parteilichkeit grenzt sich Holz ab erstens gegen die seines Erachtens triviale Auffassung, Wissenschaft sei parteilich für die Wahrheit, zweitens gegen Unfehlbarkeitsdoktrinen mächtiger Organisationen. Erkenntnis sei einerseits standortbezogen, andererseits müsse sie sich auf *eine* Wahrheit beziehen, um verallgemeinerbare Ergebnisse zu erzielen. Der eigene Erkenntnisstandort sei unvermeidlich geographisch, historisch und von der individuellen Lage geprägt. Begriffliche Erkenntnis sei damit selbst Teil unseres praktischen Verhältnisses zur Welt. Das Verhältnis von Begriff und Gegenständlichkeit, von Erkenntnis und Parteilichkeit, habe zuerst die Marxsche Theorie systematisch reflektiert. Entfalle die Reflexion, gerate man in Gefahr, Wissenschaft zum Instrument einer Praxis zu degradieren, die sich aus anderen Quellen als denen der reflektierten Erkenntnis speise. *Morus Markard* skizziert die kritisch-psychologische Auffassung von Parteilichkeit. Diese sei nicht Ergebnis außerwissenschaftlicher Vorentscheidung, sondern durch die von sozialen Ge-

PapyRossa

Gesamtverzeichnis anfordern bei:
PapyRossa Verlag
Petersbergstr. 4
50939 Köln

Tel.: 0221/44 85 45 - Fax: 0221/44 43 05 - www.koeln-online.de/papyrossa

gensätzen geprägte Wirklichkeit selbst begründet. Sozialwissenschaft enthalte damit unausweichlich (implizite) gesellschaftliche Stellungnahmen. "Daß der Standpunkt der Lebenswelt zwar nicht verlassen werden, aber gedanklich durchdrungen werden kann, macht die methodologische Basis materialistischer Dialektik aus" (34). Das Spannungsverhältnis von gesellschaftlichen Interessen und Objektivitätsanspruch verdeutliche sich in Einzelstudien. So habe z.B. Klaus Holzkamp den Begriff "Lernen" nicht als von Lehren abhängige Variable gefaßt, sondern als Notwendigkeit und Möglichkeit interessierten "Weltaufschlusses". "Erst vor diesem Hintergrund lassen sich sogenannte 'defensive' Formen des Lernens abheben, die in bloß externen Anforderungen ... begründet sind." (35) "Das Beharren auf der Frage nach der Parteilichkeit von Begriffen bedeutet das Beharren auf der Frage ..., was ... menschliche Möglichkeiten desavouiert, (und) nach der begrifflichen Bestimmung dieser ... Möglichkeiten selber, mit dem ... Anspruch, daß emanzipatorisch funktionale Konzepte auch die inhaltlich gehaltvolleren sind." Die psychologische Fragestellung nach der Fremdbestimmtheit individuellen Handelns bleibe auch dann legitim, wenn man Fremdbestimmtheit auch aufgrund der politischen Situation nicht oder nur partiell überwinden könne. "Man muß ... psychologisch(e) ... Probleme danach untersuchen, wieweit ihre Lösung und Ermäßigung auch im Rahmen der jeweiligen Lebensum-

stände möglich ist. Es gibt hier kein alles oder nichts" (168). Das Problem sei aber, daß man als psychologisch Tätige/r unter dem ideologischen Druck stehe, die Frage nach Anpassung an die objektiv-ökonomischen Bedingungen bzw. nach ihrer Veränderung fallen zu lassen. Ute Osterkamp hebt in ihrem Text zur Arbeit Klaus Holzkamps hervor, die Kritische Psychologie sei entstanden aus der "Kritik an der 'Einseitigkeit' des herrschenden Denkens und ... der etablierten Psychologie" (149). Letzterer sei Fremdbestimmtheit kein Problem, sondern selbstverständliche Ausgangsbasis ihrer Forschung. Diese Einseitigkeit lasse sich nur dadurch überwinden, daß man dem "Unsagbaren" zur Sprache ver helfe und den Gesamtkontext eines Problems rekonstruiere, von dem aus die ausgeblendete Realität wahrnehmbar und dadurch erst politikfähig werde. "Die Kritische Psychologie bricht ... auch insofern mit dem herrschenden Denken, als sie keine neuen Normen für 'korrektes' Verhalten bereitstellt ... Dies deswegen nicht, weil die Leugnung problematischer Tendenzen diese keineswegs aufhebt, sondern eher festigt" (157).

Die gesellschaftstheoretischen Texte verschiedener Autoren befassen sich mit der hierarchischen Struktur des gegenwärtigen Kapitalismus, welche (s.o.) zur unvermeidlichen Parteilichkeit der Sozialwissenschaften führte. In seinem Beitrag über die "Relevanz des Klassenbegriffs" hebt Sebastian Herkommer hervor, der Erkenntnisanspruch gehe dahin, sowohl

"die krassen als auch die feinen Unterschiede der ... Gesellschaft erfassen zu können, sowie Handlungspotentiale zu erkennen", die einerseits als Widerstand gegen Sozialabbau manifest werden könnten, andererseits als "emanzipatorischer Veränderungswille in zeitgemäßer Form" (46). Unklar bleibt allerdings Herkommers Unterscheidung zwischen "abstraktem" und "konkretem" Klassenbegriff. Der abstrakte Klassenbegriff beziehe sich auf das Verhältnis von Kapital und Arbeit, während der konkrete "reale Großgruppen" mit "homogenen Erfahrungsgrundlagen" und "kollektivem Bewußtsein" bezeichne. Gleichzeitig aber sollen beide Begriffe spezifische Bewußtseinsformen ebenso einschließen wie das "Handeln der Individuen im ... historischen Kontext." Die Frage ist, was der abstrakte Klassenbegriff noch aussagt, wenn er nichts mehr enthält als den Unterschied von Kapital und Arbeit und gleichzeitig "reale Großgruppen" mit sonstigen Gemeinsamkeiten nicht meint. Hansgeorg Conert kennzeichnet den Widerspruch zwischen politischer Apathie und realem Sozialabbau als besondere Herausforderung für kritisch-psychologische Analysen. Zu berücksichtigen sei dabei das historisch erstmalige Phänomen, daß in der "westlichen Welt" die Armen nicht mehr die Majorität bilden ("Zweidrittelgesellschaft"). Werner Seppmann untersucht in seinem Beitrag die Individualisierungstheorie. Seine Kritik trifft aber nicht die Theorie als solche, sondern sie arbeitet den Zwangscharakter der In-

dividualisierung bzw. Vereinzelung heraus, der in der zeitgeisternden Soziologie nicht zufällig unterbelichtet bleibe. Torsten Bultmann bestätigt die Realität der Individualisierung als Effekt rechter Strategien am Beispiel neoliberaler Bildungspolitik. Diese kehre z.B. bei der Vergabe von Studienplätzen die Beweislast um: "Rechte werden in ihrer pauschalen Geltung ... ausgehöhlt durch die Nachweispflicht individueller Tauglichkeit" (338). Nach neoliberaler Auffassung müßten die Interessen der Hochschule am Markt bestimmend sein; der Bildungsbetrieb wolle sich seine Kunden selbst aussuchen. Ziel einer entgegengesetzten demokratischen Bildungspolitik müsse es jedoch sein, grundsätzlich alle Menschen in die Lage zu versetzen, die Bedingungen ihrer gesellschaftlichen Existenz zu durchschauen und kooperativ zu verändern. Der Wert eines entwickelten humanistischen Bildungsbegriffes liege darin, alle "institutionellen Grenzen und hierarchischen Gliederungsprinzipien ... als künstlich und willkürlich radikal in Frage zu stellen" (341).

Der Band enthält viele Beiträge, auf die ich hier nicht genauer eingehen kann. Die im engeren Sinne gesellschaftstheoretischen Texte behandeln folgende Themen: Globalisierung (Elmar Altvater) und ihre geschlechtsspezifischen Folgen (Ariane Brensell) und Nationalismus (Reinhard Kühnl). In weiteren Beiträgen stellen sich verschiedene Richtungen der Opposition gegen den experimental-psychologischen mainstream vor: Psychoanalyse

(Dieter Sandner), Kritische Theorie (Oliver Decker), Postmoderne (Arnd Hofmeister) und Kritische Psychologie (Ole Dreier/ Wolfgang Maiers). Das "Verhältnis von individuellem Handeln und politischer Organisation" thematisieren Ellen Brombacher, Wolf Dieter Narr, Justus Wertmüller und ein Vertreter der Antifa (M) in Beiträgen von sehr unterschiedlicher Qualität. Außerdem werden AGs dokumentiert, in denen (kritisch-psychologische) Forschungen zu unterschiedlichen Themen vorgestellt und diskutiert werden: Es geht um Rassistismus, Therapiewidersprüche, Gesundheitspolitik, (Hoch-)Schulpraxis und um "Technik als sozialen Prozeß" (mit einer glänzenden Kritik von Stefan Meretz an der psychologisierenden Deutung von Informatik und Computertechnik). Der Band schließt ab mit Beiträgen von Frigga und Wolfgang Fritz Haug. Frigga Haug analysiert die Debatte um sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und ihre Instrumentalisierung und Verkehrung durch die politische Rechte bzw. die herrschende Meinung. Bei W.F. Haug geht es noch einmal um die Perspektiven marxistischen Denkens. "Marxistisch denken heißt geschichtsmaterialistisch denken und nicht nur die Gegenstände, sondern auch die Denkweise selbst diesem Anspruch aussetzen" (368). Die Verbindung von kritischer Theorie der Gesellschaft und Arbeiterbewegung sei zerrissen, und den historischen Marxismus, soweit er auf dieser Verbindung beruht habe, gebe es nicht mehr. Trotzdem sei die Formel Marx ohne Marxismus

ungeschichtlich. Was an Marx interessiere, sei, daß er "die bisher schärfsten intellektuellen Instrumente und ... den schärfsten Kritikprozeß vorgeführt hat im Blick auf die ... Daseinsprobleme unserer Art auf dem Globus" (374). Er habe eine Kritik entwickelt, die "nicht einfach verwirft, sondern vom Standpunkt einer solidarischen Gesellschaft auch 'übersetzt'" (372).

Michael Zander

Marxistische Faschismus-Forschung

Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker, *Geschichte der NSDAP 1920-1945*, PapyRossa Verlag, Köln 1998, 580 S., 68,- DM.

In der bundesdeutschen Forschung über die Nazidiktatur gibt es eine kaum noch zu überschauende Fülle von Detail-Untersuchungen, darunter zahlreiche über Hitler und andere führende Faschisten, gegenwärtig auch schon über einige aus der zweiten oder dritten Reihe, sowie auch über einzelne Organisationen wie SS und SA. Der Geschichte der NSDAP widmeten die westdeutschen Historiker mit Ausnahme von Reinhard Kühnl und Hans Mommsen keine Aufmerksamkeit. Das Auseinanderklaffen von breit aufgefächerter Detailforschung und gleichzeitigem Fehlen zusammenfassender Analysen beschränkt sich nicht auf die NSDAP-Geschichte, es kennzeichnet die bürgerliche Faschismusforschung generell. Die isolierte Beleuchtung von Fakten verschüttet das Ganze. So trägt die Forschung selbst dazu bei, ihren Gegenstand zu verne-

beln, was zweifelsohne nicht außerhalb politischer Interessen liegt.

Auch gut fünf Jahrzehnte nach der Zerschlagung des faschistischen Herrschaftssystems in Deutschland gibt es in der deutschsprachigen Literatur nur eine einzige wissenschaftliche Monographie über die Geschichte der NSDAP, jener Partei, die das Nazisystem getragen und sich 1933 auch gesetzlich das Monopol als einzig zugelassene Partei gesichert hat. Sie erschien 1981 unter dem Titel "Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens" im VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften in Berlin und 1982 als Lizenzausgabe in Köln. Sie stammt von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker, zwei nach wie vor außerordentlich produktiven Faschismusforschern der DDR.¹

Außer ihrem Buch gibt es nur eine Gesamtgeschichte der NSDAP, und zwar von dem amerikanischen Historiker Dietrich Orlow. "The History of The Nazi Party" erschien in zwei Bänden 1969 bzw. 1973 in Pittsburgh. Sie ist bisher nicht übersetzt worden. Dies läßt um so dringender nach den Gründen für dieses angeblich fehlende Bedürfnis fragen, als z.B. die jüngste Hitler-Biographie von Ian Kershaw gleichzeitig auf englisch und deutsch erscheint. Kershaws Buch ist eine großartige Leistung, doch

der Unterschied des Themas - einmal Hitler als Person, zum anderen die faschistische Massenpartei - verdeutlicht, warum Orlow nicht auf den deutschen Markt gelangt ist. Auch bei Neumanns berühmter Analyse des faschistischen Systems unter dem Titel "Behemoth" hatte es über dreißig Jahre gedauert, bis der amerikanischen Ausgabe eine deutsche Übersetzung folgte - kein Wunder, war dies doch eine Analyse, die den Zusammenhang von Monopolkapitalismus und faschistischen Regime grundsätzlich und beweiskräftig auflistete.

Nachdem ihr Buch 15 Jahre vergriffen war, haben es Pätzold und Weißbecker unter Einbeziehung neuer Quellen und Forschungsergebnisse neu bearbeitet und stark erweitert. Der chronologische Aufbau des Buches, das der Ereignisgeschichte folgt, und die strukturelle Anlage seiner Kapitel wurden beibehalten. Stellungnahmen zu Streitfragen sind der Darstellung untergeordnet, Polemiken meist in die Fußnoten verbannt. Einzig im Nachwort zur Neufassung verlassen die Autoren diese Ebene und wenden sich einigen wenigen aktuellen Kontroversen der Faschismusforschung direkt zu.

Die Autoren stützen sich auf eine reiche Quellengrundlage, ihre Thesen sind gut belegt. Wo Belege fehlen, wird dies kenntlich gemacht. Sie beziehen - wenn auch zuweilen mit Lücken - die neuesten Forschungsergebnisse ein. Ihr Buch ist in einer klaren, gedanken- und assoziationsreichen Sprache geschrieben. Auch wenn die Autoren den nunmehr gewählten Terminus

¹ Das ist wohl auch der Grund, warum das Buch nicht in die Bibliographie des Bureau du Comité international d'histoire de la Deuxième Guerre mondiale aufgenommen wurde. Vgl. Offener Brief an das Bureau..., in: Z 35 (September 1998), S. 227ff.

"soziale Oberschichten" geradezu inflationär verwenden, wenn es um Industrie- und Bankkapitalisten geht, werden deren mit der NSDAP verhandelte Interessen jeweils konkret und unmißverständlich benannt. Die Autoren stellen in den Mittelpunkt ihrer Analyse den Zusammenhang von Massengefolgschaft und Politik der NSDAP. Eine stark sozialgeschichtliche und stellenweise auch organisationsgeschichtliche Akzentuierung gereicht ihrer vorrangig politischen Historiographie zum Vorteil. Sie fragen: Wie ist es zu erklären, daß Hunderttausende, schließlich Millionen Deutsche der NSDAP als Wähler und als Mitglieder folgten, obwohl diese Gefolgschaft zu keinem Zeitpunkt politische Ziele und Ideologie dieser Partei bestimmte? Die NSDAP war die mitglieder- und wählerstärkste Partei in der deutschen Geschichte. 1943 umfaßte sie achteinhalb bis neun Millionen Parteimitglieder, das waren 10 bis 12 % der erwachsenen Personen, hinzu kamen noch mehr weitere Millionen in den sog. Gliederungen und angeschlossenen Verbänden. Als Massenpartei verkörperte sie einen Typus, den die Autoren als Mitglieder-Integrationspartei bezeichnen. Das viele Organisationen umfassende System der NSDAP reichte in jede gesellschaftliche Schicht, in jede Berufsgruppe und in jeden Winkel der deutschen Gesellschaft. Sehe man nur die soziale Zusammensetzung, argumentieren die Verfasser, dann könne man die NSDAP mit guten Gründen als die erste wirkliche Volkspartei in der deutschen Ge-

schichte bezeichnen. Allerdings, die oberen und die mittleren Schichten waren in ihr überrepräsentiert, andere von ihr ausgeschlossen: Juden, Behinderte, Sinti und Roma, Kommunisten, Pazifisten. Frage man aber nach den Interessen, die ihre Politik verfolgte, dann verdiene die NSDAP, die keine Volkspartei war und sein konnte, "die Charakteristik als eine bürgerliche, genauer als eine großbürgerliche Partei, die vorherrschend Belange der Mächtigen unter den Unternehmern im Bankwesen, in der Industrie und auf anderen Feldern der Wirtschaft verfocht" (514). Hitlers Kritik am Bürgertum sei kein Gegenbeweis, kritisierte er doch am Bürgertum in erster Linie einen Mangel an Konsequenz in der Verfolgung imperialer Ziele.

Die NSDAP entstand nach dem ersten Weltkrieg innerhalb der deutschen Parteienlandschaft und jener Bayerns im besonderen. Sie entsprach einerseits den Formen und Organisationsprinzipien des Parteienwesens der damaligen deutschen Gesellschaft, und sie war auch nicht die einzige gewalttätige, antidemokratische Terror- und Putschpartei mit militärischer hierarchischer Binnenstruktur. Andererseits verkörperte sie eine Partei neuen Typs, deren Besonderheit nicht nur in dem Anspruch lag, Partei über den Parteien, eine Alternative zu allen Parteien zu sein. Sie schuf in der Tat einen neuen Typus von Partei, eine Organisation von "politischen Soldaten", die stets mobilisiert werden konnten, die politisiert waren, ohne politische Entscheidungsrechte zu besitzen.

Nach ihrer Neugründung 1925 wurde die NSDAP zur ausgesprochenen Führerpartei, in der es keinerlei Wahlen und kollektive Entscheidungen mehr gab und deren Kompromißlosigkeit auch in Organisationsfragen die faschistischen Konkurrenten vor die Alternative stellte: absolute Unterordnung oder Vernichtungskampf.

Die NSDAP war von vornherein auf den Krieg fixiert, als Erfahrungsmuster und als Ziel, denn ihr aggressions- und expansionsorientiertes Programm setzte innen wie außenpolitisch auf militärische Gewalt. Mit ihrer militärischen Binnenstruktur wurde die Partei zum Nährboden für die Brutalisierung und Militarisierung bislang ziviler Bereiche der Gesellschaft.

In einem Querschnittskapitel über das faschistische System des deutschen Imperialismus benennen die Autoren vier Wirkungsfaktoren des von der NSDAP verkörperten Herrschaftssystems: Terror, Demagogie, Korruption und Organisation. Bei letzterem geht es darum, daß sich die Organisationsstruktur der NSDAP an der Macht nicht allein darauf orientierte, die eigenen Parteimitglieder und Anhänger in einem dreifach gestuften System von Organisationen zu binden, sondern das gesamte deutsche Volk auch organisatorisch zu erfassen, nicht nur in bezug auf spezifische Interessen, sondern in spezifisch auf Klassen, Schichten, Berufe und Geschlecht ausgerichteten Verbänden. Dieses System zielte einmal auf Kontrolle - so richtete sich etwa die Einsetzung eines Blockleiters nicht nach der Zahl der NSDAP-

Mitglieder seiner Zelle, sondern nach der Zahl der Bevölkerung in seinem Wohngebiet, d.h. ein Blockleiter auf 40 bis 60 Haushalte - zum anderen auf eine Anknüpfung an die je spezifische Lage und die Interessen jeweiliger Gruppen. Die NSDAP wollte sich aber nicht allein auf ihre Fähigkeit verlassen, an Bedürfnisse, Wünsche oder Ängste von Massen anzuknüpfen und diese ideologisch an sich zu binden, noch auf ihr ideologisches Machtmonopol. Vielmehr ergänzte die mehrfache organisatorische Bindung die ideologische - oder ersetzte sie auch - ebenso wie der Terror.

Die Verfasser haben ihr besonders Augenmerk jenen Belegen gewidmet, die verdeutlichen, welche Klassenkräfte an dieser faschistischen Massenpartei so interessiert waren, daß sie sie finanziell förderten bzw. politisch berieten, z.B. auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise dahingehend, ein konkretes Wirtschaftsprogramm unbedingt zu vermeiden. Pätzold und Weißbecker belegen präzise, wozu diese Partei gewünscht und gebraucht wurde - zur Vernichtung der Arbeiterbewegung als soziale Kraft und der parlamentarischen politischen Form, zur Einrichtung und Sicherung der Diktatur, zur Vorbereitung und schließlich Verwirklichung eines Eroberungs- und Vernichtungskrieges. Sie bestimmen den Platz dieser Partei in der deutschen Gesellschaft nach ihrer Gründung 1920, nach ihrer Neugründung 1925, in der Weltwirtschaftskrise, im Herrschaftssystem des Faschismus, im Krieg. Sie

bezeichnen präzise ihren jeweiligen Platz in den politischen Kämpfen und in den Interessenkonflikten nicht nur zwischen den Klassen, sondern auch innerhalb der herrschenden deutschen Großbourgeoisie.

Nach meinem Empfinden besticht diese Geschichte der NSDAP insbesondere durch die genaue, differenzierende, sehr konkrete und damit überzeugende Analyse dreier Problemfelder. Da ist zunächst die Stellung der NSDAP im faschistischen Herrschaftssystem. Sie war dessen unentbehrliche Stütze, sie war Massenpartei und sie war Staatspartei, doch sie stand weder über dem Staat noch ersetzte sie ihn. Ihre Hauptaufgabe blieb die Sicherung und Mobilisierung der Massenbasis der faschistischen Diktatur, deren Kern sie selbst bildete, im weiteren Sinne die Beeinflussung, Ausrichtung, Mobilisierung und Kontrolle der Bevölkerung. Die Autoren verstehen es, die aus dieser Aufgabe einschließlich ihrer Beschränkungen entstandenen Widersprüche zwischen Dienststellen der NSDAP und Machtzentren des Staates oder zwischen den einzelnen Gliederungen dieses weitverzweigten Parteigebildes deutlich werden zu lassen und die belastenden und widersprüchlichen Anforderungen dieser Aufgabenstellung für die Millionenmasse der Mitglieder und im besonderen für die halbe Million des Korps ihrer politischen Leiter aufzuzeigen. Es handelte sich bei den 580.000 Politischen Leitern im Jahre 1939 um 41 Gauleiter, 808 Kreisleiter, 28.376 Ortsgruppen- und 89.378

Zellenleiter und 463.048 Blockleiter.

Auch wenn die Nazis vom "nationalsozialistischen Staat" sprachen, so bedeutete das zweitens nicht, daß "die Nationalsozialisten" in ihm herrschten oder bestimmten, nicht einmal die mit Hitler in die Zentralen der Macht eingezogenen NSDAP-Führer haben den Staatskurs allein bestimmt, sondern sie mußten mit der übergroßen Mehrheit der alten Funktionsgruppen aus Militär und Staatsverwaltung zusammenarbeiten, mit denen sie trotz mancher fraktioneller Gegensätze ein gemeinsames innen- und außenpolitisches Programm verband. "Zugleich blieben sich die nun an das Ziel ihrer Machtwünsche gelangten höchsten NSDAP-Führer bewußt, daß ihr Aufstieg von anderen Quellen und Strömen bewirkt worden war als derjenige ihrer neuen Partner aus den Kreisen der Hochfinanz und des Hochadels, der Großindustrie und der Generalität. Ihre Macht war abgeleitet, deren Macht hingegen originär." (314) Die dauerhafte Etablierung dieser "Newcomer" aber blieb an diese NSDAP als Massenbasis gebunden, von der sie abgeleitet war.

Drittens sei an dieser Stelle hervorgehoben, wie außerordentlich sorgfältig die Autoren die vielfältigen und sich wandelnden Beziehungen zwischen der NSDAP-Führung und den deutschen Großindustriellen und Großbankiers untersuchen. Sie führen die Scheinformen öffentlicher Darstellung der Macht auf die wirklichen Interessen und konkreten politischen Kalküle

zurück. Die Installierung der Nazi-Regierung und deren Stabilisierung war von den Leitern der Wirtschaftsverbände nicht nur beobachtet worden. Auch jene Kapitalfraktionen, die andere politische Lösungen gewünscht und Hitler und die NSDAP nicht favorisiert hatten, stellten sich auf die neue Situation ein und hatten ein Interesse, Veränderungen, von denen sie profitierten, unumkehrbar zu machen. Die NSDAP aber konnte wegen ihrer Politik demonstrative Umarmungen durch Industrielle und Bankiers zunächst kaum wünschen. Deshalb bevorzugte sie eine andere öffentliche Darstellung des Zusammenrückens der politischen und der Wirtschaftsführer: "Mit Dank- und Ergebensheitsadressen ließ sich der erwünschte Eindruck verstärken, auch die Kapitalmächtigen würden sich der neuen, über Klassen und Schichten stehenden Herrschaft unterordnen". (274) Besonders makaber wiederholte sich dies in der bis heute vorgebrachten Legende, die Unternehmen hätten die ihnen vom Nazistaat aufgezungenen Zwangsarbeiter aus besetzten Ländern annehmen müssen. In der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahrzehnten unter Politikern, Historikern, Publizisten, in Verlagen, Redaktionen und bei Sponsoren der Wissenschaft die informelle Norm durchgesetzt, nicht mehr vom deutschen Faschismus, sondern allein vom "Nationalsozialismus" zu reden und den Begriff "Faschismus" als unwissenschaftlich, ideologisch, als kommunistischen Kampfbegriff zu denunzieren.

Diese zwar informelle, aber überaus wirksame Norm ist nicht auf Konservative beschränkt, nicht wenige Linke und auch Wissenschaftler haben sich von dem Argument verführen lassen, eine Bezeichnung der Nazi Herrschaft als Faschismus würde sie verharmlosen, weil Faschismus als Gattungsbegriff schließlich keinen Völkermord einschließe. Pätzold und Weißbecker gehen davon aus, daß Faschismus als Gattungsbegriff der verschiedenen Faschismen genetisch und sprachlich auf den italienischen Faschismus zurückgeht, daß aber dessen Anwendbarkeit auf die ihm verwandten Parteien nicht dadurch begrenzt werden kann, daß schwächere Imperialismen als der deutsche sich nicht das Ziel einer Weltvorherrschaft stellen konnten. "In ihrer Herkunft, ihrer Ideologie, ihrer Programmatik, ihren Kampfmethoden und Zielen" war die NSDAP eine faschistische Partei, deren Gemeinsamkeiten mit den anderen nach dem ersten Weltkrieg in Italien, Deutschland und weiteren europäischen Ländern entstandenen faschistischen Parteien gegenüber nationalen, fraktionellen oder weiteren Besonderheiten ihren Charakter bestimmten.

Nun waren die Nazis weder national noch sozialistisch. Ihre gewollt demagogische Selbstetikettierung heute zu bedienen, kann jedenfalls eine Erkenntnisabsicht nicht befördern. Allerdings entstand hier eine paradoxe Korrelation: Je mehr die Bezeichnung "Nationalsozialismus" normativ für den deutschen Faschismus eingefordert wird, desto weniger wurde es scheinbar erfor-

derlich, "die Nationalsozialisten", nämlich die NSDAP in ihrer Geschichte umfassend zu erforschen. In dem Maße, wie "die Nationalsozialisten" in der veröffentlichten Meinung unbegriffen für alle Übel der faschistischen Politik verantwortlich gemacht werden, wird auf deren Untersuchung verzichtet. Die kritiklose Übernahme der Selbstbezeichnung der Nazis fungiert als Vehikel ihrer Mystifizierung. Je mehr daher im gehorsamen oder gedankenlosen Vollzug solch informeller Norm der "Nationalsozialismus" bzw. "die Nationalsozialisten" aus ihren historischen Zusammenhängen in der deutschen Geschichte herausgenommen und gar als Einbruch des Irrationalen behandelt werden, je mehr die deutschnationalen und jungkonservativen Partner der Nazis zugunsten der gegenwärtig zeitgeistkonformen Geschichtsfälschung eines unbefleckten deutschen Konservatismus aus der Geschichte des deutschen Faschismus eskamotiert werden, desto notwendiger ist die genaue und umfassende Untersuchung der NSDAP als Verkörperung des "Nationalsozialismus". Die wissenschaftliche und die politische Bedeutung des vorliegenden Buches sind daher nicht zu überschätzen.

Beide Autoren verstehen sich als marxistische Historiker und sind als solche nach der kapitalistischen Restauration von ihren Lehrstühlen vertrieben worden. Ihr Buch erweist die ungebrochene Fruchtbarkeit ihres wissenschaftlichen Ansatzes.

Werner Röhr

Antworten auf das "Schwarzbuch des Kommunismus"

Jens Mecklenburg/Wolfgang Wippermann (Hrsg.), "Roter Holocaust"? Kritik des Schwarzbuchs des Kommunismus, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1998. 304 S., 39,- DM.

Der von Mecklenburg und Wippermann herausgegebene Sammelband 'Roter Holocaust' teilt sich in vier Abschnitte: Im ersten wird das "Schwarzbuch, Unterdrückung, Verbrechen und Terror des Kommunismus" als in seinem Gesamtkonzept diskutiert und es wird kurz auf dessen Autoren eingegangen, ferner werden die deutschen und französischen Reaktionen dargelegt, dann folgen im zweiten Abschnitt kritische Einwürfe zur Methodik des Buches. Der dritte Abschnitt wendet sich kritisch verschiedenen Einzelpunkten zu, so z.B. dem Antisemitismusproblem, dem der Hungersnöte, dem des chinesischen Kommunismus u.a. Schließlich wird nochmals der schon im ersten Abschnitt diskutierte politische Aspekt des Schwarzbuchs beleuchtet.

Es gehört zu dem unzweifelhaften Verdienst der Autoren, das Schwarzbuch unmißverständlich als Versuch zu identifizieren, den Holocaust zu relativieren, dadurch daß dieser von dem Herausgeber Courtois zu einem Verbrechen unter verschiedenen anderen in diesem Jahrhundert deklariert wird.

In Frankreich fand die vor allem intendierte antikommunistische (26) politische Stoßrichtung immerhin noch einen existenten Gegner, der zumindest vom Namen her sich angesprochen gefühlt haben dürfte. Dies hielt viele Kritiker in Frankreich im Gegensatz zu Deutschland nicht davon ab, die vom Herausgeber betriebene Relativierung von Auschwitz vehement anzugreifen. Schmid (25ff.) legt die französische Situation dar und interpretiert die "Besessenheit" (27) des Herausgebers als biographisches Moment, das aber politisch erst durch die spezifisch französische Situation wirksam werden konnte. In dieser steht der Koalitionsregierung von Sozialisten und Kommunisten eine Opposition von liberalen bis rechtsextremen Kräften gegenüber, wobei sich dieses Verhältnis auf lokaler Ebene auch anders herum darstellt. In dieser polarisierten politischen Situation ist das Schwarzbuch in seiner ideologischen Funktion zu sehen. Die Verbrechen, die von den kommunistischen Parteien begangen wurden, werden vom Herausgeber des Schwarzbuchs mit der Intention herausgestellt, der kommunistischen Partei einen "Nürnberger" Prozeß zu machen (28) und es bestand die Hoffnung des Verlegers, daß dieses Buch zur Liquidation dieser Partei beitragen würde (26). Als Mittel der politischen Auseinandersetzung dient dem Herausgeber dabei die inkriminierte Gleichsetzung des roten Terrors mit dem Holocaust, sekundiert von unseriösen Zahlenspekulationen. Courtois rief damit bei den wichtigsten

Autoren des Schwarzbuchs Widerspruch hervor. Werth und Margolin distanzieren sich sowohl von der ideologischen Zielsetzung als auch von der betriebenen Relativierung des Holocaust. Die Furcht vor Regreßansprüchen des Verlegers hielt sie jedoch davon ab, ihre Beiträge wieder zurückzuziehen (31).

Das Schwarzbuch und seine Rezeption in Deutschland sind im Zusammenhang politisch hegemonialer Prozesse zu sehen, die sich anders darstellen als in Frankreich. Dietl und Vogt (40ff.) bringen sie auf den Nenner: Die Relativierung von Auschwitz geht oft einher mit der hierzulande geführten Beschäftigung mit den kommunistischen Herrschaftssystemen (42). Da letztere sich fast gänzlich aufgelöst haben und politische Gruppierungen, die sich revolutionärer Programmatik verschrieben haben, ein vernachlässigenswertes Mikrobendasein fristen, bleibt ersteres. Die Relativierung von Auschwitz im deutschen Geschichtsrevisio-nismus ist als eine ideologische Begleiterscheinung alter und neuer Außen- und Innenpolitik Deutschlands zu sehen, ein Zusammenhang, auf den Gremliza (264ff.) und Küntzel (251ff.) noch einmal nachdrücklich hinweisen. Überzeugend weisen Dietl und Vogt den argumentativen Widerspruch der Versuche nach, den Antifaschismus der Kritiker des Schwarzbuchs als kommunistische Herrschaftsideologie zu denunzieren. Vielmehr scheint der Zusammenhang von Anti-Antifaschismus und dem Argument, Auschwitz sei nicht singular, untrennbares Element

nationaler Sinnstiftung in Deutschland zu sein (43ff.). Wippermann (73ff.; 106ff.) schließlich zielt mit seinen methodischen Einwüfen in eine ähnliche Richtung, indem er die geschichtsrevisionistische Funktion totalitarismustheoretischer Gleichsetzungen Rot gleich Braun aufzeigt. In diesem Zusammenhang widmet er der Kritik des Begriffs vom "Klassen-Genozid" ein eigenes Kapitel, worin er ebenfalls die Absicht (vor allem bei Courtois) eines Aufrechnens von Holocaust und stalinistischen oder kommunistischen Verbrechen nachweist (106ff.).

Gleichwohl ist die von Dietl und Vogt (und von einigen anderen Autoren) vorgetragene Behauptung, das Schwarzbuch bringe nichts Neues (45), eine Schutzbehauptung, und der immer wieder durchklingende Vorwurf, die Bedingungen des roten Terrors seien nicht genug reflektiert (46), ist eine Alibibehauptung. Werths Aufsatz im Schwarzbuch räumt mit dem Mythos eines irgendwie zu rechtfertigenden roten Terrors im russischen Bürgerkrieg auf. Im Buch "Roter Holocaust" wird dies fast durchweg als Marginalie abgetan. Daß der politische Gegner den Tatbestand benennt, daß es Verbrechen seitens sich kommunistisch nennender Parteien und der von ihnen beherrschten Staaten gegeben hat, macht diese Erkenntnis nicht falsch. Daß er versucht, die Linke zu delegitimieren (279) oder gar zu kriminalisieren (266), ist selbstverständlich, wobei aber die Anklage gegen einen solchen Versuch (266) immer von der Tatsache

ablenkt, daß bestimmte Fraktionen der Linken in der Geschichte oft genug selbst die Linke delegitimiert haben. Ein Fakt, auf den nur Lew zu sprechen kommt (182). Solche Fraktionen in überholter trotzkistischer Manie als bürokratische Konterrevolutionäre (53) umzudefinieren ist ein Taschenspielertrick, der es ermöglicht, sich vor allem vor der Frage zu drücken, wie der Zusammenhang von rotem Terror im Bürgerkrieg und stalinistischem Terror einige Jahre später zu denken ist. Dies tut immerhin Martelli (221), der darauf hinweist, daß der Aufsatz von Werth so schrecklich wie notwendig ist. Vollkommen unsinnig ist es, der Befassung mit einer verbrecherischen Politik vorzuwerfen, sie berücksichtige die Verbrechen der anderen zu wenig (18, 35, 172). Die Verbrechen sich als kommunistisch verstehender Parteien und der von diesen geführten Staaten sind so dimensioniert, daß sie es verdient haben, als Besonderheit dieses Jahrhunderts hervorgehoben zu werden und sie auch unter diesem Aspekt beschreiben zu wollen. Und wenn dies "abstoßend" wirkt (14), so ist die Ursache wohl in den Verbrechen zu suchen und weniger bei dem, der sie beschreibt. Sie berechtigen sehr wohl eine Untersuchung, die sich allein mit diesem Tatbestand auseinandersetzt. Dies beansprucht das Schwarzbuch, und als besonders gelungen muß man die Beiträge von Nicolas Werth über die Verbrechen im revolutionären Sowjetrußland bis hin zu denen im Stalinismus und von Andrzej Paczkowski über die sowjetischen Re-

pressionsmaßnahmen gegen Polen hervorheben; akzeptabel ist auch der Beitrag von Jean-Louis Margolin über China und Südostasien. Der Aufsatz über Spanien und die Komintern von Stéphane Courtois und Jan-Louis Panné fällt dagegen eher plakativ aus, besitzt aber immerhin noch einigen Informationswert. Die Replik Mecklenburgs, die die Liquidierung der POUM in Spanien in Zweifel zieht (172), geht an der Problematik vorbei. Mecklenburg ignoriert die außerordentliche Dramatik der Situation vieler Antifaschisten, die im sowjetischen Exil den Häschern Stalins zum Opfer fielen oder gar durch den NKWD an die Nazis ausgeliefert worden sind.

Herbeck weist den Antisemitismus als Phänomen der Reaktion und Konterrevolution aus. Dabei problematisiert er zurecht einige zu flapsige Floskeln Werths. Werth aber vorzuwerfen, er würde sich ignorant gegenüber dem nationalsozialistischen Völkermord an den Juden verhalten (153), ist absurd. Schließlich versteigt sich Herbeck in die fragwürdige Behauptung, die These von der Verwandtschaft des sogenannten Antikosmopolitismus mit einem Antisemitismus in der Sowjetunion seit den dreißiger Jahren entbehre jeglicher Grundlage (149). Zu behaupten, es hätte in der Sowjetunion keinen offenen Antisemitismus gegeben, ist schlicht falsch. Es hat in der Sowjetunion keinen eliminatorischen Antisemitismus gegeben, aber das Bekenntnis zu einer Politik - oder auch schon nur die behauptete oder tatsächliche Nähe dazu -, die von

einem bestimmten Selbstverständnis jüdischen Daseins, war Grund für die stalinistischen Verbrechen an den führenden polnisch-jüdischen Bündisten Henryk Ehrlicher und Wiktor Adler¹ und schließlich den Justizmord an den führenden Mitgliedern des Jüdischen Antifaschistischen Komitees im Jahre 1952.

Taugers Aufsatz über die Hungersnot weist zu Recht Courtois' Behauptung zurück, der sowjetische Staat hätte den Hunger als Waffe eingesetzt (158). Allerdings wird auch Tauger dem von ihm auch gemeinten Autor Werth nicht gerecht. Einige kritische Anmerkungen zu von Werth übersehenen oder weggelassenen Quellen (159f.) können dessen These wohl kaum erschüttern. Die Hungersnot in der Ukraine ist eindeutig als Folge einer völlig fehlgeleiteten sowjetischen Landwirtschafts- und Industriepolitik zu beurteilen. Auch ist die Mitverantwortung der sowjetischen Revolutionsregierung an der Hungersnot in den zwanziger Jahren nicht von der Hand zu weisen. Nichts anderes behauptet Werth, gestützt auf verschiedene Quellen.

¹ Beide flohen nach dem Einmarsch der Deutschen in Polen in die Sowjetunion, wurden dort vom NKWD verhaftet, wegen "Spionage" und Agitation gegen den Hitler/Stalin-Pakt zum Tode verurteilt, nach dem Überfall der Deutschen auf die Sowjetunion amnestiert und nach ihrer zunächst geförderten Tätigkeit für die Organisation internationalen Widerstands gegen den Nazismus Ende 1941 erneut inhaftiert. Ehrlicher beging 1942 Selbstmord, Adler wurde 1943 erschossen (vgl. Arno Lustiger, Rotbuch: Stalin und die Juden, Berlin 1998).

Die Idee vom Hunger als Waffe ist allein Courtois' These.

Es zeigt sich, daß die Beiträge des Schwarzbuchs mit unterschiedlicher Meßlatte gemessen werden müssen. Es macht daher wenig Sinn, immer wieder nur von den Autoren (14, 52, 60, 142, 158, 267, ...) zu reden. Soweit sie sich in einer methodisch und quellenkritisch ernsthaften Weise mit den Verbrechen beschäftigen, die im Namen kommunistischer Politik zur Realität dieses Jahrhunderts, und der sozialistischen Weltbewegung gehören, müssen sich jene, die sich dieser in irgendeiner Art und Weise zugehörig fühlen, damit auseinandersetzen.² Dies jedoch tut das Buch "Roter Holocaust" so gut wie gar nicht. Positiv hervorzuheben ist lediglich der Aufsatz von Roland Lew (179ff.) und der schon erwähnte von Martelli. Lew beschäftigt sich mit den unterschiedlichen Erscheinungsweisen gewaltsamer kommunistischer Politik. Indem er im Rahmen eines Aufsatzes versucht, die beiden unterschiedlichen Systeme des sowjetischen Stalinismus und des Maoismus in China in ihren Entwicklungsstadien zu vergleichen, gelingt ihm das, was im Schwarzbuch aufgrund des geifernden Vorworts Courtois' völlig abhanden gekommen ist. Die Dialektik des Terrors stellt Lew als einen Umstand der Problematik von den sich jeweils vom Volk isolierenden kommunistischen Parteien dar. Daß sie im Namen und bisweilen

auch mit der Unterstützung desselben gehandelt haben, ändert aber nichts daran, daß bisherige realsozialistische Regime als eine beständig autoritäre und eben zeitweise terroristische Diktatur über die Gesellschaft zu definieren sind (181f.).

Es gäbe noch vieles hinzuzufügen. Ich schließe mit folgendem Resümee: Das Buch "Roter Holocaust" ist ein notwendiger Angriff auf den mittlerweile hegemonialen deutschen Geschichtsrevisionismus. Das Buch ist also notwendig, leider aber auch in vielen Punkten überflüssigerweise ärgerlich, denn der notwendig ausführlichen Beschäftigung mit dem Thema der Verbrechen im Namen des Kommunismus wird zu oft aus dem Weg gegangen.

Jonas Dörge

² Vgl. dazu auch Kurt Pätzold, "... soviele Leichen wie möglich ...". Das Schwarzbuch im Widerstreit, in Z 35 (September 1998), S. 110ff.

Soeben erschienen:

11-98

Sozialismus



Rot-Grün: Aufbruch und Erneuerung?
Johannes Steffen:
Die sozialpolitischen Eckpunkte
Wolfgang Haible:
Der erste Sündenfall
Gerhard Stuby: Moral vor Völkerrecht
Bernhard Müller:
Das Debakel der Union
Joachim Bischoff:
Weltwirtschaftskrise?
Theodor Bergmann:
China – Fels in der Brandung?
Ingo Malcher:
Brasilien
Margit Schratzenstaller:
Was kommt nach der Umverteilung?
André Brie: Profilierung links von der SPD
Bertinotti/Cossutta/
Ferrando: Spaltung von Rifondazione

Comunista; Rossana Rossanda: Klartext reden! Jonas Sjöstedt: Vänster Partiet – eine Linkspartei, die wächst; Horst Schmitthenner: Anforderungen an ein neues »Bündnis für Arbeit«; Frank Teichmüller: Reichen Notebooks und Schlips? Margit Köppen: Das »Modell Niederlande«; Peter Scherer: 80 Jahre Novemberrevolution

Supplement:

J. Bischoff/C. Lieber/K. Steinitz/M. Wendl

Zukunftsstrategien?

Zur Kritik neoliberaler und sozialdemokratischer Politikkonzeptionen

Einzelheft: DM 9,50

Jahresabo: DM 95,-

Probeheft: Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Fon 040/280 505 66, Fax 040/280 505 67, e-mail: vsa-verlag@t-online.de